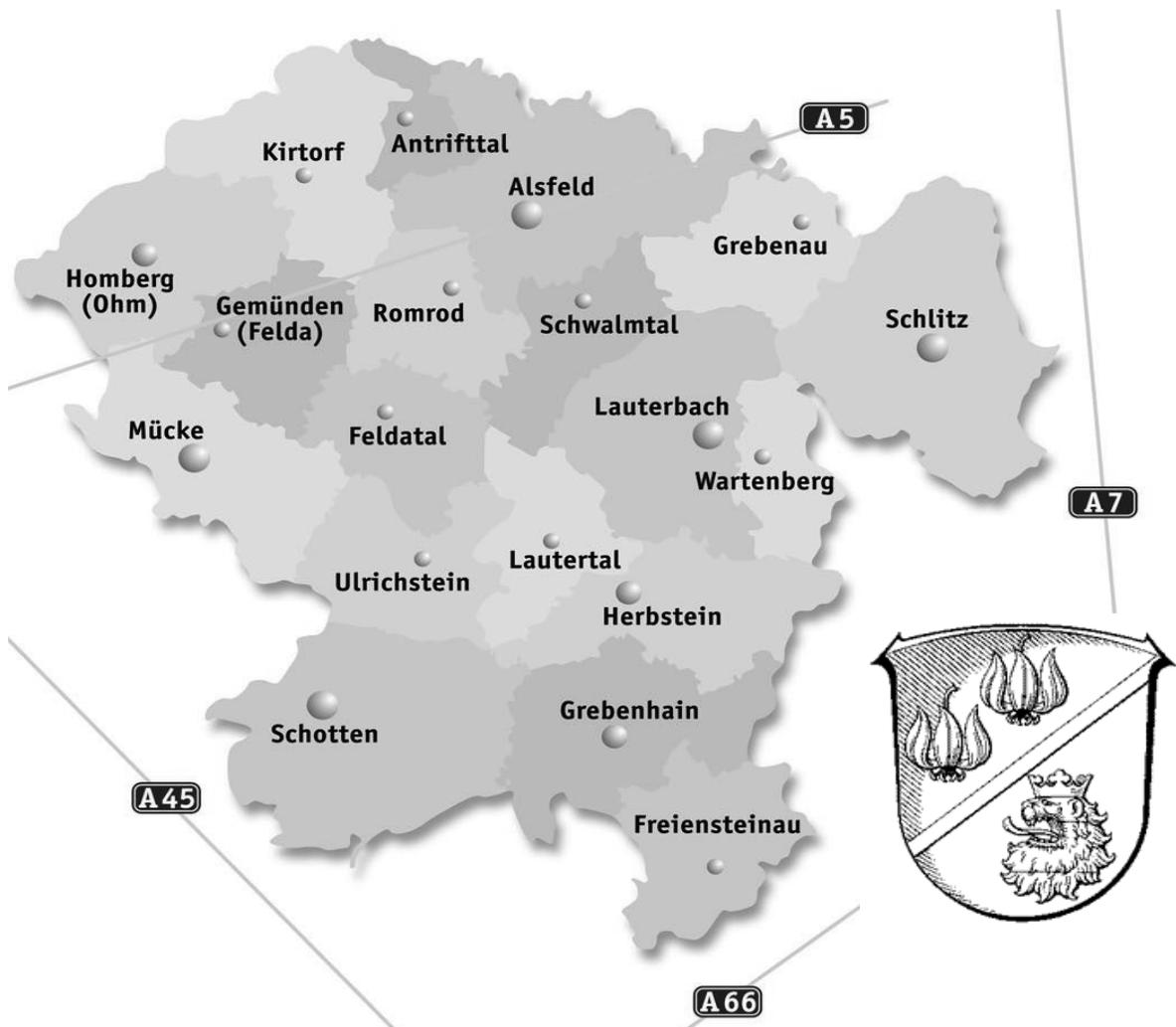


Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013



Vogelsbergkreis

Inhaltsverzeichnis:

Seiten:

Haushaltssatzung	1	-	3
Vorbericht	4	-	25
Bewirtschaftungsregeln/Haushaltsvermerke	26	-	27
Haushaltssicherungskonzept	28	-	40
Übersicht über die Produktbereiche	41	-	46
Teilhaushalte:			
10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten	47	-	70
16 Wirtschaftsförderung und Revision	71	-	85
20 Finanzen	86	-	106
35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten	107	-	129
40 Schulen und Liegenschaften	130	-	155
43 Volkshochschule	156	-	165
50 Soziale Sicherung	166	-	188
51 Jugend	189	-	203
53 Gesundheitsdienste	204	-	208
63 Bauen und Umwelt	209	-	232
80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz	233	-	239
90 Land- und Forstwirtschaft	240	-	244
Mittelfristige Ergebnisplanung			245
Mittelfristige Finanzplanung	246	-	247
Investitionsprogramm	248	-	278
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen			279
Übersicht über die voraussichtlichen Verbindlichkeiten			280
Übersicht über die voraussichtlichen Rücklagen und Rückstellungen			281
Übersicht über die Fraktionsmittel			282
Stellenplan	283	-	286
Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreis- krankenhauses des Vogelsbergkreises	287	-	288

Haushaltssatzung 2013

Aufgrund des § 52 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786, 794) in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) hat der Kreistag des Vogelsbergkreises am 07.12.2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	140.461.228 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	154.457.335 EUR
mit einem Saldo von	-13.996.107 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR
mit einem Fehlbedarf von	13.996.107 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-12.077.413 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.191.300 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.383.350 EUR
mit einem Saldo von	-4.192.050 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.192.050 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.424.200 EUR
mit einem Saldo von	-232.150 EUR
mit einem Zahlungsmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von	16.501.613 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 4.192.050 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2013 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 921.700 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 150.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Hebesätze der von den kreisangehörigen Gemeinden zu erhebenden Umlage werden gemäß § 53 Abs. 2 HKO in Verbindung mit § 37 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) festgesetzt auf:

- | | |
|---|---------|
| 1. Kreisumlage | 39,25 % |
| 2. Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage) | 18,75 % |

der ermittelten Umlagegrundlagen.

Die Umlagen werden mit je einem Zwölftel des Jahresbetrags zum 1. eines jeden Monats fällig.

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Unerheblich im Sinne des § 100 Abs. 1 HGO sind

- überplanmäßige Aufwendungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 10.000 EUR, außerplanmäßige Aufwendungen bis zu 10.000 EUR;
- überplanmäßige Auszahlungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 50.000 EUR, außerplanmäßige Auszahlungen bis zu 50.000 EUR;
- Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, vertraglicher oder tarifvertraglicher Verpflichtung beruhen;
- zahlungswirksame Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen oder sonstige ordentliche Aufwendungen innerhalb eines Budgets, soweit diesen zahlungswirksame Mehrerträge aus privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, Kostenersatzleistungen, Transferleistungen oder sonstigen ordentlichen Erträgen gegenüberstehen;

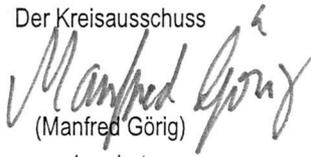
In Fällen, die keinen Aufschub dulden, kann der Kreisausschuss unbeschadet der Rechte aus Abs. 1 c) und d) über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zum Betrag von 100.000 EUR im Einzelfall bewilligen. Die besondere Dringlichkeit ist dem Kreistag darzulegen.

§ 8

Stellenbesetzungssperre

Für alle frei werdenden Personalstellen gilt eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten. Über eine Wiederbesetzung entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse.

Lauterbach, den 07.12.2012

Vogelsbergkreis
Der Kreisausschuss

(Manfred Görig)
Landrat

Vorbericht zum Haushaltsplan 2013

Dem Haushaltsplan ist ein Vorbericht beizufügen, der in konzentrierter Form einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbeziehung der beiden Vorjahre gibt. Daneben soll der Vorbericht einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vornehmen. Außerdem soll ab 2013 dargestellt werden, welche Auswirkungen sich durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung auf den Landkreis und seine Einrichtungen voraussichtlich ergeben werden.

Der Haushaltsplan 2013 enthält sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt Angaben zu den Planansätzen des Vorjahres und dem Rechnungsergebnis 2011. Bezüglich des Rechnungsergebnisses muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Jahresabschlüsse 2010 und 2011 noch nicht endgültig aufgestellt sind, so dass ein vorläufiges Ergebnis abgebildet wurde. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 ist zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2013 noch nicht abgeschlossen. Erst nach Abschluss der Prüfungsarbeiten und der Beschlussfassung durch den Kreistag des ersten doppelten Jahresabschlusses kann mit den Jahresabschlussarbeiten für die Jahre 2010 und 2011 fortgefahren werden. Die für die Ergebnisrechnung 2011 relevanten Angaben sind dennoch weitgehend vollständig erfasst, jedoch können noch Änderungen auftreten, da die Bücher bis zum Abschluss der Prüfung und der danach notwendigen Beschlussfassung durch den Kreistag geöffnet bleiben. Trotz dieses Vorbehalts können die Daten als belastbare Orientierungshilfe bei der Beratung des Haushalts 2013 angesehen werden.

Nach dem Stand der vorläufigen Abschlussarbeiten saldieren sich die Erträge und Aufwendungen des Jahres 2011 zu einem negativen Jahresergebnis von 12.919 TEUR. Der Haushaltsplan 2011 ging noch von einem Fehlbedarf in Höhe von rd. 17.446 TEUR aus, im Verlauf des Haushaltsjahrs hat sich die Wirtschaftslage des Kreises demnach um rund 4.527 TEUR verbessert. Die Quartalsberichte zeigten diese Tendenz bereits im Verlauf des Haushaltsjahrs auf. Als Gründe waren die sinkenden Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen (Transferleistungen) zu nennen. Bei den Transferleistungen im Bereich der sozialen Sicherung lag die Ursache insbesondere in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Zudem konnten erhöhte Zuweisungen (unter anderem durch das Winterschutzprogramm für Kreisstraßen) erzielt werden.

Haushaltsjahre 2012 und 2013

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt führt sämtliche geplanten Erträge und Aufwendungen auf und stellt damit Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch des Verwaltungshandelns periodengerecht dar. Aus dem beschlossenen Haushaltsplan 2012 und dem vorliegenden Haushaltsplan 2013 ergibt sich folgendes Bild:

im Haushaltsjahr	2013	2012
• geplante ordentliche Erträge und Finanzerträge	140.461.228 EUR	137.146.500 EUR
• geplante ordentliche Aufwendungen und Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-154.457.335 EUR</u>	<u>-147.556.600 EUR</u>
• geplantes ordentliches Ergebnis	-13.996.107 EUR	-10.410.100 EUR

Das geplante Defizit des ordentlichen Ergebnisses erhöht sich in Relation zum Vorjahr mit knapp 3,6 Mio. EUR um rund 35 %.

Der Gesamtergebnishaushalt stellt sich nach dem amtlichen Muster zu § 2 GemHVO für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt dar:

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	693.550	712.750	670.160,32
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.409.800	3.331.900	3.739.791,03
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.189.916	4.203.770	4.374.318,84
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	56.238.900	53.283.800	48.930.615,77
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	35.022.349	37.207.470	32.802.961,43
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	34.918.915	32.982.920	29.010.625,57
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	5.213.108	4.615.100	4.750.546,27
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	562.190	533.890	610.594,06
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)	140.248.728	136.871.600	124.889.613,29
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-27.716.992	-26.590.920	-26.128.036,01
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.700.120	-2.391.950	-1.902.065,02
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.504.533	-20.793.750	-19.851.024,36
14.	66	Abschreibungen	-6.491.192	-6.301.400	-7.011.280,11
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.564.239	-876.870	-838.770,87
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-18.880.300	-17.883.000	-17.653.929,45
17.	72	Transferaufwendungen	-68.632.459	-68.927.960	-62.669.745,52
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900	-250	-238,19
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Position 11 bis 18)	-151.492.735	-143.766.100	-136.055.089,53
20.	=	Verwaltungsergebnis (Position 10 ./. Position 19)	-11.244.007	-6.894.500	-11.165.476,24
21.	56,57	Finanzerträge	212.500	274.900	320.159,55
22.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.964.600	-3.790.500	-2.308.132,86
23.	=	Finanzergebnis (Position 21 ./. Position 22)	-2.752.100	-3.515.600	-1.987.973,31
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Position 20 und Position 23)	-13.996.107	-10.410.100	-13.153.449,55
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	433.698,35
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-199.662,89
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Position 25 ./. Position 26)	0	0	234.035,46
28.	=	Jahresergebnis (Position 24 und Position 27)	-13.996.107	-10.410.100	-12.919.414,09

Die wesentlichen Positionen des Gesamtergebnishaushalts werden mit ihrem Anteil an den gesamten Erträgen/Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses 2013 sowie der Veränderung gegenüber den Haushaltsansätzen 2012 aufgeführt und erläutert. Anhand dieser Angaben lassen sich die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten und ihr Einfluss auf die Haushaltslage des Kreises einordnen.

Pos.	Ansatz 2013	%-Anteil	+/- Vorjahr
01	privatrechtliche Leistungsentgelte	693.550 EUR	0,5 % -19.200
	Hierzu zählen die Entgeltforderungen, die aufgrund eines zivilrechtlichen Vertragsverhältnisses entstehen, wie z.B. Teilnahmeentgelte für Angebote der Volkshochschule, des Jugendbildungswerks oder der Jugendförderung. Ihr Einfluss auf die Gesamtwirtschaftslage des Kreises ist mit weniger als 1% Anteil an den ordentlichen Erträgen unbedeutend.		
02	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.409.800 EUR	2,4 % +77.900
	Diesen Erträgen liegt ein öffentlich-rechtlich, d.h. unmittelbar durch Gesetz, Verordnung oder Satzung geregelter Leistungsaustausch zugrunde, wie dies bei Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der Fall ist, die für Dienstleistungen im Gesundheits-, Verkehrs- und Bauwesen oder dem Rettungsdienst erhoben werden. Die Entgelte sollen so bemessen sein, dass sie den verursachten Aufwand vollständig abdecken. Trotz leicht steigenden Erträgen bleiben diese unter 3% der ordentlichen Erträge und damit ebenfalls von geringer Bedeutung.		
03	Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen	4.189.916 EUR	3,0 % -13.854
	Dazu zählen Erträge, die von Bund, Land, Gemeinden und sonstigen Dritten für erbrachte Leistungen des Kreises geleistet werden, wie beispielsweise Personalkostenerstattungen des Landes aufgrund der Kommunalisierung.		
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0 EUR	0,0 % 0
	Hierbei handelt es sich um Erträge aus selbst erstellten Sachanlagen; auf der Ebene der Landkreise spielt diese Ertragsart keine Rolle.		
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich der Erträge aus gesetzlichen Umlagen	56.238.900 EUR	40,0 % +2.955.100
	Unter dieser Position sind die Erträge aus den direkt dem Kreis zufließenden Steuern und gesetzlichen Umlagen zu erfassen. Dies sind Jagdsteuer, Kreisumlage und Schulumlage. Der Hebesatz der Jagdsteuer beträgt 12 %, für die von den kreisangehörigen Gemeinden zu entrichtenden Umlagen verbleibt der Gesamthebesatz bei 58%. Im Jahr 2012 gab es bei den Hebesätzen keine Änderungen und auch im laufenden Jahr sind keine Hebesatzänderungen vorgesehen. Der veranschlagte Mehrertrag beruht ausschließlich auf höheren Umlagegrundlagen. Die Ansatzberechnung 2013 erfolgte anhand der 3. Trendberechnung für das Jahr 2013 des Hessischen Landkreistags vom 15.08.2012. Mit einem Anteil von 40,0 % an den Gesamterträgen ist hier von der für die Haushaltslage des Kreises bedeutendsten Ertragsart die Rede. Im Vergleich zum Vorjahresansatz hat sich der Anteil leicht erhöht (+1,1%).		
06	Erträge aus Transferleistungen	35.022.349 EUR	24,9 % -2.185.121
	Diesen Erträgen liegt kein direkter Austausch in Form von Leistung und Gegenleistung zugrunde, wie es für den Sozialleistungsbereich kennzeichnend ist. In erster Linie werden hierunter Leistungsbeteiligungen anderer Kostenträger, Unterhaltsbeiträge oder Rückzahlungen gewährter sozialer Hilfen gefasst. Von ihrer Bedeutung für die Gesamterträge rangieren sie mit den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke sowie für allg. Umlagen auf dem 2. Platz. Im Haushalt 2012 lag der Anteil an den Erträgen noch bei 27,1 %. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert, vor allem auf-		

grund sinkender Aufwendungen, aus der Leistungsbeteiligung des Bundes beim Arbeitslosengeld II (-1 Mio. EUR) und den Eingliederungsleistungen (-927 TEUR).

Pos.		Ansatz 2013	%-Anteil	+/- Vorjahr
------	--	-------------	----------	-------------

07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeinen Umlagen	34.918.915 EUR	24,9 %	+1.935.995
----	---	-----------------------	--------	------------

Es handelt sich vor allem um die allgemeinen und besonderen Finanzzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs wie Schlüsselzuweisungen, Schul-, Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich, aber auch die Zuweisungen für Ganztagsangebote an Schulen und zu den Kosten der Grundsicherung. Die Erhöhung ist vor allem bei den Schlüsselzuweisungen und der Zuweisung zu den Kosten der Grundsicherung (Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) eingetreten, der Anteil an den Gesamterträgen hat sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte erhöht.

08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	5.213.108 EUR	3,7 %	+598.008
----	--	----------------------	-------	----------

Auch diese Ertragsart stellt eine Besonderheit des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens dar. Erhaltene Investitionszuweisungen stellen im Grunde zunächst Fremdkapital dar und sind in der Bilanz auf der Passivseite entsprechend auszuweisen. Zuweisungen, die direkt einem aktivierten Anlagegut zugeordnet werden können (z.B. Zuweisungen des Landes für Investitionen in Kreisstraßen) können linear über dessen Nutzungsdauer aufgelöst werden und führen in dieser Höhe dann jährlich zu Erträgen. Für die vom Land gewährten Investitionspauschalen, die nicht einzelnen Anlagegütern zugeordnet werden, hat der Gesetzgeber eine Sonderregelung getroffen. § 38 Abs. 4 GemHVO bestimmt, dass sie jährlich mit einem Zehntel ihres Ursprungsbetrags aufgelöst werden. Diese Erträge lösen keinen Zahlungsfluss aus und korrespondieren mit dem ebenfalls zahlungsunwirksamen Aufwand aus Abschreibungen.

09	sonstige ordentliche Erträge	562.190 EUR	0,4 %	+28.300
----	-------------------------------------	--------------------	-------	---------

Hierzu zählen alle dem laufenden Verwaltungshandeln zuzuordnenden Erträge, die nicht von den Positionen 01 – 08 erfasst werden. Dies sind hauptsächlich sogenannte Nebenerlöse, beispielsweise aus Vermietung, Verpachtung und Überlassung, Erlöse aus dem Kantinenbetrieb, Abführungen aus Nebentätigkeiten und Schadensersatzleistungen. Obwohl die Erträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden können, hat diese Veränderung aufgrund des geringen Anteils an den Gesamterträgen von deutlich unter 1% keinen nennenswerten Einfluss auf die Haushaltssituation des Kreises.

In das ordentliche Ergebnis fließen daneben die Erträge des Finanzergebnisses ein.

21	Finanzerträge	212.500 EUR	0,2 %	-62.400
----	----------------------	--------------------	-------	---------

Dazu zählen die Erträge aus Unternehmensbeteiligungen (OVVG, GVO, Sparkasse) sowie Zinserträge für Geldanlagen oder ausgegebene Darlehen. Sie gehören neben den Schlüsselzuweisungen und Umlageerträgen zu den allgemeinen Deckungsmitteln. Die Finanzerträge hatten in den letzten Jahren bereits keinen gewichtigen Anteil mehr an den Gesamterträgen. Der stetige Rückgang dieser Ertragsposition vor allem in den Jahren 2009 bis 2011 hat dazu geführt, dass dieser Ansatz der geringste des gesamten Ergebnishaushalts ist. Über die Jahre betrachtet bleibt dieser Rückgang trotzdem dramatisch spürbar.

Die Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses sind zu gliedern in die ordentlichen Aufwandspositionen des Verwaltungsergebnisses.

Pos.		Ansatz 2013	%-Anteil	+/- Vorjahr
------	--	-------------	----------	-------------

11	Personalaufwendungen	-27.716.992 EUR	17,9 %	+1.126.072
----	-----------------------------	------------------------	--------	------------

Diese umfassen die Entgelte und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung des Tarifpersonals sowie die Besoldungs- und Beihilfeaufwendungen der aktiven Beamtinnen und Beamten. Die Aufwendungen sind in den einzelnen Teilhaushalten nach dem derzeitigen bzw. vorhersehbaren Personalbestand und der geltenden Tarifrrechts-, Sozialversicherungs- und Besoldungsrechtslage veranschlagt. Durch die aufgrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde zur Haushaltsgenehmigung 2012 fortgeltende Stellenbesetzungssperre wird sichergestellt, dass jede sich bietende Möglichkeit zur Reduzierung des Aufwands geprüft werden muss.

Der Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushalts hat sich im Vergleich zum vorläufigen Rechnungsergebnis 2011 (18,9 %) um 1 % reduziert.

12	Versorgungsaufwendungen	-2.700.120 EUR	1,7 %	+308.170
----	--------------------------------	-----------------------	-------	----------

Diese umfassen die Verpflichtungen für Versorgungsbezüge und Beihilfen für die pensionierten Beamtinnen und Beamten sowie die Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeansprüche zukünftiger Versorgungsempfänger.

Bereits in der Eröffnungsbilanz sind Pensions- und Beihilferückstellungen auszuweisen. Diese Rückstellungen sollen den aus dem Ressourcenaufkommen zu erwirtschaftenden Aufwand abbilden, der dem Kreis aus Pensions- und Beihilfeansprüchen erwachsen kann, die aufgrund bereits erbrachter Dienstleistungen der Beamtinnen und Beamten zukünftig entstehen. Die Rückstellungen sind personenbezogen nach finanzmathematisch qualifizierten Berechnungsmethoden zu ermitteln und jährlich anzupassen. Sie reduzieren sich für die Personen, die bereits Versorgungsbezüge erhalten und erhöhen sich für den Personenkreis der noch aktiven Anspruchsberechtigten. Als Versorgungsaufwand ist der Saldo der jährlichen Veränderung der Rückstellungen abzubilden.

13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.504.533 EUR	13,9 %	+710.783
----	--	------------------------	--------	----------

Unter diese Position wird der gesamte Aufwand für die Unterhaltung, Instandsetzung und den laufenden Betrieb der Grundstücke, Gebäude und Anlagen (Bauunterhaltung, Energie, Fremdreinigung, Entsorgung, Ersatzbeschaffung von Ausstattung) sowie der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf, Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten, Mieten, Schulbetriebsmittel und sonstige von Dritten bezogene Leistungen gefasst. Die Erhöhung resultiert größtenteils aus der ab August 2013 zu zahlenden Miete (Mietphase II) für die sanierte Schule an der Wascherde.

14	Abschreibungen	-6.491.192 EUR	4,2 %	+189.792
----	-----------------------	-----------------------	-------	----------

Die veranschlagten Abschreibungen auf das vorhandene, abnutzungsfähige Anlagevermögen des Kreises sollen die durch die Nutzung im Hj. 2013 verursachte Wertminderung des Vermögens sichtbar machen. Die Nutzung aller im Hj. 2013 voraussichtlich im Betrieb befindlichen Sachanlagen verursacht Wertminderungen

- der Gebäude mit schulischer Nutzung	2.497.400 EUR
- der Ausstattung mit schulischer Nutzung	532.600 EUR
- der sonstigen Gebäude	277.900 EUR
- der sonstigen Ausstattung	331.300 EUR
- der Kreisstraßen	1.925.800 EUR
- aus Sonderinvestitionsprogramm 2009	926.200 EUR

Die Belastung des ordentlichen Ergebnisses wird durch die korrespondierenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten reduziert. Für 2013 bleibt der Anteil an den Gesamtaufwendungen gleich. Betragsmäßig vergrößert sich der Aufwand um rund 190 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahresansatz entsteht dieser Betrag hauptsächlich durch Schaffung neuer Vermögenswerte im Rahmen von Gebäudesanierungen im Schulbereich und Verbesserung der Schulausstattung.

Das Rechnungsergebnis 2011 enthält daneben Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von rund 1 Mio. EUR. Es handelt sich dabei um die beim Abschluss 2011 vorzunehmende Wertberichtigung verbuchter aber zum Abschlussstichtag nicht realisierter Erträge.

Pos.		Ansatz 2013	%-Anteil	+/- Vorjahr
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.564.239 EUR	3,6 %	+4.687.369
	Hierunter ist für das Jahr 2013 der Verlustausgleich des Kreiskrankenhauses Alsfeld der Jahre 2009 bis 2011 von 4.640.600 EUR abgebildet. Daneben sind dieser Position wie in den Vorjahren die an andere öffentliche oder private Empfänger zu leistenden Zuwendungen zuzuordnen. Hierzu zählen z.B. die Zuweisungen an VB-Consult, Vogelsberg-Touristik, ZAV, an Vereine, Verbände und soziale Einrichtungen und damit der größte Teil der von der Aufsichtsbehörde als „freiwillige Leistungen“ deklarierten Aufwendungen.			
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-18.880.300 EUR	12,2 %	+997.300
	Hier werden die Umlageverpflichtungen aus LWV- und Krankenhausumlage sowie die Verbandsumlage für den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg und die Zinsdienstumlage aus dem Sonderinvestitionsprogramm 2009 veranschlagt, der weitaus größte Anteil davon entfällt auf die Verbandsumlage an den Landeswohlfahrtsverband, die im Planjahr um rund 890 TEUR höher veranschlagt werden muss als im vorjährigen Haushalt. Dies trägt zu einer spürbaren Erhöhung am Gesamtaufwand bei.			
17	Transferaufwendungen	-68.632.459 EUR	44,4 %	-295.501
	Auch den Transferaufwendungen liegt kein Leistungsaustausch zugrunde, es wird insbesondere der für Sozial- und Jugendhilfeleistungen entstehende Aufwand abgebildet.			
	Die hier zu veranschlagenden Aufwendungen haben sich sowohl absolut als auch anteilig reduziert, beanspruchen aber weiterhin den weitaus höchsten Anteil am gesamten ordentlichen Aufwand des Kreishaushalts.			
18	sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900 EUR	0,0 %	+2.650
	Die Position bildet die Sammelstelle für alle ordentlichen Aufwendungen des laufenden Verwaltungsbetriebs, die nach dem geltenden Kontenplan nicht den Positionen 11 – 17 zugeordnet werden dürfen. Dazu zählen z.B. aus dem laufenden Betrieb entstehende Steuerverpflichtungen wie Grundsteuer.			

Über das Finanzergebnis fließen in den Saldo des ordentlichen Ergebnisses folgende Aufwendungen ein:

22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.964.600 EUR	1,9 %	-825.900
	Hier wird der gesamte Zinsaufwand der Investitions- und Kassenkredite dargestellt. Planmäßig erfasst werden auch die periodenanteiligen Anspar- und Sonderbeiträge für Kredite aus dem sog. Investitionsfonds B des Landes, die sich zu einem jährlichen Aufwand von 480.500 EUR (Vorjahr 475.000 EUR) summieren. Der im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Aufwand unter dieser Position beruht überwiegend auf der günstigen Zinssituation am Kreditmarkt.			

In das Jahresergebnis fließen noch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen mit ein. Außerordentliche Erträge (z.B. Spenden, Erträge aus Vermögensveräußerungen über Buchwert) sowie außerordentliche Aufwendungen (außerplanmäßige Abschreibungen, Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen) sind nicht veranschlagt.

Ausgewählte Positionen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) sowie die zusammengefassten Ertrags- und Aufwandspositionen der Bereiche Sozialleistungen und Personalaufwand werden nachfolgend auf Grund ihrer Bedeutung für die Wirtschaftslage des Kreises nochmals detailliert dargestellt:

Ausgewählte Positionen KFA

E A	Ertrag Aufwand	HH-Ansatz 2013	HH-Ansatz 2012	Rechn.-Erg. 2011
E	Schlüsselzuweisungen	22.585.000 €	21.652.320 €	18.055.028 €
E	Zuweisung Grunderwerbsteuer	0 €	0 €	0 €
E	Kreis- und Schulumlage	56.076.900 €	53.121.800 €	48.764.042 €
A	Zinsdienstumlage	-650.000 €	-678.000 €	-745.153 €
A	LWV-Umlage	-16.493.800 €	-15.602.400 €	-15.298.196 €
A	Krankenhausumlage	-1.610.200 €	-1.481.300 €	-1.480.899 €
E/A	Saldo	59.907.900 €	57.012.420 €	49.294.822 €

Die Übersicht zeigt, dass der Saldo aus diesen Positionen mit 59,9 Mio. EUR wieder einen Zuwachs aufweist. Die im Rahmen des Vorberichts auf die beiden Vorjahre verengte Betrachtung lässt aber nicht erkennen, dass sich dieser Saldo im Jahr 2008 bereits auf rd. 59 Mio. EUR belief und das bei deutlich niedrigeren Umlagehebesätzen für die Kreis- und Schulumlage. Die langjährige Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des kommunalen Finanzausgleichs wird im Haushaltssicherungskonzept dargestellt. Im Vergleich des Rechnungsergebnisses 2011 mit den Planansätzen 2012 war bereits eine deutliche Steigerung zu erwarten. Für 2013 ist wiederum mit steigenden Erträgen zu rechnen, so dass der Ansatz gegenüber dem Vorjahr um insgesamt knapp 2,9 Mio. EUR höher ausfällt. Zur besseren Übersicht werden die in den einzelnen Jahren relevanten Hebesätze nachfolgend dargestellt:

Hebesätze	2013	2012	2011
Kreisumlage	39,250 %	39,500 %	38,000 %
Schulumlage	18,750 %	18,500 %	20,000 %
Gesamthebesatz Kreis- und Schulumlage	58,000 %	58,000 %	58,000 %
LWV-Umlage	13,829 %	14,114 %	14,979 %
Krankenhausumlage	1,350 %	1,340 %	1,450 %

Die Darstellung der Veränderungen zu den beiden Vorjahren macht deutlich, dass der Zuwachs sich in den einzelnen Positionen unterschiedlich entwickelt hat. Die Schlüsselzuweisungen steigen nicht mehr so deutlich wie zu 2012, jedoch ist dennoch eine nennenswerte Steigung zu verzeichnen. Auch die Kreis- und Schulumlage weist trotz gleichbleibendem Gesamthebesatz eine ähnlich steigende Tendenz auf.

E A	Ertrag Aufwand	Veränderung 2013 - 2012	Veränderung in %	Veränderung 2013 - 2011	Veränderung in %
E	Schlüsselzuweisungen	932.680 €	4,3 %	4.529.972 €	25,1 %
E	Zuweisung Grunderwerbsteuer	0 €	0,0 %	0 €	0,0 %
E	Kreis- und Schulumlage	2.955.100 €	5,6 %	7.312.858 €	15,0 %
A	Zinsdienstumlage	-28.000 €	-4,1 %	-95.153 €	-12,8 %
A	LWV-Umlage	891.400 €	5,7 %	1.195.604 €	7,8 %
A	Krankenhausumlage	128.900 €	8,7 %	129.301 €	8,7 %
E/A	Saldo	2.895.480 €	5,1 %	10.613.078 €	21,5 %

Sozial-/Transferaufwand

Wie die nachfolgenden Übersichten zeigen, gestaltet sich die Entwicklung der vom Vogelsbergkreis als örtlichem Träger der Sozial- und Jugendhilfe aufzubringenden Sozialleistungen über diesen Vergleichszeitraum positiv. Die starken Abweichungen der Ansätze 2012 und 2013 zum Rechnungsergebnis ergeben sich vor allem durch die unerwartet geringen Aufwendungen im Jahr 2011. So war in 2011 ein Ansatz für Transferaufwendungen von 70,6 Mio. EUR veranschlagt. Auch das Rechnungsergebnis 2010 von 68,8 Mio. EUR bei selbigem Posten macht deutlich, dass die Aufwendungen eine positivere Entwicklung nehmen. Durch geringere Erträge steigt dennoch die kalkulierte Nettobelastung innerhalb eines Jahres um fast 2 Mio. EUR, was eine spürbare Belastung für den Kreishaushalt 2013 darstellt.

E	Ertrag	HH-Ansatz	HH-Ansatz	Rechn.-Erg.
A	Aufwand	2013	2012	2011
E	Erstattung Transferaufwendungen	35.022.349 €	37.207.470 €	32.802.961 €
E	Sozial- / Jugendhilfelastenausgleich	1.989.500 €	2.012.500 €	1.998.400 €
E	Summe Erträge für Sozialleistungen	37.011.849 €	39.219.970 €	34.801.361 €
A	Transferaufwendungen	-68.632.459 €	-68.927.960 €	-62.669.746 €
E/A	Nettobelastung	-31.620.610 €	-29.707.990 €	-27.868.384 €

E	Ertrag	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung
A	Aufwand	2013 - 2012	in %	2013 - 2011	in %
E	Erstattung Transferaufwendungen	-2.185.121 €	-5,9 %	2.219.388 €	6,8 %
E	Sozial- / Jugendhilfelastenausgleich	-23.000 €	-1,1 %	-8.900 €	-0,4 %
E	Summe Erträge für Sozialleistungen	-2.208.121 €	-5,6 %	2.210.488 €	6,4 %
A	Transferaufwendungen	-295.501 €	-0,4 %	5.962.713 €	9,5 %
E/A	Nettobelastung	1.912.620 €	6,4 %	3.752.226 €	13,5 %

Die vorstehenden Tabellen bilden ausschließlich die reinen Sozialleistungen ab. Nachfolgend wird dargestellt, wie sich die Entwicklung unter Einbeziehung des Verwaltungsaufwands gestaltet:

TH	Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand, ohne Produkt Sportförderung)	HH-Ansatz 2013	HH-Ansatz 2012	Rechn.-Erg. 2011
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	-16.806.864 €	-17.414.730 €	-17.661.194 €
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	-19.520.140 €	-18.498.610 €	-17.345.186 €
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	-36.327.004 €	-35.913.340 €	-35.006.380 €
	LWV-Umlage überörtlicher Träger	-16.493.800 €	-15.602.400 €	-15.298.196 €
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	-52.820.804 €	-51.515.740 €	-50.304.576 €
	Anteil S/J-LAG am Zuschussbedarf Sozialetat	3,77%	3,91%	3,97%

Anhand der vorstehenden Darstellung wird schnell ersichtlich, dass die Transferaufwendungen im Sozialetat örtlicher Träger in 2 Jahren nur deshalb um weniger als 4 % steigen, weil den deutlich steigenden Aufwendungen der Jugendhilfe sinkende Sozialhilfeaufwendungen gegenüberstehen. Der Anteil des Sozial- und Jugendhilfelastenausgleichs liegt im Betrachtungszeitraum jeweils unter 4 %. Konzentriert auf die reinen Veränderungswirkungen wird deutlich, dass sich der Zuschussbedarf aus der örtlichen Zuständigkeit für die Sozial- und Jugendhilfe, bereinigt um die jeweiligen Zuweisungen aus dem Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich, im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2011 um 3,77 % erhöht.

TH	Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand, ohne Produkt Sportförderung)	Veränderung 2013 - 2012	Veränderung in %	Veränderung 2013 - 2011	Veränderung in %
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	-607.866 €	-3,5 %	-854.330 €	-4,8 %
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	1.021.530 €	5,5 %	2.174.954 €	12,5 %
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	413.664 €	1,2 %	1.320.624 €	3,8 %
	LWV-Umlage überörtlicher Träger	891.400 €	5,7 %	1.195.604 €	7,8 %
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	1.305.064 €	2,5 %	2.516.228 €	5,0 %

Aus der Tabelle ist auch erkennbar, dass der Aufwand des überörtlichen Sozialhilfeträgers Landeswohlfahrtsverband im Vergleich der Jahre 2013 zu 2011 prozentanteilig wesentlich stärker steigt als der des örtlichen Trägers.

Berechnung der Schulumlage

Im Folgenden soll nun für die Berechnung der Schulumlage der Teilhaushalt 40 "Schulen und Liegenschaften" ohne das Produkt Gebäudemanagement dargestellt werden. Nach der Organisationsstruktur bis 2012 wurde anhand dieser Zahlen der Prozentsatz für die zu erhebende Schulumlage festgelegt. Nach Durchführung der Internen Leistungsverrechnung konnte so der Bereich Schulen nahezu ausgeglichen werden:

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	559.000	487.500	493.186,65
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0	0	13.541,40
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	558.500	535.500	501.894,26
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	97.413	112.200	88.496,92
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.214.913	1.135.200	1.097.119,23
11.	62,63,640-643,647-65	Personalaufwendungen	-5.345.418	-5.174.220	-5.119.209,10
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-38.210	-81.960	-101.030,00
13.	60,61,67,69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.603.000	-7.666.000	-7.275.551,13
14.	66	Abschreibungen	-494.144	-427.300	-441.052,74
15.	71	Aufwend. für Zuweisungen/Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwend.	-25.000	-26.000	-25.352,76
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos.11 bis 18)	-13.505.772	-13.375.480	-12.962.195,73
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos 10/ Pos. 23)	-12.290.859	-12.240.280	-11.865.076,50
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-12.290.859	-12.240.280	-11.865.076,50
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	1.229,42
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-149,92
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos.25/ Pos.26)	0	0	1.079,50
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbez. (Pos.24 und Pos.27)	-12.290.859	-12.240.280	-11.863.997,00
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	23.884.301	22.665.300	22.325.370,01
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-11.615.450	-10.576.369	-9.712.780,12
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29/ Pos.30)	12.268.851	12.088.931	12.612.589,89
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-22.008	-151.349	748.592,89

Personal- und Versorgungsaufwand

Die Entwicklung des gesamten Personalaufwands geben die folgenden Tabellen wieder. Die komprimierte Darstellung fasst die Entwicklung des zahlungswirksamen Aufwands zusammen.

A	Aufwand	HH-Ansatz 2013	HH-Ansatz 2012	Rechn.-Erg. 2011
A	kalkulierter zahlungswirksamer Aufwand	-29.459.202 €	-28.069.210 €	-27.404.163 €
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	-957.910 €	-913.660 €	-625.938 €
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	-30.417.112 €	-28.982.870 €	-28.030.101 €

Im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres erhöht sich der zahlungswirksame Aufwand mit 5 % recht deutlich. Bei den Zuführungen zu Rückstellungen ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Insgesamt werden die kalkulierten Personal- und Versorgungsaufwendungen nach einem Jahr des moderaten Anstiegs im Jahr 2013 mit annähernd 5 % doch wieder recht deutlich steigen.

A	Aufwand	Veränderung 2013 - 2012	Veränderung in %	Veränderung 2013 - 2011	Veränderung in %
A	Personal einschl. Versorgung	1.389.992 €	5,0	2.055.039 €	7,5
A	globale Aufwandsminderung	0 €		0 €	
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	44.250 €	4,8	331.972 €	53,0
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	1.434.242 €	4,9	2.387.011 €	8,5

Da die Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt dezentral in allen Teilhaushalten zu veranschlagen sind, bietet es sich im Sinne eines vollständigen Überblicks an, die Positionen hier im Vorbericht ausführlich darzustellen und die summarischen Abweichungen vom Vorjahr hier zu erläutern. Auf separate Erläuterungen zu den einzelnen Positionen in den Teilhaushalten wird verzichtet. Die Erläuterungen beziehen sich auf die tabellarische Zusammenstellung der nächsten Seite.

Die Entgelte für Tarifbedienstete wurden mit rd.890.000 € höher veranschlagt als im Vorjahr. Der Grund hierfür liegt darin, dass im Haushaltsansatz 2012 keine Tarifierhöhungen eingeplant waren. Das Ergebnis der Tarifrunde 2012 war eine Tarifierhöhung zum 01.03.2012 um 3,5 %, zum 01.01.2013 um 1,4 % und zum 01.08.2013 um weitere 1,4 % sowie Pauschalzahlungen in Höhe von 300 € (einmalig in 2012 u. 2013 für EG 2 bis 8 bei ehem. Angestellten) aufgrund der nicht geänderten Entgeltordnung. Das Leistungsentgelt wurde mit der letzten Tarifierhöhung stufenweise um je 0,25 % bis 2013 angehoben. Für 2013 beträgt das Leistungsentgelt 2 % von dem Gesamtvolumen der voraussichtlich gezahlten Entgelte 2012 und erhöht sich somit um ca. 36.000 €. Zusätzlicher Personalaufwand wurde veranschlagt für:

- ½ Stelle Gesundheitliche Versorgung (Leaderförderung 25.000 € pro Jahr),
- ½ Stelle „frühe Hilfen,
- ½ Stelle in der Bauaufsicht sowie
- 3 Stellen in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit (die Erstattung erfolgt über das Bildungs- und Teilhabepaket befristet bis 2014).

In 2013 befinden sich alle Beschäftigte, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen, in der Freistellungsphase. Somit werden keine Rückstellungen mehr zugeführt, es erfolgt nur noch eine Auflösung, die die Entgelte und Aufstockungsbeträge für diese Beschäftigte entsprechend reduziert.

Die Dienstbezüge der Beamten erhöhen sich in 2013 nur geringfügig. Die Besoldungserhöhung um 2,6 % ab 1.10.2012 wurde für 2013 im Personalaufwand berücksichtigt.

Aufgrund der Tarifierhöhungen ergeben sich auch höhere Sozialabgaben. Zudem wird sich die Beitragsmessungsgrenze erhöhen.

Der Aufwand an Pensions- und Unterstützungskassen ist konstant geblieben. Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen sowohl für die aktiven als auch passiven Beamten steigt aufgrund der Besoldungsanpassungen zum 01. Oktober 2011 und 01. Oktober 2012. Diese Besoldungserhöhungen wurden von der VK Darmstadt erstmals bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen im März 2012 berücksichtigt, sodass beide Erhöhungen erst bei der Hochrechnung für das Haushaltsjahr 2013 zum Ausdruck kamen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
Personalaufwendungen					
	62000000	Entgelte Beschäftigte	-16.509.858	-15.640.230	-15.271.187,73
	62001000	Leistungsentgelte	-278.860	-242.530	-249.544,35
	62002000	Entgelte für Beschäftigte in Altersteilzeit	-381.870	-150.280	-207.158,04
	62003000	Aufstockungsbetrag für Beschäftigte in Altersteilzeit	-120.050	-165.300	-178.146,36
	62004000	Inanspruchnahme Rückstellung f. Altersteilzeit	422.000	478.980	342.888,42
	64800000	Zuführung zur Rückstellung f. Altersteilzeit	0	-262.380	-459.586,22
	62010000	Entgelt Azubis/Prakt.	-153.110	-153.110	-125.539,61
		Entgelte Arbeitnehmer gesamt	-17.021.748	-16.134.850	-16.148.273,89
	63000000	Dienstbezüge Beamte	-5.076.574	-5.079.890	-4.830.488,88
	63002000	Dienstbezüge Beamte in Altersteilzeit	-18.780	0	0,00
	63003000	Aufstockungsbetrag für Beamte in Altersteilzeit	-6.900	-17.260	-17.313,28
	63100000	Dienstbezüge für Beamte im Vorbereitungsdienst	-55.130	-49.680	-60.455,49
		Bezüge Beamte gesamt	-5.157.384	-5.146.830	-4.908.257,65
	65300000	Aufwendungen f. personenbez. Versicherungen	-74.000	-74.000	-71.469,18
	65900000	Übrige sonstiger Personalaufwand	-55.650	-55.650	-47.517,13
	65999900	Globale Minderausgaben Personal	0	0	0,00
		Sonstiger Personalaufwand	-129.650	-129.650	-118.986,31
		Zwischensumme: 62, 63, 65	-22.308.782	-21.411.330	-21.175.517,85
	64900000	Beihilfen Bezügebereich	-257.100	-257.100	-261.838,08
	64910000	Beihilfen Entgeltbereich	-5.000	-5.000	-6.341,50
		Beihilfen gesamt	-262.100	-262.100	-268.179,58
	64000000	AG-Anteil zur Sozialversicherung	-3.410.540	-3.314.820	-3.135.539,55
	64010000	AG-Anteil zur SV Azubi	-30.010	-30.010	-22.745,84
	64002000	AG-Anteil zur SV f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-138.460	-57.650	-71.523,05
	64200000	Beiträge zur BG/Unfallversicherung	-74.200	-75.000	-72.415,31
	64210000	Beiträge zur BG/Unfallversicherung - Azubis	-1.800	-2.400	-1.544,18
		Soziale Abgaben, BG/Unfallvers. gesamt	-3.655.010	-3.479.880	-3.303.767,93
	64700000	ZVK Entgeltbereich	-1.422.590	-1.401.880	-1.343.453,06
	64702000	ZVK f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-59.840	-23.480	-28.868,87
	64710000	ZVK Azubis	-8.670	-12.250	-8.248,72
		ZVK gesamt	-1.491.100	-1.437.610	-1.380.570,65
		Zwischensumme: 64	-5.408.210	-5.179.590	-4.952.518,16
		Personalaufwendungen insgesamt	-27.716.992	-26.590.920	-26.128.036,01
Versorgungsaufwendungen					
	64410000	Beihilfen an Versorgungsempfänger	-104.200	-104.200	-130.754,63
	6452	Aufwendungen an Pensions- u. Unterstützungskassen	-1.638.010	-1.636.470	-1.604.958,39
	64600000	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	-957.910	-651.280	-166.352,00
	=	Summe der Versorgungsaufwendungen	-2.700.120	-2.391.950	-1.902.065,02
	=	Personal-/Versorgungsaufwand insgesamt	-30.417.112	-28.982.870	-28.030.101,03
nachrichtlich:					
	15040	Zuführung Versorgungsrücklage aktive Beamte	21.630	22.970	21.517,11
	15041	Zuführung Versorgungsrücklage -Versorgungsempfänger	35.920	36.240	32.380,69
		Summe Versorgungsrücklage	57.550	59.210	53.897,80

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		vorläufiges Ergebnis 2011
			2013	2012	
			EUR	EUR	
1	2	3	4	5	
1.	+	Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushaltes	-13.996.107	-10.410.100	-12.919.414,09
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.491.192	6.301.400	6.005.814,24
3.	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-5.213.108	-4.615.100	-4.750.546,27
4.	+/-	Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	535.910	434.680	139.242,96
5.	-/+	Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	0	0	0,00
6.	+/-	Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	480.500	475.000	1.009.353,71
7.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-316.800	-470.800	-528.600,00
8.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-59.000	-38.000	-59.107,36
9.	=	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Pos. 1 bis 8)	-12.077.413	-8.322.920	-11.103.256,81
10.	+	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	3.181.300	3.768.050	8.217.638,15
11.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	10.000	5.000	9.609,00
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-6.915.800	-7.498.450	-12.622.727,70
		davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-800.000	-50.000	-2.085.000,00
13.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögen	0	0	735,65
		davon: Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten	0	0	735,65
14.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-467.550	-59.210	-53.897,80
		davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0	0	0,00
15.	=	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-4.192.050	-3.784.610	-4.448.642,70
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	4.192.050	3.784.610	126.831.750,00
16a		(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	0	0	125.350.000,00
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-4.424.200	-4.400.400	-112.158.274,98
17a		(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	0	0	-107.350.000,00
18.	=	Finanzmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Pos.16 und Pos.17)	-232.150	-615.790	14.673.475,02
19.	+	Einzahlungen aus fremden Mitteln	0	0	9.613,72
20.	+	Auszahlungen aus fremden Mitteln	0	0	-5.540,61
21.	=	Finanzmittellüberschuss/Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19./20)	0	0	4.073,11
22.	=	Finanzmittellüberschuss/Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Positionen 9, 15, 18 und 21)	-16.501.613	-12.723.320	-874.351,38
23.	+	Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	-12.491.856	-19.177.528	0,00
24.	=	Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Position 19 und Position 20)	-28.993.469	-31.900.848	-874.351,38

Finanzhaushalt

Der Gesamtfinanzhaushalt enthält alle im Haushaltsjahr zahlungswirksamen Vorgänge (Einzahlungen und Auszahlungen) und stellt somit den Zu- und Abfluss der liquiden Mittel dar. Die Gemeindehaushaltsverordnung eröffnet nun ein Wahlrecht zwischen der bisher für die Planung vorgegebenen indirekten Methode und der direkten Form, die die Vorgänge aus laufender Verwaltungstätigkeit in Anlehnung an die Darstellung des Ergebnishaushalts abbildet. Bei unseren Abbildungen verbleibt es zunächst bei der bisher angewendeten indirekten Methode.

Der Finanzhaushalt nach der indirekten Methode wird in nachfolgende Teilsalden gegliedert:

- a) **Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Pos.9) -12.077.413 EUR**
Dieser bildet die Finanzierungsmittel ab, die aus laufender Tätigkeit ohne Einsatz von Fremdmitteln zur Verfügung stehen und soll der Maßstab für die Finanzierungskraft der Kommune sein. Ein ausgeglichenes Jahresergebnis des Ergebnishaushalts wird in der Regel dazu führen, dass der Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit nach Bereinigung nicht zahlungswirksamer Größen positiv ist.
- Bei einer gesunden Finanzwirtschaft sollte der positive Saldo mindestens so hoch sein, dass davon die Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten (Pos. 17) abgedeckt werden können, in diesem Fall könnte der Finanzmittelbedarf ausgeglichen dargestellt werden, die Kreiskasse wäre im kommenden Haushaltsjahr in der Lage, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ohne dauerhaft Kassenkredite in Anspruch nehmen zu müssen.
- b) **Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Pos. 15) -4.192.050 EUR**
Er stellt alle vermögenswirksamen Ein- und Auszahlungen dar. Dieser Teilsaldo wird in der Regel negativ sein. Er stellt gleichzeitig die Obergrenze für die Aufnahme von Investitionskrediten dar.
- c) **Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 18) -232.150 EUR**
Dieser Teilsaldo weist durch die Gegenüberstellung der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Auszahlung aus der Tilgung von Krediten bei einem negativen Saldo den Schuldenabbau, bei einem positiven Saldo die jährliche Nettoneuverschuldung aus. Im Planungszeitraum wird hier nur die Veränderung der Investitionskredite dargestellt, die Ergebnisspalte weist jedoch auch die Ein- und Auszahlungen aus Kassenkrediten auf.
- d) **Finanzmittelüberschuss bzw. Finanzmittelfehlbedarf (Pos. 22) -16.501.613 EUR**
Er wird gebildet aus der Summe der Teilsalden a) - c) und gibt bei negativem Vorzeichen einen Hinweis auf die Höhe der (zusätzlich zum Bestand am Anfang des Jahres) benötigten Kassenkredite, ein positiver Betrag würde den Abbau bestehender Kassenkredite ermöglichen.

Saldiert mit dem voraussichtlichen Bestand der Finanzmittel zum Beginn des Jahres erhält man den voraussichtlichen Finanzmittellendbestand. Der planerische Vortrag des Finanzmittelbestands zu Beginn des Jahres berücksichtigt den Endbestand gemäß dem vorläufigen Ergebnis 2011 sowie den geplanten Finanzmittelfehlbedarf des Vorjahres. Er gibt an, um welchen Betrag sich der in der Bilanz 2011 enthaltene Bestand der Kassenkredite (96.100.000 EUR) voraussichtlich erhöhen wird.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist in die Haushaltssatzung aufzunehmen. Er ist im vorliegenden Satzungsentwurf mit 150 Mio. EUR höher bemessen, da sichergestellt werden muss, dass auch bei einem unterjährig höheren Bedarf die Kreiskasse jederzeit in der Lage ist, alle Zahlungsverpflichtungen pünktlich zu bedienen. Zudem muss der Betrag so bemessen sein, dass dies auch bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung des folgenden Jahres (2014) gewährleistet ist.

In den Teilfinanzhaushalten der einzelnen Budgets (Teilhaushalte) ist nur der Saldo b), Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit darzustellen. Die einzelnen Investitionsvorhaben werden jeweils im Anschluss an die Teilfinanzhaushalte erläutert.

Investitionstätigkeit und Schuldenentwicklung

Der Umfang der Investitionstätigkeit ist wegen des negativen Finanzmittelsaldos auf die aus Zuschüssen und Kreditaufnahmen zufließenden Gelder beschränkt. Die Kreditaufnahme für Maßnahmen im investiven Bereich wird durch die mit Haushaltsgenehmigungen der Vorjahre verbundene Forderung der Aufsichtsbehörde, einen deutlichen Schuldenabbau anzustreben, begrenzt.

An den Schulen im Vogelsbergkreis sind Sanierungsmaßnahmen für 2013 und teilweise in den Folgejahren in Alsfeld (Geschwister-Scholl-Schule, Erich-Kästner-Schule, Max-Eyth-Schule, Brüder-Grimm-Schule), in Lauterbach (Eichberggrundschule, Vogelsbergschule, Alexander-von-Humboldt-Schule) sowie an der Astrid-Lindgren-Schule in Grebenau, an der Schlossbergschule Ulrichstein, an der Gesamtschule Schlitz sowie an der Vogelsbergschule Schotten geplant. Die Maßnahmen sind im Teilfinanzhaushalt 25 erläutert. Eine Übersicht über die Finanzplanung bis zum Jahr 2016 ergibt sich aus der Investitionsübersicht 2013 (im Anschluss an die Erläuterung aller Teilhaushalte).

Die ursprünglich durch den Vogelsbergkreis geplante Baumaßnahme für die Turnhalle der Alexander-von-Humboldt-Schule in Lauterbach soll nun - analog der Maßnahme für die Schule an der Wascherde - über eine Projektgesellschaft durchgeführt werden. Die hierfür nach Abschluss der Bauzeit zu zahlende Miete ab dem Jahr 2014 wurde in der mittelfristigen Ergebnisplanung berücksichtigt.

Im Bereich der Verwaltungsgebäude sollen Baumaßnahmen in der Bahnhofstraße und Goldhelg in Lauterbach fortgeführt werden. Zudem sind Planansätze für das Jugendheim Landenhausen in den Jahren 2014 und 2015 vorgesehen.

Für Tiefbaumaßnahmen, ausnahmslos Investitionen in die Erneuerung oder Sanierung von Kreisstraßen, sind im vorliegenden Haushalt 2013 Auszahlungen von rd. 0,55 Mio. EUR vorgesehen, die einen Kreditbedarf von rd. 0,15 Mio. EUR auslösen.

Für die Maßnahme K 084, OD Wartenberg, OT. Angersbach wird die Bewilligung wohl erst Ende des Jahres 2012 erfolgen. Die Ausschreibung und Vergabe dieser Maßnahme wird noch zu Lasten des Ansatzes 2012 durchgeführt, damit wird eine weitere Verzögerung der Maßnahme bei ggf. noch ausstehender Haushaltsgenehmigung im Hj. 2013 vermieden.

Neu veranschlagt ist der Ausbau der Ortsdurchfahrten K 133, OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld. Planungskosten sind für die im Hj. 2014 zur Förderung angemeldete Maßnahme Moosbachbrücke in Grebenhain, Ortsteil Metzlos (K 250) vorgesehen. Auch für die Folgejahre sind jeweils 3 bis 5 Maßnahmen geplant.

Die Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2013 bis 2015 sind im GVFG Kompensationsmittel-Programm des Landes enthalten bzw. wurden angemeldet. Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Realisierung der jeweiligen Maßnahme ist abhängig von der Gewährung von Landeszuwendungen sowie, soweit bei dem Bau von Ortsdurchfahrten auch Gehweganlagen betroffen sind, von der Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen durch die Städte und Gemeinden. Weitere Voraussetzung ist beim Ausbau von Ortsdurchfahrten die Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Planungs- und Baubetreuungskosten durch die Städte und Gemeinden.

Das Land Hessen hat die Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen zum 31.12.2012 gekündigt und den Kreisen einen neuen Vertragsentwurf vorgelegt. Der neue Vertragsentwurf sah eine erhebliche Steigerung der Honorare vor. Eine beim Hessischen Landkreistag gebildete Arbeitsgruppe konnte zwischenzeitlich eine Reduzierung der Kosten erreichen. Allerdings liegen die neuen Konditionen noch immer deutlich über den Sätzen der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure). Weiter wurden maßgebliche Leistungen vom Land gestrichen (z. B. Grunderwerb). Geprüft wird deshalb zurzeit, ob wirklich alle Leistungen von Hessen Mobil in dem im Vertrag vorgesehen Umfang erforderlich sind oder ob nicht gegebenenfalls im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit oder im Wege der Beauftragung von Ing. Büros in der Gesamtbetrachtung ein anderes Kostenniveau erreicht

werden kann. Aufgrund der Komplexität der Verhandlungen und der wenigen Zeit bis zum Jahresende haben wir Anfang Juli das Ministerium gebeten den Vertrag zunächst nach den alten Konditionen um 1 Jahr zu verlängern. Neben weiteren Landkreisen hat auch der Hessische Landkreistag diesen Vorschlag dem Land unterbreitet. Eine Entscheidung durch das Land ist bisher nicht erfolgt. Die Veranschlagung der Planungskosten für die Jahre 2013 bis 2016 erfolgte auf Grundlage der neuen Konditionen des Landes.

Ab 2014 entfällt die Zweckbindung für die GVFG Kompensationsmittel, sie können dann von den Ländern für Investitionen jeder Art eingesetzt werden. Eine landesgesetzliche hessische Regelung liegt immer noch nicht vor. Im letzten Jahr wurden in diesem Zusammenhang Überlegungen des Finanzministers veröffentlicht, die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und ggf. auf eine Pauschalförderung umzustellen. Der Kreisausschuss hatte sich um die Teilnahme an einem Pilotprojekt beworben. Eine Entscheidung hierzu ist bei Land noch nicht gefallen. Bisher hat der Vogelsbergkreis Zuwendungen in Höhe von 70% der zuwendungsfähigen Kosten für seine Projekte im Kreisstraßenbau erhalten. Mit diesem Fördersatz sind auch die Zuwendungen für die Jahre 2013 bis 2016 veranschlagt. Trotz Initiativen des Kreises und des Hessischen Landkreistages ist eine entsprechende hessische Regelung immer noch nicht abzusehen. Vor diesem Hintergrund stehen die veranschlagten Projekte ab 2014 unter dem Vorbehalt einer vollständigen Finanzierung.

Weitere vom Kreis geplante Investitionsmaßnahmen können aus den einzelnen Teilhaushalten unter dem Punkt Teilfinanzhaushalt – Investitionstätigkeit – sowie aus der Investitionsübersicht entnommen werden.

Alle im Entwurf des Investitionsprogramms zu diesem Haushalt enthaltenen Investitionsmaßnahmen können unter der Vorgabe, die Verschuldung aus Investitionstätigkeit abzubauen, durchgeführt werden. Aus den in den Jahren 2012 bis 2016 veranschlagten Kreditaufnahmen und -tilgungen ergibt sich über den Gesamtzeitraum voraussichtlich ein Schuldenabbau von rund 2,2 Mio. EUR. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Sonderinvestitionsprogramms ist aus der Schuldenübersicht nicht ablesbar, sie werden daher hier separat ausgewiesen:

Programm	bewilligt	davon Verbindlichkeiten Programm Land: 100 % Programm Bund: 25 %	Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2011	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2012	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2013
Land	17.242.000	17.242.000	16.353.387	15.778.654	15.203.920
Bund	10.530.000	2.632.500	2.566.042	2.478.292	2.390.542
Summe	27.772.000	19.874.500	18.919.429	18.256.946	17.594.462

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Im Vorbericht soll zudem dargestellt werden, welche Auswirkungen sich durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung auf den Landkreis und seine Einrichtungen voraussichtlich ergeben.

Der Vogelsbergkreis ist durch den demografischen Wandel besonders getroffen. Insbesondere die höhere Zahl an Fortzügen haben die Bevölkerung in den letzten Jahren spürbar schrumpfen lassen.

Jahr (Stichtag 31.12.)	2002	2005	2008	2011
Einwohner	117.949	115.781	112.264	108.538
Einwohner je km ²	81	79	77	74

Als drittgrößter Flächenkreis (1.459 km²) in Hessen, weist der Vogelsbergkreis in punkto Bevölkerungsdichte den mit Abstand geringsten Wert auf. Tendenz weiter sinkend. Der Vogelsbergkreis ist überproportional stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen. So geht die Bertelsmann Stiftung von einem mittelfristigen Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2025 von knapp 10 % aus, während der Vergleichswert für das Land Hessen bei 2 % Rückgang liegt. Zudem wird eine Bildungsabwanderung der hochqualifizierten Arbeitskräfte prognostiziert. Das statistische Landesamt prognostizierte im Oktober 2011 in seiner Bevölkerungsvorausschätzung 2010 bis 2030 sogar einen Bevölkerungsrückgang von 16 bis 20 %, während der Rückgang für das Land Hessen bei 2,6 % liegt.

Geprägt ist der Vogelsbergkreis zudem durch folgende strukturelle Rahmenbedingungen:

- Große Fläche mit hoher Zersiedelungsstruktur (186 Dörfer)
- Fehlende Nähe zu urbanen Oberzentren / Ballungsgebieten
- Gering ausgebauter ÖPNV
- Wenig Industrie, Beschäftigungsschwerpunkt im Dienstleistungsbereich, kaum Großbetriebe
- Niedriges Gehaltsniveau

Die demografische Entwicklung und die Rahmenbedingungen des Vogelsbergkreises wirken sich negativ auf die Einnahmen aus (Einwohner als Bemessungsgröße für Zuweisungen, Steuerkraft, u.a.), aber auch auf die Ausgaben (steigende Gesundheits- und Pflegekosten, Erhaltungsaufwand). Der Bedarf an der vorgehaltenen Infrastruktur (Straßen, Versorgung) und an Einrichtungen (Schulen, Bäder) wird sich rückläufig entwickeln.

Eine dem demografischen Wandel angepasste Entwicklung und Zukunftsausrichtung des Landkreises ist somit unumgänglich. Der Vogelsbergkreis hat diese ungünstigen Rahmenbedingungen erkannt und mit diversen Maßnahmen begonnen, um den finanziellen Auswirkungen entgegenzusteuern. So sind Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gewichtige Worte, denen bei Planung und Zukunftsgestaltung des Landkreises bereits seit Jahren besondere Beachtung gegeben wird. Die Kreisverwaltung ist sich seiner schwierigen Lage bewusst. So umfasst das Handeln der Verwaltung vor allem:

- Zielorientierte Planung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels
- Investitionsverhalten und Substanzerhaltung
- Standortsicherung für Unternehmen
- Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

Die Demografiepolitik hat mittlerweile eine große Rolle eingenommen. So koordiniert die Demografiebeauftragte die Strategie sowie die diversen Aktivitäten und Projekte. Der Vogelsbergkreis hat eine Strategiekonferenz mit der Entwicklung eines Masterplans zur Demografie durchgeführt. Darunter befindet sich z. B. ein Konzept zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und Gründung einer Arbeitsgruppe mit Kommunen, Ärzten und Krankenhausvertretern. Daneben hat sich der Vogelsbergkreis auch erfolgreich unter 156 Bewerbern als einer der 21 Modellregionen für das Bundesprogramm „MORO – Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ beworben. In Arbeitsgruppen werden die nächsten Schritte und Prioritäten erarbeitet. Der Schwerpunkt liegt vor allem bei der Technischen Infrastruktur, dem Bereich Senioren, Pflege und ärztliche Versorgung sowie dem Bereich Jugend, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Fachkräfte.

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 – 2016

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wurde auf Basis der vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erlassenen Orientierungsdaten für die Finanzplanung (Erlass vom 14.09.2012) erstellt. Mit diesen Daten, die auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2012 basieren, erhalten die Kommunen Hinweise auf die nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand voraussehbare Entwicklung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen in ihren Haushalten. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der gesetzlichen Regelungen sowie die tatsächliche Entwicklung des Steueraufkommens zu abweichenden Ergebnissen, insbesondere zum Ende des Planungszeitraums, führen können.

Die wichtigsten Positionen des kommunalen Finanzausgleichs wurden mit den folgenden Prozentsätzen berechnet (jeweils auf der Basis des Vorjahresansatzes):

	2014	2015	2016
Schlüsselzuweisungen	+2,5 %	+4,0 %	+4,0 %
Kreisumlagegrundlagen	+5,5 %	+5,0 %	+4,5 %

Zudem sind auch bei folgenden Ertragsarten Steigerungsraten entsprechend des Antrages auf Konsolidierungshilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm vom 26.06.2012 herangezogen worden:

Kostenersatzleistungen und -erstattungen:	2,0 %
Erträge aus Transferleistungen:	3,0 %

Die Aufwendungen aus der Krankenhausumlage wurden entsprechend dem Orientierungsdatenerlass in Ansatz gebracht. Die LWV-Umlage wurde mit einer dreiprozentigen Steigerung berücksichtigt.

Im aktuellen Erlass des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport werden keine Richtwerte für die Gesamtaufwendungen genannt. Es wird hierzu erwähnt, dass der Arbeitskreis des Stabilitätsrats wegen der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes, die für die Länderhaushalte ein Neuverschuldungsverbot enthält, keine Empfehlung mehr gibt bezüglich einer maximal zulässigen Ausgabenlinie für Länder und Kommunen gibt. Der Arbeitskreis hat als Ergebnis seiner Sitzung am 04.07.2012 zum Ausdruck gebracht, dass zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaketes der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden muss. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzungen und Vorgaben wurden die Aufwendungen des Ergebnishaushalts, soweit nicht durch bestehende Verträge verbindliche Verpflichtungen bekannt sind, fortgeschrieben. Bei folgenden Positionen wurden jedoch Steigerungsraten - anlehnend an den Antrag zum Kommunalen Schutzschirm - angenommen:

Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Steigerung bei Mieten)	2,0%
Steueraufwendungen, gesetzliche Umlageverpflichtungen:	3,0%
Transferaufwendungen:	3,0%

Zudem sind die Zinsen unter Berücksichtigung der Ablösung von Kassenkrediten im Rahmen des Kommunalen Schutzschirmes angepasst worden.

Die fortgeschriebene mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zeigt damit einen positiven Trend. Im letzten Jahr reduziert sich der geplante Jahresfehlbedarf auf 6,9 Mio. EUR, der Finanzmittelfehlbedarf auf 10 Mio. EUR.

Das Ministerium macht im 2. Abschnitt des Erlasses weitere Vorgaben zur Haushalts- und Wirtschaftsführung, die - soweit sie für die Haushaltsplanung des Vogelsbergkreises bedeutsam sein könnten - nachfolgend wiedergegeben werden:

1. Konsolidierung der kommunalen Haushalte

Unter integrierter Betrachtung der Schuldenkategorien

- Kassenkredite (beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich)
- Kredite und Wertpapiersschulden (beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich)
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte
- Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich)

erreichte im Jahr 2010 die kommunale Verschuldung im Land Hessen eine Höhe von absolut 35.058 Mio. Euro. Das entsprach bei einer Einwohnerzahl von rund 6.064 Mio. zum Stichtag 30.06.2010 einem Pro-Kopf-Wert von 5.781 Euro je Einwohner. Der Kommunalschuldenstand zeitigte in Hessen damit den zweithöchsten Wert der Flächenländer.

Zusätzlich bestanden Bürgschaftsverpflichtungen in Höhe von circa 624 Euro pro Einwohner. Dieser Wert bildete den höchsten Bestand an Eventualverbindlichkeiten pro Einwohner im Vergleich der Flächenländer. Absolut ergab sich somit ein Gesamtkommunalschuldenstand von 38.840 Mio. Euro, hieraus resultierte ein Pro-Kopf-Wert von 6.405 EURO.

Die kommunale Verschuldung, ohne die der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, jedoch einschließlich der Bürgschaften, belief sich im Land Hessen hierbei auf absolut 20.268 Mio. Euro. Das entsprach einem Pro-Kopf-Wert von 3.342 Euro je Einwohner des Landes.

Die kommunale Verschuldung ohne Berücksichtigung der Bürgschaften von 3.782 Mio. Euro erreichte zum Betrachtungszeitpunkt den Wert von 16.486 Mio. Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.719 Euro je Einwohner entsprach.

In letztgenannter Summe umfassten die Kassenkredite beim nichtöffentlichen Bereich 4.878 Mio. Euro. Nach jährlicher Schuldenstatistik entfielen auf die Investitionskredite ein Volumen von rund 10.276 Mio. Euro.

Zum 31. Dezember 2011 umfasste – nach jährlicher Schuldenstatistik - das Investitionskreditvolumen rund 10.632 Mio. Euro, das Kassenkreditvolumen erreichte den Stand von rund 6.416 Mio. Euro.

Der Finanzierungssaldo, der Saldo der bereinigten Aufwendungen/Auszahlungen und Erträge/Einzahlungen ohne besondere Finanzierungsvorgänge zuzüglich bzw. abzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen, hessischer Kommunen belief sich nach der Kassenstatistik 2011 auf rund - 2.112 Mio. Euro. Die Plandefizite 2012 der hessischen Kommunen betragen annähernd zwei Milliarden Euro.

Die kommunale Finanz- insbesondere Verschuldungssituation hat sich damit in Gesamtsicht verschlechtert, weitere erhebliche jahresbezogene Fehlbeträge sind zu erwarten. Die Haushaltswirtschaft vieler Kommunen ist nach wie vor erheblich belastet. Auch im Sinne intergenerativer Gerechtigkeit resultiert nach wie vor die Notwendigkeit der Gegensteuerung, es bestehen verstärkt hohe Konsolidierungsanforderungen.

Finanzwirtschaftlich vordringliche Aufgabe der Kommunen ist es, ihre Haushalte zu konsolidieren. Zuwächse bei Steuererträgen sind dazu zu verwenden, den laufenden Haushalt auszugleichen und die Fehlbeträge aus Vorjahren zu decken. Verbleibende Mittel sollten von den Kommunen vorzugsweise den Rücklagen zugeführt werden, um die Auswirkungen von künftigen gegenläufigen Entwicklungen mildern zu können. Die Kommunalaufsichtsbehörden werden darauf achten, dass die Kommunen entsprechend verfahren.

Im engen Zusammenhang zum Ansteigen der Fehlbeträge steht der in den letzten Jahren festzustellende progressiv steigende Bestand an Kassenkrediten. Diese sollen grundsätzlich nur in Anspruch genommen werden, um kurzfristige Zahlungsengpässe der Kommunen zu überbrücken. In den vergangenen Jahren sahen die Kommunen allerdings die Notwendigkeit, Kassenkredite dauerhaft zur Liquiditätssicherung zu nutzen und damit längerfristig die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Bei steigenden Zinssätzen wird sich diese Entwicklung zum Nachteil der Kommunen in deren Ergebnishaushalten verstärkt auswirken.

Im Finanzplanungszeitraum ist weiterhin mit steigenden Umlagegrundlagen zu kalkulieren. Die Landkreise benötigen die sich daraus ergebenden Mehrerträge aus der Kreis- und Schulumlage, um die bei ihnen aufgelaufenen besonders hohen Fehlbeträge abzudecken. Insoweit können die kreisangehörigen Gemeinden weiterhin nicht davon ausgehen, dass die Landkreise die Hebesätze absenken.

Nicht zuletzt auf Grund dieser Entwicklungen hat der Hessische Landtag am 14. Mai 2012 das „Hessische kommunale Schutzschirmgesetz“ beschlossen. Es werden auf Antrag bestimmten, als besonders konsolidierungsbedürftig identifizierten Kommunen Entschuldungshilfen gewährt, wenn es den Kommunen nach § 3 Abs. 3 des Gesetzes gelingt, glaubhaft darzustellen, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt und danach jahresbezogen dauerhaft auszugleichen. Die Kommunen sind aufgefordert, die landesseitige Unterstützung zur Konsolidierung ihrer Haushalte in Anspruch zu nehmen. Nähere Ausführungen zum Verfahren enthält die Verordnung zur Durchführung des Schutzschirmgesetzes vom 21. Juni 2012.

2. Haushaltssicherungskonzept

Die Kommunen sind nach § 92 Abs. 4 HGO verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht möglich ist. Gleiches gilt, soweit Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder nach der Ergebnis- und Finanzplanung im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden.

Das von der Vertretungskörperschaft beschlossene Haushaltssicherungskonzept ist der Kommunalaufsichtsbehörde zeitgleich mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Es bildet einen entscheidenden Teil der Beurteilung für die Frage, ob die Haushaltsgenehmigung nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt werden kann. Ohne Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes kann in den gesetzlich genannten Fällen keine Haushaltsgenehmigung erteilt werden.

Im Haushaltskonsolidierungskonzept sind gemäß § 24 Abs. 4 GemHVO die Ursachen für einen nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Es muss verbindliche Festlegungen über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll, enthalten. Es bedarf daher einer Analyse der Ursachen für den unausgeglichenen Haushalt, einer detaillierten Beschreibung der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen sowie einer konkreten und verbindlichen Beschreibung des Konsolidierungsziels unter Angabe des Zeitraums des angestrebten Ausgleichs. Ein Haushaltssicherungskonzept, das diesen Anforderungen nicht gerecht wird, ist von der Aufsichtsbehörde zurückzuweisen.

Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen haben die Kommunen alle Möglichkeiten der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen im Sinne des § 93 HGO zu nutzen. Konzessionsabgaben sind im Rahmen der Höchstbeträge zu erheben. Unterdeckungen in den Gebührenhaushalten sind nicht akzeptabel. Ein Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Abgabenrechts befindet sich derzeit zur Beratung im Hessischen Landtag. Damit soll den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, zukünftig wiederkehrende Straßenbeiträge zu erheben. Auf Gewinnabführungen, insbesondere durch Eigen- und Beteiligungsgesellschaften, ist verstärkt hinzuwirken. Kapitalherabsetzungen bei den vorgenannten Unternehmen sind in Erwägung zu ziehen, soweit deren Durchführung sinnvoll möglich ist.

Auf die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht vom 6. Mai 2010, einzusehen auf der Internetseite www.hmdis.hessen.de, wird ergänzend hingewiesen.

3. Reduzierung der Aufwendungen und Auszahlungen

Zunächst sei auf das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen vom 6. Dezember 2011 hingewiesen. Zur finanziellen Entlastung der Kommunen wurde die Bundesbeteiligung für das Jahr 2012 an den Nettoausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 46a SGB XII von 16% auf 45% erhöht. Die Zusage für die Umsetzung der Erhöhungsschritte in den Jahren 2013 und 2014 auf 75% bzw. 100% der Nettoausgaben wurde durch die Bundesregierung bestätigt. Die hessischen kommunalen Aufgabenträger können dadurch allein im Zeitraum 2012 bis 2016 mit einer Entlastung voraussichtlich von über einer Milliarde € rechnen.

Weiter sind sämtliche Möglichkeiten zur Reduzierung von Aufwendungen und Auszahlungen konsequent zu nutzen. Verwaltungsstrukturen – auch im kommunalen „Konzern“ - sind zu überprüfen; der Personalaufwand muss auf ein unabwiesbares Maß begrenzt werden. Gegebenenfalls müssen kommunale Leistungen auch in größerem Umfang reduziert werden, soweit keine zusätzliche Finanzierung möglich ist. Im freiwilligen Bereich müssen alle Aufwendungen auf ihre Vertretbarkeit und Angemessenheit hinterfragt werden. Auch die Pflichtaufgaben sind nicht von Konsolidierungsmaßnahmen auszunehmen. Es wird daher im pflichtigen Bereich erforderlich sein, selbstgesetzte Standards auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen und alle Möglichkeiten zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenerfüllung zu nutzen.

Sollte sich zeigen, dass die Beschränkung der kommunalen Aufwendungen und Auszahlungen auf ein hinreichendes, notwendiges Maß nicht ausreicht, den Kommunalhaushalt nachhaltig zu konsolidieren, darf die Kommune keinesfalls in ihren "Sparanstrengungen" nachlassen. In jedem Fall muss es vorrangiges Ziel der Haushaltswirtschaft der Kommune werden, zu verhindern, dass die eingetretene Defizitsituation sich weiter verfestigt.

Die Kommunen sollten insgesamt in weitaus stärkerem Maße als bisher die Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit nutzen. Auf diese Weise können erhebliche Einsparungen und Synergien erzielt werden. Außerdem kann durch die Interkommunale Zusammenarbeit nachteiligen demographischen Entwicklungen besser begegnet werden. In bestimmten Fällen besteht die Möglichkeit einer Zuweisung nach der Rahmenvereinbarung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit vom 2. Dezember 2011. Näheres hierzu finden Sie auf der Internetseite des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Zudem steht in allen Fragen der Interkommunalen Zusammenarbeit das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit den Kommunen (siehe Näheres unter www.ikz-hessen.de) als Ansprechpartner zu Verfügung.

4. Abgrenzung der vermögenswirksamen Auszahlungen

Auch bei schwieriger Finanzlage ist es nicht akzeptabel, wenn Unterhaltungsaufwand für Vermögensgegenstände dem investiven Bereich zugeordnet wird, um die Finanzierung durch Kreditaufnahmen zu ermöglichen. Resultierende Problematiken werden dadurch nicht gelöst, sondern lediglich in die Zukunft verschoben. Die Kommunalaufsichtsbehörden waren und sind aufgefordert, hierauf besonderes Augenmerk zu richten.

5. Verwendung von Erlösen aus Vermögensveräußerungen

Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen dürfen grundsätzlich nicht für Zwecke des Ergebnishaushalts verwendet werden, es sei denn, die strikten Voraussetzungen des § 24 Abs. 2 und 3 GemHVO sind zweifelsfrei erfüllt. Die im Ergebnishaushalt zu veranschlagenden konsumtiven Aufwendungen müssen vielmehr mit Erträgen des Ergebnishaushalts finanziert werden. Bei der Veräußerung von rentierlichen Vermögensgegenständen entfallen laufende Erträge, die bis dahin u. a. als Deckungsbeitrag für den Schuldendienst zur Verfügung standen. Die Struktur des Haushalts würde nachhaltig verändert, wenn laufende Erträge aus Vermögenspositionen entfielen, ohne dass gleichzeitig entsprechende Belastungen zurückgeführt werden. Erlöse aus Vermögensveräußerungen müssen daher grundsätzlich zur Reduzierung bestehender oder zur Vermeidung der Aufnahme neuer Verbindlichkeiten verwendet werden. Gleiches gilt für unrentierliche Vermögensgegenstände. Diese sind vordringlich auf Veräußerbarkeit zu überprüfen. Mit entsprechenden Erlösen ist der Bestand an Verbindlichkeiten zu reduzieren.

6. Durchführung von Investitionsmaßnahmen

Die Erfüllung von Pflichtaufgaben kann dazu führen, dass in konkreten Einzelfällen Investitionsmaßnahmen trotz schlechter Finanzlage realisiert werden müssen. Dagegen sind Investitionen außerhalb des pflichtigen Aufgabenbereichs, auch wenn sie wünschenswert sein sollten, ausgeschlossen. Unabdingbar ist es, aus allen in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie der Folgekosten die für die Kommune wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln. Dabei kommt auch die Gewinnung privaten Kapitals im Rahmen eines „Public-Private-Partnership“-Modells in Betracht. Auch bei der Verwaltung und der Bewirtschaftung des kommunalen Sachanlage- und Finanzanlagevermögens können sich durch die Einbindung Privater für die Kommunen Wirtschaftlichkeitspotenziale ergeben.

7. Feststellungen der überörtlichen Kommunalprüfung

Die Zusammenfassenden Berichte der überörtlichen Kommunalprüfung enthalten wertvolle Hinweise für eine sparsame und effiziente Haushaltswirtschaft. Deshalb wird allen Kommunen dringend empfohlen, die in den Zusammenfassenden Berichten enthaltenen Feststellungen und Anregungen eingehend und eigenverantwortlich auf ihre Umsetzbarkeit im eigenen Zuständigkeitsbereich zu prüfen. Die Berichte stehen auf der Internetseite des Hessischen Rechnungshofs zur Einsichtnahme zur Verfügung (www.rechnungshof-hessen.de).

Soweit Kommunen selbst in vergleichende überörtliche Prüfungen einbezogen waren, haben sie die Ergebnisse der Prüfung eingehend zu würdigen und zu berücksichtigen. Die Kommunalaufsichtsbehörden werden dies prüfen. Bei Anträgen von Kommunen auf Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock zu Rechnungsfehlbeträgen wird die Frage der Vermeidbarkeit des Fehlbetrages auch hieran gemessen.

Bewirtschaftungsregeln - Haushaltsvermerke

Bezüglich der Änderung der Organisationsstruktur gibt es folgenden Kreistagsbeschluss vom 07.12.2012:

„Der Vogelsbergkreis macht von der Möglichkeit gem. § 4 Abs. 2 GemHVO Gebrauch, die Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte nach der örtlichen Organisationsstruktur produktorientiert zu gliedern. Der Haushaltsplanentwurf 2013 wurde nach der bisherigen Struktur erstellt. Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss im Rahmen der beschlossenen Haushaltssatzung mit allen Anlagen einschließlich der Investitionsplanung, die Teilhaushalte so zu bilden, dass die der ab 01.01.2013 geltenden Organisationsstruktur entsprechen.“

Es gelten folgende Bewirtschaftungsregeln:

1. Innerhalb des Gesamtergebnishaushalts sind alle Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 2 GemHVO), die zahlungswirksamen zugunsten der zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig. Zahlungswirksame Mehrerträge, die ausdrücklich für Personalaufwand geleistet werden, sind zweckgebunden (§ 19 Abs.1 GemHVO) und von den unter Ziffer 7 eingeräumten Möglichkeiten ausgenommen. Die den Teilhaushalten zugewiesenen Planstellen lt. Stellenplan können bei organisatorischen Änderungen im erforderlichen Umfang neu zugeordnet werden.
2. Die Aufwendungen für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind innerhalb des Gesamtergebnishaushalts gegenseitig deckungsfähig.
3. Jeder Teilhaushalt bildet ein Budget (§ 4 Abs. 1 GemHVO).
4. Innerhalb eines Budgets sind, soweit für einzelne Produkte nicht besondere Regelungen getroffen werden,
 - a) die Ansätze der veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 1 GemHVO),
 - b) die Ansätze der veranschlagten Auszahlungen für Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 3 GemHVO),
 - c) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig,
 - d) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von Investitionsauszahlungen einseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 5 GemHVO),
 - e) die Aufwendungen nicht deckungsfähig mit den Kosten aus interner Leistungsverrechnung,
 - f) Aufwendungen für freiwillige Leistungen über den vom Kreistag beschlossenen Umfang hinaus nicht zulässig.
5. Die Ansätze für Aufwendungen der einzelnen Budgets können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung der Jahresrechnung übertragen werden.
6. Bewilligte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen, jedoch nicht geleistet worden sind, können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung der Jahresrechnung übertragen werden.
7. Zahlungswirksame Mehrerträge erhöhen die Ansätze für zahlungswirksame Aufwendungen (§ 19 Abs. 2 GemHVO) bei den nachfolgend aufgeführten Budgets bzw. Produkten. Entsprechendes gilt für Ein- und Auszahlungen.

- 10 Teilhaushalt Organisation und Personal: für die Produkte
 - 11100 - Selbstverwaltungsorgane
 - 11110 - Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 11112 - Personalvertretung
 - 12600 - Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes
 - 12700 - Organisation des Rettungsdienstes
- 16eteiligungscontrolling, komm. Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung, Naturschutz: für das Produkt
 - 57100 - Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Tourismus (mit Ausnahme der Pos. 21)
- 20 Teilhaushalt Finanzen: für die Produkte
 - 54200 - Kreisstraßen
 - 61100 - Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich (mit der Beschränkung gem. § 19 Abs 2 GemHVO)
- 21 Teilhaushalt Zahlungsverkehr
- 25 Liegenschaftsverwaltung
- 30 Rechtsangelegenheiten
- 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten: für die Produkte
 - 12100 - Kommunalwahlen und sonstige Wahlen
 - 12200 - allgemeine Ordnungsangelegenheiten (mit Ausnahme der Pos. 3)
- 40 Schulverwaltung: für die Produkte
 - 24100 - Schülerbeförderung
 - 24300 - Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung
- 43 Volkshochschule: für die Produkte
 - 27100 - Volkshochschularbeit
 - 27110 - Projekt Hessencampus
- 50 Soziale Sicherung: für die Produkte
 - 31100 - Grundversorgung und Hilfen n.d. SGB 12 (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31200 - Grundsicherung n.d. SGB 2 (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31300 - Hilfen für Asylbewerber
 - 32100 - Leistunge n.d. Bundesversorgungsgesetz
 - 34300 - Betreuungsleistungen
 - 35100 - sonst. soziale Hilfen und Leistungen (auf Ebene der Buchungsprodukte)
- 51 Jugend, Familie, Sport: für die Produkte
 - 34100 - Unterhaltsvorschuss
 - 36100 - Tagesbetreuung von Kindern
 - 36200 - Kinder- und Jugendarbeit (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 36300 - gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 53 Gesundheitsdienste
- 63 Bauordnung, Denkmalpflege: für das Produkt
 - 52100 - Bauordnung und Bauaufsicht
- 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz: für die Produkte
 - 12280 - Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 41480 - Fleischbeschau
- 90 Land- und Forstwirtschaft (mit Ausnahme der Pos. 3)

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2013 DES VOGELSBERGKREISES

I. Gesetzliche Grundlagen, Anforderungen

Landkreise, deren Haushalt nicht ausgeglichen ist, haben aufgrund § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 92 Abs. 4 HGO ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Dieses ist vom Kreistag zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

Der Vogelsbergkreis führt seine Haushaltswirtschaft gemäß Beschluss des Kreistags vom 12. Dezember 2008 und der Regelung in § 7 der Hauptsatzung des Vogelsbergkreises ab dem Haushaltsjahr 2009 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung. Die Kommunen sind nach § 92 Abs. 4 HGO verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht möglich ist. Gleiches gilt, soweit Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder nach der Ergebnis- und Finanzplanung im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 weist ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von **13.996.107 EUR** aus, es ist demnach ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

§ 24 Abs. 4 GemHVO fordert, dass im Haushaltssicherungskonzept die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu analysieren sind. Das Konzept muss daneben verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll. Der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 14. Sept. 2012 zur kommunalen Finanzplanung und Haushalt- und Wirtschaftsführung bis 2016 weist unter Ziffer II Unterpunkt 2. darauf hin, dass ohne die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes in den gesetzlich genannten Fällen keine Haushaltsgenehmigung erteilt werden kann.

II. Entwicklung der Haushaltswirtschaft in den zurückliegenden Haushaltsjahren:

Nachfolgend werden zunächst alle nach kameralen Grundsätzen auszuweisenden Rechnungsfehlbeträge der vergangenen Haushaltsjahre aufgeführt. Dies ermöglicht einen umfassenden Überblick über die Haushaltswirtschaft der zurückliegenden Jahre und eine bessere Einschätzung der aktuellen Lage. Dabei werden die Haushaltsjahre ab 1997 betrachtet. Das ist der Zeitraum, seit dem der Vogelsbergkreis, zunächst aufgrund von Vorgaben der Aufsichtsbehörde und seit dem Jahr 2005 aufgrund der gesetzlichen Vorschrift, der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts unterliegt.

Hj.	Fehlbetrag VWH	davon Fehlbeträge aus Vorjahren	jahresbezogener Fehlbetrag	nicht veranschlagte Altfehlbeträge
1997	4.813.277,06	0,00	4.813.277,06	2.904.563,60
1998	4.939.178,75	2.904.563,60	2.034.615,15	4.813.277,06
1999	11.755.828,09	9.752.455,81	2.003.372,28	0,00
2000	10.911.993,77	11.755.828,09	0,00	0,00
2001	0,00	2.457.640,09	0,00	8.454.353,68
2002	11.776.473,61	8.454.353,68	3.322.119,93	0,00
2003	4.069.665,22	0,00	4.069.665,22	11.776.473,61
2004	24.112.931,97	11.776.473,61	12.336.458,36	4.069.665,22
2005	41.422.774,66	28.182.597,19	13.240.177,47	0,00
2006	53.079.235,49	41.422.774,66	11.656.460,83	0,00
2007	56.513.744,29	53.079.235,49	3.434.508,80	0,00
2008	65.032.698,20	56.513.744,29	8.518.953,91	0,00

(alle Beträge sind in Euro angegeben)

Es lässt sich erkennen, dass die Jahresrechnungen des Vogelsbergkreises mit Ausnahme der beiden Jahre 2000 und 2001 jeweils mit erheblichen und in der Tendenz sich vergrößernden Fehlbeträgen abgeschlossen wurden. In den Jahren 2000 und 2001 konnte ein leichter Überschuss im laufenden Jahr erwirtschaftet und das kumulierte Defizit um insgesamt rund 3,3 Mio. EUR verringert werden. Trotzdem führte die damals erkennbare leichte Entspannung nicht zu einem nachhaltigen Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge.

Bereits durch das Rechnungsergebnis 2002 wurde der positive Effekt wieder vollständig neutralisiert. Trotz einer deutlichen Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage im Hj. 2003 um 1,7 % war auch in diesem Jahr wieder ein negativer Jahresabschluss mit einem erneuten Fehlbetrag von 4,1 Mio. EUR zu verzeichnen. In den Haushaltsjahren 2004 - 2006 erreichten die jahresbezogenen Fehlbeträge sogar zweistellige Millionenwerte, obwohl als Reaktion auf die Situation im Haushaltsjahr 2004 in den Folgehaushalten 2005 und 2006 die Kreisumlage erneut um jeweils 0,75 Prozentpunkte angehoben wurde. Mit dieser Maßnahme und durch die zeitgleich eingetretene wirtschaftliche Belebung, die sich in höheren Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich abbildete, konnte die defizitäre Entwicklung im Haushaltsjahr 2007 zwar nicht gestoppt, aber doch deutlich abgemildert werden. Im Haushaltsjahr 2008 ist dann mit 8,5 Mio. EUR der jahresbezogene Fehlbetrag wieder stark angewachsen. Der geplante Fehlbedarf nach der Haushaltsplanung ging von lediglich 4,3 Mio. EUR aus. Zu berücksichtigen ist jedoch bei dieser Betrachtung, dass der Rechnungsabschluss des Haushaltsjahres 2008 eine Reihe von

belastenden Besonderheiten aufweist, die auf den Systemwechsel der Buchführung zurückzuführen sind.

Der Vogelsbergkreis verfügt über eine testierte und vom Kreistag in der Sitzung am 12.03.2012 beschlossene Eröffnungsbilanz. Darauf basierend konnte inzwischen der Jahresabschluss 2009 erstellt werden. Der erste doppische Haushaltsplan des Vogelsbergkreises für das Jahr 2009 wurde im ordentlichen Ergebnis mit einem leicht positiven Jahresergebnis von 117.750 EUR verabschiedet. Im Jahresverlauf belasteten vor allem die als Auswirkung der weltweiten Finanzkrise zurückgehenden Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich, die Entwicklung der Aufwendungen für Transferleistungen in den Produktbereichen „Soziale Leistungen“ und „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sowie verminderte Erträge aus Gewinnabführungen der Beteiligung am ZOV und die beim Abschluss vorgenommene Wertberichtigung der Beteiligung am Kreiskrankenhaus Alsfeld das Jahresergebnis in einer Größenordnung von gut 4 Mio. EUR. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 15.03.2012 den Jahresabschluss 2009 aufgestellt. Er schließt im ordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von -4.003.672,75 € im außerordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von -144.302,08 €. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 durch das Revisionsamt war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2013 noch nicht abgeschlossen.

Eine gegenteilige Entwicklung nahm das Haushaltsjahr 2010. Das geplante Ergebnis von – 16,6 Mio. EUR wird nach dem derzeitigen Stand der Abschlussarbeiten um etwa 4,1 Mio. EUR verbessert erwartet. Daneben schließt das außerordentliche Ergebnis voraussichtlich mit einem Überschuss in Höhe von rd. 450.000 EUR ab, welches gem. § 24 Abs. 3 GemHVO-Doppik zur Minderung des ordentlichen Fehlbetrags herangezogen werden kann. Zu dem verbesserten Ergebnis trugen neben moderaten Zinssätzen auf dem Geldmarkt vor allem die sich stabilisierenden Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen bei.

Auch für das Hj. 2011 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Haushalts davon ausgegangen werden, dass der Abschluss sich besser darstellt, als die Haushaltsplanung vermuten ließ. Das ordentliche Ergebnis wird danach voraussichtlich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 13,1 Mio. schließen und sich damit gegenüber der Haushaltsplanung um 4,2 Mio. EUR besser darstellen. Als Gründe sind auch hier die sinkenden Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen zu nennen. Bei den Transferleistungen im Bereich der sozialen Sicherung lag die Ursache insbesondere in der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Die folgende Aufstellung der (vorläufigen) doppischen Ergebnisrechnungen enthält nicht mehr den kameralen Altfehlbetrag, dieser wurde in der Eröffnungsbilanz gegen das Eigenkapital verrechnet.

Die seit der Umstellung auf doppische Rechnung zu erwartenden Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses stellen sich wie folgt dar:

Hj.	Ordentliches Jahresergebnis (vorläufig)	„kumuliertes Ergebnis“ (Ergebnis lfd. Jahr + Ergebnisse Vorjahre)
1	2	3
2009	-4.004	- 4.004
2010	- 12.542	- 16.546
2011	- 13.153	-29.699

(alle Beträge in TEUR)

III. Prognose für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2012 – 2016

In gleicher Systematik wird für den von der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfassten Zeitraum das für die Betrachtung des Haushaltsausgleichs relevante ordentliche Ergebnis des jeweiligen Haushaltsjahres dargestellt und mit dem nach der Planung zu erwartenden Vorjahresergebnis kumuliert.

Hj.	Ordentliches Ergebnis lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	„kumuliertes Ergebnis“ (Ergebnis lfd. Jahr + Ergebnisse Vorjahre)
1	2	3
2012	- 10.410	- 40.109
2013	-13.996	- 54.105
2014	-10.024	-64.129
2015	- 7.880	- 72.009
2016	-6.900	-78.909

(gemäß Gesamtergebnis- und -finanzplanung– 2016, Haushaltsplan 2013, alle Beträge in TEUR)

Mit der Planung des Hj. 2013 wurden die Verluste der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH aus den Jahren 2009 bis 2011 etatisiert. Diese belaufen sich auf insgesamt 4.640.510,98 €. Für die Folgejahre wird hier von weiteren zu deckenden Fehlbeträgen in der Planung ausgegangen (2014 – 2.000.000 €, 2015 – 1.000.000 €, 2016 – 500.000 €). Durch die angestrebte Fusion mit dem Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld sollen u.a. durch Synergieeffekte die Verluste gegen null reduziert werden. Weiterhin wird das geplante Ergebnis 2013 zusätzlich mit rd. 500.000 € Mietaufwendungen belastet, die an eine Projektgesellschaft für die Schule an der Wascherde aufgrund vertraglicher Regelung zu leisten sind. Im Planungsjahr 2014 werden diese sich insgesamt in einer Höhe von 1.139.000 € belastend auf das ordentliche Ergebnis auswirken. Die noch im Investitionsprogramm 2012 enthaltene Maßnahme Turnhalle Gymnasium Lauterbach soll auch im Rahmen eines Mietrechtsmodell umgesetzt

werden. Hierfür wurden im aktuellen Haushalt erstmalig für das Haushaltsjahr 2014 Mietaufwendungen in Höhe von 300.000 € eingestellt.

Die Prognose für die Haushaltsjahre 2014 bis 2016 stützt sich, abgeleitet aus der Ergebnis- und Finanzplanung zum Haushaltsplan 2013, auf den Erlass „Orientierungsdaten zur kommunalen Finanzplanung bis 2016 des Hessischen Innenministeriums vom 14.09.2012. Den Berechnungen liegt die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung nach dem Stand vom April 2012 zu Grunde. Diese basiert auf der zentralen Annahme, dass die Lösung der Schuldenkrise weiter vorankommt und der Finanzsektor stabil bleibt. Damit wird das Wirtschaftswachstum weiter moderat positiv eingeschätzt. Das für die Steuerschätzung relevante nominale BIP-Wachstum wird für 2012 vom BMWi mit 2,3 % angegeben, was nur unwesentlich unter der Prognose vom November 2011 liegt (2,4%). Das reale BIP wird von der Bundesregierung mit 0,7 % prognostiziert. Die erwartete Preissteigerung liegt bei + 1,6 %. Die Entwicklung der Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich wird danach bei den Schlüsselzuweisungen im Jahr 2014 mit + 2,5 % und bei den Kreisumlagegrundlagen mit + 5,5 % kalkuliert, für die folgenden Jahre werden in 2015 + 4 % / + 5 % und in 2016 + 4 % / + 4,5 % erwartet.

Zudem sind auch bei folgenden Ertrags- und Aufwandsarten Steigerungsraten entsprechend des Antrages auf Konsolidierungshilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm vom 26.11.2012 herangezogen worden:

Kostenersatzleistungen und -erstattungen:	2,0 %
Erträge aus Transferleistungen:	3,0 %
Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Steigerung bei Mieten)	2,0 %
Steueraufwendungen, gesetzliche Umlageverpflichtungen:	3,0 %
Transferaufwendungen:	3,0 %

Weiterhin wurden die Zinsen unter Berücksichtigung der Ablösung von Kassenkrediten im Rahmen des Kommunalen Schutzschirmes angepasst.

Mit diesen Annahmen und der Begrenzung der Aufwandssteigerung bei den Sach- und Dienstleistungen auf 1 % ab 2017 sowie bei den Transferaufwendungen für Jugendhilfeleistungen auf 2,5% ab 2016 kommt der Vogelsbergkreis im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung ab dem Jahr 2017 zu folgendem Ergebnis:

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020
ordentliches Ergebnis	-5.032	-3.547	-1.830	+26

(alle Beträge in TEUR)

IV. Ursachen der Entwicklung

Trotz aller ernsthaften Konsolidierungsbemühungen der vorangegangenen Haushaltsjahre, die seit 1997 durch die Aufsichtsbehörde begleitet wurden, hat sich die Haushaltslage des Kreises kontinuierlich verschlechtert. Schon allein das belegt die strukturell bedingte Unterfinanzierung des Landkreises.

Die Kombination „ländlicher Flächenkreis“ in Verbindung mit den landkreisspezifischen Aufgabenschwerpunkten „Schulträgerschaft“, „Sozial- und Jugendhilfe“, „Straßenbau“ und „öffentlicher Personennahverkehr“ stellt eine besondere Belastung dar, die in den letzten Jahren unausweichlich zu einer defizitären, nicht konsolidierungsfähigen Haushaltslage führte. Der Vogelsbergkreis ist mit einer Fläche von 1.459 km² der drittgrößte, aber mit 74 Einwohnern je km² mit großem Abstand der am dünnsten besiedelte Landkreis in Hessen (Landesdurchschnitt: 232 EW/km²). Allein aus diesen Fakten lässt sich erklären, dass beispielsweise die Erschließung mit Straßen - der Vogelsbergkreis hat mit 307 km Kreisstraßen das fünftgrößte Kreisstraßennetz zu unterhalten – oder die Schülerbeförderung und der öffentliche Nahverkehr sehr kostenaufwändig sind, weil große Strecken überwunden werden müssen, die dazu vorzuhaltenden Einrichtungen aber nur von vergleichsweise wenigen Personen genutzt und finanziert werden. Einrichtungen wie Schulen und Sportstätten müssen zudem zahlreich und in kleinen Einheiten bereitgestellt werden, um die Wege und die Transportzeiten für die Betroffenen nicht unzumutbar werden zu lassen. All dies erhöht die Fixkosten dieser Einrichtungen gegenüber dem dichter besiedelten Raum erheblich. Die erkennbar rückläufige demografische Entwicklung verstärkt diesen Trend weiter.

Gemeinde/Jahr	1975	1985	1995	2005	2011
Alsfeld	18.091	16.931	17.721	17.467	16.222
Antrifttal	2.054	2.035	2.168	2.146	1.983
Feldatal	3.004	3.112	3.086	2.847	2.572
Freiensteinau	3.262	3.130	3.422	3.449	3.303
Gemünden	3.113	2.940	3.221	3.175	2.852
Grebenua	2.892	2.930	3.086	2.734	2.520
Grebenhain	4.781	4.763	5.351	5.164	4.831
Herbstein	4.744	4.531	5.318	5.127	4.817
Homberg	7.525	7.445	8.024	7.929	7.619
Kirtorf	3.365	3.286	3.643	3.515	3.255
Lauterbach	15.007	14.272	14.771	14.401	13.708
Lautertal	2.537	2.491	2.711	2.577	2.424
Mücke	8.774	8.911	10.180	10.171	9.362
Romrod	2.861	2.842	3.044	3.043	2.839
Schlitz	9.392	9.449	10.281	10.191	9.701
Schotten	9.779	9.643	11.709	11.426	10.693
Schwalmtal	3.355	3.129	3.405	3.108	2.874
Ulrichstein	3.286	3.197	3.495	3.253	3.021
Wartenberg	3.476	3.527	3.965	4.058	3.942
Summe VB	111.298	108.564	118.601	115.781	108.538

Einwohner in den Städten und Gemeinden des Vogelsbergkreises zum 31.12.11., Hessisches Statistisches Landesamt

Festzustellen ist zudem, dass mittlerweile alle in den Verdichtungsräumen vorhandenen Auffälligkeiten und Defizite mit ihren finanziellen Auswirkungen auch bei uns angekommen sind. Hinzu kommt, dass der Anteil der Menschen, die im Laufe ihres Erwerbslebens länger ohne Beschäftigungsmöglichkeit sind oder über ein geringeres Einkommen verfügen, in ländlichen Räumen generell höher ist. Sie sind deshalb überdurchschnittlich hoch von Altersarmut betroffen. Das Lohnniveau liegt nach Erhebungen des statistischen Landesamts im Vogelsbergkreis seit Jahren um mehr als 40 % unter dem Landesdurchschnitt. Über die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die der örtliche Träger der Sozialhilfe, der Landkreis, zu tragen hat, bildete sich diese Situation im Kreishaushalt ab. Durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird umgesetzt, dass die Kommunen zumindest von diesen letztgenannten Aufwendungen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden. Durch die im Hj. 2013 auf 75 % erhöhte Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die ab dem Planungsjahr 2014 auf 100 % steigt, kann eine spürbare Entlastung des Ergebnishaushaltes erreicht werden.

Die einzige selbst beeinflussbare Finanzierungsquelle der Landkreise ist die Kreis- und Schulumlage. Zur Entwicklung dieser wichtigen Ertragsform führt der aktuelle Orientierungsdatenerlass folgendes aus:

„Im Finanzplanungszeitraum ist weiterhin mit steigenden Umlagegrundlagen zu kalkulieren. Die Landkreise benötigen die sich daraus ergebenden Mehrerträge aus der Kreis- und Schulumlage, um die bei ihnen aufgelaufenen besonders hohen Fehlbeträge abzudecken. Insoweit können die kreisangehörigen Gemeinden weiterhin nicht davon ausgehen, dass die Landkreise die Hebesätze absenken.“

Der dem Planungszeitraum zu Grunde liegende Hebesatz wurde durchgehend mit 58 % kalkuliert.

V. Bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen

1. Personalaufwand – Personalstellen lt. Stellenplan

Hj.	Stellen lt. Stellenplan	besetzte Stellen zum 30.06.	besetzte Stellen ohne Sonderentwicklung	erreichte Reduzierung	prozentuale Reduzierung
1995	450,10	440,10	440,10	0,00	0 %
2005	426,18	415,81	415,81	-24,29	-5,52 %
2006	441,22	502,56	387,04	-53,06	-12,06 %
2007	563,50	529,07	385,33	-54,77	-12,44 %
2008	573,59	521,90	364,02	-76,08	-17,29 %
2009	569,09	528,90	365,61	-74,49	-16,93 %
2010	559,85	526,04	364,16	-75,94	-17,26 %
2011	558,85	527,90	364,54	-75,56	-17,17 %
2012	570,96	525,70	364,36	-75,74	-17,21 %

Personalaufwand und Stellenplan stehen seit jeher – in verstärktem Maß jedoch bei defizitären Haushalten – im Brennpunkt der öffentlichen Wahrnehmung, ihnen gilt daher die vorrangige Aufmerksamkeit der politischen Gremien. Bereits das erste Haushaltskonsolidierungskonzept enthielt Festlegungen, den Personalaufwand einzudämmen und die Zahl der besetzten Stellen zu reduzieren. Diese Zielsetzung wird seit 1995 kontinuierlich verfolgt, wie sich aus der vorstehenden Tabelle ablesen lässt. Dabei orientiert sich die Spalte „tatsächlich besetzte Stellen ohne Sonderentwicklung“ an der damals bestehenden Situation und neutralisiert die Stellen, die infolge der Übernahme der Betreuung Langzeitarbeitsloser (Option SGB II) und Kommunalisierung der Bediensteten der staatlichen Landratsverwaltung in den vergangenen Jahren in den Stellenplan zu übernehmen waren.

Diese Tabelle bildet allerdings nicht ab, dass zusätzlicher Personalbedarf durch neue Aufgaben und neue gesetzlich verordnete Standards in nahezu allen Bereichen der Verwaltung entstand (Beispiele aus den letzten Jahren: Ganztagsbetreuung an 21 Schulen, Anlagenbuchhaltung, Kosten-Leistungsrechnung, Bildungsberatung, Kommunalisierung sozialer Hilfen, Eingliederungshilfe, Kinderbetreuung, Tagespflege, Infektionsschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Führerschein- und Waffenrecht, Zensus 2011, Bildungs- und Teilhabepaket, Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts u. a.). Trotzdem konnte im dargestellten Zeitraum mehr als jede 6. Stelle gestrichen werden und die Anzahl der besetzten Stellen lt. Stellenplan so um 17 % reduziert werden, weil alle verfügbaren Instrumente (z.B. Vermeidung der Ausnutzung aller Möglichkeiten der Stellenobergrenzenverordnung, Stellenbesetzungssperren, zeitlich hinausgezögerte Beförderungs- und Höhergruppierungsentscheidungen, Einzelfallprüfung bei Personalbedarfsforderungen unter Anlegung strenger Maßstäbe, flache Hierarchiestrukturen, Nutzung technischer und organisatorischer Gestaltungsmöglichkeiten) bereits in der Vergangenheit konsequent angewandt wurden.

Auch durch die Beteiligung der Kreisverwaltung an zahlreichen Vergleichsringen und vergleichenden Untersuchungen (Kfz-Zulassung, Personalservice, Baugenehmigungen, Jugendhilfe) kann belegt werden, dass der Vogelsbergkreis die Forderung, auch den zur Erfüllung der Pflichtaufgaben erforderlichen Personalbestand auf das unabweisbare Maß zu beschränken, erfolgreich umgesetzt hat.

Die vom Regierungspräsident in Gießen als zuständige Aufsichtsbehörde in seinen Haushaltsbegleitverfügungen zu den Genehmigungen der Haushaltssatzungen 2011 und 2012 geforderte Begrenzung der tatsächlich besetzten Stellen auf 440,89 zum 31.12.2010 bereinigt um die Stellen der kommunalen Vermittlungsagentur nach dem SGB II wird vom Vogelsbergkreis eingehalten. Sie stellen sich zum Stand 30.06.2012 wie folgt dar:

tatsächlich besetzte Stellen lt. Stellenplan zum Stichtag:	Beamte	Tarifpersonal	zusammen	davon KVA	gesamt ohne KVA
30.06.2012	122,62	403,08	525,7	86,65	439,05

2. Freiwillige Aufwendungen

Die Aufwendungen für Geschäftsbereiche, die nicht zu den zwingenden Pflichtaufgaben zu zählen sind, wurden aufgrund aufsichtsbehördlicher Auflagen seit einigen Jahren auf einen Betrag von 1,5 Mio. EUR begrenzt. Diese Begrenzung wird mit dem vorgelegten Entwurf eingehalten. Der Haushalt 2013 enthält die nachfolgenden Positionen:

Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2013
11100	Unfallversicherung für Mandatsträger	910
11100	Zuweisungen an die Fraktionen (Geschäftsführungsbedarf)	35.236
11100	Aufwendungen f. Öffentlichkeitsarbeit (Verfügungsmittel, Ehrengeschenke etc.)	6.000
11100	Partnerschaften des Kreises	6.000
11110	Ehrengeschenke, Nachrufe, Kranzspenden	1.200
12600	Zuweisung an Kreisfeuerwehrverband	8.200
24300	Besondere schulische Initiativen (Zuschuss AZN)	20.000
28100	Förderung der öffentl. Musikschulen	20.450
28100	Zuschüsse für Vereine und überregionale Veranstaltungen	402
55400	Förderung des Naturschutzes	4.000
33100	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	6.000
55400	Ausgaben für den Tierschutz	600
42100	Zuweisung an Sportvereine**	120.000
55500	Allg.Förderung der Landwirtschaft	57.000
55500	Aufwand Demografieprojekt	15.000
57100	Förderung d. Regionalimages	10.000
57100	Laufende Mitgliedsbeiträge	900
57100	Zuweisung VB-Touristik, Vogelsberg Consult (gekürzt um Beitrag Mitte Hessen e.V.)	366.087
57100	Geopark Vulkanregion	50.000
11110	Kantine (Zuschussbedarf)	35.800
36200	Kinder- und Jugendarbeit	277.010
36300	Jugendgerichtshilfe UAB 4573	6.100
36200	Betrieb der Jugendheime/Zeltlager	224.640
35100	Sonstige soziale Angelegenheiten incl. Familien-u. Frauenförderung	218.500
35100	Aufwand Lokales Bündnis	10.000
	EUR	1.500.035

3. Interkommunale Zusammenarbeit

Der Vogelsbergkreis praktiziert seit vielen Jahren interkommunale Zusammenarbeit in nahezu allen Bereichen seines Wirkungskreises. Es bestehen

- Kooperationen mit anderen Landkreisen/kreisfreien Städten:
in den Geschäftsfeldern Betreuung langzeitarbeitsloser Menschen, Medieneinsatz in den Schulen, Katastrophenschutz, Jugendförderung und Erwachsenenbildung;
- Kooperationen mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden
in den Geschäftsfeldern Abfallentsorgung, Gewerbeüberwachung, Kfz-Zulassung, Einbürgerung, betriebsärztlicher Dienst, Arbeitssicherheit, Bau und Betrieb von Sportstätten, Jugendsozialarbeit, Tourismus;
- Kooperationen mit privatrechtlichen Organisationen, Kirchen
vor allem zur Wahrnehmung sozialpolitischer Aufgaben und im Bereich der Wirtschaftsförderung.

4. Überörtliche vergleichende Prüfungen

Der Vogelsbergkreis war seit 1997 in mehrere vergleichende Prüfungen der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften beim Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs einbezogen. Zu nennen sind:

- 56. vergleichende Prüfung „Volkshochschulen“
- 68. vergleichende Prüfung „Kreisumlage“
- 102. vergleichende Prüfung „Kreisstraßen“
- 108. vergleichende Prüfung „wirtschaftliche Betätigung“
- 138. vergleichende Prüfung „Rechnungsprüfungsämter“
- 150. vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur: Landkreise“

Die daraus abgeleiteten Prüfungsfeststellungen konnten auch Konsolidierungspotentiale darstellen. Zu den umgesetzten Maßnahmen zählen z.B. die erfolgte Einbindung der Kreisvolkshochschule in die Kreisverwaltung zur Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten, die Umstellung des Reinigungsdiensts in Verwaltung und Schulen auf Fremdreinigung und die kontinuierliche Überprüfung des Kreisstraßennetzes hinsichtlich seiner Substanz und Verkehrsbedeutung. Einige wenige Maßnahmen aus diesen Prüfungen, die nicht umgesetzt wurden, hätten nach der Überzeugung einer breiten Mehrheit des Kreistags nicht hinnehmbare Einschränkungen in der Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Angeboten und Leistungen zur Folge gehabt (Schließung von Grundschulen zur Erreichung höherer Schülerzahlen je Klasse, Verkleinerung des Kreistags). Zudem werden inzwischen auch aus Landessicht nicht mehr alle Vorschläge favorisiert (Wegfall der Vereinsförderung, Gebührenpflicht für Sportstätten), weil erkannt wurde, dass sie sich auf die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises nachteilig ausgewirkt und damit die Leistungsfähigkeit des Kreises kontraproduktiv beeinflusst hätten.

Die in der 150. Vergleichenden Prüfung gegebene Empfehlung, durch präventive Maßnahmen und Angebote die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wirtschaftlicher zu gestalten, wurde aufgenommen. In der Umsetzung wurden 3 Stellen im Bereich der schulbezogenen Jugendsozialarbeit geschaffen; der hier entstehende Aufwand wird durch Erträge aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bis 2014 erstattet. Weiterhin wurde eine halbe Stelle für „Frühe Hilfen“ eingerichtet.

5. Veräußerung von Liegenschaften

Die zum Schulbetrieb des Kreises aufgrund stetig sinkender Schülerzahlen nicht mehr benötigte Liegenschaft Grundschule Friedrichstraße Homberg/Ohm wird entsprechend eines Kreisausschussbeschlusses vom 28.08.2012 an die Stadt Homberg/Ohm veräußert.

VI. Geplante Konsolidierungsmaßnahmen

1. Stellenbesetzungssperre:

Die Haushaltssatzung 2013 legt abermals eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten fest. Sie gilt grundsätzlich für alle frei werdenden Stellen. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen und über eine Wiederbesetzung der Stelle nach Ablauf der Sperre entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse. Diese muss mögliche Alternativen (Leistungsänderungen, Organisationsänderungen) darstellen und deren Aufwand beziffern.

2. Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen:

Das altersbedingte Ausscheiden von 3 Amtsleitern ist zum Anlass genommen worden, im November 2012 durch Organisationsverfügung des Landrats (§ 44 Abs. 1 HK0) zu regeln, dass aus den bisherigen 16 Ämtern durch Zusammenlegung 12 Ämter sowie die Pressestelle werden. Dazu ist Schulverwaltungsamt mit dem Amt für Gebäudemanagement zusammengelegt und die Pressestelle aus dem Hauptamt ausgegliedert worden (01.12.2012); ferner sind das Rechtsamt mit dem Hauptamt, die Kreiskasse mit dem Amt für Finanzen und das Revisionsamt mit dem Amt für Beteiligungscontrolling und Wirtschaftsförderung zusammengefasst worden (01.01.2013).

Durch die, die gesamte Kreisverwaltung betreffend, umfassende Organisationsreform fallen eine A 14 und eine EG 14 weg; ferner wird eine A 15 in eine A 13-Stelle umgewandelt sowie eine EG 15 in eine EG 14-Stelle, welches zur Konsolidierung des Personalaufwandes beiträgt.

Schließlich sollen in 2013 alle 12 Ämter einer hausinternen Überprüfung unterzogen werden.

3. Veräußerung von Liegenschaften

Für die Aufgabenerfüllung des Kreises nicht mehr benötigte Liegenschaften sollen veräußert werden, erzielte Erlöse sollen zur Schuldentilgung verwendet werden. Für eine Veräußerung kommen ehemalige Schulgebäude in Herbstein-Stockhausen sowie Lauterbach-Frischborn in Frage. Auch die Veräußerung der Jugendfreizeiteinrichtung auf der Insel Wangerooge, die im Rahmen eines Erbbauverhältnisses betrieben wird, wird weiter verfolgt. Der Ende August 2012 geschlossene Pachtvertrag sieht vor, dass der Verpächter und die Pächterin beabsichtigen, nach Abschluss des Pachtvertrages einen notariellen Kaufvertrag abzuschließen.

4. Interkommunale Zusammenarbeit

Im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen und benachbarten Landkreisen soll die interkommunale Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Geprüft werden sollen zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Gebäudemanagement, EDV, Kassengeschäfte, Personalservice, Revision, Gesundheitswesen.

5. Öffentlich-private-Partnerschaften

Bei jeder Investition ist auch zukünftig darzulegen, welche alternativen Bau-, Betriebs- und Finanzierungsmodelle bestehen.

6. Kommunaler Entschuldungsfonds

Mit Schreiben vom 28.02.2012 hat uns der Hessische Finanzminister mitgeteilt, dass der Vogelsbergkreis eine Entschuldungshilfe von 32.118.987 EUR erhalten kann. Daraufhin hat der Kreistag am 12.03.2012 einstimmig beschlossen, dass der Kreistag die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm in Hessen (KSH) erwägt, sofern die Konditionen für den Vogelsbergkreis vorteilhaft sind. Der Antrag hierzu wurde fristgerecht am 26.06.2012 an das Hessische Ministerium der Finanzen und an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport über das Regierungspräsidium Gießen gestellt. Damit greift der Kreistag die vom Regierungspräsident in Gießen in der Begleitverfügung zur Genehmigung 2012 getroffene Empfehlung auf, dringend die mögliche Entschuldungshilfe durch das Land Hessen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms in Anspruch zu nehmen. Nach einem Erörterungstermin beim Hessischen Finanzministerium wurde der Antrag nochmals überarbeitet und in dieser Form vom Kreisausschuss am 26.11.2012 und vom Kreistag am 07.12.2012 einstimmig beschlossen.

VII. Fazit und Ausblick

Es ist weiterhin vorrangiges Ziel der Kommunalpolitik im Vogelsbergkreis, die Leistungsfähigkeit des Landkreises durch einen ausgeglichenen Gesamtergebnishaushalt wieder herzustellen. Dies wird nach der derzeitigen Ergebnisplanung erstmalig im Haushaltsjahr 2020 möglich sein. Die höheren Erstattungen, die wir für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten, tragen hier positiv zur Haushaltsentlastung bei. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass dieser erweiterten Ergebnisplanung eine z. Zt. rückläufigen Tendenz der Transferaufwendungen zu Grunde liegt sowie eine im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 verbesserte Entwicklung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, die sich auch aus deutlich gestiegenen Gewerbesteuererträgen der Gemeinden und Städte im zweiten Quartal 2012 und damit einem konjunkturell schwankendem Element ergibt. Nach wie vor ist auch Voraussetzung, dass Bund und Land keine weiteren Aufgaben und damit weitere finanzielle Belastungen auf die Kreise verlagern. Erklärtes Ziel des Vogelsbergkreises ist es, die Konsolidierungshilfen nach dem Kommunalen Schutzschirm in Anspruch zu nehmen und in der Folge dauerhaft ausgeglichene Haushalte auszuweisen.

Lauterbach, den 07.12.2012

VOGELSBERGKREIS

- Der Kreisausschuss -



(Manfred Görig)

Landrat

Stand:

<input type="checkbox"/>	Entwurf
<input type="checkbox"/>	Beschluss KA
<input checked="" type="checkbox"/>	Beschluss KT

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	693.550	0	20.000	0	472.000	0
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.409.800	301.000	1.614.300	559.000	0	3.000
3.	548-5	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	4.189.916	226.716	1.893.000	0	0	0
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	56.238.900	0	0	0	0	0
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	35.022.349	0	0	0	0	33.153.749
7.	540-5	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	34.918.915	0	75.500	558.500	89.764	5.243.143
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	5.213.108	286.121	11.328	97.413	2.195	12.378
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	562.190	523.950	11.200	0	5.040	17.000
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	140.248.728	1.337.787	3.625.328	1.214.913	568.999	38.429.270
11.	62,63,	Personalaufwendungen	-27.716.992	-4.785.999	-3.254.950	-5.345.418	-519.550	-6.448.550
12.	644-6	Versorgungsaufwendungen	-2.700.120	-1.890.350	-23.490	-38.210	-17.530	-489.780
13.	60,61,	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.504.533	-10.664.163	-416.020	-7.603.000	-419.800	-303.900
14.	66	Abschreibungen	-6.491.192	-3.081.542	-51.886	-494.144	-6.640	-3.765
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.564.239	-500	-58.200	-25.000	-20.852	0
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-18.880.300	0	-68.500	0	0	0
17.	72	Transferaufwendungen	-68.632.459	-10.000	0	0	0	-49.425.619
18.	70,74,	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900	-2.900	0	0	0	0
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-151.492.735	-20.435.454	-3.873.046	-13.505.772	-984.372	-56.671.614
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	-11.244.007	-19.097.667	-247.718	-12.290.859	-415.373	-18.242.344
21.	56,57	Finanzerträge	212.500	150.000	0	0	0	0
22.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.964.600	0	0	0	0	0
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)	-2.752.100	150.000	0	0	0	0
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-13.996.107	-18.947.667	-247.718	-12.290.859	-415.373	-18.242.344
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./. Pos. 26)	0	0	0	0	0	0
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-13.996.107	-18.947.667	-247.718	-12.290.859	-415.373	-18.242.344
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	37.679.851	10.523.050	0	23.884.301	0	1.108.000
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-37.679.851	-426.712	0	-11.615.450	0	-190.600
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./. Pos. 30)	0	10.096.338	0	12.268.851	0	917.400
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-13.996.107	-8.851.329	-247.718	-22.008	-415.373	-17.324.944

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich
		06	07	08	09	10	12
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	50 Privatrechtliche Leistungsentgelte	201.550	0	0	0	0	0
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	312.000	0	0	611.500	0
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	148.000	0	0	10.000	20.000	0
6.	547 Erträge aus Transferleistungen	1.868.600	0	0	0	0	0
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	25.000	7.500	0	0	0	945.008
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	0	0	0	1.605.514
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	5.000
10.	= Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.243.150	319.500	0	10.000	631.500	2.555.522
11.	62,63, Personalaufwendungen	-2.721.750	-1.426.660	-23.910	-15.680	-742.710	-40.890
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-94.270	0	0	-2.540	-22.880	-17.950
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-160.850	-118.600	0	-10.000	-20.000	-1.671.100
14.	66 Abschreibungen	0	-1.215	0	0	0	-1.925.843
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-15.000	0	-70.000	0	0	0
17.	72 Transferaufwendungen	-19.191.840	-5.000	0	0	0	0
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-22.183.710	-1.551.475	-93.910	-28.220	-785.590	-3.655.783
20.	= Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-19.940.560	-1.231.975	-93.910	-18.220	-154.090	-1.100.261
24.	= Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-19.940.560	-1.231.975	-93.910	-18.220	-154.090	-1.100.261
25.	59 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	= Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	0	0	0	0
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-19.940.560	-1.231.975	-93.910	-18.220	-154.090	-1.100.261
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	938.500	164.000	0	0	0	0
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	938.500	164.000	0	0	0	0
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.002.060	-1.067.975	-93.910	-18.220	-154.090	-1.100.261

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.000	0	0			
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	3.000	0			
5.	55 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	56.238.900			
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	27.974.500			
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	3.198.159			
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0			
10.	= Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.898.200	3.000	87.411.559			
11.	62,63, Personalaufwendungen	-2.149.860	-241.065	0			
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-40.300	-62.820	0			
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-61.200	-55.900	0			
14.	66 Abschreibungen	0	0	-926.157			
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-196.000	-5.178.687	0			
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-800	-18.754.000			
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-2.504.360	-5.539.272	-19.680.157			
20.	= Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	-606.160	-5.536.272	67.731.402			
21.	56,57 Finanzerträge	0	61.500	1.000			
22.	77 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-2.964.600			
23.	= Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)	0	61.500	-2.963.600			
24.	= Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-606.160	-5.474.772	64.767.802			
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-606.160	-5.474.772	64.767.802			
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	1.062.000			
30.	96 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-25.447.089			
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./. Pos. 30)	0	0	-24.385.089			
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-606.160	-5.474.772	40.382.713			

*** Ende der Liste "Produktübersicht - Teilergebnishaushalt" ***

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	3.181.300	0	0	100.000	0	0
2.	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	10.000	10.000	0	0	0	0
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	3.191.300	10.000	0	100.000	0	0
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-800.000	0	-60.000	-90.000	0	0
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.669.300	-4.069.000	0	-50.000	0	0
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.446.500	-830.700	-40.000	-545.000	-23.800	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-467.550	-21.520	-900	-1.270	-290	-11.860
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-7.383.350	-4.921.220	-100.900	-686.270	-24.090	-11.860
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-4.192.050	-4.911.220	-100.900	-586.270	-24.090	-11.860
		Auszahlungen)						

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
		06	07	08	09	10	12	
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0	0	400.300
2.	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0	0	400.300
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	-50.000	0	0	0
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	-550.300
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	-7.000	0	0	0	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.450	-2.920	0	-30	-6.170	-230
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.450	-9.920	-50.000	-30	-6.170	-550.530
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.450	-9.920	-50.000	-30	-6.170	-150.230

Gemeinde: 01 Vogelsbergkreis

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	2.681.000		
	=	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	2.681.000		
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	-600.000	0		
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0		
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0		
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.290	-416.620	0		
	=	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.290	-1.016.620	0		
	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.290	-1.016.620	2.681.000		

*** Ende der Liste "Produktübersicht - Teilfinanzhaushalt" ***

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten

Budgetverantwortung

Dr. Arno Wettlaufer

Produkte

11100 Selbstverwaltungsorgane
11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs
11111 Personalservice
11112 Personalvertretung
11170 Rechtsangelegenheiten
28100 Kulturpflege

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	0,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	133.716	172.470	217.003,17
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	116.000	115.946,60
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	109	100	19.239,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	74.590	79.040	102.560,19
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	209.415	368.610	454.748,96
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-2.504.059	-2.289.370	-2.258.638,03
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-1.674.850	-360.710	-421.890,73
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.823.163	-3.448.830	-3.308.415,63
14.	66	Abschreibungen	-267.776	-316.200	-309.597,24
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-20.852	-20.850	-20.551,60
17.	72	Transferaufwendungen	0	-10.000	-9.367,17
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-8.290.700	-6.445.960	-6.328.460,40
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	-8.081.285	-6.077.350	-5.873.711,44
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	3,83
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)	0	0	3,83
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-8.081.285	-6.077.350	-5.873.707,61
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	27.758,24
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-5.485,67
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./. Pos. 26)	0	0	22.272,57
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-8.081.285	-6.077.350	-5.851.435,04
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.271.537	1.084.210	1.031.801,17
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./. Pos. 30)	1.271.537	1.084.210	1.031.801,17
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-6.809.748	-4.993.140	-4.819.633,87

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11100 Selbstverwaltungsorgane

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	4.000	8.132,16
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	4.000	4.000	8.132,16
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-520.080	-435.440	-419.118,54
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-71.790	-132.630	-59.497,84
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-373.946	-361.700	-324.667,27
14.	66	Abschreibungen	-1.092	-700	-789,98
17.	72	Transferaufwendungen	0	-10.000	-9.367,17
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-966.908	-940.470	-813.440,80
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-962.908	-936.470	-805.308,64
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-962.908	-936.470	-805.308,64
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4.568,95
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-4.568,95
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-962.908	-936.470	-809.877,59
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-962.908	-936.470	-809.877,59

11100 Selbstverwaltungsorgane

Verantwortlich:	Heike Bohl
Beschreibung:	Organisation und Abwicklung der Arbeit der Kreisorgane Sitzungsdienst Bürgerinformation Vertretung des Vogelsbergkreises in Verbänden und Organisationen Zusammenarbeit mit dem Hess. Landkreistag interne und externe Darstellung des Vogelsbergkreises in den Medien Zusammenarbeit mit den Presseorganen
Grundlage:	Kommunale Verfassungsgrundlagen, Hess. Landkreisordnung, Hauptsatzung des Vogelsbergkreises, weitere Satzungen des Landkreises und interne Regelungen
Ziele:	ordnungsgemäße Abwicklung der Gremienarbeit Optimierung der Sitzungsabwicklung unter Einsatz des Informationssystems „More-Rubin“, zeitnahe Versorgung der Mitglieder der Kreisgremien mit Sitzungsunterlagen und Informationen, Information der Öffentlichkeit und Verwaltung unter Einsatz der verschiedenen Medien
Kennzahlen:	Anzahl der abgewickelten Sitzungen Mengenumsatz an verarbeiteten Sitzungsunterlagen zeitliche Belastungen der Sitzungstätigkeit verarbeitete Pressearbeit Rückfragen und Internetabfragen auf den Info-Seiten des Vogelsbergkreises

Anzahl Sitzungen	2009	2010	2011
Kreisausschuss	12	10	10
Kreistag	7	6	6
Ausschüsse	32	20	17
Ältestenrat	9	7	5
insgesamt:	60	43	32

Anzahl Tagesordnungspunkte	2009	2010	2011
Kreisausschuss	134	104	121
Kreistag	66	76	85
Ausschüsse	80	50	55
Ältestenrat	20	12	13
insgesamt:	300	242	274

Zeitl. Belastungen der Sitzungstätigkeit (in Std.)	2009	2010	2011
Kreisausschuss	13:49	12:02	15:21
Kreistag	20:31	15:58	17:34
Ausschüsse	32:59	18:11	11:33
Ältestenrat	4:09	03:31	3:15
Insgesamt:	71:29	49:42	47:43

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**9 Sonstige ordentliche Erträge**

Die Erträge in diesem Bereich setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 2.000 € Ersatz für die Benutzung von Dienstwagen durch politisch Verantwortliche, gewährte Fahrtkostenerstattungen werden an Kreis weitergeleitet
- 1.500 € Nebenerlöse aus Ablieferung aus Nebentätigkeiten
- 500 € Verkaufserlöse durch Bewirtung bei Kreistagsitzungen

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 32.000 € Aufwendungen für die Dienstwagen der politisch Verantwortlichen
- 235.000 € Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige
- 48.800 € Betriebskosten (Vorjahr 36.600 €). Durch die neue Stelle eines hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten ist mit einem Mehraufwand zu rechnen.
- 35.236 € Geschäftsführungskosten der Fraktionen
- 6.000 € Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Verfügungsmittel, Ehrengeschenke, Ehrenpreis für Sozialarbeit oder Umweltpreis im jährlichen Wechsel
- 6.000 € Aufwendungen für Partnerschaften des Kreises, für Partnerschaftsveranstaltungen
- 10.000 € Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung
- 910 € Unfallversicherung für die Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses zur Absicherung aller Aktivitäten in Wahrnehmung des Mandates.

17 Transferaufwendungen

Bis zum Jahr 2012 wurden unter diesem Produkt die Mittel für das „Lokale Bündnis“ sowie für das Demographieprojekt veranschlagt und verbucht. Ab dem Jahr 2013 ist dieser Bereich aufgrund einer Organisationsverfügung dem Produkt 35100 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“ zugeordnet.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	102.882	124.570	150.517,46
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	116.000	115.946,60
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	109	100	19.239,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	70.550	75.000	94.393,53
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	173.541	315.670	380.096,59
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-1.509.559	-1.432.800	-1.399.324,82
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-83.660	-144.200	-109.709,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.414.217	-3.052.130	-2.945.569,89
14.	66	Abschreibungen	-266.684	-315.500	-308.807,26
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-5.274.120	-4.944.630	-4.763.410,97
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-5.100.579	-4.628.960	-4.383.314,38
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	3,83
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	0	0	3,83
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-5.100.579	-4.628.960	-4.383.310,55
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	27.758,24
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-916,72
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	26.841,52
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-5.100.579	-4.628.960	-4.356.469,03
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.271.537	1.084.210	1.031.801,17
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	1.271.537	1.084.210	1.031.801,17
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-3.829.042	-3.544.750	-3.324.667,86

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Verantwortlich: Herr Ulrich Schäfer

Beschreibung: Verwaltungsgliederung – Geschäftsverteilung
Geschäftsanweisungen und interne Regelungen
Posteingang und –ausgang – Betrieb Info-Zentrale Hauptgebäude
Organisation und Betreuung der Telekommunikation und Informationstechnik
Datenschutz –
Zentrale Beschaffung notwendiger Wirtschaftsgüter (Bürobedarf, -einrichtungen, -maschinen)
Hausdruckerei
Gebäudebelegung
Kantinenbetrieb
Fuhrpark/Fahrdienste
Hausmeisterdienste und Organisation Reinigungsdienst; die Umsetzung dieser beiden Bereiche zum Produkt 11160 „Gebäudemanagement“ erfolgt aufgrund der Organisationsverfügung 2 voraussichtlich im Laufe des Haushaltsjahres

Grundlage: Allgemeine Geschäftsgrundlage (Erfordernis) als interner Dienstleister – Interne Verwaltungsanordnungen und Geschäftsanweisungen – Dienstvereinbarungen

Ziele: Besorgung der lfd. Geschäfte der Verwaltung
Zeitgerechte Versorgung der Fachämter mit sachlicher Verwaltungsausstattung – schnelle Verfügbarkeit bei minimaler Lagerhaltung
ausreichende organisatorische Grundlagen für den Verwaltungsablauf
Der CO²-Ausstoß des Fuhrparks wird jährlich um 10 % reduziert

Kennzahlen: zeitgerechte Verfügbarkeit des Bürobedarfs und der Einrichtungen
zügige Postauslieferung ins Haus (zwischen 2,5 und 4 Std.) und extern
Zahl der Beratungen und Unterstützungen durch Info-Zentrale
CO²-Ausstoß des Fuhrparks, Auslastung des Fuhrparks, Anteil regenerativer Kraftstoffe

Zeitliche Verfügbarkeit Bürobedarf	2009		2010		2010	
	Artikel	Prozentual	Artikel	Prozentual	Artikel	Prozentual
bis 7	3.063	86,8%	1.957	80,7%	1.892	83,83%
8 bis 14	268	7,5%	275	11,3%	254	11,25%
15 - 30	129	3,6%	126	5,2%	77	3,41%
über 30	10	3,1%	68	2,8%	34	1,51%
insgesamt	3.470	100,0 %	2.426	100,0 %	2.257	100,0 %

Postein- und Ausgänge	2010	2011
Posteingänge	137.576	128.702
Postausgänge	226.563	250.038
insgesamt	364.139	378.740

Beratungen und Unterstützungen durch Info-Zentrale	2010	2011
Anträge	52	236
Beratungen	2.592	2.540
Telefonauskünfte	25.200	25.940
insgesamt	27.844	28.716

CO ² -Ausstoß des Fuhrparks	2009	2010	Veränd.	2011	Veränd.
gefahrte km	520.892	512.945	-1,53 %	523.443	+2,05 %
CO ² -Ausstoß in kg	85.957	80.930	-5,85 %	82.056	+1,39 %
CO ² -Ausstoß Durchschnitt	165	158	-4,24 %	157	-0,63 %

Auslastung des Fuhrparks	2009	2010	Veränd.	2011	Veränd.
Anzahl Fahrzeuge	30	30	0,00 %	30	+0,00 %
gefahrte km	520.892	512.945	-1,53 %	523.443	+2,05 %
Nutzungstage	4.683	5.445	16,27 %	5.507	+1,13 %
km je Kfz/Durchschn.	17.363	17.098	-1,53 %	17.448	+2,05 %
Nutzung je Kfz/Durchschn.	156	182	16,67 %	184	+1,09 %

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Erträge setzten sich wie folgt zusammen:

- 24.000 € Kostenerstattungen für den arbeitsmedizinischen Dienst (der Vogelsbergkreis führt gegen Kostenerstattung für die kreisangehörigen Städte- und Gemeinden sowie für sonstige Einrichtungen wie Abfallentsorgungsgesellschaft den arbeitsmedizinischen Dienst durch)
- 10.220 € Kostenerstattung durch den ZAV
Für die Inanspruchnahme zentraler Dienste (Posttransport, Poststelle, Personalabrechnung) erfolgt eine Pauschalerstattung.
- 66.312 € Erstattung von Personalkosten durch Krankenhäuser & ÖPNV (Vorjahr 88.000 €)
Das KKH Alsfeld erstattet für den Verwaltungsleiter und zwei Angestellte mit Dienstvertrag die Umlagezahlungen an die Versorgungskasse. Für frühere im Krankenhaus eingesetzte Beamte erfolgt die Umlageerstattung im Verhältnis Zeit beim Kreis zur Zeit im Krankenhaus. Die Zahl wurde an die zu erwartenden Erstattungen und dem Rechnungsergebnis 2011 angepasst.
- 2.350 € Erstattungen für den Pflegestützpunkt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Hier handelte es sich um Zuweisungen des Landes für Zensus 2011.

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Veranschlagt ist noch der restliche Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus der Zuweisung von Mitteln für die EDV vom LWV in Höhe von 109 €. Der Zuschuss vom Land für ein Dienstfahrzeug beim Brandschutz ist in 2011 komplett aufgelöst worden, so dass bereits der Ansatz 2012 geringer veranschlagt wurde.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Erträge setzten sich aus folgenden Positionen und Beträgen zusammen:

- 50.000 € Erlöse aus dem Kantinenbetrieb
- 1.250 € Ersatz für Nebentätigkeiten (Den im Gesundheitsamt eingesetzten Ärzten ist die Ausübung von Nebentätigkeiten gestattet worden. Für die Inanspruchnahme von Personal, Diensträumen und Ausstattungsgegenständen ist ein Teil der Nebeneinnahmen an den Kreis abzuführen)

- 16.500 € Erlöse aus Verkäufen, Ersatz von Porto- und Fahrtkosten (Es handelt sich hier um die Einnahmen für die Herstellung von Drucken für andere Behörden und Einrichtungen wie KKH Alsfeld, Verein f. Berufsausbildung, Abfallentsorgungsgesellschaft u. a.)
- 2.500 € Ersatz von Telefonkosten (Verrechnung mit Entgelt und Gehalt). Es werden Kostenerstattungen für Privatgespräche und Faxe der Bediensteten vereinnahmt.
- 300 € Erstattungen von Mitarbeitern für Gesundheitskurse

11 Personalaufwendungen

In diesen Aufwendungen sind auch die Aufwendungen für allgem. personenbezogene Versicherungen in Höhe von 74.000 € enthalten. Es handelt sich um Beiträge der Haftpflicht-, Eigenschaden- und Spezialstrafrechtsschutzversicherung sowie der Versicherung für Sonderveranstaltung des Jugendamtes. Die Beiträge ermitteln sich je nach Versicherung nach den Einwohnerzahlen, der Anzahl der Beschäftigten, der Anzahl der Heim- und Pflegekinder.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Ansatz	Bezeichnung / Begründung	Vorjahr
157.200 €	Haltung der Dienstfahrzeuge, Vorjahr 125.000 € (Steigende Leasing- und Reparaturkosten sowie Anschaffung von 2 Elektromobilen)	125.000 €
24.000 €	Unterhaltung Fernsprechanlage (Wegfall Miete TK-Anlage)	93.000 €
7.400 €	Elektrische Arbeitsmittelüberprüfung	7.400 €
611.250 €	Betriebskosten (Amterbudget) inkl. KVA (Betriebskosten der Verwaltungseinheiten enthalten unter anderem die Porto- und Postkosten, lfd. Telefonkosten, Bürobedarf, Mietkosten für Geräte, Bücher, Zeitschriften und Gesetzesblätter. Kalkuliert wurde mit 609.000 € + 2 % Kostensteigerung sowie zusätzlichen Kosten von 5.000 € für die Telefonanbindung Alsfeld und 10.074 € für 3 Multiplex. Der Ansatz wurde gekürzt)	611.000 €
75.000 €	Einrichtungskosten (bereits im Vorjahr wurde der die notwendigen Maßnahmen zu 50 % eingeschränkt. Auch diese Jahr liegt der eigentliche Bedarf bei über 100.000 €, um notwendige Beschaffungen durchzuführen)	50.000 €
10.000 €	Umzugskosten	7.500 €
1.200 €	Ehrengeschenke, Nachrufe	1.200 €
240.000 €	Benutzerentgelte EDV (Datenübertragungskosten)	240.000 €
46.900 €	Kosten des Amtsblattes, Inserate	46.900 €
218.000 €	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung (Hinzugekommen sind die Fort- und Weiterbildungskosten für GIS)	205.000 €
56.900 €	Beiträge mit Wirkung für alle Verwaltungszweige	59.400 €
82.200 €	Fremdreinigung Verwaltung	92.500 €
1.042.000 €	Fremdreinigung Schulen	850.000 €
38.937 €	Personalkostenerstattungen Schulen	47.300 €
4.200 €	Aufwand für Arbeitsmedizinischer Dienst	0 €
767.700 €	Betriebskosten EDV (inkl. GIS)	551.000 €
31.330 €	Ausgaben für den Kantinenbetrieb (Lebensmittel, Einrichtung, Ersatzbeschaffung)	34.930 €

14 Abschreibungen

Die vermögenswirksamen Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Software) sind zu aktivieren und grundsätzlich linear auf die Nutzungsdauer des angeschafften Anlagegutes zu verteilen. Diese Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

29

Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der in Pos. 13 etatisierte Betrag enthält anteilig Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 190.600 €, die dem Bereich der Grundsicherung (Produkt 31200) zuzurechnen sind (Betriebskosten, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet. Daneben sind die Aufwendungen, die sich aus der Schulträgerschaft ergeben, dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300). Es handelt sich um die Fremdreinigung in Schulen in Höhe von 1.080.937 €.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11111 Personalservice

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	27.834	44.900	43.197,29
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	27.834	44.900	43.197,29
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-259.720	-240.330	-223.780,31
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-1.496.320	-34.640	-229.822,39
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.756.040	-274.970	-453.602,70
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.728.206	-230.070	-410.405,41
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.728.206	-230.070	-410.405,41
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.728.206	-230.070	-410.405,41
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.728.206	-230.070	-410.405,41

11111 Personalservice

Verantwortlich: Frau Christa Wiese

Beschreibung: Personalplanung – Stellenplanung – Stellenbewirtschaftung – Stellenbemessung – Stellenbewertung
 Personalentwicklungsplanung
 Personaleinstellungsverfahren (Betreuung von Einstellung bis Ausscheiden aus Arbeits- oder Dienstverhältnis) für Beamte und Tarifpersonal
 Personalabrechnung incl. Sozialversicherungs- und Steuerangelegenheiten sowie weitere Ansprüche aus dem Dienst-/Tarifrecht (Bsp. Beihilfen, Reisekosten)
 Aus- und Fortbildung
 Beurteilungswesen
 Personalentwicklung
 Arbeitsschutz (Bsp. Schwerbehindertenrecht)
 Gleichstellung – Frauenförderplan und dessen Umsetzung

Grundlage: Öffentliches Dienstrecht und Tarifrecht, Arbeitsschutzvorschriften und Gleichstellungsgesetz, Sozialgesetzbuch, Einkommenssteuer-/Lohnsteuerrecht, Dienstvereinbarungen im Personalentwicklungsbereich

Ziele: angemessene personelle Versorgung der Fachämter
 gesetzliche/dienstrechtliche und tarifgerechte Behandlung der Beschäftigten (insbes. hinsichtlich finanzieller Ansprüche)
 Gleichbehandlung der Beschäftigten
 qualifikationsbezogener Einsatz der Beschäftigten mit Leistungsoptimierung durch Aus- und Fortbildung sowie weiterer Personalentwicklungsmaßnahmen

Kennzahlen: Zahl der Personaleinstellungsverfahren
 Zahl der Betreuungsfälle / Abrechnungsfälle der Beschäftigten
 Zahl und Umfang der Fortbildungsmaßnahmen
 Stellenzahl

Personaleinstellungen	2009		2010		2011	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Beschäftigte	7	25	7	25	8	12
Beamte	0	0	0	0	0	0
insgesamt:	7	25	7	25	8	12

jährl. Abrechnungsfälle	2009	2010	2011
Beschäftigte	7.393	7.329	7.787
Beamte	1.484	1.507	1.511
Azubis/Praktikanten	192	223	231
Betreuungsfälle	383	557	583
insgesamt:	9.452	9.616	10.112

Fortbildung	2009	2010	2011
mehrfährige Fortbildung	14	20	18
fachspez. Fortbildung	245	258 Kurse / 381 Teilnehmer	243 Kurse / 376 Teilnehmer
allgem. Fortbildung	153	32 Kurse / 243 Teilnehmer	14 Kurse / 18 Teilnehmer
insgesamt:	412	644	412

Anzahl Bedienstete	2009		2010		2011	
Geschlecht	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Tarifbeschäftigte	153	420	153	420	158	417
Beamte	62	61	62	61	57	63
Personen in Ausbildung	8	6	8	6	5	9
insgesamt:	215	481	215	481	220	489

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Bei der Kostenerstattung handelt es sich um die Erstattung von Personalkosten. Diese werden erstattet für:

- Hausmeisterbetreuung für Sporthallen bei außerschulischer Nutzung
- sportärztliche Beratungsstelle
- Bücherei Gesamtschule Homberg
- Erstattung durch Arbeitsverwaltung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse

Der Ansatz reduziert sich durch eine neue Berechnungsgrundlage.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
Produkt 11112 Personalvertretung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-107.540	-84.840	-117.343,14
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-107.540	-84.840	-117.343,14
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-107.540	-84.840	-117.343,14
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-107.540	-84.840	-117.343,14
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-107.540	-84.840	-117.343,14
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-107.540	-84.840	-117.343,14

11112 Personalvertretung

Verantwortlich: Herr Peter Sukdolak

Beschreibung: Interessenvertretung und Beratung der Beschäftigten des Vogelsbergkreises

Grundlage: Hess. Personalvertretungsgesetz

Ziele: Vertretung der Rechte der Beschäftigten des Vogelsbergkreises
vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststellenleitung zum Wohle der Beschäftigten

Kennzahlen:

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11170 Rechtsangelegenheiten

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	0,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	3.000	3.000	23.288,42
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	4.000	4.000	23.288,42
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-107.160	-95.960	-99.071,22
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-23.080	-49.240	-22.861,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-35.000	-35.000	-38.178,47
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-165.240	-180.200	-160.111,19
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-161.240	-176.200	-136.822,77
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-161.240	-176.200	-136.822,77
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-161.240	-176.200	-136.822,77
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-161.240	-176.200	-136.822,77

11170 **Rechtsangelegenheiten**

Verantwortlich: Herr Dr. Arno Wettlaufer

Beschreibung: Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises in der Sozialgerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Zivilgerichtsbarkeit einschließlich Arbeitsgerichtsbarkeit sowie der Finanzgerichtsbarkeit.
 Rechtliche Beratung des Landrates, der Kreisgremien, der Ämter der Kreisverwaltung (ohne das Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten (AAO) sowie von Gesellschaften und Zweckverbänden, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist, und - in Einzelfällen - von kreisangehörigen Gemeinden.
 Durchführung von Anhörungsverfahren in Widerspruchsangelegenheiten der Kreisverwaltung (ohne AAO) und von OWi-Verfahren (insbesondere in Bauangelegenheiten).
 Ausbildung von Rechtsreferendaren in der Verwaltungsstation und von Jura-Studenten im Rahmen der praktischen Studienzeit.

Grundlage: Prozessführung: SGG, VwGO, ZPO/ArbGG, FGO; Beratung: fachspezifische Rechtsvorschriften; Anhörungsverfahren: §§ 7-12 HAGVwGO; Owi-Verfahren: OwiG; Ausbildung: § 34 und § 9 Abs. 1 Nr. 3 HessJAG

Ziele: Beratung in rechtlichen Angelegenheiten sowie Herstellung von Rechtssicherheit

Kennzahlen: Anzahl neue Rechtsstreite, Behördliche Kostenfestsetzungsverfahren, Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverfahren

	2009	2010	2011
Anzahl der neuen Rechtsstreite	119	155	96
Behördl. Kostenfestsetzungsverfahren	36	55	72
Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverfahren	32	28	63

Position: **Erläuterungen Teilergebnishaushalt**

2 **Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**

Der Haushaltsansatz umfasst Bußgelder in kommunalen Angelegenheiten. Die OWi-Entscheidungen ergehen unabhängig von dem Haushaltsansatz, wobei das Jahresergebnis auch durch das Rechtsmittelverhalten der Betroffenen beeinflusst wird.

3 **Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Es handelt sich um Rückflüsse von Gerichtskosten. Auch dieser Haushaltsansatz steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den geführten Rechtsstreitigkeiten und wird auf gesetzlicher Grundlage gehandhabt.

13 **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Es handelt sich um sachliche Aufwendungen für die Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises sowie für die Kostenfestsetzungsverfahren, die aufgrund von Erstattungsverpflichtungen durchgeführt werden. Sämtliche Aufwendungen haben eine gesetzliche Grundlage und sind durch das Rechtsamt regelmäßig nicht steuerbar.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
Produkt 28100 Kulturpflege

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	40	40	34,50
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	40	40	34,50
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-20.852	-20.850	-20.551,60
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-20.852	-20.850	-20.551,60
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-20.812	-20.810	-20.517,10
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-20.812	-20.810	-20.517,10
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-20.812	-20.810	-20.517,10
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-20.812	-20.810	-20.517,10

28100 Kulturpflege

Verantwortlich: Frau Heike Bohl

Beschreibung: Umsetzung der gültigen Vereinsförderrichtlinien; Bearbeitung aller Anträge zur Kulturförderung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel
--

Grundlage: Vereinsförderrichtlinien, Beschlüsse KT und KA

Ziele: Bearbeitung aller Anträge innerhalb von 4 Wochen nach Eingang
--

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

15

Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt die Förderung der Musikschulen mit 20.450 € sowie verschiedene Mitgliedsbeiträge. Aufgrund der mit Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2010 ausgesetzten Vereinsförderrichtlinien entfällt bis auf weiteres die Förderung von Musik- und Gesangsvereinen sowie überregionalen Veranstaltungen.

Teilhaushalt/Budget

10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	10.000	0	5.000	4.185,00	49.306	24.306
3.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	735,65	4.763	4.763
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	10.000	0	5.000	4.920,65	54.620	29.620
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-556.000	0	-426.000	-306.503,93	-3.146.299	-1.640.299
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-12.040	0	-11.260	-10.000,97	-87.091	-38.931
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-568.040	0	-437.260	-316.504,90	-3.233.390	-1.679.230
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-558.040	0	-432.260	-311.584,25	-3.178.770	-1.649.610

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
Produkt 11100 Selbstverwaltungsorgane

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-3.343,98	-6.554	-6.554
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.080	0	-5.770	-5.218,58	-48.322	-20.002
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-7.080	0	-5.770	-8.562,56	-54.876	-26.556
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.080	0	-5.770	-8.562,56	-54.876	-26.556

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
Produkt 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
			Verpflich-tungser-mächti-gungen			Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		2013		2012	2011		
1	2	3	4	5	6	7	8
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	10.000	0	5.000	4.185,00	49.306	24.306
3.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	735,65	4.763	4.763
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	10.000	0	5.000	4.920,65	54.616	29.616
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-556.000	0	-426.000	-303.159,95	-3.139.745	-1.633.745
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.320	0	-3.830	-3.239,46	-26.219	-12.939
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-559.320	0	-429.830	-306.399,41	-3.165.964	-1.646.684
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-549.320	0	-424.830	-301.478,76	-3.111.348	-1.617.068

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt**

- 2 Einzahlungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Vermögens**
Etatisiert sind erwartete Einzahlungen aus dem Verkauf alter und nicht mehr benötigter Büroeinrichtung und –maschinen einschließlich alter abgängiger Dienstwagen (10.000 €).
- 4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen**
Für die Anschaffung von neuen Dienstwagen sind Mittel in Höhe von 110.000 € veranschlagt. Zudem sind für investive Einrichtungskosten in der Verwaltung 46.000 € und für den Bereich der EDV 400.000 € vorgesehen. Von den EDV-Mitteln sind 32.000 € für GIS vorgesehen.
- 5 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen**
Es handelt sich um die Zuführung zur Versorgungsrücklage der Beamten gemäß § 2 Hessisches Versorgungsrücklagengesetz.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11111 Personalservice

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	4	4
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-370	0	-360	-355,19	-2.893	-1.413
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-370	0	-360	-355,19	-2.893	-1.413
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-370	0	-360	-355,19	-2.889	-1.409

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11170 Rechtsangelegenheiten

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.270	0	-1.300	-1.187,74	-9.657	-4.577
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.270	0	-1.300	-1.187,74	-9.657	-4.577
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.270	0	-1.300	-1.187,74	-9.657	-4.577

Teilhaushalt/Budget

16 Wirtschaftsförderung und Revision

Budgetverantwortung

Dr. Eckhard Köhler-Hälbig

Produkte

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

57100 Beteiligungen an wirtsch. U., Wirtschaftsförderung, Tourismus

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	300.000	250.000	142.680,81
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.000	0	104.513,43
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	2.000	8.434,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	30.000	150	30,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	333.000	252.150	255.658,24
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-891.505	-964.370	-814.922,48
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-171.190	-416.330	-240.752,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-58.400	-6.500	-30.818,29
14.	66	Abschreibungen	0	0	-5.677,45
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.178.687	-478.200	-512.101,09
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-800	-1.000	-1.421,63
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-6.300.582	-1.866.400	-1.605.693,44
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-5.967.582	-1.614.250	-1.350.035,20
21.	56,57	Finanzerträge	61.500	161.900	176.500,37
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	61.500	161.900	176.500,37
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-5.906.082	-1.452.350	-1.173.534,83
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-5.906.082	-1.452.350	-1.173.534,83
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.906.082	-1.452.350	-1.173.534,83

Teilhaushalt/Budget **16** Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt **11120** Prüfungs- und Beratungsdienste

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	300.000	250.000	142.680,81
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	30.000	0	30,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	330.000	250.000	142.710,81
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-537.150	-519.770	-547.457,84
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-90.170	-184.370	-110.971,50
14.	66	Abschreibungen	0	0	-1.968,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-627.320	-704.140	-660.397,34
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-297.320	-454.140	-517.686,53
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-297.320	-454.140	-517.686,53
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-297.320	-454.140	-517.686,53
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-297.320	-454.140	-517.686,53

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Verantwortlich:	Herr Dr. Eckhard Köhler-Hälbig
Beschreibung:	Finanzkontrolle über die kreisangehörigen Kommunen, Zweckverbände sowie den Landkreis
Grundlage:	HGO, HKO, GemHVO (Kameral und Doppisch), VOB, VOL, VOF, Korruptionserlass
Ziele:	Sicherstellung, dass die Finanzwirtschaft der kreisangehörigen Kommunen, Zweckverbände und des Landkreises im Einklang mit der gültigen Rechtslage erfolgt.
Kennzahlen:	Abschließende Prüfung der Jahresrechnungen und Bilanzen innerhalb von 6 Monaten nach Vorlage (Ausgang der Prüfungsbemerkungen). Anzahl Kassenprüfungen/-bestandsaufnahmen, Anzahl der Submissionen, Verwendungsbestätigungen und Prüfung von Auftragserweiterungen.

Kommune	2007		2008		2009		2010		2011	
	Eingang JR	Prüfungsbemerkungen	Eingang JR	Prüfungsbemerkungen	Eingang EB	Testat	Eingang JR	Testat	Eingang JR	Testat
Alsfeld	02.02.2009	29.07.2009	23.06.2010	07.02.2011	07.10.2010					
Antriftal	07.10.2009	05.02.2010	19.07.2010	30.09.2010						
Feldatal	11.01.2011	01.03.2011	02.02.2012	23.02.2012						
Freiensteinau	07.01.2010	03.05.2010	15.09.2010	15.10.2010	14.10.2011					
Gemünden (D)	02.03.2010	27.05.2010	01.04.2011	14.12.2011						
Grebenau	20.04.2009	26.06.2009	17.08.2011	27.10.2011						
Grebenhain	06.08.2008	05.11.2008	16.02.2009	22.04.2009	15.08.2011					
Herbstein	22.02.2010	21.05.2010	19.04.2010	19.07.2010						
Homberg	02.02.2010	09.06.2010	Doppik							
Kirtorf	11.03.2009	15.07.2009	13.05.2010	02.08.2010						
Lauterbach	09.11.2009	10.06.2010	05.07.2010	06.12.2010	27.04.2011					
Lautertal	03.06.2009	14.10.2009	19.11.2009	14.12.2009	01.07.2010	31.05.2011				
Mücke (D)	24.03.2009	29.07.2009	30.09.2010	22.12.2011						
Romrod	07.01.2009	30.11.2009	20.11.2009	10.02.2010						
Schlitz	16.07.2009	07.10.2009	10.09.2009	10.02.2010	13.12.2011					
Schotten	04.05.2009	09.10.2009	16.11.2009	09.07.2010	26.10.2010	06.04.2011	29.05.2012			
Schwalmtal	12.02.2009	30.04.2009	16.04.2010	19.07.2010						
Ulrichstein	03.12.2008	13.02.2009	02.03.2010	30.07.2010						
Wartenberg	05.08.2009	16.11.2009	07.04.2010	07.04.2010						
Vogelsbergkreis	26.01.2009	10.06.2009	29.07.2009	28.10.2009	28.06.2011	24.11.2011				

Kommune	2007	2008	2009	2010	2011
	Prüfungsbemerkungen	Prüfungsbemerkungen	Prüfungsbemerkungen/ Testat	Prüfungsbemerkungen/ Testat	Prüfungsbemerkungen/ Testat
Umwelt- und Landschaftspflegeverband Alsfeld	05.03.2009	30.07.2010			
Zweckverband Vulkan-Radweg Grebenhain-Herbstein	03.12.2008	03.03.2010	EB 08.03.2012		
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg EB	02.09.2008	21.10.2009	EB 11.01.2012		
Abwasserverband Ohm/Seenbach, Mücke EB	14.05.2009		EB 21.02.2012		
Abwasserverband Kirtorf	08.05.2009				
Abwasserverband Antriftal	13.08.2009	30.07.2010			
Zweckverband Soziale-Dienste Antriftal-Kirtorf	05.05.2009				
Wasser- und Bodenverband Schlitzerland	27.01.2009	05.01.2010	08.12.2010	29.11.2011	
Dränverband Heimertshausen (3-j. Prüfzeitraum)	08.03.2010	08.03.2010	18.06.2012	18.06.2012	18.06.2012
Dränverband Angenrod (3-j. Prüfzeitraum)	04.03.2008	11.05.2011	11.05.2011	11.05.2011	
Dränverband Liederbach (3-j. Prüfzeitraum)	19.03.2008	06.06.2011	06.06.2011	06.06.2011	

Dränverband Ohmes (3-j. Prüfzeitraum)	14.01.2009	10.02.2009	15.06.2012	15.06.2012	15.06.2012
Wasserverband Bleidenrod (3-j. Prüfzeitraum)	20.06.2008	05.04.2012	05.04.2012	05.04.2012	
Wasserverband Ohmtal (3-j. Prüfzeitraum)	28.09.2010	28.09.2010	28.09.2010		
Dränverband Ober-Gleen (3-j. Prüfzeitraum)	21.01.2008	18.01.2011	18.01.2011	18.01.2011	
Dränverband Ober-Breidenbach (3-j. Prüfzeitraum)	19.02.2008	08.03.2011	08.03.2011	08.03.2011	

Anzahl	2008	2009	2010	2011
Kassenprüfung/Bestandsaufnahmen	30	30	29	29
Submissionen	213	255	229	173
Submissionen für Externe			8	9
Verwendungsbestätigungen			44	16
Verwendungsbestätigungen für Externe			29	50
Prüfung von Auftragsweiterungen			51	56
Prüfung Schlussrechnungen Kreis				80
Prüfung vor Ort Baustellen Kreis				20
Prüfung von Leistungsverzeichnissen				173

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Veranschlagt sind die lt. Satzungsregelung zu erwartenden Erträge für erbrachte Prüfleistungen des Revisionsamts.

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
Produkt 11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-113.290	-109.550	-86.143,08
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-18.200	-35.990	-11.030,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-131.490	-145.540	-97.173,08
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-131.490	-145.540	-97.173,08
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-131.490	-145.540	-97.173,08
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-131.490	-145.540	-97.173,08
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-131.490	-145.540	-97.173,08

11130 **Finanzaufsicht über die Kommunen**

Verantwortlich: Herr Dr. Eckhard Köhler-Häbig	
Beschreibung:	Genehmigung von gemeindlichen Haushaltssatzungen, Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe, Bürgschaften, Gewährverträgen und kreditähnlichen Zahlungsverpflichtungen; Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit, Erstellen von Beurteilungsbogen und Stellenplananalysen; Erteilung von Auflagen zur Haushaltskonsolidierung und Auswertung von Haushaltssicherungskonzepten; Mitwirkung bei der Erstellung der kommunalen Finanzstatistiken; Befreiung der Eigenbetriebe von Vorschriften des EigBG; Auswertung der gemeindlichen Rechnungsergebnisse sowie der Jahresabschlüsse von Eigenbetrieben und Eigengesellschaften; Aufgaben nach den Richtlinien über die Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock; Prüfung und Stellungnahme zu Anträgen auf Gewährung von Investitionsfondsdarlehen; Mitwirkung im Rahmen der Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs; Prüfen von Anzeigen wirtschaftlicher Betätigung
Grundlage:	§§ 92 – 127 Hessische Gemeindeordnung
Ziele:	Die Haushaltswirtschaftsplanung der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises soll so überwacht werden, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.
Kennzahlen:	Alle Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises haben einen zumindest ausgeglichenen Ergebnishaushalt, oder falls der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann, ein entsprechendes Haushaltssicherungskonzept, dass zukünftig die Handlungsfähigkeit der Kommunen über einen Haushaltsausgleich wieder herstellt.

Kommune	2009		2010		2011	
	Ergebnis- haushalt ausgeglichen	Sicherungskonzept mit künftigen HHAusgleich	Ergebnis- haushalt ausgeglichen	Sicherungskonzept mit künftigen HHAusgleich	Ergebnis- haushalt ausgeglichen	Sicherungskonzept mit künftigen HHAusgleich
Alsfeld	nein	ja	nein	nein	nein	nein
Antrifttal	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Feldatal	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Freiensteinau	ja		nein	ja	ja	ja
Gemünden	nein	ja	nein	ja	nein	ja
Grebenau	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Grebenhain	ja		nein	nein	nein	nein
Herbstein	ja		nein	ja	nein	ja
Homburg	nein	nein	nein	ja	ja	ja
Kirtorf	ja		nein	ja	ja	
Lauterbach	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Lautertal	ja		nein	ja	nein	ja
Mücke	ja		nein	nein	nein	ja
Romrod	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Schlitz	ja		nein	ja	nein	ja
Schotten	nein	nein	nein	ja	nein	ja
Schwalmtal	nein	ja	nein	nein	nein	ja
Ulrichstein	ja		nein	nein	nein	nein
Wartenberg	ja		nein	ja	nein	nein

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
Produkt 57100 Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Tourismus

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.000	0	104.513,43
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	2.000	8.434,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	150	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	3.000	2.150	112.947,43
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-241.065	-335.050	-181.321,56
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-62.820	-195.970	-118.751,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-58.400	-6.500	-30.818,29
14.	66	Abschreibungen	0	0	-3.709,45
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.178.687	-478.200	-512.101,09
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-800	-1.000	-1.421,63
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-5.541.772	-1.016.720	-848.123,02
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-5.538.772	-1.014.570	-735.175,59
21.	56,57	Finanzerträge	61.500	161.900	176.500,37
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	61.500	161.900	176.500,37
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-5.477.272	-852.670	-558.675,22
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-5.477.272	-852.670	-558.675,22
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.477.272	-852.670	-558.675,22

57100 **Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Tourismus**

Verantwortlich: Herr Dr. Eckhard Köhler-Hälbig

Beschreibung: Unterstützung und Beratung der Verwaltungsleitung und der Kreisgremien in den Bereichen
 - Beteiligungsmanagement
 - Regional-/Wirtschaftsförderung (Vogelsberg Consult)
 - Tourismus (Region Vogelsberg Touristik)
 - Beratung und Antragsstellung Wohnungsbauförderung für Kreisangehörige

Grundlage: Beteiligungsmanagement: § 121 ff HGO, Beteiligungsrichtlinie
 WiFö: Vertrag VB-Consult-VBK / Gesellschaftsvertrag Juni 2007
 Tourismus: Vertrag VB-Touristik-VBK / Gesellschaftsvertrag Nov. 2007
 Wohnraumförderungsgesetz 2001 / Hess. Ausführungsgesetz 2004

Ziele: - Prüfung und Sicherstellung der kommunalrechtlichen Voraussetzungen von Beteiligungen
 - Förderung von Existenzgründungen / Steigerung komm. Wirtschaftskraft / Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze
 - Vermarktung der Region und ihrer Angebote
 - Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten
 - Verbesserung der Wohnraumversorgung der Kreisbevölkerung

Kennzahlen: - Beteiligungsbericht / Beteiligungswert / Erträge für den Kreishaushalt
 - Zahl der Existenzgründungen / BIP etc.
 - Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK / Übernachtungszahlen
 - Wohnungsbauförderung: Antragszahlen / Bewilligungen / Fördervolumen

Beteiligungsbericht / Beteiligungswert / Erträge für den Kreishaushalt

Jeweils auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der Beteiligungen zum 31.12.

Beteiligung	2009		2010		2011	
	Beteiligungswert	jährlicher Ertrag	Beteiligungswert	jährlicher Ertrag	Beteiligungswert	jährlicher Ertrag
ZOV	42.985.651,38	610.882,26	42.985.651,38	592.862,76	42.985.651,38	111.445,54
	Eigenkap.rendite	1,42%	Eigenkap.rendite	1,38%	Eigenkap.rendite	0,25 %
GWV	460.350,00	62.668,40	460.350,00	62.668,40	460.350,00	62.668,40
	Eigenkap.rendite	13,61%	Eigenkap.rendite	13,61%	Eigenkap.rendite	13,61 %
Sparkasse	57.548.583,90	0,00	60.361.658,30	0,00	63.028.276,46	0,00
	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0 %

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

	2009	2010	2011
Aquirierte Projektmittel	570 T€	440T€	512 T€
Ausbildungsförderung (07-10) zus. Plätze	81	46	*
Unternehmensberatungen	417	398	328

*Zusätzliche Plätze in der Ausbildungsförderung werden nicht mehr ausgewiesen. Seit Ende der Projekte STARegio und JOBSTARTER ist die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze nicht mehr primäres Ziel der Projektarbeit. Der Schwerpunkt liegt auf Materialentwicklung für Unternehmen im Rahmen des Modellprojekts „Fit – Stärkung von KMU“, gefördert aus Mitteln des Landes Hessen und der Europäischen Union.

Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK /Übernachtungszahlen

	2009	2010	2011
Übernachtungen	485.273	484.495	489.672
durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Übernachtungen)	2,6 Tage	2,6 Tage	2,6 Tage

Wohnungsbauförderung: Antragszahlen /Bewilligungen/Fördervolumen

Anträge auf	2009		2010		2011	
	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligungen
Hessenbaudarlehen	5	4 / 320.000 €	5	4 / 320.000 €	13	7 / 565.000 €
Hessendarlehen	11	10 / 760.000 €	11	9 / 650.000 €	15	6 / 365.000 €
Zuschüsse behinderten gerechter Umbau	6	3 / 12.500 €	2	2 / 17.500 €	9	5 / 25.000 €
Mietwohnungsbau	0				0	0
Mietwohnungsmod.	0		1	0	0	0
Kfw/Bafa	(nur Beratung)		(nur Beratung)		(nur Beratung)	
Summe	22	17	19	15	37	18
Fördervolumen	1.250.986 €	1.092.500 €	1.678.800 €	987.500 €	2.048.100	955.000

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke

Mit Erträgen ist nicht zu rechnen. Ein Zuschuss für die Erstellung eines Ausführungskonzeptes zum Geopark Vulkanregion Vogelsberg wurde letztmals 2012 gewährt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für die geplante Gründung der KAG Geopark sind 50.000 € als jährlicher Beitrag des Kreises veranschlagt. Die endgültige Höhe ist davon abhängig, ob eine Gründung erfolgt und wie die zukünftige Beitragsstruktur der KAG festgelegt wird. Bei dem veranschlagten Betrag handelt es sich um einen geschätzten Betrag, der aus den Vertragsentwürfen und dem „Thüringer Modell“ abgeleitet wurde.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Mit 386.087 € (Vorjahr 379.500 €) sind die Beiträge an die Vogelsberg Touristik GmbH und den Verein Mitte Hessen sowie die Zuweisung an Vogelsberg Consult etatisiert. Weitere 7.000 € wurden für die Umlage der Regionalversammlung und 10.000 € (Vorjahr 3.000 €) für die „Förderung des Regionalimages“ veranschlagt. Die Umlage zum Wasser- und Bodenverband Schwalm wurde mit 15.000 € etatisiert (Vorjahr 13.700 €). Zudem wurden 120.000 € (Vorjahr 75.000 €) für die Begleitung „Glasfasernetz“ aufgrund des Beschlusses des Kreistages vom 17.12.2010 für den Ausbau der Breitband-Versorgung angesetzt. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme ist die VB-Consult beauftragt worden.

Neben diesen Posten ist im Ansatz 2013 auch der Verlustausgleich des Kreiskrankenhauses Aisfeld der Jahre 2009 bis 2011 in Höhe von Gesamt 4.640.600 EUR berücksichtigt.

16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Veranschlagt sind Gebühreneingänge des Schornsteinfegerwesens, die an die Schornsteinfeger weitergeleitet werden.

21

Finanzerträge

Auf Grund der voraussichtlichen Ertragssituation des ZOV für 2012 wird für 2013 mit keinem Ertrag gerechnet. Für 2013 wird nur mit einer Gewinnausschüttung der GWV kalkuliert.

Teilhaushalt/Budget

16 Wirtschaftsförderung und Revision

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
			Verpflichtungsermächtigungen			Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		2013		2012	2011		
EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-600.000	0	0	0,00	-2.700.000	0
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-422.540	0	-11.800	-10.634,76	-501.400	-41.240
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.022.540	0	-11.800	-10.634,76	-3.201.400	-41.240
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.022.540	0	-11.800	-10.634,76	-3.201.400	-41.240

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.260	0	-4.870	-4.440,25	-38.095	-17.055
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.260	0	-4.870	-4.440,25	-38.095	-17.055
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-5.260	0	-4.870	-4.440,25	-38.095	-17.055

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-660	0	-660	-393,95	-4.474	-1.834
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-660	0	-660	-393,95	-4.474	-1.834
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-660	0	-660	-393,95	-4.474	-1.834

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
Produkt 57100 Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Tourismus

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-600.000	0	0	0,00	-2.700.000	0
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-416.620	0	-6.270	-5.800,56	-458.831	-22.351
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.016.620	0	-6.270	-5.800,56	-3.158.831	-22.351
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.016.620	0	-6.270	-5.800,56	-3.158.831	-22.351

57100 **Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Tourismus**

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Bei Gründung einer Breitbandversorgung Vogelsbergkreis GmbH ist im Rahmen der Umsetzung mit Anlaufverlusten innerhalb der ersten zehn Jahren bis zum Erreichen des break-even-points (Gewinnschwelle) zu rechnen. Die etatierten Mittel dienen der Sicherung der Liquidität der zu gründenden Gesellschaft und zum Verlustausgleich.

5 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Der Vogelsbergkreis, beabsichtigt die Anteile der OFB an der Projektgesellschaft Schule an der Wascherde zu erwerben. Der hierzu veranschlagte Betrag stellt sich wie folgt dar:

- Zahlung eines Kaufpreises an die OFB für deren Geschäftsanteile (340.000 €)
- Übernahme der Kapitaleinlage der OFB in die Kommanditgesellschaft (25.000 €)
- Übernahme des Stammkapitals der Kaiserlei Grundstücksverwaltungsgesellschaft, Frankfurt an der Kommanditgesellschaft (26.000 €)

Der restliche Ansatz ist neben der Versorgungsrücklage für die mögliche Beteiligung am Stammkapital der GmbH Regionalmanagement Mittelhessen vorgesehen. Das Regionalmanagement Mittelhessen ist derzeit beim Verein Mitte Hessen organisiert. Angedacht ist eine Umstrukturierung zur GmbH. Die Aufgaben der GmbH sollen dieselben wie im Verein bleiben. Der bisherige Verein soll Gesellschafter werden. Die Landkreise werden originär Gesellschafter. Daneben ist mit einem jährlichen Zuschuss i. H. v. 20.000 € zu rechnen. Die bisherigen Zuschusszahlungen an den Verein Mitte Hessen würden sodann entfallen. Eine Verzinsung im Sinne einer Gewinnausschüttung ist nicht angedacht. Die Höhe des Gesamtkapitals hängt von der Anzahl der Gesellschafter ab. Als Gesellschafter sind u. a. der Verein Mitte Hessen und die Landkreise Gießen, Marburg, Vogelsbergkreis, Lahn-Dill-Kreis, die Städte Gießen, Marburg, etc. vorgesehen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Budgetverantwortung	Produkte
Renate Stiebing	11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement 42100 Sportförderung 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	93.000	87.000	114.219,77
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	56.238.900	53.283.800	48.930.615,77
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	27.974.500	27.363.520	23.489.428,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	3.198.159	2.915.800	2.747.856,45
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	395,72
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	87.504.559	83.650.120	75.282.515,71
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-744.460	-644.020	-703.772,03
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-95.030	-172.800	-136.412,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-26.000	-25.000	-23.385,99
14.	66	Abschreibungen	-926.157	-926.200	-698.426,02
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-70.000	-120.000	-67.904,90
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-18.754.000	-17.761.700	-17.524.248,42
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-20.615.647	-19.649.720	-19.154.149,86
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	66.888.912	64.000.400	56.128.365,85
21.	56,57	Finanzerträge	151.000	113.000	143.655,35
22.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.964.600	-3.790.500	-2.308.132,86
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	-2.813.600	-3.677.500	-2.164.477,51
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	64.075.312	60.322.900	53.963.888,34
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-3.887,84
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-3.887,84
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	64.075.312	60.322.900	53.960.000,50
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.062.000	998.410	1.039.487,89
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-25.447.089	-24.312.300	-23.931.675,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	-24.385.089	-23.313.890	-22.892.187,11
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	39.690.223	37.009.010	31.067.813,39

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-257.590	-205.090	-269.444,23
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-21.110	-59.770	-48.033,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.000	-8.000	-7.537,42
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-286.700	-272.860	-325.014,65
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-286.700	-272.860	-325.014,65
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-286.700	-272.860	-325.014,65
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-286.700	-272.860	-325.014,65
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-286.700	-272.860	-325.014,65

11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Verantwortlich: Frau Renate Stiebing	
Beschreibung: Aufstellung des Haushaltsplans, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der Vorgaben des Kreistags und Kreisausschusses; Beratung der Ämter in Fragen der Budgetbewirtschaftung; Aufbau und Durchführung der internen Kostenrechnung und des Berichtswesens auf Basis vereinbarter Ziele und Kennzahlen; Aufstellung der Jahresrechnung (Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung); Statistik.	
Grundlage: HKO, HGO, GemHVO, HGB, div. Steuergesetze	
Ziele: Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verfahrensablaufs unter Einhaltung der Terminplanung und Fristen zu Haushaltsplan und Jahresrechnung; kontinuierliche und aktuelle Information des Kreistags über den Haushaltsvollzug durch Vorlage von Quartalsberichten zur jeweils nächsten Kreistagssitzung	
Kennzahlen: 1 Haushaltsplan, ggf. Nachtragshaushalte 1 Jahresrechnung/Schlussbilanz 4 Quartalsberichte je Haushaltsjahr (ab 2010 quartalsgebunden)	

Beschluss Kreisausschuss	2009	2010	2011
Haushaltsplan	09.12.2008	12.11.2009	01.11.2010
Jahresrechnung/Schlussbilanz	21.06.2011 (EB)	-	-
1. Bericht	18.05.2009	27.04.2010	-
2. Bericht	06.07.2009	26.08.2010	22.08.2011
3. Bericht	21.09.2009	01.11.2010	03.11.2011
4. Bericht	16.11.2009	26.01.2011	18.01.2012

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz berücksichtigt die Druckkosten des Haushaltsplans und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik (Schulungsbedarf Mitarbeiter, externe Beratung).

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	93.000	87.000	114.219,77
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	93.000	87.000	114.219,77
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-462.960	-416.030	-411.806,88
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-73.920	-113.030	-88.379,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-18.000	-17.000	-15.848,57
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-554.880	-546.060	-516.034,95
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-461.880	-459.060	-401.815,18
21.	56,57	Finanzerträge	150.000	112.000	142.781,01
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	150.000	112.000	142.781,01
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-311.880	-347.060	-259.034,17
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-311.880	-347.060	-259.034,17
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-311.880	-347.060	-259.034,17

11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Verantwortlich: Herr Reinhold Braun

Beschreibung: Abwicklung des Zahlungsverkehrs; Sicherstellen der Liquidität; ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel; Verwahren von Wertgegenständen; Erstellen der Abschlüsse; Führen und Aufbewahren der Bücher; Belege und Konten; Statistiken; Mahnwesen; Beitreibung öffentlich-rechtlicher und Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Forderungen des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen sowie Dritter.

Grundlage: Hessische Landkreisordnung; Verordnung über die Kassenführung der Gemeinden (GemKVO); Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz (HessVwVG) und Vollstreckungskostenordnung (VKO)

Ziele: Zeitnahes Mahnen der Forderungen und rechtzeitige Leistung der Ausgaben; effiziente Bewirtschaftung der Kassenmittel; ordnungsgemäßes Führen der Bücher; erfolgreiche Vollstreckung

Kennzahlen: erledigte Vollstreckungsaufträge
neu eingegangene Anträge

	2009	2010	2011
erledigte Anträge	5.955	5.831	7.714

Neuanträge	2009	2010	2011
eigene Ersuchen	1.940	2121	1.666
fremde Ersuchen	4.203	4.357	7.007

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Nach dem Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz haben die Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. GEZ, IHK, Handwerkskammern) einen Kostenbeitrag für die Vollstreckungstätigkeit des Kreises zu leisten. Für die Vollstreckungstätigkeit des ZAV wird mit einem Anstieg des Ertrages gerechnet. Von den Kommunen werden weniger Anträge erwartet.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet die Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs. Durch die steigende Zahl an Buchungsposten bei der Sparkasse Oberhessen wurden Mehraufwendungen einkalkuliert.

29 Finanzerträge

Bei nicht fristgerechten Zahlungen haben die Pflichtigen Mahn- und Beitreibungsgebühren beim Einzug der Forderungen zu bezahlen. Der Gesetzgeber hat die Pfändungsgebühren erhöht. Es ist mit entsprechenden Mehrerträgen zu rechnen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 42100 Sportförderung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-23.910	-22.900	-22.520,92
	-65				
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-70.000	-120.000	-67.904,90
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-93.910	-142.900	-90.425,82
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-93.910	-142.900	-90.425,82
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-93.910	-142.900	-90.425,82
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-93.910	-142.900	-90.425,82
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-93.910	-142.900	-90.425,82

42100 Sportförderung

Verantwortlich: Frau Renate Stiebing

Beschreibung: Allgemeine Zuwendungen an Vereine zur Pflege des Sports
Zuschüsse an Sportkreise im Rahmen der Sportförderrichtlinien des VBK
Zuschuss des VBK für gemeinsame Geschäftsstelle der Sportkreise Als + Lat

Grundlage: Vereinsförderrichtlinien des Vogelsbergkreises

Ziele: 80 % der Anträge im Bereich Sportförderung werden ab dem Vorliegen der vollständigen Unterlagen innerhalb von 28 Tagen beschieden.

Kennzahlen: Anzahl der eingegangenen Anträge, Bescheiderteilung hierzu innerhalb von 28 Tagen

Anzahl der eingegangenen Anträge	2009	2010	2011*
Anträge insgesamt	198	154	80
Bescheide innerhalb 28 Tage	193	150	74
Quote:	97,47 %	97,40 %	92,50 %

* ausgesetzte Richtlinie

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen
Es sind Zuschüsse für Baumaßnahmen und langlebige Sportgeräte an Vereine eingeplant. Hinzu kommt die Jugendförderung von 3 Euro je beim Landessportbund gemeldeten jungen Menschen. Zusätzlich sind noch 50.000 € an Sportfördermitteln (z. B. für Baumaßnahmen der Vereine) im Finanzhaushalt eingeplant.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	786.070	786.100	584.667,45
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	786.070	786.100	584.667,45
14.	66	Abschreibungen	-926.157	-926.200	-698.271,73
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-650.000	-678.000	-745.153,42
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.576.157	-1.604.200	-1.443.425,15
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-790.087	-818.100	-858.757,70
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-790.087	-818.100	-858.757,70
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-790.087	-818.100	-858.757,70
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-790.087	-818.100	-858.757,70

60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Konjunkturprogramm des Landes Hessen zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung und zur Beseitigung eines erheblichen Investitions- und Instandhaltungsstaus in den hessischen Schulen
Grundlage:	Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen vom 05.02.2009, Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hess. Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes
Ziele:	Ordnungsgemäße Abwicklung der Förderprogramme unter Einbeziehung der Fachämter (Amt für Gebäudemanagement, Schulverwaltungsamt), korrekte vermögens-, ergebnis- und finanzrechnerische Behandlung aller Vorgänge, regelmäßige Berichterstattung an Ministerien, Banken und Kreisgremien
Kennzahlen:	Anzahl erfasster Vorgänge in der Anlagenbuchhaltung Anzahl Berichte, Mittelabrufe, Verwendungsnachweise

Anzahl	31.12.2010	30.09.2011	01.10.2011
Erfasste Vorgänge in der Anlagenbuchhaltung	1.191	267	596
Berichte, Mittelabrufe, Verwendungsnachweise	167	92	14

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten**
Die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gewährten Zuweisungen des Bundes sowie die Tilgungsbeiträge des Landes sind in der Bilanz des Vogelsbergkreises als Sonderposten erfasst. Diese werden über die gesamte Laufzeit des Konjunkturprogramms (30 Jahre) linear aufgelöst. Die Differenz aus der Summe der Auflösung der Sonderposten zu den Abschreibungen und der Zinsbelastung stellt nicht gedeckten Aufwand dar, der – obwohl ausschließlich in Schulgebäude investiert wurde – nicht in die Schulumlage eingerechnet werden darf und somit zu einer nicht ausgleichbaren zusätzlichen Haushaltsbelastung führt.
- 14 Abschreibungen**
Alle im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms getätigten Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Gebäude) sind als Investitionen zu aktivieren und abzuschreiben. Zur Vermeidung ungleichmäßiger Haushaltsbelastungen werden alle Anlagegüter unabhängig von ihrer tatsächlichen Nutzungsdauer beginnend mit der Inbetriebnahme linear über die gesamte Laufzeit des Konjunkturpaktes abgeschrieben.
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Die Zinsen für alle auf Grund des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes gewährten Kredite werden zunächst aus dem Kommunalen Finanzausgleich bestritten. Zur Reduzierung systemwidriger Verwerfungen im KFA wird von den öffentlichen Schulträgern eine Zinsdienstumlage erhoben, die den Zinsaufwand für die beantragten eigenen Maßnahmen (VB: genehmigtes Volumen 27.772.000 EUR) sowie für durch das Land bewilligte Maßnahmen der im Kreisgebiet ansässigen Ersatzschulträger (VB: genehmigtes Volumen: 47.000 EUR) umlegt. Der Zinssatz wird bei Abruf der Kreditmittel durch Vertrag festgelegt, er beträgt durchschnittlich 3,43 %. Die Zinsdienstumlage wird jährlich nachträglich fällig.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	56.238.900	53.283.800	48.930.615,77
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	27.974.500	27.363.520	23.489.428,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.412.089	2.129.700	2.163.189,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	395,72
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	86.625.489	82.777.020	74.583.628,49
14.	66	Abschreibungen	0	0	-154,29
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-18.104.000	-17.083.700	-16.779.095,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-18.104.000	-17.083.700	-16.779.249,29
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	68.521.489	65.693.320	57.804.379,20
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	68.521.489	65.693.320	57.804.379,20
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	68.521.489	65.693.320	57.804.379,20
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-25.447.089	-24.312.300	-23.931.675,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	-25.447.089	-24.312.300	-23.931.675,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	43.074.400	41.381.020	33.872.704,20

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Berechnung, Veranlagung und Abwicklung der Jagdsteuer; Berechnung, Abstimmung und Abführung der Umsatzsteuer der Betriebe gewerblicher Art des Vogelsbergkreises; Feststellung, Veranlagung und Abwicklung aller Ansprüche nach dem Finanzausgleichsgesetz;
Grundlage:	HKO, HGO, FAG, KAG, AO, UStG, Haushaltssatzung, Jagdsteuersatzung
Ziele:	rechtssichere Festsetzung der Jagdsteuer bis zum 30.06.; ordnungsgemäße Bearbeitung aller Finanzausgleichsvorgänge und Umsatzsteuermeldungen
Kennzahlen:	Anzahl der Bescheide, Anzahl der erfolgreichen Widersprüche

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen**
Der Ansatz umfasst die Erträge der Kreisumlage in Höhe von 37.948.600 € sowie die Schulumlage mit 18.128.300 €. Berechnungsgrundlage ist die dritte Trendberechnung vom 15.08.2012 des Hessischen Landkreistages unter Anwendung eines Gesamthebesatzes von 58,00 % (Kreisumlage 39,25 % – Vorjahr 39,50 %, Schulumlage 18,75 % - Vorjahr 18,50 %). Daneben wurden 162.000 € für Erträge aus der Erhebung der Jagdsteuer veranschlagt.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen**
Etatisiert sind entsprechend der dritten Trendberechnung vom 15.08.2012 des Hessischen Landkreistages Schlüsselzuweisungen in Höhe von 22.585.000 € und damit 932.680 € mehr als im Vorjahr. Weitere Erträge dieser Position sind der Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich (1.989.500 € Vorjahr: 2.012.500 €), der Schullastenausgleich (3.400.000 € - Vorjahr 3.698.700 €).
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus der Zuweisung der Allgemeinen Investitionspauschale (482.800 €) sowie der Schulbaupauschale (1.929.289 €). Der Abschreibungszeitraum dieser pauschalen Zuweisungen beträgt 10 Jahre.
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Der Ansatz berücksichtigt die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage in Höhe von 1.610.200 € (Vorjahr 1.481.300 €). Veranschlagt ist ein Hebesatz von 1,35 %, der sich nach der dritten Trendberechnung vom 15.08.2012 des Hessischen Landkreistages ergebenden Umlagegrundlage. Die Verbandsversammlung des LWV hat im Eckwertebeschluss zum Haushalt 2013 einen Umlagebedarf in Höhe von 1.140.090.000 € angekündigt. Bei einem Hebesatz von 13,829 % ergibt sich ein Ansatz für die LWV- Umlage in Höhe von 16.493.800 € (Vorjahr: 15.602.400 €).
- 30 Kosten für interne Leistungsbeziehungen**
Die Erträge aus Schulumlage, Schullastenausgleich, Schulbaupauschale und Auflösung von Sonderposten aus Schulbaupauschale werden dem Budget 40 – Schulverwaltung zugerechnet (Gegenbuchung bei Produkt 24300). Die Erträge aus Sozialhilfelastenausgleich sind dem Budget 50 (Gegenbuchung bei Produkt 31100) sowie die Erträge Jugendhilfelastenausgleich dem Budget 51 (Gegenbuchung bei Produkt 36300) zuzurechnen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
21.	56,57	Finanzerträge	1.000	1.000	874,34
22.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.964.600	-3.790.500	-2.308.132,86
23.	=	Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)	-2.963.600	-3.789.500	-2.307.258,52
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-2.963.600	-3.789.500	-2.307.258,52
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-3.887,84
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./. Pos. 26)	0	0	-3.887,84
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-2.963.600	-3.789.500	-2.311.146,36
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.062.000	998.410	1.039.487,89
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./. Pos. 30)	1.062.000	998.410	1.039.487,89
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.901.600	-2.791.090	-1.271.658,47

61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Verantwortlich:	Frau Christine Krug
Beschreibung:	Führung der Anlagenbuchhaltung zur Dokumentation der Vermögenslage des Kreises; Schuldenmanagement
Grundlage:	HKO, HGO, GemHVO, HGB, Inventar- und Bewertungsrichtlinie
Ziele:	vollständige Erfassung des Bestands und der wertmäßigen Veränderung der Vermögensgegenstände und Sonderposten in der Anlagenbuchhaltung; vollständige Erfassung der Kreditverbindlichkeiten, Aufbau eines bedarfsorientierten Schuldenmanagements nach den Vorgaben des Kreditportfoliobeirats
Kennzahlen:	Beanstandungen des Revisionsamts im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung/ Bilanzprüfung

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

21 Finanzerträge

Die Position beinhaltet einen Ansatz für Guthaben auf Kontokorrentkonten und kurzfristige Geldanlagen.

22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt die Zinsen für Investitionskredite beim Land (125.100 €), dem Kapitalmarkt (727.500 €) sowie die Zinsen für Kassenkredite und Kontokorrentzinsen (1.631.500 €). Kassenkreditzinsen wurden mit einem jahresdurchschnittlich zu verzinsenden Betrag von 130 Mio. € kalkuliert. Für ein Kontingent von 45 Mio. € sind die Zinsen fest vereinbart, für den Rest wird von einer Verzinsung von 0,6 % ausgegangen. Weitere 480.500 € sind als Aufwand aus der Auslösung von Ansparraten für Investitionsfondskredite etatisiert. Diese sind zur periodengerechten Zuordnung gleichmäßig auf die gesamte Laufzeit der Kredite zu verteilen.

29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der auf den Bereich der Schulen entfallende Zinsanteil an den Investitionskrediten und die Auflösung der Ansparraten für den Investitionsfonds B in Höhe von insgesamt 1.062.000 € ist dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 243000).

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
			Verpflich-tungser-mächti-gungen			Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		2013		2012	2011		
EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.681.000	0	2.515.000	6.977.673,62	37.035.132	26.311.132
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	2.681.000	0	2.515.000	6.977.673,62	37.035.132	26.311.132
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-50.000	0	0	-1.800.000,00	-2.000.000	-1.800.000
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-3.478.872,94	-19.459.414	-19.459.414
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-77.846,35	-6.267.194	-6.267.194
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.310	0	-3.450	-3.426,06	-26.240	-13.000
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-53.310	0	-3.450	-5.360.145,35	-27.752.848	-27.539.608
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	2.627.690	0	2.511.550	1.617.528,27	9.282.284	-1.228.476
	Auszahlungen)						

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.410	0	-1.480	-1.576,02	-11.490	-5.850
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.410	0	-1.480	-1.576,02	-11.490	-5.850
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.410	0	-1.480	-1.576,02	-11.490	-5.850

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.900	0	-1.970	-1.850,04	-14.750	-7.150
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.900	0	-1.970	-1.850,04	-14.750	-7.150
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.900	0	-1.970	-1.850,04	-14.750	-7.150

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 42100 Sportförderung

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-50.000	0	0	0,00	-200.000	0
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-50.000	0	0	0,00	-200.000	0
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-50.000	0	0	0,00	-200.000	0

42100 Sportförderung

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Berücksichtigt wurde ein Ansatz in Höhe von 50.000 € für investive Sportfördermaßnahmen (z. B. Baumaßnahmen) der Vereine. Daneben ist im Ergebnishaushalt (Teilergebnishaushalt 51-42100) ein Ansatz von 70.000 € vorgesehen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	4.259.673,62	16.518.240	16.518.240
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	4.259.673,62	16.518.240	16.518.240
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0	-1.800.000,00	-1.800.000	-1.800.000
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-3.478.872,94	-19.459.414	-19.459.414
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-77.846,35	-6.267.194	-6.267.194
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-5.356.719,29	-27.526.608	-27.526.608
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-1.097.045,67	-11.008.368	-11.008.368

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.681.000	0	2.515.000	2.718.000,00	20.516.892	9.792.892
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	2.681.000	0	2.515.000	2.718.000,00	20.516.892	9.792.892
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.681.000	0	2.515.000	2.718.000,00	20.516.892	9.792.892

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

- 1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**
Veranschlagt sind die im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs gewährte allgemeine Investitionspauschale in Höhe von 346.000 € (2012: 359.000 €) sowie die Schulbaupauschale in Höhe von 2.335.000 €. Der Vorjahresansatz für die Schulbaupauschale betrug 2.391.000 €.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Budgetverantwortung	Produkte
Siegfried Simon	11180 Kommunalaufsicht 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes 12700 Organisation des Rettungsdienstes 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.000	20.000	19.315,76
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.490.300	1.514.800	1.717.399,71
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	998.200	992.300	993.537,50
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	75.500	75.500	66.992,49
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	11.328	6.000	13.963,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	11.200	11.200	29.591,49
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.606.528	2.619.800	2.840.799,95
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-2.503.920	-2.554.520	-2.382.431,69
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-14.330	-27.750	-17.750,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-382.600	-375.020	-326.351,05
14.	66	Abschreibungen	-51.886	-47.400	-90.147,86
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-58.200	-58.200	-54.716,75
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-68.500	-63.300	-76.998,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-3.079.436	-3.126.190	-2.948.395,75
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-472.908	-506.390	-107.595,80
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-472.908	-506.390	-107.595,80
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-472.908	-506.390	-107.595,80
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-472.908	-506.390	-107.595,80

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 11180 Kommunale Rechtsaufsicht

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-100.000	-95.320	-93.837,78
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0	0	-5.809,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-100.000	-95.320	-99.646,78
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-100.000	-95.320	-99.646,78
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-100.000	-95.320	-99.646,78
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-100.000	-95.320	-99.646,78
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-100.000	-95.320	-99.646,78

11180

Kommunale Rechtsaufsicht

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
Beschreibung:	Allgemeine Rechtsaufsicht über die Gemeinden und Verbände; Anwendung förmlicher Aufsichtsmittel; Stellungnahmen und Entscheidungen zu Eingaben, Petitionen und Beschwerden; Aufgabenwahrnehmung des Dienstvorgesetzten in Disziplinarangelegenheiten gegenüber kommunalen Wahlbeamten; Erstattung von Ehrensold; Mitwirkung in Verfahren zur Verleihung von Orden und Pflegemedailles; Verleihung von Landesehrenbriefen; Genehmigungen der Gründungen, Erweiterungen, Auflösungen und Satzungsänderungen von Wasser-, Boden- und Zweckverbänden; Geschäftsstelle des Anhörungsausschusses, Rentenversicherungsangelegenheiten
Grundlage:	Hess. Gemeindeordnung; Hess. Landkreisordnung; Hess. Disziplinargesetz; Aufwandsentschädigungsgesetz; Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen; Pflegemedaille-Stiftungserlass; Ehrenbrief-Stiftungserlass; Wasserverbandsgesetz; Hessisches Wasserverbandsgesetz; Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit; HessAGVwGO; Sozialgesetzbuch
Ziele:	Sicherstellung, dass die Gemeinden und Verbände im Einklang mit den Gesetzen verwaltet und dass die im Rahmen der Gesetze erteilten Weisungen von den Gemeinden befolgt werden; kundenorientierte Umsetzung des Sozialversicherungsrechts.
Kennzahlen:	Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Zahl der Einwohner, Gemeinden, Verbände, Jagdbezirke, Ehrensoldempfänger) ergebenden gesetzlichen Pflichtenaufgaben.

Anzahl	2009	2010	2011
Entscheidungen, Maßnahmen	238	229	189
Stellungnahmen	62	42	50
Angelegenheiten der Rentenversicherung	527	537	702

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	2.000	0	1.000,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.000	0	1.000,00
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-22.220	-20.930	-20.362,84
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.000	0	-53.842,28
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-23.220	-20.930	-74.205,12
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-21.220	-20.930	-73.205,12
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-21.220	-20.930	-73.205,12
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-21.220	-20.930	-73.205,12
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-21.220	-20.930	-73.205,12

12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Verantwortlich: Herr Siegfried Simon

Beschreibung: Durchführung von Kommunalwahlen und Direktwahlen; Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben im Wahlkreis bei Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Hessischen Landtag sowie im Rahmen von Volksabstimmungen, Volksentscheiden und Volksbegehren; Mitwirkung in kommunalen Wahlprüfungsverfahren

Grundlage: Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlgesetz

Ziele: Ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen und Abstimmungen

Kennzahlen: Einhaltung der wahlrechtlichen Vorgaben und Fristen

Art der Wahl	2009		2010	2011			
	LTW	EW	Keine	KW	VA	DW	SW
Landtagswahl (LTW), Europawahl (EW), Kreistagswahl (KW), Direktwahl (DW), Volksabstimmung (VA)							
Wahlberechtigte	90.146	90.150	-	89.199	88.362	88.878	88.833

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

Entgegen der bisherigen Planungen ist damit zu rechnen, dass die nächste Landtagswahl nicht erst im Januar 2014, sondern bereits im Herbst 2013 durchgeführt wird. Dementsprechend sind Ansätze für 2013 berücksichtigt. Bei einer Landtagswahl wird der größte Teil der entstehenden Kosten vom Land erstattet. Sollte die Wahl bereits in 2013 stattfinden und Mehraufwendungen entstehen, so kann auch mit Mehrerträgen aus Landeserstattung gerechnet werden.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Ertrag aus der Kreiswahlleiterpauschale für die evtl. bereits in 2013 stattfindende Landtagswahl.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet die vom Kreis zu tragenden Aufwendungen wie Reisekosten für die Mietglieder des Kreiswahlausschusses, Fachliteratur etc.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.087.800	1.144.800	1.342.064,21
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	974.200	970.300	970.246,50
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.200	5.200	13.882,49
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.067.200	2.120.300	2.326.193,20
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-1.818.670	-1.886.900	-1.731.152,30
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-10.570	-23.500	-9.176,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-154.500	-170.920	-97.910,85
14.	66	Abschreibungen	0	0	-43.351,66
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-68.500	-63.300	-76.998,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-2.052.240	-2.144.620	-1.958.589,21
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	14.960	-24.320	367.603,99
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	14.960	-24.320	367.603,99
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	14.960	-24.320	367.603,99
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	14.960	-24.320	367.603,99

12200

Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
Beschreibung:	<p>1. <u>Ausländerbehörde</u></p> <p>a) Entscheidung über Aufenthalts- sowie Arbeitsgenehmigungen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen, Visa-Angelegenheiten</p> <p>b) Mitwirkung bei Einbürgerungen</p> <p>c) Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren</p> <p>d) Namensänderungen</p> <p>e) Standesamtsaufsicht</p> <p>2. <u>Waffen-, Jagd-, Gewerbe- und Ordnungsbehörde</u></p> <p>a) Maßnahmen im Waffen- und Sprengstoffwesen</p> <p>b) Maßnahmen im Jagd- und Fischereiwesen</p> <p>c) Überwachung und Erlaubniserteilung im Bereich Gaststätten und Gewerbe</p> <p>d) Fachaufsicht und Maßnahmen im Versammlungswesen und allgemeinen Ordnungsrecht</p> <p>e) Gewährung von Unterhaltssicherungsleistungen an Wehrpflichtige</p> <p>3. <u>Verkehrsbehörde</u></p> <p>a. Lenkung des Straßenverkehrs (z. B. durch Verkehrszeichen- und Einrichtungen, Genehmigung von Großraum- und Schwerverkehr sowie von Veranstaltungen auf Straßen, Gefahrgutüberwachungsmaßnahmen</p> <p>b. Entscheidungen über die Zulassung von Fahrzeugen, Überwachung der Halterpflichten, Zwangsmaßnahmen</p> <p>c. Entscheidungen in Fahrerlaubnisangelegenheiten, Maßnahmen nach dem Mehrfachtäterpunktesystem, Nachschulungsanordnungen</p>
Grundlage:	<p>1. AufenthG, AufenthV, FreizügG/EU, BeschV, BeschVerfV, AsylVfG, IntV, VAHAufenthG, StAG, PStG, PStV, NamÄndG</p> <p>2. WaffG, HSOG, USG, GewO, HWO, GastG, SchwarzArbG, BJagdG, HJagdG, HfischG, VersammlungsG</p> <p>3. HStrG, StVG, StVO, StVZO, FZV, GGBefG, FStrG, FeV, EG-Führerscheinrichtlinien, PBefG, IntKfzVO, BKrFQG, EG-FGV, GeBOSt</p>
Ziele:	<p><u>Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Pflichten:</u></p> <p>1. im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts, Personenstandswesens, Staatsangehörigkeitsrechts</p> <p>2. zur Sicherstellung des Allgemeinen Ordnungsrechts, Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Wirtschaftsverwaltungsrechts</p> <p>3. zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs</p>

Kennzahlen:	<p>Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Anzahl der Einwohner, Gemeinden, Ausländer, Gewässer, Abwasseranlagen, Lagerstätten, Schäden, Waffenrechtsinhaber, Jagdausübungsberechtigten, Jagdbezirke, Inhaber gaststätten- oder gewerberechtl. Erlaubnisse, Wehrpflichtigen, Straßenkilometer, Fahrerlaubnisinhaber, Kraftfahrzeuge) ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.</p> <p>(Ordnungswidrigkeitsverfahren sind in den Fallzahlen enthalten. Einige Zahlenangaben der Jahre 2009 und 2010 beinhalten Schätzungen, weil das Kennzahlensystem umgestellt wurde und eine manuelle Nacherfassung der vergangenen Jahre zu aufwändig gewesen wäre.)</p> <p>Die Kennzahlen unter 4.b. ("Entscheidungen über die Zulassung von Fahrzeugen, Überwachung der Halterpflichten, Zwangsmaßnahmen") haben sich von 35.179 (2009) auf 28.500 (2010) reduziert. Hierbei ist ein Rückgang in der Größenordnung von ca. 6000 Fällen darauf zurückzuführen, dass die Verarbeitung der Versicherungswechsel, die Außerbetriebssetzungen von Fahrzeugen in anderen Zulassungsbezirken und die Umschreibungen nach Außerhalb (Anmeldung von Fahrzeugen in einem anderen Zulassungsbezirk) nunmehr weitgehend elektronisch erledigt werden. Diese Fälle wurden bislang jeweils als separate Transaktionen erfasst; sie waren für die Zulassungsstellen nur mit einem eher geringen Arbeitsaufwand verbunden.</p>
-------------	--

Art und Anzahl der Maßnahmen	2009	2010	2011
zu 1 a: Bescheide, Stellungnahmen	2.811	2.852	2.945
zu 1 b: Beratung, Vorprüfung	8	42	49
zu 1 c: Bescheide	16	5	17
zu 1 d: Bescheide	5	10	6
zu 1 e: Prüfungen und Beischreibungen in Standesämtern (Anzahl Standesämter)	19	18	18
zu 2			
zu 2 a: Erlaubnisentscheidungen, Widerrufsbescheide, Kontrollen	1.470	2.860	6.284
zu 2 b: Erlaubnisentscheidungen, Widerrufsbescheide, Prüfungen	1.192	1.394	1.325
zu 2 c: Kontrollen, Abnahmen, Stellungnahmen, Erteilung und Widerruf von Erlaubnissen	1.212	1.757	1.770
zu 2 d: (Widerspruchs-) Bescheide, Erlaubnisentscheidungen, Widerrufsbescheide, fachaufsichtliche Beratungen	95	64	58
zu 2 e: Bescheide über die Leistungsgewährung	83	84	67
zu 3			
zu 3 a: Anordnungen, Bescheide, Kontrollen, Stellungnahmen	1.519	1.571	2.151
zu 3 b: Bescheide, Vollstreckungsmaßnahmen	35.179	28.500	29.180
zu 3 c: Bescheide	4.907	4.605	5.467

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**

Der Ansatz umfasst die Erträge aus den Verwaltungsgebühren und Bußgeldern der Bereiche Führerschein- und Zulassungswesen und sonstige Verkehrsangelegenheiten, Ausländer-, Personenstands- und Staatsangehörigkeitsrecht sowie den Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Gewerbeangelegenheiten.

In 2011 wurden unerwartet und unvorhersehbar hohe Gebühreneinnahmen erzielt (z. B. Zulassungsgebühren +50.000 €, wasserrechtliche Gebühren +35.000 € (bis 2012 beim Teilhaushalt 35), 3-jährige waffenrechtliche Regelüberprüfung +30.000 €, Bußgelder +20.000 €, sonstige waffenrechtliche Gebühren +15.000 €, Ausländerbehörde +10.000 €). Mit dieser positiven Ertragsentwicklung war bereits für 2012 nicht mehr zu rechnen. Für 2013 ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen, so dass der Ansatz um 11.000 € gekürzt wurde. Zudem sind die wasserrechtlichen Gebühren ab 2013 (= 46.000 €) aufgrund einer Organisationsverfügung dem Teilhaushalt 63 „Bauen und Umwelt“ zugeordnet worden.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004 sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.

9 Sonstige Ordentliche Erträge

Hierbei handelt es sich insbesondere um Gebühren aus Altfällen und sonstigen betrieblichen Erträgen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet schwerpunktmäßig den Aufwand zum Erwerb von Kfz-Plaketten und Führerscheinen in Höhe von 80.000 €, die vertragliche Vergütung für im Auftrag der Zulassungsstelle durchgeführten Entstempelungen von Kraftfahrzeugen in Höhe von 25.000 € sowie der Beschaffung von Aufenthaltsbescheinigungen (elektronischer Aufenthaltstitel) in Höhe von 28.000 €.

In 2011 konnte ein im Vergleich zu den Ansätzen 2012 und 2013 geringes Rechnungsergebnis erzielt werden. Der Bedarf an Arbeitsmittel/Dokumenten und sonstigen Aufwendungen (Gerichts- und Gutachterkosten, Plaketten, Führerscheine, etc.) lässt sich nur schwer prognostizieren. Unter anderem auch die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels zieht Mehraufwendungen nach sich.

16 Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Es handelt sich um die Weiterleitung der Jagdabgabe (17.000 €) sowie die Weiterleitung der Gebühreneingänge für Jägerprüfungen. Die entsprechenden Erträge hierzu fließen in die Pos. 2 ein.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.000	20.000	19.315,76
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.500	5.000	1.225,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	38.000	38.000	28.206,38
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	11.328	6.000	13.963,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	71.828	69.000	62.710,14
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-79.680	-72.860	-69.214,01
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-1.280	-1.520	0,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-73.000	-73.000	-59.697,26
14.	66	Abschreibungen	-21.403	-13.200	-16.312,20
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-58.200	-58.200	-54.716,75
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-233.563	-218.780	-199.940,22
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-161.735	-149.780	-137.230,08
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-161.735	-149.780	-137.230,08
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-161.735	-149.780	-137.230,08
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-161.735	-149.780	-137.230,08

12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes

Verantwortlich:	Herr Werner Rinke
Beschreibung:	Überörtlicher Brandschutz, Fachaufsicht über örtl. Feuerwehren, Feuerwehrleistungsübungen, Statistiken Abstimmung Alarmpläne Vorbeugender Brandschutz, brandschutztechn. Stellungnahmen, Durchführung Brand-/Gefahrenverhütungsschauen Durchführung von Feuerwehrlehrgängen, Festlegung jährl. Lehrgangsplan, organisatorische Durchführung und Prüfungsabnahme
Grundlage:	Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz, ergänzende Verordnungen und Feuerwehrdienstvorschriften ergänzende Gesetze (Bsp. BauGB)
Ziele:	Sicherstellung des Brandschutzes auf Kreisebene Ausbildung der Feuerwehr durch Feuerwehrlehrgänge
Kennzahlen:	Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen Zahl der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen

Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen

Art des Lehrgangs	2009		2010		2011	
	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer
Grundlehrgang	5	156	4	122	4	95
Sprechfunklehrgang	7	131	7	123	4	73
Atemschutzlehrgang	4	92	4	79	2	42
Maschinenlehrgang	5	108	5	84	2	37
Truppführerlehrgang	3	61	2	45	2	52
Bahnlehrgang	1	16	1	18	-	-

Zahl der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen

	2009	2010	2011
Anzahl	25	32	51

Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren

	2009	2010	2011
Anzahl	244	212	189

Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen

	2009	2010	2011
Anzahl	69	53	98

- Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**
- 1 **Privatrechtliche Leistungsentgelte****
Bei diesen Entgelten in Höhe von 20.000 € handelt es sich um die Erstattung der Kommunen für die Atemschutzstrecke. Es werden für die Ausbildung regelmäßig Durchgänge an der Atemschutzstrecke für die Einsatzkräfte der Städte und Gemeinden angeboten.
- 2 **Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte****
Die Entgelte in Höhe von 5.000 € werden durch die Gefahrenverhütungsschauen u. a. vereinnahmt. Der Ansatz wurde den voraussichtlichen Erträgen angepasst.
- 7 **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen****
Es handelt sich um den Zuschuss für die Feuerwehrausbildung.
- 8 **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen****
Hierbei handelt es sich um die Ersterfassung der Landeszuwendung für die Atemschutzübungsstrecke.
- 13 **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen****
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 32.000 € Unterhaltungsaufwand Atemschutzstrecke
 Der Kreisfeuerwehrverband betreibt die Anlage. Für den Betrieb der Anlage sind diese Aufwendungen notwendig. Der Ansatz wurde dem voraussichtlichen Bedarf angepasst.
- 3.000 € Kosten für Wettkämpfe, Ausbildung
 Der Ansatz wurde dem voraussichtlichen Bedarf angepasst.
- 38.000 € Feuerwehrausbildung
 Hier werden die Aufwendungen im Rahmen der Feuerwehrausbildung verbucht, die durch den Zuschuss vom Land ausgeglichen werden (Pos. 7)
- 14 **Abschreibungen****
Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. Etatisiert wurden hierzu unter dem Produkt Brandschutz die Abschreibungen auf vergebene aktivierungsfähige Zuschüsse sowie auf die Atemschutzübungsstrecke.
- 15 **Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen****
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 50.000 € Aufwendungen überörtlicher Brandschutz
 Der Vogelsbergkreis beteiligt sich an den Kosten der Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe gem. § 4 (1) HBKG.
- 8.200 € Zuweisung Kreisfeuerwehrverband
 Zuschuss an Kreisfeuerwehrverband und Kreisjugendfeuerwehr

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12700 Organisation des Rettungsdienstes

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	400.000	365.000	374.110,50
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	22.000	22.000	22.291,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	6.000	6.000	15.709,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	428.000	393.000	412.110,50
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-439.340	-439.510	-428.660,11
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.480	-2.730	-2.765,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-84.600	-61.600	-55.675,81
14.	66	Abschreibungen	-30.483	-34.200	-30.484,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-556.903	-538.040	-517.584,92
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	-128.903	-145.040	-105.474,42
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-128.903	-145.040	-105.474,42
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-128.903	-145.040	-105.474,42
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-128.903	-145.040	-105.474,42

12700 Organisation des Rettungsdienstes

Verantwortlich:	Herr Werner Rinke
Beschreibung:	Rettungsdienst - Bereichsplanung - Geschäftsführung Bereichsausschuss Überprüfung Leistungserbringer Rettungsdienst Sicherstellung rettungsdienstl. Versorgung bei größeren Schadensereignissen Betrieb zentrale Leitstelle Rettungsdienst Gebührenabwicklung Rettungsdienstgebührensatzung
Grundlage:	Hess. Rettungsdienstgesetz – DIN Vorschriften
Ziele:	Versorgung der Kreisbevölkerung mit rettungsdienstlichen Leistungen
Kennzahlen:	Zahl der rettungsdienstlichen Leistungen gem. Leitstellenstatistik

Leistung	2009	2010	2011
Krankentransport	2.804	1.965	2.803
Notfalltransport	10.985	10.991	9.326
Rettungshubschrauber	53	81	196
NEF	3.165	4.102	3.415
Kein Einsatz/Transport	1.245	1.226	1.199

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz (Leitstellengebühr) wurden den zu erwartenden Erträgen angepasst.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Erstattung von Personalaufwendungen durch das Land erfolgt gem. § 8 des hessischen Rettungsgesetzes mit einer Förderung von 0,20 € pro Einwohner.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Kostenerstattungen von sonstigen Nutzern.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- 16.000 € Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätige
Der Vogelsbergkreis hat gemäß gesetzlicher Vorgaben einen Leitenden Notarzt und Organisatorischen Leiter vorzuhalten. Diese sind ehrenamtlich tätig. Die Aufwandsentschädigung richtet sich nach Landesvorgaben.
- 35.000 € (Vorjahr 12.000 €) Unterhaltungskosten und besondere Ausrüstungsgegenstände. Unterhaltung der Geräte und Fahrzeuge, die dem Kreis vom Land Hessen überlassen wurden und in dem Bereich des Fernmeldewesens, Umweltschutzes und bei besonderen Lagen eingesetzt werden. Es wurde ein neuer Wartungsvertrag für die technische Ausstattung der Leitstelle (Hard- u. Software) geschlossen. Dieser verursacht einen Mehraufwand von 19.200 € jährlich.
- 20.000 € Kosten des Ärztlichen Leiters
- 13.600 € Unfallversicherung Notärzte im Rettungsdienst

14 Abschreibungen

Dargestellt werden die vermögenswirksamen Anschaffungen auf dem Produkt direkt zugeordnete Einrichtung und Software.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	37.500	37.500	38.786,11
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	37.500	37.500	38.786,11
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-44.010	-39.000	-39.204,65
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-69.500	-69.500	-59.224,85
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-113.510	-108.500	-98.429,50
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-76.010	-71.000	-59.643,39
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-76.010	-71.000	-59.643,39
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-76.010	-71.000	-59.643,39
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-76.010	-71.000	-59.643,39

12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Verantwortlich: Herr Werner Rinke

Beschreibung: Katastrophenschutzplan Aufstellen und Ausbilden Regie-Einheit des Landrates Zuweisung von Bundes-/Landesmittel für KatS-Einheiten Fachaufsicht KatS-Einheiten zur Sicherstellung der ständigen Einsatzbereitschaft KatS-Übungen Freistellung vom Wehr-/Ersatzdienst für den KatS Alarmkalender Ernährungssicherstellung
--

Grundlage: Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz
--

Ziele: Sicherstellung einer der jeweiligen Lage angepasste Gefahrenabwehr durch KatS-Einheiten/-einrichtungen Maßnahmen zur Aufrechterhalten der Staats- und Regierungsgewalt im Verteidigungsfall

Kennzahlen: Anzahl und Umfang durchgeführter Übungen
--

Ausbildung und Übungen	2009		2010		2011	
	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.
Stab/Techn.Einsatzleitung	18	1.080	18	1.080	11	872
Info/Kommunikation	5	512	5	512	6	415
GABC-Zug	15	1.560	15	1.560	8	1.035
Sanitäts/Betreuungszug	32	3.040	32	3.040	28	2.720

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen

Die Erträge setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 12.500,00 € Zuweisung für laufende Zwecke vom Bund
- 25.000,00 € Zuschuss Land für Fahrzeuge

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

- 32.000,00 € Kosten des Katastrophenschutzes
 Der Ansatz beinhaltet den erforderlichen Aufwand für Mieten, Unterhaltung der Fahrzeuge, Ausbildung, Anschaffung von Messgeräten für den Umweltschutz u. a. und wurde den voraussichtlichen Aufwendungen angepasst.
- 37.500,00 € Verwendung der Bundes-/Landeszuschüsse (Pos. 7)

Teilhaushalt/Budget

35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		2011	Gesamtauszahlungsbedarf
					EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	100.000	0,00	100.000	100.000
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	100.000	0,00	219.000	219.000
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.000	0	-50.000	-285.000,00	-628.100	-418.100
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-40.000	0	-120.000	0,00	-366.166	-266.166
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-520	0	-500	-473,18	-3.882	-1.802
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-100.520	0	-170.500	-285.473,18	-1.004.515	-692.435
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-100.520	0	-70.500	-285.473,18	-785.515	-473.435

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-480	0	-450	-437,92	-3.567	-1.647
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-480	0	-450	-437,92	-3.567	-1.647
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-480	0	-450	-437,92	-3.567	-1.647

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
			Verpflichtungsermächtigungen			Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		2013		2012	2011		
EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	119.000	119.000
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.000	0	-50.000	-50.000,00	-393.100	-183.100
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-20	0	-20	-14,96	-145	-65
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-60.020	0	-50.020	-50.014,96	-399.612	-189.532
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-60.020	0	-50.020	-50.014,96	-280.612	-70.532

12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen**

Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. In 2013 kommt ein weiterer Zuschuss für ein Feuerwehrfahrzeug, Hubrettungsfahrzeug Stadt Lauterbach, hinzu.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12700 Organisation des Rettungsdienstes

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	100.000	0,00	100.000	100.000
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	100.000	0,00	100.000	100.000
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-40.000	0	-120.000	0,00	-366.166	-266.166
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-20	0	-30	-20,30	-170	-90
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-40.020	0	-120.030	-20,30	-366.336	-266.256
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-40.020	0	-20.030	-20,30	-266.336	-166.256

12700 **Organisation des Rettungsdienstes**

Position: **Erläuterungen Teilfinanzhaushalt**

1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen

In 2012 stellte das Land Hessen zur Beschaffung von Digitalfunk-Softwarekomponenten und -lizenzen für das Einsatzleitsystem der Leitstelle einen Betrag von bis zu 100.000 € zur Verfügung.

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen

Veranschlagt ist der Einrichtungsbedarf für den Katastrophenschutz. Die Investition erfolgt mit 35.000 € in den Digitalfunk und 5.000 € in sonstige notwendige Einrichtungsgegenstände.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0	-235.000,00	-235.000	-235.000
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-235.000,00	-235.000	-235.000
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-235.000,00	-235.000	-235.000

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Budgetverantwortung

Peter Schwärzel

Produkte

11160 Gebäudemanagement
20000 Sicherstellen des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis
24100 Schülerbeförderung
24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung
24310 Betrieb eines Medienzentrums

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	559.000	487.500	493.186,65
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0	0	13.541,40
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	558.500	535.500	501.894,26
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	383.425	351.600	381.294,92
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	419.400	416.500	377.202,46
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.920.325	1.791.100	1.767.119,69
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-6.156.368	-5.959.240	-5.990.587,36
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-50.310	-99.550	-118.684,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.415.500	-14.022.300	-12.456.886,54
14.	66	Abschreibungen	-3.307.910	-3.090.600	-3.062.075,74
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-25.500	-26.500	-25.352,76
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900	-250	-238,19
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-23.958.488	-23.198.440	-21.653.824,59
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-22.038.163	-21.407.340	-19.886.704,90
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-22.038.163	-21.407.340	-19.886.704,90
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	13.644,85
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-125.805,82
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-112.160,97
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-22.038.163	-21.407.340	-19.998.865,87
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	33.135.814	31.124.959	30.117.406,91
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-12.042.162	-10.941.869	-10.320.610,95
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	21.093.652	20.183.090	19.796.795,96
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-944.511	-1.224.250	-202.069,91

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 11160 Gebäudemanagement

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	286.012	239.400	292.798,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	419.400	416.500	377.202,46
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	705.412	655.900	670.000,46
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-810.950	-785.020	-871.378,26
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-12.100	-17.590	-17.654,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.812.500	-6.356.300	-5.181.335,41
14.	66	Abschreibungen	-2.813.766	-2.663.300	-2.621.023,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-500	-500	0,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900	-250	-238,19
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-10.452.716	-9.822.960	-8.691.628,86
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-9.747.304	-9.167.060	-8.021.628,40
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-9.747.304	-9.167.060	-8.021.628,40
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	12.415,43
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-125.655,90
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-113.240,47
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-9.747.304	-9.167.060	-8.134.868,87
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	9.251.513	8.459.659	7.792.036,90
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-426.712	-365.500	-392.095,01
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	8.824.801	8.094.159	7.399.941,89
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-922.503	-1.072.901	-734.926,98

11160 Gebäudemanagement

Verantwortlich:	Frau Silke Kraft
Beschreibung:	Ingenieurleistungen bei Planung und baulicher Unterhaltung kreiseigener Immobilien, kaufmännische Leistungen bei deren Bewirtschaftung
Grundlage:	HBO, VOB, BGB, HGO, GemHVO, Kreistagsbeschlüsse
Ziele:	Ökonomisch und ökologisch optimiertes Bauen und Sanieren kreiseigener Liegenschaften, Reduzierung des Primärenergieaufwands und kostenoptimale Bewirtschaftung
Kennzahlen:	Erreichen der Passivhausbauweise bei allen Neubauten und angenähert bei allen Gesamtsanierungskonzepten, Reduzierung des durchschnittlichen Heizwärmebedarfs aller Liegenschaften von 125 kWh/m ² ,a auf 50 kWh/m ² ,a bis 2020 (Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage")

Beschreibung	2009	2010	2011
Neubauten	2	3	4
davon: Passivbauweise	2	3	4
Gesamtsanierungen	1	1	3
davon: vergleichbar Passivhausbauweise mit einem Heizwärmebedarf von angenähert 25 kWh/m ² und Jahr	1	1	1
Nettogrundfläche (NGF = alle Haupt- und Nebennutzflächen) in m ²	213.000	215.000	219.700
Heizenergieverbrauch gemessen in kWh	24.662.725	26.704.387	21.893.653
durchschnittlicher Heizenergieverbrauch je m ² Nettogrundfläche und Jahr	116	124	100
Heizgradtage in Kd (nach IWU Darmstadt) langjähriger Mittelwert = 2.319 Kd (100 %)	2343	2801	2153
Abweichung vom Mittelwert	1%	21%	-7%
Temperaturbereinigter Heizenergieverbrauch je m² NGF und Jahr auf Basis von 2.319 Kd (Kelvin * Heiztage)	114,6	102,8	107,3

Über die Kennzahl Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage" ist eine aussagekräftige Darstellung des Jahresheizenergieverbrauchs möglich, da dieser die tatsächlichen Temperaturverhältnisse eines Jahres widerspiegelt.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Position umfasst

- Erträge aus Vermietung, Verpachtung und sonstigen Betriebskostenerstattungen
- Erstattungen Heizkostenanteil Technikerschule
- Einnahmen aus Schadensfällen mit Erstattungsanspruch.

Bedingt durch Kündigungen bzw. Vertragsänderungen verringern sich die Erträge aus Vermietung, Verpachtung und sonstigen Betriebskostenerstattungen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 8.000 €. Der Erbbauzins für die Schule an der Wascherde ist wie im Vorjahr mit 45.108 € etatisiert. Aufgrund ansteigender Schadensentwicklung erhöhen sich die prognostizierten Erträge aus Schadensfällen mit Erstattungsanspruch auf insgesamt 42.000 €. Der geschätzte Aufwand für die Beseitigung dieser Schäden erhöht sich entsprechend (s. Erläute-

rungen Pos. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Die Einnahmen aus Benutzungsentgelten für das Hallenbad Schlitz entfallen infolge der Schließung komplett.

13 **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Die Position umfasst

- Gebäudebewirtschaftungskosten (Energie, Wasser, Abwasser, Contracting)
- Kosten für Reinigungsmaterial
- Schadstoffuntersuchungen Schulen
- Bauunterhaltungskosten
- Aufwendungen für Fremdentsorgung und –reinigung
- Aufwendungen für externe Dienstleistungen
- Mietkosten
- Leasingraten Max-Eyth-Schule
- Versicherungsbeiträge
- Kosten Schadensfälle mit Erstattungsanspruch

Ab dem 01.01.2013 führen weitere Gemeinden die gesplittete Abwassergebühr ein. Da die Liegenschaften des Vogelsbergkreises überwiegend eine relativ hohe Flächenversiegelung aufweisen, steigen die Kosten für die Abwasserbeseitigung gegenüber dem Vorjahr. Für die Gebäudebewirtschaftung (Energie, Wasser, Abwasser, Contracting) weist der Etat insgesamt 3.552.000 € aus.

Zur Finanzierung der anstehenden beitragspflichtigen Maßnahmen der Städte und Gemeinden, zur Umsetzung dringender Instandsetzungen und zur Sicherstellung der allgemeinen Bauunterhaltung der Schulen sind wie im Vorjahr 1.750.000 € veranschlagt. Für die Verwaltungs- und Wohngebäude sowie die Jugend- und Freizeiteinrichtungen sind für diesen Bereich 400.000 € etatisiert.

Die prognostizierten Etatmittel für die Fremdentsorgung und sonstigen Fremdleistungen weisen gegenüber dem Vorjahresansatz zusätzlich 100.000 € für den Abbruch des Gebäudekomplexes Lauterstraße Lauterbach (ehemaliges Tegutgebäude) aus.

Zur Erfüllung vergaberechtlicher Forderungen sind für erforderliche externe Dienstleistungen Mittel in Höhe von 70.000 € veranschlagt.

Bedingt durch den Eintritt in die Mietphase II erhöhen sich die Kosten für die Anmietung der Schule an der Wascherde gegenüber dem Vorjahr um 455.645 € und betragen insgesamt 500.753 €. Für die Miete von Übertragungseinrichtungen, z.B. zur Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Leitstelle, sind Kosten in Höhe von insgesamt 19.847 € etatisiert.

Aufgrund ansteigender Schadensentwicklung erhöht sich der geschätzte Aufwand für Schadensfälle mit Erstattungsanspruch (s. auch Erläuterungen Pos. 9 – Sonstige ordentliche Erträge) auf insgesamt 42.000 €.

14 **Abschreibungen**

Die Herstellungskosten aller im Eigentum des Vogelsbergkreises befindlichen Gebäude werden linear auf die Nutzungsdauer des Anlagegutes abgeschrieben. Die Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar. Es handelt sich um eine nicht zahlungswirksame Position.

15 **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**

Für Aufwendungen aus Vermögensübertragungen sind 500 € verschlagt. Sie entstehen bei Rückübertragungen von entwidmeten Schulgebäuden auf die Gemeinden und Städte nach § 141 Hess.SchulG oder bei Veräußerung.

- 18 Sonstige ordentliche Aufwendungen**
Diese Position weist die Summe der fällig werdenden Grundsteuer für die Liegenschaften aus, die nach dem Grundsteuergesetz (GrStG) nicht für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch genutzt werden.
- 29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen**
Die für den Bereich der Schulen etatisierten Aufwendungen sowie die Aufwendungen aufgrund der zu bewirtschaftenden Flächenanteile der Schulen (90 % der Personal- und 100 % der Sachaufwendungen des Gebäudemanagement) sind als Kosten, die sich aus der Schulträgerschaft ergeben, dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen. (Gegenbuchung bei Produkt 24300).
- 30 Kosten für interne Leistungsbeziehungen**
Die für den Bereich der Schulen etatisierten Erträge sind dem Budget 40-Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	512.000	452.500	453.355,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	923,90
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.542	1.400	1.770,27
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	514.542	453.900	456.049,17
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-4.677.860	-4.540.240	-4.607.574,06
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.896.000	-2.014.000	-1.581.865,63
14.	66	Abschreibungen	-139.426	-115.300	-131.938,68
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-6.713.286	-6.669.540	-6.321.378,37
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-6.198.744	-6.215.640	-5.865.329,20
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-6.198.744	-6.215.640	-5.865.329,20
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	906,80
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-57,85
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	848,95
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-6.198.744	-6.215.640	-5.864.480,25
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-6.198.744	-6.215.640	-5.864.480,25

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: - Bereitstellung der Schulbudgets
 - Zahlung und Erhebung der Gastschulbeiträge
 - Durchführung der sicherheitstechnischen Wartungen der Unterrichtsräume und der Sporthallen
 - notwendige Anmietung von Schulräumen
 - Ausstattung der Schulen mit der erforderlichen Einrichtung und Geräten

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Erhaltung und Fortentwicklung eines möglichst wohnortnahen Bildungsangebotes in zeitgemäß ausgestatteten Schulen

Kennzahlen: Schülerzahlen

Schülerzahl (nach Schulformen gegliedert)	2008	2009	2010	2011
Grundschule	4.175	3.921	3.674	3.569
Sekundarstufe I	6.534	6.179	5.867	5.818
Sekundarstufe II (ohne FOS und BG)	751	888	1.010	989
Sonderschule und Praktisch Bildbare	397	370	360	324
Berufsschule (incl. FOS und BG)	4.133	4.101	4.100	3.872
insgesamt:	15.990	15.459	15.011	14.572

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Unter diesem Teilansatz sind die Einnahmen an Gastschulbeiträgen für alle Schulformen abgebildet. Gegenüber den Ansätzen von 2012 kann aufgrund gestiegener Beitragsätze aber auch aufgrund gestiegener Gastschülern mit rd. 60.000 Euro Mehreinnahmen gerechnet werden.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Position sind die Aufwendungen für nachfolgende Bereiche für alle Schulen zusammengefasst:

• Schulbetriebskosten incl. Schulbudgets	610.000 EUR
• Bauunterhaltung (Schulbudgets)	93.000 EUR
• Sicherheitstechnische Wartungen	140.000 EUR
• Mieten	115.000 EUR
• Reisekosten	10.000 EUR
• Gastschulbeiträge	928.000 EUR

Die Gesamtaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind gegenüber dem Hj. 2012, bezogen auf diesen Teilergebnishaushalt, zwar um 118.000 Euro (o. Abschreibung) gesunken, im direkten Vergleich tatsächlich aber um 82.000 Euro gestiegen, weil im Haushalt 2013 ein Anteil der Schulbetriebskosten in Höhe von 200.000 Euro, aus haushalts-technischen Gründen (zu aktivierendes bewegl. Anlagevermögen) erstmals im Finanzhaushalt veranschlagt wurde.

Der insgesamt höhere Aufwand resultiert aus den erheblich gestiegenen Gastschulbeiträgen (+92.000 Euro). Gründe hierfür sind höhere Sätze aber auch eine steigende Zahl von auspendelnden Schülerinnen und Schülern, insbesondere bei den Teilzeit-Berufsschülern. Die Kosten für Mieten hingegen konnten um 10.000 Euro verringert werden.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24100 Schülerbeförderung

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0	0	100,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	0	0	100,00
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-65.910	-58.760	-57.799,14
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-4.460	-5.830	-20.931,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.000.000	-3.850.000	-3.864.448,61
14.	66	Abschreibungen	0	0	50,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-4.070.370	-3.914.590	-3.943.128,75
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-4.070.370	-3.914.590	-3.943.028,75
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-4.070.370	-3.914.590	-3.943.028,75
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-4.070.370	-3.914.590	-3.943.028,75
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-4.070.370	-3.914.590	-3.943.028,75

24100 Schülerbeförderung

Verantwortlich: Herr Erich Schöniger

Beschreibung: Sicherstellung der Schülerbeförderung durch:

- Übernahme der notwendigen Schülerbeförderungskosten im öffentlichen Personennahverkehr bzw. durch andere Beförderungsarten nach Prüfung der Anspruchsberechtigung gem. § 161 Hess. Schulgesetz in Form von Schülerjahreskarten oder Einzelerstattungen und
- Organisation eines freigestellten Schulbusverkehrs zu den Förderschulen und Schulen für Praktisch Bildbare

Grundlage: § 161 Hessisches Schulgesetz

Ziele: Sicherstellung der Beförderung zur zuständigen bzw. nächstgelegenen aufnahmefähigen Schule des gewählten Bildungsganges zu möglichst wirtschaftlichen Kosten

Kennzahlen: Anzahl Schülerjahreskarten, Anzahl Einzelerstattungen, Anzahl der Busse und km-Leistungen im freigestellten Schülerverkehr

Anzahl	2009	2010	2011
Schülerjahreskarten	7.114	6.766	6.298
Einzelerstattungen	540	518	496
Busse freigestellter Schulbusverkehr	26	27	27
km-Leistung freigestellter Schulbusverkehr	717.250	770.408	768.752

Position: Erläuterungen

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Durch die zum Schuljahr 2011/2012 erfolgte Umstellung auf die kreisweite Clever-Card entfallen künftig die Fahrtkosteneigenanteile der Eltern von Schülern, denen seither nur die fiktiven Schülerbeförderungskosten erstattet wurden.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zum Schuljahr 2011/2012 wurde die bisherige streckenbezogene Schülerjahreskarte durch das neue RMV-Tarifangebot einer „Clever-Card kreisweit“ ersetzt, die für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen im Vogelsbergkreis gültig ist. Der seit der Einführung geltende Einheitspreis von 410,00 Euro wird sich zum Fahrplanwechsel Anfang Dezember 2012 um rd. 5% auf 430,40 Euro erhöhen. Eine Erhöhung in gleicher Höhe muss auch im freigestellten Schulbusverkehr angenommen werden.

Die steigenden Kosten können durch den Rückgang der Schülerjahreskarten und Einzelerstattung aufgrund rückläufiger Schülerzahlen nicht mehr in vollem Umfang kompensiert werden, sodass insgesamt eine Erhöhung des Ansatzes um 150.000 Euro erforderlich war.

Teilhaushalt/Budget **40** **Schulen und Liegenschaften**
Produkt **24300** **Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	47.000	35.000	39.831,65
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0	0	12.517,50
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	558.500	535.500	501.894,26
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	94.871	110.800	86.726,65
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	700.371	681.300	640.970,06
11.	62,63,640-643,647-65	Personalaufwendungen	-559.248	-534.830	-411.875,33
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-33.750	-76.130	-80.099,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.577.000	-1.674.000	-1.776.920,76
14.	66	Abschreibungen	-353.821	-311.400	-308.547,17
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-2.523.819	-2.596.360	-2.577.442,26
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.823.448	-1.915.060	-1.936.472,20
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.823.448	-1.915.060	-1.936.472,20
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	322,62
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-92,07
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	230,55
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.823.448	-1.915.060	-1.936.241,65
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	23.884.301	22.665.300	22.325.370,01
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-11.615.450	-10.576.369	-9.928.515,94
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	12.268.851	12.088.931	12.396.854,07
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	10.445.403	10.173.871	10.460.612,42

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: - Projekte, Programme und Maßnahmen zur Verbesserung und Abrundung der schulischen Rahmenbedingungen insbesondere Betreuungsangebote, Mittagessenversorgung und Ganztagsangebote
 - Schwimm- und Verkehrsunterricht
 - Versicherungsschutz für Schülerinnen und Schüler

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Flächendeckende, verlässliche Betreuungs-, Mittagessens- und Ganztagsangebote

Kennzahlen: Teilnehmerzahlen in Betreuungsangeboten und an der Mittagessenversorgung,
 Schülerzahlen
 Unterhaltungskosten Active-Boards

Schulen mit Betreuungsangeboten und Pädagogischer Mittagsbetreuung:

Anzahl	2009	2010	2011
Grundschulen mit Betreuungsangebot	23	23	23
Grundschüler im Betreuungsangebot	380	382	447
Pädagogische Mittagsbetreuung	12	15	17

Unterhaltungskosten Active-Boards:

Nach einem Beschluss des Kreistages zum Haushalt 2011 sollen die Unterhaltungskosten für die Active-Boards ausgewiesen werden.

Schule	Anzahl	kw/h / Tag	kw/h / Jahr (190 Tage)	Kosten / Jahr (0,21€ / kw/h)
Gerhart-Hauptmann-Schule	20	9,6	1.824,00	383,04 €
Brüder-Grimm-Schule Alsfeld	1	0,48	91,20	19,15 €
Albert-Schweitzer-Schule Alsfeld	53	38,16	7.250,40	1.522,58 €
Stadtschule	12	5,76	1.094,40	229,82 €
Geschwister-Scholl-Schule	42	30,24	5.745,60	1.206,58 €
Max-Eyth-Schule	45	32,4	6.156,00	1.292,76 €
Erich-Kästner-Schule	6	2,88	547,20	114,91 €
Grundschule Katzenberg	5	2,4	456,00	95,76 €
Grundschule Groß-Felda	5	2,4	456,00	95,76 €
Windbergschule	9	4,32	820,80	172,37 €
Pestalozzi-Schule S.f.L	7	3,36	638,40	134,06 €
Pestalozzi-Schule	7	3,36	638,40	134,06 €
Astrid-Lindgren-Schule	8	3,84	729,60	153,22 €

Oberwaldschule	27	19,44	3.693,60	775,66 €
Freiherr-vom-Stein-Schule	11	5,28	1.003,20	210,67 €
Helmut-von-Bracken-Schule Herbstein	4	1,92	364,80	76,61 €
Grundschule Homberg	14	6,72	1.276,80	268,13 €
Ohmtalschule Homberg	39	28,08	5.335,20	1.120,39 €
Grundschule Kirtorf	6	2,88	547,20	114,91 €
Eichbergschule Lauterbach	17	8,16	1.550,40	325,58 €
Schule an der Wascherde	24	17,28	3.283,20	689,47 €
Alexander-von-Humboldt Schule	35	16,8	3.192,00	670,32 €
Vogelsbergschule Lauterbach	29	20,88	3.967,20	833,11 €
Reinickendorf-Schule	8	3,84	729,60	153,22 €
Gudrun-Pausewang-Schule Maar	3	1,44	273,60	57,46 €
Lautertalschule	3	1,44	273,60	57,46 €
Grundschule Kunterbunt	8	3,84	729,60	153,22 €
Gesamtschule Nieder-Ohmen	33	23,76	4.514,40	948,02 €
Grundschule Oberes Ohmtal	13	6,24	1.185,60	248,98 €
Grundschule Antrifftal Romrod	8	3,84	729,60	153,22 €
Dieffenbachschule	13	6,24	1.185,60	248,98 €
Gesamtschule Schlitzerland	31	22,32	4.240,80	890,57 €
Grundschule Schotten	17	8,16	1.550,40	325,58 €
Vogelsbergschule Schotten	32	23,04	4.377,60	919,30 €
Digmudis-Schule	6	2,88	547,20	114,91 €
Grundschule Schwalmtal	7	3,36	638,40	134,06 €
Schlossbergschule Ulrichstein	4	1,92	364,80	76,61 €
MPS Angersbach	17	8,16	1.550,40	325,58 €
Summe	629	387,12	73.552,80	15.446,09 €

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um die Elternbeiträge für die in Regie des Schulträgers geführten Betreuungsangebote an Grundschulen. Die Erhöhung gegenüber dem Ansatz 2012 resultiert im Wesentlichen aus dem Nachmittagsbetreuungsangebot der Lautertalschule Engelrod.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Der Teilansatz setzt sich zusammen aus

- dem Landeszuschuss (Pauschale) für die Betreuungsangebote an den Grundschulen in Höhe von 133.000 EUR, der an die jeweiligen Träger der Maßnahmen weitergeleitet, bzw. zur Finanzierung der durch den Vogelsbergkreis direkt getragenen Maßnahmen eingesetzt wird, und
- dem lfd. Landeszuschuss für die ganztägig arbeitenden Schulen in Höhe von 425.500 EUR, zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten. Erhöhung durch Neuaufnahme

von Schulen in Ganztagsprogramm zum Sj. 2013/2014 (insgesamt 2 Stellen, Annahme: 1 Stelle in Lehrerstunden und 1 Stelle in Geld, davon wird die Hälfte in 2013 zahlungswirksam = 23.000 €)

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Teilansatz setzt sich aus den folgenden Ausgabeansätzen zusammen:

• Bauunterhaltung im Rahmen von Neueinrichtungen von Fachräumen und Küchen	70.000 EUR
• Betreuungsangebote an Grundschulen	65.000 EUR
• Ganztagsangebote (Personal- und Sachmittel)	425.500 EUR
• Ganztagsangebote (Ergänzungsausstattung Kreis)	30.000 EUR
• Besondere schulische Initiativen (Zuschuss AZN Kirtorf)	20.000 EUR
• GEMA-Pauschale und Preisgelder Gestaltungswettbewerb)	4.000 EUR
• Schwimmunterricht	202.000 EUR
• Verkehrsunterricht	4.000 EUR
• Personenbezogene Versicherungen	625.000 EUR
• Sachkosten Kreiselternbeirat	1.000 EUR
• Sachkosten Kreisschülerrat	500 EUR
• Sachkosten Gestaltungswettbewerb	5.000 EUR
• Programm Schule@Zukunft - lfd. Kosten (früher Finanzhaushalt)	75.000 EUR
• Activboards – lfd. Kosten (früher Finanzhaushalt)	50.000 EUR

Gegenüber dem Hj. 2012 sind im Aufwand insgesamt 97.000 EUR weniger zu verzeichnen.

Die Differenz resultiert in erster Linie aus einem deutlich geringeren Teilansatz (-180.000 EUR) für die Bauunterhaltung im Rahmen von Neueinrichtungen von Fachräumen und Küchen, da die Sanierung der NW-Räume nunmehr abgeschlossen ist, sowie dem Wegfall des Teilansatzes für das Öcotrophologieprojekt der Hochschule Fulda (-40.000 EUR).

Höherer bzw. zusätzlicher Aufwand hingegen wurde veranschlagt für:

Schwimmunterricht (Schließung Hallenbad Schlitz und Erhöhung div. Freibadpauschalten)	+ 10.000 EUR
Ganztagsangebote (Personal- und Sachmittel)	+ 23.000 EUR
Personenbezogene Versicherungen (gesetzl. Unfallversicherung)	+ 15.000 EUR
Programm Schule@Zukunft – lfd. Kosten (Umschichtung aus dem Finanzhaushalt)	+ 75.000 EUR
Activboards – lfd. Kosten (Umschichtung Finanzhaushalt)	+ 50.000 EUR

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	0	0	0,00
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-42.400	-40.390	-41.960,57
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-130.000	-128.000	-52.316,13
14.	66	Abschreibungen	-897	-600	-616,89
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-25.000	-26.000	-25.352,76
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-198.297	-194.990	-120.246,35
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-198.297	-194.990	-120.246,35
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-198.297	-194.990	-120.246,35
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-198.297	-194.990	-120.246,35
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-198.297	-194.990	-120.246,35

24310 Betrieb des Medienzentrums

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: Unterhaltung und Betrieb eines modernen Medienzentrums gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen. Bereitstellung zeitgemäßer Unterrichtsmedien für die Schulen im Ausleihvertrieb. Erstellung von einheitlichen Hardwarestandards und Netzwerkkonzepten für die Schulen und entsprechende Konfiguration von Hardwareneuausstattungen. Sicherstellung eines leistungsfähigen EDV-Supports für die Schulen.

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Sukzessiver Ausbau zu einem digitalen Medienportal und einem online gestützten Supportzentrum für die Schulen.

Kennzahlen: Ausleihvorgänge, Anzahl der eingesetzten Rechner, Supportfälle

Anzahl	2009	2010	2011
Ausleihe Medien	3.694	2.715	2.298
eingesetzte Rechner	3.052	3.103	3.134
Anzahl Supportfälle	326	373	384
Online-Ausleihen*	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst

* Online-Ausleihen sind vorhanden und nehmen zu, können jedoch nicht durch das System erfasst werden. Aufgrund der Erhöhungen der Online-Ausleihen nehmen die Ausleihen der Medien vor Ort ab.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 Der v. g. Teilansatz in Höhe von 130.000 EUR beinhaltet den Sachkostenbeitrag für das gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen betriebene Medienzentrum sowie die Kosten für den EDV-Support an den Schulen. Gegenüber dem Hj. 2012 ist eine minimale Steigerung (Tariferhöhung für Supportpersonal) eingerechnet.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse**
 Es handelt sich um den nach dem Hess. Schulgesetz zu entrichtenden Beitrag an das Hess. Institut für Landespädagogik für die Bereitstellung der audiovisuellen Medien (früherer Beitrag an Landesbildstelle). Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen ist gegenüber dem Haushalt 2012 mit einem geringeren Beitrag zu rechnen.

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
		2013	Verpflich-tungser-mächti-gungen	2012		2011	Gesamt-auszah-lungs-bedarf
					EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	100.000	0	100.000	149.607,03	1.997.031	1.747.031
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	3.000,00	3.000	3.000
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	100.000	0	100.000	152.607,03	2.077.979	1.827.979
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-90.000	0	0	0,00	-104.885	-14.885
2.	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	-85,50	-24.268	-24.268
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.119.000	-120.000	-4.842.000	-3.898.507,53	-40.854.204	-12.650.663
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-819.700	0	-550.000	-1.062.038,64	-5.942.057	-3.447.357
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.520	0	-1.950	-1.832,96	-13.280	-7.200
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.030.220	-120.000	-5.393.950	-4.962.464,63	-46.938.694	-16.144.373
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-4.930.220	-120.000	-5.293.950	-4.809.857,60	-44.860.715	-14.316.394
	Auszahlungen)						

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 11160 Gebäudemanagement

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
			Verpflich-tungser-mächti-gungen			Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		2013		2012	2011		
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	64.550	64.550
2.	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	-85,50	-24.268	-24.268
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.069.000	-120.000	-4.742.000	-3.570.221,02	-39.149.413	-11.145.872
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-274.700	0	-150.000	-84.776,19	-796.523	-321.823
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-250	0	-250	-237,10	-1.956	-956
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.343.950	-120.000	-4.892.250	-3.655.319,81	-39.972.160	-11.492.919
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.343.950	-120.000	-4.892.250	-3.655.319,81	-39.907.610	-11.428.369

11160 Gebäudemanagement

Projekt Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

Ohne Projektzuordnung

In großen Schüler-WC-Anlagen ist der sukzessive Ersatz von Handtuchrollen bzw. Papierspendern durch leistungsfähige Elektrohandtrockner geplant. Zudem werden nach einem Kreistagsbeschluss zusätzliche Mittel zur Sicherstellung der Stromversorgung bereitgestellt.

F.01.1 Baukosten Jugendheim Landenhausen

Für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 ist der Abbruch und Neubau des Speisesaals mit neuer Küche und Zimmern im Obergeschoss geplant. Die Küche und der Speisesaal sowie die im KG befindlichen Bettzimmer und Abstellräume sind zwingend sanierungsbedürftig und sowohl bau- als auch arbeitsrechtlich nicht mehr zulässig. Der Eingriff in die Bausubstanz ist so umfangreich, dass selbst die Rohbaukonstruktion aus 1966 nicht mehr genutzt werden kann und somit der Abbruch des Altbauteils erforderlich wird.

S.02.1 Baukosten Geschwister-Scholl-Schule, Alsfeld

Als letzter Bauabschnitt der umfassenden Komplettsanierung des Standorts sollen über die Haushaltsjahre 2013 und 2014 die Arbeiten zum Abschluss gebracht werden.

S.08.1 Baukosten Astrid-Lindgren-Schule, Grebenau

Zur Fertigstellung der in 2009 begonnenen SIP-Maßnahme stehen noch die Fenster- und Fassadensanierung des zweiten Innenhofs sowie die Windfangüberdachung an.

S.13.1 Sanierung Turnhalle Eichberggrundschule, Lauterbach

Mit dem Haushaltsansatz 2012 wurde der Hallenkörper in einem weiteren Abschnitt auch innen umfassend saniert (Sportboden, Prallwände, Elektroinstallation, Beleuchtung, Lüftungsrohrleitungen). Den Forderungen des Kreistagsbeschlusses „Passivhausbauweise“ entsprechend, sind zur notwendigen Wärmerückgewinnung aus der Abluft die veralteten Lüftungsgeräte im Kellergeschoss in 2013 auszutauschen.

S.14.1 Einrichtungskosten Schule an der Wascherde, Lauterbach

Die Ausstattung der Naturwissenschaften kann durch Einsparungen bei den Gesamtinvestitionen ohne Mietpreiserhöhungen durch die Projektgesellschaft umgesetzt werden.

S.23.1 Ersatzneubau Wirtschaftsgebäude Schlossbergschule, Ulrichstein

Zur Unterbringung des Kommunaltraktors und sonstiger Gerätschaften zur Pflege der Außenanlagen muss das vorhandene baufällige Wirtschaftsgebäude durch eine neue Fertiggarage ersetzt werden.

S.24.1 Bauliche Erweiterung Brüder Grimm Schule, Alsfeld

Die Erweiterungsbaumaßnahme an der Brüder Grimm Schule beinhaltet gemäß Raumprogrammvorgaben Anbauten und innere Umbaumaßnahmen, um Essbereich, Klassen-, Differenzierungs- und Verwaltungsräume realisieren zu können. Die Rohbauarbeiten sollen im Haushaltsjahr 2014 beginnen. Die Fertigstellung soll in 2015 erfolgen.

S.25.1 Erweiterung Umkleide einschl. Sanierung Turnhalle Erich-Kästner-Schule, Alsfeld

Nach Umbau der Nebenräume mit nun getrennten Umkleide- und Sanitärbereichen für Jungen und Mädchen sowie einer behindertengerechten WC-Anlage wurde ein geregelter Sportbetrieb am Schulstandort sichergestellt. Das Gebäude aus dem Jahr 1968 bedarf nun noch einer energetisch optimierten Sanierung der Hüllfläche einschließlich der Heizungs- und Lüftungstechnik.

S.30.3 Baukosten Landesfachklasse Max-Eyth-Schule, Alsfeld

Die geplante bauliche Erweiterung soll zur Aufnahme von Landesfachklassen des Karosseriebaubereichs dienen.

S.31.1 Komplettsanierung und Erweiterung Vogelsbergschule, Lauterbach

Der Schulstandort ist beginnend mit dem Jahr 1958 durch Neu- und Anbauten in den Jahren 1963, 1978 und 1998 stetig gewachsen. Im Hinblick auf das Baualter der Gebäude stehen umfangreiche Sanierungsarbeiten an. Die Zahlen der Investitionsübersicht 2014 bis 2016 spiegeln einen ersten Kostenrahmen wider, der auch noch über das Jahr 2016 hinausreichen wird.

S.35.1 Baukosten Gesamtschule Schlitz

Bei Haushaltsansatz handelt es sich um die Vorplanungskosten zur Aufstellung des Gesamtkonzeptes für die Komplettsanierung des Standorts einschließlich Heizung und Wärmeverteilnetz.

S.36.1 Baukosten Vogelsbergschule Schotten

Bei Haushaltsansatz handelt es sich um die Vorplanungskosten zur Aufstellung des Gesamtkonzeptes für die Komplettsanierung des Standorts.

S.38.1 Baukosten Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, Lauterbach

Nach Fertigstellung des Aula-Anbaus stehen am Standort noch Investitionen der Bestandssanierung an. Bei dem Etatansatz 2013 handelt es sich um Investitionen für die Sanierung am Gebäude 1B (Fenster/ Fassade/Heizung/Lüftung/Sanitär).

S.38.3 Baukosten Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, Lauterbach

Die Finanzplanung 2015 und 2016 weist die erforderlichen Investitionskosten für die abschließende Sanierung des Gebäudeteils 1 C aus und stellt den Abschluss der Komplettsanierungsmaßnahmen im Bestand dar.

V.11.1 Sanierung VG Bahnhofstraße 49

In der Finanzplanung für das Jahr 2014 ist die Fertigstellung der umfangreichen Sanierungsarbeiten am Verwaltungsstandort Bahnhofstraße 49 dargestellt.

V.11.3 Sanierung VG Bahnhofstraße 51

Mit dem Haushaltsansatz werden in dem zweiten Bauabschnitt die laufenden Sanierungsarbeiten fertiggestellt.

V.11.4 Sanierung VG Goldhelg 20, Gebäude A (Altbau)

Nach Vorlage der erforderlichen denkmalschutzrechtlichen Genehmigung für die Fassadensanierung des Gebäudeteils A sollen beginnend mit dem Haushaltsjahr 2013 in einem ersten Bauabschnitt Fenster und Fassade saniert werden. In den Folgejahren sind neben der Fortführung der Fassadensanierung auch notwendige Sanierungsarbeiten an der Haustechnik vorgesehen.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
			Verpflich-tungser-mächti-gungen			Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		2013		2012	2011		
EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	11.664,49	11.664	11.664
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	11.664,49	25.062	25.062
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-200.000	0	0	-178.037,14	-1.482.271	-682.271
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200.000	0	0	-178.037,14	-1.482.271	-682.271
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-200.000	0	0	-166.372,65	-1.457.209	-657.209

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

S.200.99 Schulbetrieb – Bewegliches Anlagevermögen

Es handelt sich um den Teilansatz der investiven Schulbetriebskosten von 200.000 € die seither ausschließlich im Ergebnishaushalt veranschlagt wurden und aus haushaltsrechtlichen Gründen jetzt dem Finanzhaushalt zugeordnet werden. Der entsprechende Ansatz im Ergebnishaushalt wurde um den gleichen Betrag gemindert.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24100 Schülerbeförderung

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-70	0	-70	-68,03	-553	-273
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-70	0	-70	-68,03	-553	-273
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-70	0	-70	-68,03	-553	-273

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
		2013	Verpflich-tungser-mächti-gungen	2012		Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	100.000	0	100.000	137.942,54	1.985.367	1.735.367
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	3.000,00	3.000	3.000
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	100.000	0	100.000	140.942,54	1.988.367	1.738.367
1.	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-90.000	0	0	0,00	-104.885	-14.885
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	0	-100.000	-328.286,51	-1.704.791	-1.504.791
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-345.000	0	-400.000	-798.272,42	-3.653.820	-2.433.820
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.200	0	-1.630	-1.527,83	-10.771	-5.971
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-486.200	0	-501.630	-1.128.086,76	-5.474.267	-3.959.467
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-386.200	0	-401.630	-987.144,22	-3.485.900	-2.221.100

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

S.243.2 Ganztagsangebote

Der Ansatz ist vorgesehen für die Neueinrichtung von Küchen und notwendiger Ergänzungsausstattung schon vorhandener Küchen für die Mittagessenversorgung.

S.243.3 Sonderprogramm Schule@Zukunft

Die EDV-Ausstattung an den Schulen bedarf einer kontinuierlichen Erneuerung und Verbesserung. Das Programm muss deshalb auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Hierzu wird im Hj. 2013 wieder ein Landeszuschuss von 50.000 Euro erwartet. Mit dem Ausgabenansatz sollen vorrangig Ersatzbeschaffungen von vorhandenen EDV-Ausstattungen vorgenommen werden. Weitere Ausgabemittel (nicht investiver Aufwand) sind im Ergebnishaushalt veranschlagt.

S.243.4 Förderprogramme für Berufsschulen

Auch für das Hj. 2013 werden wieder Zuschüsse des Hess. Kultusministerium aus dem EFRE-Programm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) für die Teilnahme der beiden Berufsschulen an dem Pilotprojekt ViLBe (Virtuelles Lernen in Berufsschulen) in Höhe von 50.000 Euro bereitgestellt. Voraussetzung für eine entsprechende Zuwendung ist die Bereitstellung von Komplementärmitteln in gleicher Höhe.

S.243.6 Sonderprogramm Activboards

Aus Mitteln des Konjunkturprogramms und Schulträgermitteln konnten inzwischen rd. 640 Activboards, verteilt auf alle Schulen, beschafft werden. Bezogen auf den aktuell ermittelten Bedarf entspricht dies einem Ausstattungsgrad von über 80 %.

Für die in den nächsten Jahren angestrebte Vollaussattung werden noch weitere 80 Boards für Klassenräume und 35 Boards für Fachräume benötigt. Mit dem Ansatz 2013 könnten rd. 30 weitere Boards beschafft werden. Hiervon entfallen bereits 13 Stück auf den letzten Sanierungsabschnitt der Schule an der Wascherde Lauterbach.

S.243.15 Zufahrt Grundschule Oberes Ohmtal – Mücke-Ober-Ohmen

Seitens der Gemeinde Mücke ist vorgesehen in 2013 einen, in sehr marodem Zustand befindlichen Feldweg, der seither bereits von den Schulbussen als Zubringer von der Kreisstraße aus Richtung Groß-Eichen genutzt wurde, neu auszubauen. Da dieser Weg auch künftig durch die Schulbusse regelmäßig genutzt werden soll, weil es über die innerörtliche Zubringerstraße immer wieder zu Engpässen und Behinderungen kommt, ist es erforderlich, den Weg über die landwirtschaftlichen Bedürfnisse hinaus, busgerecht auszubauen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen durch einen Zuschuss des Schulträgers von max. 90.000 Euro bei geschätzten Gesamtkosten von 150.000 Euro getragen werden.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-952,89	-9.443	-9.443
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-952,89	-9.443	-9.443
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-952,89	-9.443	-9.443

Teilhaushalt/Budget

43 Volkshochschule

Budgetverantwortung

Monika Schenker

Produkte

271-00 Volkshochschularbeit

271-10 Projekt Hessencampus

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	472.000	472.000	459.346,73
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	89.764	197.000	166.058,91
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.195	2.200	2.197,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	3.933,55
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	568.959	676.200	631.536,19
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-519.550	-583.050	-560.127,20
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-17.530	-23.090	-20.475,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-419.800	-431.000	-412.071,18
14.	66	Abschreibungen	-6.640	-7.400	-11.644,51
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-963.520	-1.044.540	-1.004.317,89
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-394.561	-368.340	-372.781,70
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-394.561	-368.340	-372.781,70
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	389,27
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-6.112,51
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-5.723,24
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-394.561	-368.340	-378.504,94
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-394.561	-368.340	-378.504,94

Teilhaushalt/Budget **43 Volkshochschule**
 Produkt **27100 Volkshochschularbeit**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	472.000	472.000	459.346,73
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	89.764	92.000	92.225,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	3.933,55
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	566.764	569.000	555.505,28
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-417.320	-439.720	-424.951,17
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-17.530	-23.090	-20.475,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-409.800	-404.000	-402.137,01
14.	66	Abschreibungen	-3.487	-4.300	-8.488,51
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-848.137	-871.110	-856.051,69
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-281.373	-302.110	-300.546,41
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-281.373	-302.110	-300.546,41
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	389,27
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-6.112,51
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-5.723,24
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-281.373	-302.110	-306.269,65
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-281.373	-302.110	-306.269,65

27100 Volkshochschularbeit

Verantwortlich: Frau Monika Schenker

Beschreibung: Planung, Angebot und Durchführung von allgemein zugänglichen Bildungsveranstaltungen in den Bereichen der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Bildung, der Gesundheitsbildung, Eltern-, Familien- und Frauenbildung

Grundlage: Hessisches Weiterbildungsgesetz, Satzung der Volkshochschule des Vogelsbergkreises vom 21.05.2003.

Ziele: 1. Grundversorgung an Weiterbildung sicherstellen (§ 2 HWBG)
2. Innovative Kursangebote
3. Kursangebote in allen Städten und Gemeinden des Kreises

Kennzahlen: zu 1) Weiterbildungsdichte = durchgeführte Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner
zu 2) 40 „neue“ Kursangebote je Semester
zu 3) 100 Kursangebote in Zweigstellen (außer Alsfeld und Lauterbach) je Semester

	2009	2010	2011
Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner	127	129	128
neue Kursangebote pro Semester	66	63	64
Anzahl Kursangebote in Zweigstellen	243	246	258

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

1 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um Teilnehmerentgelte von Einzelpersonen und Auftraggebern.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Etatisiert ist der Landeszuschuss nach HWBG. Durch eine gesunkene Einwohnerzahl und einer Abweichung der förderfähigen Unterrichtsstunden ergibt sich ein geringerer Ertrag.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Erträge aus Vermietungen, für Anzeigen im Programmheft u.a.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst schwerpunktmäßig die Honorare für Kursleiter und Zweigstellenleiter (korrespondiert mit Pos. 1) in Höhe von 314.000 €. Daneben enthält die Position die Sachkosten für die Kurse, die Mieten für die Unterrichtsräume, Beiträge an Verbände sowie die Fortbildungsaufwendungen für Kursleiter.

Eine Erhöhung des Ansatzes um 5.800 € bei den Sachkosten Kurse ergibt sich aus anstehenden/nötigen QM-Maßnahmen in Höhe von 4.700 € und der Erhöhung des Mitgliedsbeitrags an den Hessischen Volkshochschulverband um 1.100 €.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	105.000	73.833,91
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.195	2.200	2.197,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.195	107.200	76.030,91
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-102.230	-143.330	-135.176,03
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	-27.000	-9.934,17
14.	66	Abschreibungen	-3.153	-3.100	-3.156,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-115.383	-173.430	-148.266,20
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-113.188	-66.230	-72.235,29
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-113.188	-66.230	-72.235,29
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-113.188	-66.230	-72.235,29
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-113.188	-66.230	-72.235,29

27110 Hessencampus

Verantwortlich: Frau Monika Wüllner

Beschreibung: Entwicklung und Erprobung von neuen, regional orientierten Bildungsdienstleistungen. Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium

Grundlage: Hessisches Weiterbildungsgesetz
Erklärung zur Entwicklungspartnerschaft HESSENCAMPUS 2007
Rahmenvereinbarung zur Durchführung des Projekts vom 07.12.2010

Ziele: 1. Verantwortungsgemeinschaft für lebensbegleitendes Lernen zwischen Kreis und Land Hessen vertraglich für den Übergang in ein Regelsystem festlegen.
2. Neue pädagogische Dienstleistungen in den Zusammenhang der Regionalentwicklung stellen.
3. Ressourcenschonende Strukturen schaffen.

Kennzahlen: Anzahl der durchgeführten Bildungsberatungen
Anzahl der Nutzer der Selbstlernzentren
Durchschnittliches Alter der Lernenden auf einen externen Schulabschluss
Anzahl der bestandenen Schulabschlüsse nach Vorbereitung in einem SLZ
Die Kennzahlen können erst nach Ablauf des Haushaltsjahres 2011 geliefert werden.

	2010	2011
Durchgeführte Bildungsberatungen	72	74
Anfragende nach Bildungsberatung	50	61
Nutzer Selbstlernzentren (SLZ)	24	57
Bestandene Schulabschlüsse nach Vorbereitung in einem SLZ	2	7

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgem. Umlagen
Die Aufbauförderung für das Projekt Hessencampus endet zum 31.12.2012. Erträge sind daher nicht mehr zu erwarten. Erträge aus Nutzungsgebühren können erst kurzfristig festgelegt werden.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Die Aufwendungen für Sachkosten (Fahrtkosten für Bildungsberatung, Arbeits- und Lernmittel, Weiterbildung) verringern sich auf 7.000 €, weil sie nur für bisher 3 Arbeitsbereiche notwendig sind. Mietzahlungen von 3.000 € fallen für einen Raum in Lauterbach (Alter Esel) an.

Teilhaushalt/Budget

43 Volkshochschule

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	10.980	10.980
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-23.800	0	-10.000	-14.339,55	-66.360	-42.560
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-290	0	-280	-272,13	-2.206	-1.046
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-24.090	0	-10.280	-14.611,68	-68.566	-43.606
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-24.090	0	-10.280	-14.611,68	-57.586	-32.626

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27100 Volkshochschularbeit

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-12.800	0	-10.000	-14.339,55	-39.589	-26.789
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-290	0	-280	-272,13	-2.206	-1.046
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-13.090	0	-10.280	-14.611,68	-41.795	-27.835
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-13.090	0	-10.280	-14.611,68	-41.795	-27.835

27100 Volkshochschularbeit

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen

Berücksichtigt wurde ein Ansatz von 12.800 € an Ausstattungsbedarf anlässlich des Umzugs von Schulungsräumen.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
 Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	10.980	10.980
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-11.000	0	0	0,00	-26.771	-15.771
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-11.000	0	0	0,00	-26.771	-15.771
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-11.000	0	0	0,00	-15.791	-4.791

27110 Hessencampus

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen

Veranschlagt sind die Anschaffungskosten für Möbel und EDV für das Lernzentrum Alter Esel. Der Ansatz setzt sich zusammen aus 5.000 € für PC und Monitore, 600 € für einen Beamer sowie 5.400 € für Möbel und sonstiges.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung

Budgetverantwortung

Werner Köhler

Produkte

31100 Grundversorgung und Hilfen n.d.SGB XII
 31200 Grundsicherung nach dem SGB II
 31300 Hilfen für Asylbewerber
 32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege
 34300 Betreuungsleistungen
 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.000	3.000	4.813,73
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	32.203.749	34.621.870	29.799.641,31
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	5.243.143	3.548.000	2.767.491,66
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	12.378	12.400	13.284,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	17.000	17.000	91.587,05
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	37.479.270	38.202.270	32.676.817,75
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-6.250.870	-5.998.990	-5.891.285,76
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-444.380	-716.240	-642.464,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-303.900	-324.300	-332.517,01
14.	66	Abschreibungen	-3.765	-3.800	-652.954,19
17.	72	Transferaufwendungen	-48.210.619	-49.508.860	-43.762.492,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-55.213.534	-56.552.190	-51.281.713,86
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-17.734.264	-18.349.920	-18.604.896,11
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-17.734.264	-18.349.920	-18.604.896,11
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	4.442,73
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-18.194,63
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-13.751,90
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-17.734.264	-18.349.920	-18.618.648,01
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.108.000	1.122.100	1.108.000,00
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-190.600	-186.910	-150.545,84
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	917.400	935.190	957.454,16
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-16.816.864	-17.414.730	-17.661.193,85

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31100 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	811.000	1.072.000	976.609,04
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	3.250.000	1.575.000	605.529,67
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	17.000	17.000	35.408,83
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	4.078.000	2.664.000	1.617.547,54
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-735.210	-658.370	-672.040,18
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-178.650	-259.420	-273.820,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.500	-8.000	-3.490,66
14.	66	Abschreibungen	0	0	-51.397,69
17.	72	Transferaufwendungen	-12.018.000	-11.078.000	-11.067.162,22
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-12.940.360	-12.003.790	-12.067.911,25
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-8.862.360	-9.339.790	-10.450.363,71
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-8.862.360	-9.339.790	-10.450.363,71
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-8.439,74
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-8.439,74
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-8.862.360	-9.339.790	-10.458.803,45
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.108.000	1.122.100	1.108.000,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	1.108.000	1.122.100	1.108.000,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.754.360	-8.217.690	-9.350.803,45

31100 Grundversorgung und Hilfen n. d. SGB XII

Verantwortlich: Frau Heidrun Baß

Beschreibung: Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts durch die Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch einmalige und laufende Leistungen.
Hilfen für Kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen durch die Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege. Die Hilfen werden ambulant oder stationär erbracht.
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Abdeckung besonderer Bedarfslagen durch die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Übernahme von Bestattungskosten und Hilfe in sonstigen Lebenslagen.

Grundlage: SGB XII (Sozialhilfe)

Ziele: Sicherstellung eines Mindeststandards des menschenwürdigen Daseins (soziokulturelles Existenzminimum). Hilfe für Personen, die aufgrund besonderer Umstände (z. B. Alter, Krankheit, Behinderung) einer besonderen Unterstützung bedürfen.

Kennzahlen: Die Ausgaben der Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII werden entscheidend durch die Veränderungen bei den Fallzahlen beeinflusst. Weitere Einflussfaktoren sind Änderungen bei anderen Sozialleistungen (z.B. Wohngeld). Folgende Kennzahlen bilden die Veränderungen ab:
1. Fallzahlenentwicklung im Jahresvergleich
2. Veränderungen des Aufwandes
3. Dichte der Empfänger pro 1.000 Einwohner im Vogelsbergkreis

Hilfeart	2009		2010		2011	
	Fallzahlen	je 1.000 Einw.	Fallzahlen	je 1.000 Einw.	Fallzahlen	je 1.000 Einw.
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	98	0,88	91	0,83	119	1,10
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	662	5,96	678	6,19	728	6,70
Eingliederungshilfe	320	2,88	270	2,47	325	2,99
<i>Einwohner Vogelsbergkreis</i>	<i>110.989</i>		<i>109.451</i>		<i>108.538</i>	

Hilfeart	2009		2010		2011	
	Aufwand	je Fall	Aufwand	je Fall	Aufwand	je Fall
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	471.112 €	4.807 €	433.194 €	4.760 €	547.546 €	4.601 €
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	3.242.751 €	4.898 €	3.347.167 €	4.937 €	3.631.448 €	4.988 €
Eingliederungshilfe	2.314.821 €	7.372 €	2.103.179 €	7.704 €	2.347.448 €	7.306 €

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt sind die Erträge aus der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen, die Erstattungen vorrangig verpflichteter Leistungsträger (z. B. Rententräger), die Rückzahlungen durch die Hilfeempfänger wegen überzahlter oder darlehensweise gewährter Leistungen sowie aus geleisteten Kostenbeiträgen. Veranschlagt sind des Weiteren die Erstattungen sozialer Hilfen durch das Land.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Mit dem Gesetz zur Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund ist festgelegt, dass sich der Bund im Jahr 2013 mit einem Anteil von 75 % der Nettoausgaben der Grundsicherung beteiligt. In 2012 lag der Bundesanteil bei 45 %.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die nach befristeter Niederschlagung erzielten Einnahmen für Aufwundersatz, Kostenersatz, übergeleitete Unterhaltsansprüche und Rückzahlung gewährter Hilfen (Rückzahlung von gewährten Darlehen), veranschlagt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für das Benchmarking wurden 8.000 € etatisiert. Hinzugekommen ist ein Sachaufwand für das Bildungspaket von 500 €.

17 Transferaufwendungen

3110010, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII:

Erhöhungen der Aufwendungen von 583.000 € auf 951.000 €. Grund hierfür ist vor allem der Anstieg der Fallzahlen. Diese sind in 2011 um 30 % gestiegen. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2012 fort. Daneben sind für 2013 die Regelbedarfe neu zu ermitteln. Zu einer weiteren Aufwandssteigerung können künftig auch die Unterkunftskosten führen. Durch eine, nach der Rechtsprechung des BSG erforderlichen Neufeststellung der angemessenen Kosten der Unterkunft, sowie steigenden Energiepreisen und Gemeindeabgaben werden die Fallkosten steigen. Eine weitere Steigerung erfolgt durch eine Umstellung der Verbuchung (siehe Erläuterungen zu Produkt 3110020).

3110020, Hilfe zur Pflege:

Der Ansatz wird um 263.000 € verringert. Die Haushaltssystematik wurde den statistischen Anforderungen angepasst, die es jetzt ermöglicht, die stationären Aufwendungen in die Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und Hilfe zur Pflege aufzuteilen und entsprechend zu verbuchen. Dadurch steigen die Aufwendungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, jedoch vermindern sich die Aufwendungen bei der Hilfe zur Pflege. Für die Beurteilung der stationären Hilfen sind die 3 Leistungsarten zusammen zu betrachten. Insgesamt wird hier mit einer Steigerung von 5 % gerechnet.

3110030, Eingliederungshilfe:

Der Ansatz steigt von 2.598.000 € auf 2.871.000 €. Die Fallzahlen von Kindern mit behinderungsbedingtem Bedarf steigen stetig. Im 1. Halbjahr 2012 von 323 auf 337 laufende Hilfefälle. Kostensteigerungen ergeben zudem sich durch Steigerungen bei den Entgeltsätzen für die Frühförderung und die Teilhabeassistenz in der Schule. Auch aufgrund der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist in den Folgejahren mit ähnlichen Steigerungsraten zu rechnen.

3110040, Hilfe zur Gesundheit:

Die Aufwendungen wurden von 650.000 € auf 670.000 € erhöht. Die Ansatzerhöhung ergibt sich aus Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sowie dem Trend der letzten Jahre.

3110060, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII:
Die Aufwendungen wurden von 3.807.000 € auf 4.415.000 € erhöht. Auch hier ist in den letzten Jahren eine stetige Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Von 2010 auf 2011 stieg die Fallzahl von 678 auf 728. Daneben ist wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt mit steigenden Unterkunftskosten und der Erhöhung des Regelbedarfs zu rechnen.

29

Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Die im Produkt 61100 veranschlagten Erträge aus dem Sozialhilfelastenausgleich sind dem Budget 50 zuzurechnen.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.000	2.000	4.753,73
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	30.951.749	33.172.370	28.265.670,03
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	1.963.143	1.943.000	2.125.599,04
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	12.378	12.400	13.284,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	56.178,22
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	32.929.270	35.129.770	30.465.485,02
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-4.425.390	-4.476.480	-4.299.574,15
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-216.360	-371.400	-331.153,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-289.900	-309.900	-324.900,26
14.	66	Abschreibungen	-3.765	-3.800	-597.779,06
17.	72	Transferaufwendungen	-34.380.619	-36.967.860	-31.271.921,95
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-39.316.034	-42.129.440	-36.825.328,42
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-6.386.764	-6.999.670	-6.359.843,40
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-6.386.764	-6.999.670	-6.359.843,40
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	1.243,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-8.920,51
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	-7.677,51
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-6.386.764	-6.999.670	-6.367.520,91
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-190.600	-186.910	-150.545,84
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	-190.600	-186.910	-150.545,84
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-6.577.364	-7.186.580	-6.518.066,75

31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Verantwortlich: Frau Marina Fölsing	
Beschreibung:	Gewährung von Dienstleistungen, insbesondere durch Information, Beratung und umfassende Unterstützung mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit und Geldleistungen, insbesondere zu Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhaltes der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von eLb und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.
Grundlage:	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende
Ziele:	Zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit der Jobcenter erstellt das BMAS auf Grundlage des neu geschaffenen § 48 a SGB II seit Januar 2011 Kennzahlenvergleiche. Die bundeseinheitlichen Kennzahlen werden als entsprechende Quoten ermittelt und dienen als Messindikator für die mit dem Land Hessen nach § 48 b SGB II vereinbarten Zielen: Ziel 1: Verringerung der Hilfebedürftigkeit Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug
Kennzahlen:	zu Ziel 1: Kennzahl ist die „Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt“: $\frac{\text{Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat}}{\text{Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat des Vorjahres}}$ zu Ziel 2: Kennzahl für die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit ist die „Integrationsquote“: $\frac{\text{Summe der Integrationen in den vergangenen 12 Monaten}}{\text{Durchschnittlicher Bestand der eLb in den vergangenen 12 Monaten}}$ zu Ziel 3: Kennzahl ist die „Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern“: $\frac{\text{Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat}}{\text{Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat des Vorjahres}}$

Die Quoten zu den vorgenannten Kennzahlen werden seit Anfang des Jahres 2011 ermittelt. Es existieren keine vergleichbaren Kennzahlen für die Zeit vor dem 01.01.2011. Die Quoten, die einer monatlichen Veränderung unterliegen, werden unterjährig dem Kreisausschuss in den Quartalsarbeitsmarktberichten vorgelegt.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Trägerschaft nach dem SGB II stehenden Erstattungen des Bundes an den Vogelsbergkreis als zugelassener kommunaler Träger (Optionskommune) für das Arbeitslosengeld, die Eingliederungsleistungen und den Verwaltungskostenanteil. Dazu gehört auch die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Als Berechnungsgrundlage für die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft wird hierfür aufgrund der gesetzlichen Anpassungsregelung für das Jahr 2012 ein Prozentsatz von 35,8 % angewandt. Veranschlagt sind in diesem Satz auch die Kosten für die Warmwasseraufbereitung, die Verwaltungskosten für das Bildungspaket sowie die Leistungen zur Bildung und Teilhabe (hierfür 5,40 %).

Das Bildungspaket für Kinder im Kinderzuschlags- und Wohngeldbezug wird gem. § 6b Bundeskindergeldgesetz von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt. Das Land Hessen hat die Kreise und kreisfreien Städte per Verordnung mit Wirkung vom 01.07.2011 als ausführende Behörden bestimmt. Die Aufwendungen incl. Verwaltungskosten werden in voller Höhe vom Bund über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II (§ 46 Abs. 5 und 6) ausgeglichen. Träger des Bildungspaketes für Kinder im SGB-II-Leistungsbezug sind gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II die kreisfreien Städte und Kreise. Die Aufwendungen incl. Verwaltungskosten werden in Form einer Pauschale vom Bund über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II (§ 46 Abs. 5 und 6) erstattet.

- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Etatisiert sind die Zuweisungen des Bundes für das Programm „Perspektive 50plus-C-Modell – Beschäftigungspakte in den Regionen“ in Höhe von 116.000 € (gleichbleibend) und für das A/B-Modell 640.000 € (gleichbleibend) sowie für weitere besondere Bundes- und Landesprogramme als Ausbildungsbudget in Höhe von 100.000 € (Erhöhung um 2.000 €) und in Höhe von 100.000 € (Arbeitsmarktbudget). Weiterhin ist der Ausgleich für den Wegfall des Wohngeldes in Höhe von 1.007.143 € (Reduzierung um 81.857 €) durch das Land berücksichtigt.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Diese Position enthält Mietkosten in Höhe von 235.000 € (Ansatzerrhöhung um 5.000 €), den Finanzierungsbeitrag HLT u. Koordinierung DLT in Höhe von mit 6.900 € sowie sonstige Sachaufwendungen von 48.000 € (Ansatzerrhöhung um 5.000 €). Weggefallen ist der Ansatz für ein Konzept Mietwerterhebung (Vorjahr 30.000 €).
- 17 Transferaufwendungen**
Veranschlagt sind die Leistungen an Arbeitsuchende nach dem SGB II für das Arbeitslosengeld II, die Eingliederungsleistungen einschließlich der Bundes- und Landesprogramme (siehe Erl.Pos. 7) sowie die Leistungen zur Bildung und Teilhabe.

Die Kosten der Unterkunft, die der Vogelsbergkreis zu tragen hat, sind mit 10,3 Mio. € veranschlagt.
- 30 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen**
Der für den Bereich der Grundsicherung entstehende Aufwand für Sach- und Dienstleistungen wurde teilweise zentral beim Produkt 11110 – Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs etatisiert (Betriebskosten, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31300 Hilfen für Asylbewerber

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	441.000	376.000	368.730,24
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	441.000	376.000	368.730,24
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-175.730	-157.160	-157.074,40
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0	0	-2.614,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-500	0	0,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	-3.777,44
17.	72	Transferaufwendungen	-1.278.000	-883.000	-803.677,69
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.454.230	-1.040.160	-967.143,53
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.013.230	-664.160	-598.413,29
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.013.230	-664.160	-598.413,29
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	3.199,73
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-834,38
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	2.365,35
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.013.230	-664.160	-596.047,94
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.013.230	-664.160	-596.047,94

31300 Hilfen für Asylbewerber

Verantwortlich:	Frau Heidrun Baß
Beschreibung:	Gewährung des notwendigen Bedarfes an Ernährung, Unterkunft und Heizung einschließlich Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt an Asylbewerber und zur Ausreise verpflichtete Ausländer, Betreuung der Flüchtlinge. Die Leistungen werden als Grundleistungen nach dem AsylbLG oder als Leistungen in besonderen Fällen analog den Bestimmungen des SGB XII erbracht.
Grundlage:	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz), Asylbewerberleistungsgesetz, SGB XII in analoger Anwendung.
Ziele:	Sicherstellung des Bedarfes zum Lebensunterhalt während der Durchführung des Asylverfahrens.
Kennzahlen:	Im Bereich Asyl werden keine Kennzahlen ausgewiesen, da hier keine Steuerungsmöglichkeiten gesehen werden.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt ist die vom Land Hessen zu erstattende Pauschale nach dem Landesaufnahmegesetz für die Aufnahme und Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge, der Ersatz gewährter Hilfen durch andere Sozialleistungsträger (z. B. Kindergeld) sowie Entgelte für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Aufgrund der erhöhten Anzahl an Asylbewerbern ist auch mit höheren Erstattungen durch das Land nach dem Landesaufnahmegesetz zu rechnen.

Eine Anpassung der Pauschale nach oben (u. a. durch gestiegene Kosten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts) ist zwingend erforderlich. Der Hessische Landkreistag hat entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Es kann jedoch noch nicht prognostiziert werden, inwiefern eine Anpassung erfolgt. Die Erträge wurden unter Berücksichtigung der bisherigen Pauschale angesetzt.

17 Transferaufwendungen

Veranschlagt sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbG) für die Aufnahme und Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge (Lebensunterhalt, Kosten für die Unterbringung, Krankenhilfe). Die Fallzahlen im Bereich Asyl sind erheblich angestiegen. Die Tendenz vergangener Jahre von zurückgehenden Zahlen hat sich nicht fortgesetzt. Im Jahr 2011 waren 166 Asylbewerber dem Kreis zugewiesen. In 2010 waren es noch 113. Der Vogelsbergkreis muss mit der Anmietung neuer Gemeinschaftsunterkünfte reagieren. Wie sich der Anstieg in den nächsten Jahren entwickelt ist von der politischen Situation in den Krisengebieten abhängig. Eine Beurteilung ist hier sehr schwierig. Die Aufwendungen sind aufgrund der gestiegenen Fallzahlen ebenfalls stetig gestiegen. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 18.07.2012 den Gesetzgeber verpflichtet, unverzüglich die Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Sinne der Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums anzupassen. Bis zur gesetzlichen Änderung sind die Geldleistungen sofort entsprechend den Grundlagen der Regelungen für den Bereich SGB II und SGB XII zu berechnen. Dies führt zu einer erheblichen Erhöhung der Grundleistungen.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	0	0	72.979,75
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	0	0	72.979,75
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-4.630	-4.430	-4.464,76
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.490	-2.850	-2.935,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-6.400	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	0	-55.000	-150.639,09
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-7.120	-68.680	-158.038,85
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	-7.120	-68.680	-85.059,10
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-7.120	-68.680	-85.059,10
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-7.120	-68.680	-85.059,10
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.120	-68.680	-85.059,10

32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Verantwortlich: Frau Gisela Füg

Beschreibung: Leistungen im Rahmen der Kriegsofferfürsorge (KOF) umfassen Leistungen an Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und Kriegereltern für:

- ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt
- Hilfe zur Pflege – ambulant
- Pflegegeld und Sachleistung
- Hilfe zur Pflege - vollstationäre Unterbringung
- Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes
- Erholungshilfe
- Altenhilfe
- Erziehungsbeihilfe
- Wohnungshilfe
- Hilfe in besonderen Lebenslagen
- sonstige Hilfen

Grundlage: §§ 25 – 27 j Bundesversorgungsgesetz (BVG)

Ziele: Aufgabe bei Kriegsofferfürsorge ist es, sich der Beschädigten und ihrer Familienmitglieder sowie der Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen, um die Folgen der Schädigung oder des Verlustes des Ehegatten, Elternteils, Kindes oder Enkelkindes angemessen auszugleichen oder zu mildern.

Kennzahlen:

Hinweis:

Das Gesetz zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge wird aufgehoben. Die Aufgaben der Kriegsofferfürsorge sollen zukünftig nur noch durch den LWV erledigt werden. Die seitherige vertragliche Übergangsregelung mit dem LWV entfällt somit. Für den Vogelsbergkreis entstehen ab 2013 keine Aufwendungen mehr.

Das Produkt wird aufgrund des Rechnungsergebnisses im Haushalt abgebildet.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-1.500	-1.420	-1.413,81
17.	72	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-5.859,39
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-7.500	-7.420	-7.273,20
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-7.500	-7.420	-7.273,20
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-7.500	-7.420	-7.273,20
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-7.500	-7.420	-7.273,20
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.500	-7.420	-7.273,20

33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Einrichtungen, Dienste, Vereine der freien Wohlfahrtspflege werden vom Vogelsbergkreis finanziell unterstützt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Grundlage: Art. 20 GG, I. Buch Sozialgesetzbuch, Beschlüsse der Kreisgremien zum Haushaltsplan.

Ziele: Hilfesuchende Menschen finden außerhalb der Kreisverwaltung geeignete Einrichtungen, Dienste und Vereine vor, die selbst Hilfen gewähren oder weitervermitteln.

Kennzahlen: Kennzahlen können nicht definiert werden. Die Zielerreichung wird in einem ständigen sozialplanerischen Prozess überprüft.

Position: Erläuterungen

17 Transferaufwendungen

Es handelt sich um Mitgliedsbeiträge in Höhe von 672 € und um Zuwendungen an Vereine und Wohlfahrtsverbände auf Kreisebene in Höhe von 5.328 €.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 34300 Betreuungsleistungen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	60,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.000	1.000	60,00
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-125.520	-88.600	-88.604,38
	-65				
17.	72	Transferaufwendungen	-70.000	-70.000	-67.214,35
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-195.520	-158.600	-155.818,73
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-194.520	-157.600	-155.758,73
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-194.520	-157.600	-155.758,73
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-194.520	-157.600	-155.758,73
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-194.520	-157.600	-155.758,73

34300 **Betreuungsleistungen**

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Die Betreuungsbehörde unterstützt die Betreuungsgerichte in allen Belangen des Betreuungsrechts. Sie ist an den dort anhängigen Betreuungsverfahren beteiligt, indem sie bereits vor Bestellung eines Betreuers eingeschaltet wird. Die Betreuungsbehörde berät Einzelpersonen zu Fragen über vorsorgende Verfügungen. Im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit führt die Betreuungsbehörde Betreuer in ihr Aufgabengebiet ein und bildet sie fort. Sie unterstützt Betreuer bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei zivilrechtlichen Unterbringungen leistet die Betreuungsbehörde Hilfestellung. Sie kooperiert mit Betreuungsvereinen und anderen freigemeinnützigen und privaten Organisationen. Die Betreuungsbehörde führt selbst Betreuungen. Der Vogelsbergkreis bezuschusst Betreuungsvereine zur Sicherstellung ihres Auftrages.

Grundlage: Betreuungsgesetz, Betreuungsbehördengesetz, Bürgerliches Gesetzbuch über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Beurkundungsgesetz

Ziele: Die Betreuungsstelle leistet ihren Beitrag dazu, dass Menschen, die wegen Erkrankung oder Behinderung im psychischen, geistigen oder körperlichen Bereich ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen können, durch geeignete gesetzliche Betreuer die erforderliche Unterstützung erhalten. Alle Menschen aus dem Vogelsbergkreis, bei denen ein Betreuungsgericht das Erfordernis einer Betreuerbestellung festgestellt hat, erhalten einen geeigneten gesetzlichen Betreuer.

Kennzahlen: Anzahl der durch Gerichtsbeschluss bestehenden Betreuungen, Anzahl Neuverfahren.

Anzahl	2009	2010	2011
Betreuungen	3.845	3.073	2.818
davon Neuverfahren:	618	588	647

Position: Erläuterungen

- 2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
Die Betreuungsstelle erhebt geringe Gebühren für die Beglaubigung von Betreuungsverfügungen.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Führt die Betreuungsstelle in Einzelfällen selbst gesetzliche Betreuungen, können die Aufwendungen dafür aus evtl. vorhandenem Vermögen des Betreuten finanziert oder der Gerichtskasse in Rechnung gestellt werden. Da dies sowohl im Jahr 2009 als auch in 2010 nicht erfolgte, wurden für 2012 keine Mittel eingeplant.
- 17 Transferaufwendungen**
Unter dieser Position sind die Zuschüsse an Betreuungsvereine zur Unterstützung ihrer Arbeit etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	0	1.500	115.652,25
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	30.000	30.000	36.362,95
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	30.000	31.500	152.015,20
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-782.890	-612.530	-668.114,08
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-46.880	-82.570	-31.942,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.000	0	-4.126,09
17.	72	Transferaufwendungen	-458.000	-449.000	-396.017,71
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.292.770	-1.144.100	-1.100.199,88
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.262.770	-1.112.600	-948.184,68
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.262.770	-1.112.600	-948.184,68
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.262.770	-1.112.600	-948.184,68
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.262.770	-1.112.600	-948.184,68

35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Verantwortlich:	Herr Werner Köhler
Beschreibung:	Hilfen für Frauen durch die Fachberatungsstelle „Frauen (und Kinder) in Not“ durch Beratungsschutz und Hilfeangebote in Fällen von häuslicher Gewalt. Sonstige Hilfen im Rahmen der Familien und Frauenförderung, Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Zuschüsse an soziale Einrichtungen im Vogelsberg, Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Betrieb eines Pflegestützpunktes in gemeinsamer Trägerschaft mit Pflege- und Krankenkassen. Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für Bezieher von Kinderzuschlag oder Wohngeld.
Grundlage:	Lastenausgleichsgesetz, Gewaltschutzgesetz, freiwillige Leistungen, § 92c SGB XI und Allgemeinverfügung des Hessischen Sozialministeriums vom 08. Dezember 2008, § 6 b BKGG und der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Gewährung der Leistungen nach § 6 b BKGG.
Ziele:	Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Schutz und Unterstützung von durch Gewalt bedrohten Frauen (Kindern), Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur, Förderung des Übergangs Schule in den Beruf, Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen in allen Fragen rund um das Thema Pflege, Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung, Kultur, Sport.
Kennzahlen:	

Position: Erläuterungen

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen
Veranschlagt wurden Landesmittel aus dem Kommunalisierungs-Budget für den Bereich Gewaltschutz in Höhe von 20.000 € sowie die Zuweisung des Landes für Spätaussiedler in Höhe von 10.000 €. Zuweisung des Bundes für die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für Bezieher von Kinderzuschlag und Wohngeld. Es erfolgt ein voller Kostenausgleich der aufgewendeten Mittel.

17 Transferaufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt Mittel für

Leistungen nach § 276 Lastenausgleichsgesetz	15.000 €
Maßnahmen zur Integration Arbeitsloser und Jugendlicher in den Arbeitsmarkt	90.000 €
Aufwendungen Ehrenamts-card	500 €
Bildungs- und Teilhabeleistungen f. Bezieher v. Kinderzuschlag u. Wohngeld	94.000 €
Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	238.000 €
davon	
Altenhilfe	6.000 €
Betreuungsarbeit in sozialen Brennpunkten	1.000 €
Beratungsangebote n. d. Gewaltschutzgesetz	20.000 €
Familien- u. Frauenförderung, Verhütungsmittelfond	32.500 €
Jugend- u. Drogenberatungsstelle (Suchthilfe)	132.000 € (60T€ nun bei Produkt 31200 u. 10T€ bei Produkt 3110010 veranschlagt)
Jugend- u. Drogenberatungsstelle (Prävention)	15.000 €
Vogelsberger Lebensräume	35.500 €
Aids-Hilfe Fulda-VB	3.500 €
Selbsthilfegruppen	3.000 €

Der Ansatz für Bildungs- und Teilhabeleistungen wurde von 60.000 € auf 94.000 € erhöht. Die Leistungen können seit 01.01.2011 in Anspruch genommen werden. Bei Planung des Haushalts 2012 konnte noch nicht abgesehen werden, in welchem Umfang dies geschieht. Der Ansatz für 2013 orientiert sich an dem Ergebnis 2011 und den Aufwendungen aus dem 1. Halbjahr 2012. Des Weiteren sind aufgrund einer Organisationsverfügung die Mittel für das „Lokale Bündnis“ ab dem Jahr 2013 unter diesem Produkt veranschlagt worden (vorher 11100).

Teilhaushalt/Budget

50 Soziale Sicherung

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		2011	Gesamtauszahlungsbedarf
					EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	29.504	29.504
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-11.210	0	-12.180	-11.225,58	-88.434	-43.594
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-11.210	0	-12.180	-11.225,58	-112.475	-67.635
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-11.210	0	-12.180	-11.225,58	-82.971	-38.131

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31100 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.020	0	-5.370	-4.972,45	-39.559	-19.479
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.020	0	-5.370	-4.972,45	-39.559	-19.479
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-5.020	0	-5.370	-4.972,45	-39.559	-19.479

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	29.504	29.504
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.950	0	-5.310	-4.949,21	-38.955	-19.155
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.950	0	-5.310	-4.949,21	-62.996	-43.196
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.950	0	-5.310	-4.949,21	-33.492	-13.692

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-30	0	-30	-25,89	-227	-107
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-30	0	-30	-25,89	-227	-107
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-30	0	-30	-25,89	-227	-107

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.210	0	-1.470	-1.278,03	-9.693	-4.853
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.210	0	-1.470	-1.278,03	-9.693	-4.853
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.210	0	-1.470	-1.278,03	-9.693	-4.853

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Budgetverantwortung

Dagmar Scherer

Produkte

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
36100 Tagesbetreuung von Kindern
36200 Kinder- und Jugendarbeit
36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	201.550	220.750	191.497,83
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	100	0,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	148.000	148.000	146.891,35
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	2.818.600	2.585.600	3.003.320,12
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	25.000	73.000	96.748,65
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	3.193.150	3.027.450	3.438.457,95
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-2.919.430	-2.663.590	-2.643.885,08
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-139.670	-262.870	-166.521,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-160.850	-146.500	-118.814,84
14.	66	Abschreibungen	0	0	-253.052,67
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-15.000	-6.400	-6.000,00
17.	72	Transferaufwendungen	-20.416.840	-19.394.100	-18.884.836,69
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-23.651.790	-22.473.460	-22.073.110,78
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-20.458.640	-19.446.010	-18.634.652,83
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-20.458.640	-19.446.010	-18.634.652,83
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	387.408,35
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-40.176,42
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	347.231,93
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-20.458.640	-19.446.010	-18.287.420,90
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	938.500	947.400	942.234,66
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	938.500	947.400	942.234,66
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.520.140	-18.498.610	-17.345.186,24

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	950.000	970.000	972.123,91
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	950.000	970.000	972.123,91
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-197.680	-161.950	-164.727,39
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-45.400	-58.100	-53.478,00
17.	72	Transferaufwendungen	-1.225.000	-1.255.000	-1.243.900,98
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.468.080	-1.475.050	-1.462.106,37
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-518.080	-505.050	-489.982,46
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-518.080	-505.050	-489.982,46
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-518.080	-505.050	-489.982,46
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-518.080	-505.050	-489.982,46

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Verantwortlich: Frau Petra Jung

Beschreibung: - Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz an anspruchsberechtigte allein erziehende Mütter und Väter,
- Durchsetzung von übergegangenen Unterhaltsansprüchen gegenüber dem familienfernen Elternteil

Grundlage: Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Bundesrichtlinien zum UVG, SGB I und X, BGB, ZPO, Unterhaltsgrundsätze des OLG Frankfurt am Main

Ziele: Bescheiderteilung innerhalb von max. 3 Monaten ab Antragsstellung in 75 % der Fälle.

Kennzahlen: Anzahl der innerhalb von 3 Monaten erteilten Bescheide / Anzahl der Anträge im Vergleichszeitraum

Anzahl	2009	2010	2011
Neuanträge	273	234	241
Bescheiderteilung innerhalb von 3 Monaten	248	214	204
Bescheiderteilung später als 3 Monate	25	20*	37**
Quote	90,85 %	91,46 %	84,65 %

* hiervon wurden 13 Anträge wegen ausreichender Unterhaltszahlung abgelehnt

** hiervon wurden 22 Anträge wegen ausreichender Unterhaltszahlung abgelehnt

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

6 Erträge aus Transferleistungen

Leistungen Dritter sowie Erstattungsbeträge des Landes: Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den Gesamtaufwendungen.

17 Transferaufwendungen

Unterhaltsvorschussleistungen an Berechtigte; Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den vereinnahmten Unterhaltszahlungen (Leistungen Dritter).

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	120.000	180.000	4.607,90
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	38.000	34.457,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	120.000	218.000	39.064,90
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-170.670	-198.490	-157.318,51
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-16.040	-20.720	-11.211,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.000	-10.000	-9.911,56
14.	66	Abschreibungen	0	0	-2.193,41
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-6.400	-6.000,00
17.	72	Transferaufwendungen	-820.000	-900.000	-526.995,70
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.030.710	-1.135.610	-713.630,18
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-910.710	-917.610	-674.565,28
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-910.710	-917.610	-674.565,28
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	3.939,76
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-328,30
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	3.611,46
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-910.710	-917.610	-670.953,82
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-910.710	-917.610	-670.953,82

36100 Tagesbetreuung von Kindern

Verantwortlich: Herr Helmut Benner	
Beschreibung: Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung; Fachberatung, Fachaufsicht und Fortbildungsangebote für Kindertageseinrichtungen; Anwerbung, Beratung Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen; Betriebserlaubnis; Bezuschussung von Kindergarten- und Kindertagesstättenbeiträge sowie Tagespflegekosten	
Grundlage: Sozialgesetzbuch VIII; §§ 22-25, §§ 43, 45, § 74, § 90	
Ziele:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Weiterer Ausbau des Angebotes an Tagespflegeplätzen für unter 3- jährige im Umfang von 40 Plätzen 2. Unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß hohen Fluktuation die Grundqualifizierung von mindestens 60 Personen, um die angestrebten 40 neuen Plätze in der Kindertagespflege zu schaffen
Kennzahlen:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anzahl der neugeschaffenen Tagespflegeplätze 2. Anzahl der Teilnehmer/innen am Grundqualifizierungskurs

Anzahl	2009	2010	2011
Tagespflegeplätze für unter 3-Jährige insgesamt	134	175	195
davon: neue Tagespflegeplätze	36	41	20
Teilnehmer Grundqualifizierungskurse	54	45	34

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

6 Erträge aus Transferleistungen

Der Ansatz beinhaltet den Kostenersatz von Kostenbeitragspflichtigen und anderen Trägern, Teilnehmerbeiträge aus Fortbildungsveranstaltungen für Kindertagesstätten sowie Erstattungen aus Überzahlungen in der Tagespflege und bei Kindergartengebühren. Eine Veränderung des Ansatzes ergibt sich durch die geplante Satzung über die Höhe des Tagespflegegeldes und die Erhebung von Kostenbeiträgen in der Kindertagespflege, die am 01.01.2013 in Kraft tritt.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Die bisherige Landesförderung aus dem Programm „BAMBINI“ ist ab dem 01.01.2013 ausgesetzt, da der Landesgesetzgeber eine Zusammenfassung der Landesförderungen in einem entsprechenden Gesetz plant. Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass dieses Gesetz vor dem 01.01.2012 verabschiedet wird und auch über die vorgesehenen Inhalte ist derzeit noch nichts bekannt, daher ist hier ohne Ansatz zu kalkulieren.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz ist vorgesehen zur Sicherstellung der Qualifizierung, Fortbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit in der Tagespflege zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Die Kosten erhöhen sich durch die Ausweitung der Grundqualifizierung von Tagespflegepersonen zum 01.01.2013 von 54 auf 160 Unterrichtseinheiten.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Hierbei handelte es sich um den Zuschuss für die „Erlebnistage Herbstein“, der für die Jahre 2011 und 2012 über insgesamt 12.400 € bewilligt wurde.

17 Transferaufwendungen

Die voraussichtliche Entwicklung kann derzeit nicht beurteilt werden, da nach Inkrafttreten der Satzung zunächst die Inanspruchnahme des Angebotes zu beobachten ist. Derzeit ist nicht klar, inwieweit die Satzung zu Änderungen der Angebotsnutzung führt.

Teilhaushalt/Budget **51 Jugend**
 Produkt **36200 Kinder- und Jugendarbeit**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	201.550	220.750	189.337,83
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	82.000	82.000	80.291,35
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	25.000	35.000	62.291,65
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	308.550	337.750	331.920,83
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-561.610	-491.410	-462.285,80
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-126.850	-126.500	-98.750,07
14.	66	Abschreibungen	0	0	263,55
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-15.000	0	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	-165.740	-172.000	-180.140,87
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-869.200	-789.910	-740.913,19
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-560.650	-452.160	-408.992,36
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-560.650	-452.160	-408.992,36
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-560.650	-452.160	-408.992,36
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	57.000	57.000	51.834,66
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	57.000	57.000	51.834,66
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-503.650	-395.160	-357.157,70

36200 Kinder- und Jugendarbeit

Verantwortlich: Frau Silvia Lucas

Beschreibung:

- außerschulische Jugendbildung
- Förderung von Partizipationsmodellen für Kinder und Jugendliche
- Koordinierung des Bundesprojektes „Vielfalt tut gut“
- Ferienfreizeitangebote, Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien
- Betreuung von Kindern in drei Spiel- und Lernstuben
- Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit
- Beratung und finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit aus Mitteln der Jugendförderungsrichtlinie
- eigenständige Durchführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit mit eigenem Personal an drei Standorten und mit externem Personal an weiteren zwei Standorten
- Begleitung und finanzielle Unterstützung der Projekte der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe
- Mädchenarbeit
- Betreuung des Kinder- und Jugendparlaments

Grundlage: SGB VIII, insbesondere §§ 11-14, 29
 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch, bes. 3. Teil
 KA-Beschlüsse Jugendförderungsrichtlinie, RiLi zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien, KA- und KT-Beschlüsse zur Durchführung schulbezogener Jugendarbeit
 Hessisches Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit
 Förderprogramme des Bundes, z. B. „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (ehemals „Vielfalt tut gut“), MORO, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Ziele: Flächendeckende präventive Angebote der Jugendsozialarbeit zur frühzeitigen Bearbeitung möglicher Problemlagen von Kindern und Jugendlichen.
 Mobile bedarfsgerechte und erreichbare Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit.
 Unterstützung und Förderung der verbandsgebundenen Jugendarbeit und der ehrenamtlichen Jugendarbeit der Vereine.
 Bereithaltung attraktiver Freizeit-, Bildungs- und Erholungsangebote für Kinder und Jugendliche.
 Entlastung von Familien in den Ferien.
 Gewährleistung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
 Sicherstellung gelingender Übergänge Jugendlicher von der Schule in den Beruf durch gezielte Bildungsmaßnahmen und Angebote der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe.

Kennzahlen: Anzahl der Teilnehmer/innen an Kinder- und Jugendfreizeiten, Seminaren und Projekten der außerschulischen Bildungsarbeit, Anzahl der Qualifizierungsangebote für Jugendleiter/innen und ausgestellte Jugendleiter/innencards im Landkreis, Fördersummen gem. der Jugendförderrichtlinien und Anzahl der geförderten Gruppen, Umfang der über Bundesprogramme akquirierten Fördersummen

Anzahl Teilnehmer	2009	2010	2011
Freizeiten	272	189	117
Seminare	1.005	1.026	813
Insgesamt	1.277	1.215	930

Anzahl	2009	2010	2011
Teilnehmer Qualifizierungsangebote*	16	29	11
ausgestellte Jugendleiter/innencards	16	62	23

* Ausgewiesen sind nur die Teilnehmer, die an der Grundausbildung der Jugendförderung teilgenommen haben, Teilnehmer der freien Träger finden sich in den Maßnahmen, die über die Richtlinie gefördert werden.

	2009		2010		2011	
Förderung	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen
nach Jugendförderrichtlinien*	15.000	34	0	0	0	0
durch Bundesprogramme	100.000	70	100.000	75	65.000	0
Insgesamt	115.000	104	100.000	75	65.000	0

* Die Jugendförderrichtlinie war 2010 außer Kraft gesetzt, daher erfolgte keine Förderung.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Alle Teilnehmerbeiträge für Kinder- und Jugendfreizeiten, Seminare und Veranstaltungen des Jugendbildungswerkes, Benutzerentgelte für die Einrichtungen Landenhausen und Eckmannshain. Der Ansatz aus 2011 kann trotz der Gebührenerhöhung und verstärkter Werbung für die Einrichtungen nicht realisiert werden.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Verwaltungskostenzuschuss des Landes für die außerschulische Bildungsarbeit.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Das Bundesprojekt „Vielfalt“ läuft in 2013 aus. Seit 2011 ist der Vogelsbergkreis nur noch in der reduzierten Nachhaltigkeitsförderung. Die Projektmittel sinken jährlich und belaufen sich in 2013 auf 20.000 €. Daneben ist mit einem Ertrag aus Landeszuschüssen von 5.000 € zu rechnen.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Zusammenfassung aller Aufwendungen, die mit der Durchführung der Freizeitmaßnahmen und dem Betrieb der kreiseigenen Jugendeinrichtungen Eckmannshain und Landenhausen zusammenhängen. Orientiert wurde sich an dem Rechnungsergebnis 2010.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
Zum 01.01.2013 wird die Jugendförderrichtlinie wieder in Kraft gesetzt (Beschluss Kreisausschuss v. 22.06.2012).
- 17 Transferaufwendungen**
Der Ansatz berücksichtigt 30.000 Euro aus dem Bundesprojekt "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" (analog Pos. 7). Daneben sind 57.000 Euro für schulbezogene Jugendarbeit als Zuschuss an örtliche Träger der außerschulischen Jugendarbeit etatisiert. Weitere 65.000 Euro wurden für die außerschulische Bildungsarbeit, 10.000 Euro für Beihilfen zur Kinder- und Jugendberufshilfe und 10.000 Euro für Beratungsangebote für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene eingestellt.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	2.160,00
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	100	0,00
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	66.000	66.000	66.600,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	1.748.600	1.435.600	2.026.588,31
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.814.600	1.501.700	2.095.348,31
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-1.989.470	-1.811.740	-1.859.553,38
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-78.230	-184.050	-101.832,50
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	-10.000	-10.153,21
14.	66	Abschreibungen	0	0	-251.122,81
17.	72	Transferaufwendungen	-18.206.100	-17.067.100	-16.933.799,14
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-20.283.800	-19.072.890	-19.156.461,04
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-18.469.200	-17.571.190	-17.061.112,73
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-18.469.200	-17.571.190	-17.061.112,73
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	383.468,59
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-39.848,12
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	343.620,47
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-18.469.200	-17.571.190	-16.717.492,26
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	881.500	890.400	890.400,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	881.500	890.400	890.400,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-17.587.700	-16.680.790	-15.827.092,26

36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Verantwortlich: Frau Martina Beyer

Beschreibung: Förderung der Erziehung in der Familie
 Ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen der Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige
 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen (Heimaufsicht, Pflegekinderdienst), Entgeltvereinbarungen
 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
 Beistandschaften, Pflegerschaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche sowie
 Auskunft über die Nichtabgabe von Sorgeerklärungen
 Beurkundung und Beglaubigung
 Jugendhilfeplanung

Grundlage: Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, Hess. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (HAG SGB KJHG), SGBI, IX, X, XII, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermG), Jugendgerichtshilfegesetz (JGG), Freiwilliges Gerichtsgesetz (FGG)

Ziele:

1. Als ersten Schritt zur Wirkungsevaluation erfolgt eine Gesamtbetrachtung der Zielerreichungsgrade bezogen auf die Zielvereinbarungen der einzelnen Hilfeplanverfahren in drei sozialpädagogischen Tagesgruppen, die als Tandempartner gemeinsam mit dem Amt für Jugend, Familie und Sport im Bundesprojekt „Wirkungsorientierte Jugendhilfe- Modellprogramm Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen“ gearbeitet haben
2. Beratungsangebote nach der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind, werden innerhalb von 2 Wochen nach Eingang der Geburtsmitteilung erteilt.
3. Mitteilung an die Eltern über die Verpflichtung zur Zahlung von Kostenbeiträgen innerhalb von einer Woche nach Hilfebeginn.

Kennzahlen:

1. Zielerreichungsgrad
2. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb 2-Wochenfrist
3. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn

1. Zielerreichungsgrad	2009	2010	2011
Junge Menschen	27	33	39
Zielerreichungsgrad	75 %	67 %	71 %
Einschätzung d. Hilfe durch Beteiligte	nicht erhoben	86 %	78 %

Erstmals wurden alle Kinder, die im Laufe des Jahres 2010 in den 3 Tagesgruppen betreut wurden, einbezogen. Erstmals in 2010 wurde die Einschätzung der Hilfe durch die Beteiligten einbezogen.

2. Bearbeitungsdauer in Tagen / Bearbeitung innerhalb 2-Wochenfrist	2009	Prozent	2010	Prozent	2011	Prozent
Anschreiben innerhalb 2 Wochen	62	44,29	79	47,31	60	37,97
Beratung im Vorfeld erfolgt	60	42,86	82	49,10	93	58,87
Anschreiben später als 2 Wochen	18	12,86	6	3,59	5	3,16
Gesamt	140	100,00	167	100,00	158	100,00

3. Bearbeitungsdauer in Tagen / Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn	2009	Prozent	2010	Prozent	2011	Prozent
Anschreiben innerhalb einer Wochen	41	45,05	94	63,95	99	68,27
Anschreiben im laufenden Monat	12	13,19	6	4,08	23	15,86
Anschreiben im Folgemonat	17	18,68	36	24,49	10	6,90
Anschreiben später	21	23,08	11	7,48	13	8,97
Gesamt	91	100,00	147	100,00	145	100,00

Mitteilung an die Eltern über die Verpflichtung zur Zahlung von Kostenbeiträgen innerhalb 1 Woche nach Hilfebeginn.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Personalkostenerstattungen des Landes für die Übernahme von Landesaufgaben sowie für die Offensive für Kinderbetreuung.

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt ist der Kostenersatz von Kostenbeitragspflichtigen für die Hilfe zur Erziehung und der Eingliederungshilfe sowie die Erstattungen von Jugendhilfeträgern und Sozialleistungsträgern. Da diese Erstattungen bei Fallabgaben anfallen, diese aber nicht vorhersehbar sind (z.B. Wegzug des die Kostenzuständigkeit auslösenden Elternteils aus dem Vogelsbergkreis) können die Ergebnisse großen Schwankungen unterliegen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Kosten für Heimaufsicht (Fachstelle Jugendhilfeeinrichtungen) und KiTa-Aufsicht (Fachstelle Kindertageseinrichtungen) und für die Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt.

17 Transferaufwendungen

Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen: (Ansatz: 5.400.000 €, Vorjahr 5.430.000 €) beinhaltet sonstige Hilfen nach § 27 SGB VIII, soziale Gruppenarbeit § 29, Betreuungshelfer/Erziehungsbeistand § 30, SPFH § 31, Tagesgruppe § 32, Vollzeitpflege nach § 33, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35, ambulante Leistungen für Volljährige § 41, ambulante Maßnahmen bei Notsituationen.

Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen: (Ansatz: 12.635.000 €, Vorjahr: 11.460.000 €) Etatisiert sind die Heimerziehung § 34, Eingliederungshilfe § 35a, Leistungen an Volljährige § 41, sonstige Maßnahmen bei Notsituationen und Inobhutnahmen, Erstattungen an andere Jugendhilfeträger sowie Kosten für Jugendheim Feldatal, gefährdete Jugendliche und soziale Trainingskurse.

Der Ansatz errechnet sich aus der jeweiligen Fallzahl zum 01.07. eines Jahres multipliziert mit den durchschnittlichen Fallkosten des Vorjahres; der tatsächliche Verlauf und die Anzahl der Hilfen ergeben sich aus der jeweiligen aktuellen Situation.

Daneben umfasst der Ansatz Erstattungen an andere Jugendhilfeträger mit 165.000 € (Vorjahr 148.000 €) und an die „Jugendhilfe Land“ für gefährdete Jugendliche und soziale Trainingskurse mit 6.100 € (Vorjahr 4.100 €).

29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Die im Produkt 61100 veranschlagten Erträge aus dem Jugendhilfelastenausgleich sind dem Budget 51 zuzurechnen.

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.100	0	-5.280	-4.717,57	-39.057	-18.657
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.100	0	-5.280	-4.717,57	-39.057	-18.657
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-5.100	0	-5.280	-4.717,57	-39.057	-18.657

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-650	0	-640	-630,11	-5.080	-2.480
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-650	0	-640	-630,11	-5.080	-2.480
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-650	0	-640	-630,11	-5.080	-2.480

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-240	0	-220	-208,77	-1.802	-842
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-240	0	-220	-208,77	-1.802	-842
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-240	0	-220	-208,77	-1.802	-842

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.210	0	-4.420	-3.878,69	-32.175	-15.335
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.210	0	-4.420	-3.878,69	-32.175	-15.335
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.210	0	-4.420	-3.878,69	-32.175	-15.335

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Budgetverantwortung			Produkte		
Renate Meudt			414-00 Maßnahmen der Gesundheitspflege		
Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	150.000	175.000	198.533,42
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	7.500	7.500	7.500,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	157.500	182.500	206.033,42
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-1.204.910	-1.093.120	-1.041.713,28
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0	-68.480	-7.857,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-71.600	-72.600	-53.093,67
14.	66	Abschreibungen	-1.215	-1.200	-5.568,53
17.	72	Transferaufwendungen	-5.000	-15.000	-13.049,26
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.282.725	-1.250.400	-1.121.281,74
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.125.225	-1.067.900	-915.248,32
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.125.225	-1.067.900	-915.248,32
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.125.225	-1.067.900	-915.248,32
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	164.000	164.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 29 ./ Pos. 30)	164.000	164.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-961.225	-903.900	-915.248,32

41400 Gesundheitsdienste

Verantwortlich: Frau Renate Meudt

Beschreibung:

- Hygiene und Umweltmedizin
 - Die Bevölkerung vor Schäden zu schützen, die sich aus Verunreinigungen der Umwelt (z.B. Trink- und Badewasser) oder Infektionen (auch Seuchen/Pandemien/in Gesundheitseinrichtungen erworben) ergeben;
 - Gelbfieberimpfung, Reisemedizinische Beratung
- Schulgesundheitspflege: Feststellung der Schulfähigkeit, Früherkennung von Erkrankungen und besonderem Förderbedarf sowie Durchführung von sportärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei D/E-Kader-Athleten;
- Gremienarbeit: Teilnahme an Hilfeplankonferenzen zur Wiedereingliederung der Klienten, Präventionsarbeit (Arbeitskreis Prävention, Projekt HaLT, Runder Tisch gegen Gewalt, MRE-Netzwerk), Jugendhilfeausschuss;
- Begutachtung: Zu diesem Bereich gehören die amtsärztlichen, vertrauensärztlichen, verkehrsmedizinischen Begutachtungen. Mittels der Ergebnisse der Begutachtung sollen u.a. leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber ermöglicht werden;
- Sozialmedizin: Begutachtung für leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber. Auftraggeber sind überwiegend Behörden;
- Sozialpsychiatrischer Beratungsdienst: personenzentrierte Beratung und Hilfen für Menschen mit psychischer Erkrankung und Behinderung sowie für Personen mit Suchtproblemen und Suchterkrankungen. Eine weitere Aufgabe ist die Beratung von Angehörigen und des sozialen Umfelds;
- Medizinalaufsicht: Erfassung aller im Vogelsbergkreis tätigen Personen, die im Gesundheitsbereich tätig sind (Ärzte, Zahnärzte, Heilhilfskräfte, Heilpraktiker, etc.);
- Arbeitsmedizinische Betreuung: die Verbesserung des Arbeitsschutzes der Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises.

Grundlage: Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) - GVBl. I S. 659 - vom 28. September 2007, zuletzt geändert am 07. September 2012; Arbeitssicherheitsgesetz, Fahrerlaubnisverordnung (FeV), BAT/TVöD, Hessisches Beamten-Gesetz, Heilpraktikergesetz, WaffenG, SGB II, SGB V, SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), SGB XI, SGB XII, Hessisches Schulgesetz, Infektionsschutzgesetz (IfSG), IfSG-Hygiene-Verordnung, Trink-WVO-2001, zuletzt geändert 22.12.2011, EG-Badegewässer-RL, Verordnung über die Qualität und Bewirtschaftung der Badegewässer (VO-BGW), Medizinproduktegesetz (MPG), Hessisches Verwaltungskostengesetz, Hessische Verwaltungskostenordnung.

Ziele:

- Effiziente und bürgernahe Aufgabenerledigung;
- Kontinuierliche Überwachung von Infektionserkrankungen der Bevölkerung, um drohende Gefahren festzustellen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. (SARS, Pocken, Vogelgrippe-Pandemie, Schweinegrippe, EHEC/HUS etc.).
- Hilfestellungen bei (psychischen) Krisensituationen.
- Durchführung der Aufgaben unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und der von den Fachgesellschaften vorgegeben Leitlinien/Produktkataloge.
- Ökonomische und ökologische Nutzung der Ressourcen.
- Berücksichtigung des Leitbildes des Vogelsbergkreises.

Kennzahlen:

- 1.) Anzahl der Untersuchungen
- 2.) Anzahl der Begehungen
- 3.) Anzahl der Belehrungen

Anzahl	2009	2010	2011
Untersuchungen	1.788	2.668	2.929
Behaltungen	1.153	1.144	1.263
Summe	2.941	3.812	4.192

Anzahl	2009	2010	2011
Einschulungsuntersuchungen	883	881	917
Jugendzahnärztliche Untersuchungen	2.541	1.746	2.461
Sozialpsychiatrische Untersuchungen	53	61	75
SPDi-Kontakte	481	575	615
Hilfeplankonferenz	248	240	266
Gelbfieber-Impfungen (WHO-zert.)	48	59	71
Arbeitsmedizinische Untersuchungen	483	426	571
Sportmedizinische Untersuchungen	86	104	67

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz stellt auf das zu erwartende Rechnungsergebnis 2011 abzüglich 25.000 € ab. Grund hierfür ist eine Änderung des Verfahrens der Untersuchungen nach § 8 SGB II. Es ist davon auszugehen, dass ab dem III. Quartal 2012 nur noch in Einzelfällen eine sozialmedizinische Untersuchung nach § 8 SGB II erfolgen wird. Hierdurch fallen Erträge von je 128 € pro Untersuchung weg.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgem. Umlagen

Es wurden Zuschüsse für den „Arbeitskreis Prävention/Projekt HaLT“ durch das Land Hessen veranschlagt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz umfasst Mittel zur Abdeckung des Arznei- und Laborbedarfs sowie Aufwendungen für externe Untersuchungen und Impfstoffe in Höhe von 31.000 €. Dieser Posten wurde gegenüber 2012 um 1.000 € gesenkt. Die relativ geringe Senkung des Betrages resultiert aus den nur geringen labortechnischen Untersuchungserfordernissen der sozialmedizinischen Untersuchung nach § 8 SGB II. Daneben sind 38.600 € für die Präventivmaßnahmen MRE-Netz Mittelhessen veranschlagt worden. MRE-Netzwerke sollen verschiedene Einrichtungen einer Region bei der Bekämpfung gegen Multi-Resistenten-Erregern einbinden. Weitere Mittel sind für das Projekt „HaLT – Hart am Limit“ veranschlagt. Diese resultiert aus der politischen Entscheidung zur Prävention des Problems „Koma-Saufen“. Für die Tätigkeit in weiteren Netzwerken wurden zudem 2.000 € angesetzt.

14 Abschreibungen

Der Ansatz umfasst die Abschreibung auf vorhandene Anlagegüter.

17 Transferaufwendungen

Veranschlagt sind Unterbringungskosten gem. § 30 Infektionsschutzgesetz für die zwangsweise Einweisung von Patienten mit TBC-Erkrankung. Hierbei handelt es sich um reine Unterbringungskosten und nicht um die von der GKV zu tragenden Krankenhausbehandlungskosten. Die Kostensteigerung resultiert aus der zunehmenden Problematik der Behandlung tuberkulosekranker Bürger mit Alkoholproblemen. Für 2013 wird der Ansatz auf 5.000 € gesenkt, da die Unterbringung von Frauen kostenfrei geworden ist.

29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Die im Zusammenhang mit den Einschulungsuntersuchungen sowie schulzahnärztlichen Untersuchungen stehenden Aufwendungen sind dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
					EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	2.100,00	2.100	2.100
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	2.100,00	2.100	2.100
4.	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-7.000	0	0	0,00	-7.000	0
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.920	0	-3.210	-2.874,26	-22.510	-10.830
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-9.920	0	-3.210	-2.874,26	-29.510	-10.830
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-9.920	0	-3.210	-774,26	-27.410	-8.730
	Auszahlungen)						

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Budgetverantwortung

Bernhard Hofmann

Produkte

51100 Immissionsschutz
52100 Bauordnung und Bauaufsicht
52300 Denkmalschutz und -pflege
54200 Verwaltung der Kreisstraßen
55400 Gewässer- und Naturschutz

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	664.500	618.500	889.579,84
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	30.000	20.000	650,86
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	945.008	1.064.900	1.790.131,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.605.514	1.327.000	1.572.711,90
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	5.293,60
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	3.250.022	3.035.400	4.258.367,20
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-1.059.890	-1.021.500	-954.852,78
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-83.670	-224.550	-120.302,29
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.718.620	-1.818.600	-2.699.471,29
14.	66	Abschreibungen	-1.925.843	-1.908.600	-1.912.400,01
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-19.000	-14.220	-9.041,89
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-57.000	-51.261,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-4.864.023	-5.044.470	-5.747.329,26
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.614.001	-2.009.070	-1.488.962,06
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.614.001	-2.009.070	-1.488.962,06
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	54,91
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	54,91
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.614.001	-2.009.070	-1.488.907,15
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.614.001	-2.009.070	-1.488.907,15

Teilhaushalt/Budget **63 Bauen und Umwelt**
 Produkt **51100 Immissionsschutz**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.000	0	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	10.000	0	0,00
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-15.680	-24.070	-17.910,09
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.540	-3.190	0,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	0	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-28.220	-27.260	-17.910,09
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-18.220	-27.260	-17.910,09
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-18.220	-27.260	-17.910,09
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-18.220	-27.260	-17.910,09
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-18.220	-27.260	-17.910,09

51100 Immissionsschutz

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Menschen, Tiere und Pflanzen, der Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen u. a.) und, soweit es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, auch vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen zu schützen. Dabei werden im Rahmen der Zuständigkeit des Landkreises die Einhaltung der Rechtsquellen bei Anzeigen nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen geprüft, Anlagen wiederkehrend überwacht., sachverständige Stellen eingeschaltet, nachträgliche Maßnahmen an bestehende Anlagen angeordnet bzw. Emissionserklärungen des Betreibers zu Anlagen der Massentierhaltung geprüft. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bestätigungen und Widerspruchsverfahren.

Grundlage: BImSchG sowie im Besonderen 1., 4., 8., 11., 18. BImSchV, UVPG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.

Ziele: Schutz der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen und Sichern der hohen naturräumlichen Qualität des Vogelsbergkreises. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Verfahren nach BImSchG in Zuständigkeit des Vogelsbergkreises

Anzahl	2009	2010	2011
Verfahren nach BImSchG	17	24	17

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 / 13 **Kostenersatzleistungen und –erstattungen / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Seit 01.05.2012 ist das neue Hessische Gaststättengesetz (HessGastG) in Kraft und löst das bisher geltende Bundesgaststättengesetz ab. Durch das Gesetz entfällt die bisherige gaststättenrechtliche Erlaubnispflicht. Im Sinne der Gewerbefreiheit ist nun eine Gewerbeanzeige ausreichend. Bislang gehörte es zu den Aufgaben der Ordnungs- und Gewerbeämter bei den Städten und Gemeinden sowohl die Einhaltung personenbezogene, wie auch ortsbezogene Voraussetzungen zu prüfen. Nunmehr wird die Gaststättenerlaubnis als reine Personalkonzession ausgestaltet. Die Beseitigung baulicher und immissionsschutzrechtlicher Anforderungen im HessGastG befreit nun die Ordnungs- und Gewerbeämter der Städte und Gemeinden von diesen Aufgaben. Diese obliegen nun der Unteren Bauaufsichtsbehörde. Die immissionsschutzrechtliche Zuständigkeit des Kreis Ausschusses (hier: Untere Bauaufsichtsbehörde) für Gaststätten ergibt sich auf § 4 Abs. 1 Nr. 1 c) der Verordnung über immissionsschutzrechtliche Zuständigkeiten. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Einhaltung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen (z. B. Lärmimmissionen). Die ggf. erforderliche Durchführung von Lärmmessungen vor Ort und -auswertungen kann durch die Untere Bauaufsichtsbehörde aufgrund fehlender technischer Ausstattung nicht erbracht werden. § 53 Abs. 4 HBO ermächtigt die Bauaufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Sachverständige und sachverständige Stellen heranzuziehen. Im Produkt „51 100 Immissionsschutz“ wurde daher für die Begleichung der Kosten Dritter ab 2013 ein Aufwandskonto sowie für die endgültige Kostenerstattung durch den Verursacher ein Ertragskonto eingerichtet.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	611.500	611.500	871.002,02
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	20.000	20.000	650,86
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	69,64
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	631.500	631.500	871.722,52
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-567.030	-578.700	-540.575,38
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-17.460	-144.720	-51.899,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.000	-20.000	0,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	-31.081,26
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-604.490	-743.420	-623.555,64
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos. 19)	27.010	-111.920	248.166,88
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	27.010	-111.920	248.166,88
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	27.010	-111.920	248.166,88
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	27.010	-111.920	248.166,88

52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen sind bei Anordnung, Errichtung, Änderung, Instandhaltung und Abbruch von baulichen Anlagen und Gebäuden nicht zu gefährden. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zu Vermeidung bzw. Abwehr von Gefahren im geforderten Umfang geprüft. Das Produkt umfasst Entscheidungen mit Außenwirkung wie Genehmigung, Überprüfung, Anordnung, Entscheidung über Widersprüche zu oben genannten baulichen Vorhaben sowie interne Stellungnahmen zu Verwaltungsverfahren anderer Ämter und Behörden und zudem baurechtlichen Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen innerhalb bzw. außerhalb von Verwaltungsverfahren und Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HBO, HSOG, BauGB, BauNVO, UVPG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.

Ziele: Vorbereiten und Unterstützen rechtlicher Rahmenbedingungen im Interesse einer flächen- und ressourcensparenden baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Raumordnung und Landschaftspflege sowie Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von baulichen Anlagen im Vogelsbergkreis; Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide

Anzahl	2009	2010	2011
Bescheide (insgesamt)	436	484	488
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	259	396	428
Quote:	59,40 %	81,82 %	87,70 %
davon: Bescheide zu gewerblichen Baumaßnahmen	48	63	116
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	26	55	95
Quote:	54,17 %	87,30 %	81,90 %
Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach BImSchG	13	6	17
ordnungsbehördliche Verfahren	89	56	103
Widersprüche	37	29	38
Anteil erfolgreicher Widersprüche	3	2	0
Quote Anteil erfolgreicher Widersprüche bezogen auf die Bescheide	0,69 %	0,41 %	0,00 %
wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten	4	3	2
Baulasteintragungen/ -löschungen/ -veränderungen	107	107	164
Baulastauskünfte	125	171	228
Beratungen außerhalb von Verfahren	273	352	501

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um Erträge aus Gebühren auf der Grundlage der Gebührensatzung des Kreises über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren oder Leistungen im Rahmen der Eingriffsverwaltung auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverzeichnisses des Landes (Stundensätze).

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Kosten der Ersatzvornahmen (Pos. 13 Aufwendungen) sind durch den Eigentümer oder Zustandstörer zu ersetzen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Aufwendungen entstehen bei Zwangsmaßnahmen gem. Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Rahmen von Ersatzvornahmen. Aufgrund von demografischem und wirtschaftlichem Wandel ist eine Zunahme an langfristig leerstehenden und baufälligen Gebäuden im Vogelsbergkreis wahrzunehmen. Für die nächsten Jahre wird ein weiterer Zuwachs erwartet.

14 Abschreibungen

Das Rechnungsergebnis 2010 umfasst die Summe der Einzelwertberichtigungen auf uneinbringbare Forderungen.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
11.	62,63,640-643,647 -65	Personalaufwendungen	-175.680	-131.870	-122.255,24
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-5.420	-6.880	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-181.100	-138.750	-122.255,24
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-181.100	-138.750	-122.255,24
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-181.100	-138.750	-122.255,24
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-181.100	-138.750	-122.255,24
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-181.100	-138.750	-122.255,24

52300 Denkmalschutz und -pflege

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die Kulturdenkmale sind als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung zu schützen und zu erhalten. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zum Schutz der Kulturdenkmale in einem denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren oder durch Zustimmung im bauaufsichtlichen Verfahren geprüft bzw. ordnungsbehördlich angeordnet. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen, Widerspruchsverfahren und Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HDSchG, HSOG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien

Ziele: Pflege und Förderung des Denkmalsbestandes zur Erhaltung der Identität und im Sinne einer schonenden Entwicklung der Dörfer für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr im Vogelsbergkreis. Hierbei sind die Erweiterung und Nutzungsänderung der Baudenkmale im Sinne einer städtebaulichen Innenentwicklung zu unterstützen. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide

Anzahl	2009	2010	2011
Bescheide	148	194	195
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	104	172	169
Quote:	70,27 %	88,66 %	86,67 %
Widersprüche	3	7	4
Anteil erfolgreicher Widersprüche gegen beschiedene Anträge auf denkmalrechtliche Genehmigung	0	0	0
Abbrüche von Kulturdenkmalen	19	11	5

Teilhaushalt/Budget **63 Bauen und Umwelt**
 Produkt **54200 Verwaltung der Kreisstraßen**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	945.008	1.064.900	1.790.131,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.605.514	1.327.000	1.572.711,90
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	5.223,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	2.555.522	2.396.900	3.368.066,86
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-40.890	-38.860	-37.200,21
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-17.950	-21.880	-21.252,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.671.100	-1.786.500	-2.689.855,19
14.	66	Abschreibungen	-1.925.843	-1.908.600	-1.880.610,75
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-3.655.783	-3.755.840	-4.628.918,15
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-1.100.261	-1.358.940	-1.260.851,29
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-1.100.261	-1.358.940	-1.260.851,29
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	54,91
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	0	0	54,91
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-1.100.261	-1.358.940	-1.260.796,38
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.100.261	-1.358.940	-1.260.796,38

54200 Verwaltung der Kreisstraßen

Verantwortlich:	Herr Horst Schmidt
Beschreibung:	Gewährleistung eines funktionsfähigen Kreisstraßennetzes in einem verkehrssicheren Zustand
Grundlage:	Hessisches Straßengesetz, Haushaltsplan Vogelsbergkreis
Ziele:	Erhalt und Verbesserung der verkehrsnotwendigen Kreisstraßen durch zielgerichtete Steuerung des verfügbaren Ressourceneinsatzes unter Berücksichtigung der Verkehrsbedeutung und des öffentlichen Interesses
Kennzahlen:	Zustandsnote < 3,0 bei allen Brückenbauwerken (Bauwerksprüfungen des ASV Schotten) Zustandsklasse <= 3,0 bei 80 % der Kreisstraßen (regelmäßige Untersuchung durch unabhängige externe Anbieter)

Brückenbauwerke (Stichtag 01.01.)	2008	2009	2010	2011
Anzahl insgesamt	64	63	63	60
davon: Zustandsnote < 3,0	60	60	61	58
Zielerreichung:	93,75%	95,20%	96,80%	96,67%
Straßennetz (Stichtag 01.01.)	2008	2009	2010	2011
Kreisstraßen insgesamt, in km	311,653	309,591	307,653	307,185
davon: Zustandsklasse <= 3,0	216,071	216,529	219,829	222,875
Zielerreichung:	69,33%	69,94%	71,40%	72,55%

Gemäß den Richtlinien der Bauwerksprüfung beschreiben Zustandsnoten bei Brücken ab 3,0 bis 3,4 einen nicht ausreichenden Zustand. Die bisherige Kennzahl <= 3,0 wurde auf < 3,0 geändert. Die Tabelle Brückenbauwerke wurde demzufolge auch für die Jahre 2008 und 2009 überarbeitet.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt ist die besondere Finanzausweisung des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz zur Unterhaltung der Kreisstraßen. Gegenüber der tatsächlichen Zuweisung 2011 entsteht ein um rd. 1.925 € geringerer Ertrag, da durch die Abstufung der Kreisstraße 81, OD Schlitz, Stadtteil Bernshausen zum 31.12.2011 die Bemessungsgrundlage sinkt. Die Finanzausweisung gem. FAG beträgt demnach voraussichtlich 951.700 Euro.

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen

Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuschüssen auf Grundlage der Eröffnungsbilanz vom 21.06.2011. Diese werden über die Nutzungsdauer des Bauwerks verteilt linear aufgelöst.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Aufwand für Verwaltung, Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen ergibt sich aus einer mit dem ASV Schotten vertraglich fest vereinbarten Unterhaltungspauschale und dem variablen Direktaufwand, mit dem zusätzliche, nicht in der Unterhaltungspauschale erfasste Leistungen abgedeckt werden. Die Unterhaltungspauschale beträgt derzeit 3.939,14 €/km. Bei einem Kreisstraßennetz von 307,19 km am 01.01.2011 werden im nächsten Jahr 1.179.400 € benötigt. Der Unterhaltungsvertrag wurde vom Kreisausschuss in seiner Sitzung 16.12.2010 durch den Verzicht auf eine mögliche Kündigung bis zum 31.12.2015 verlängert.

14 Abschreibungen

Die Herstellungskosten von Straßen- und Brücken sind zu aktivieren und grundsätzlich linear über die Nutzungsdauer des hergestellten Anlagegutes abzuschreiben. Die Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar. Die Veranschlagung erfolgte auf Basis der Eröffnungsbilanz vom 21.06.2011.

Teilhaushalt/Budget **63 Bauen und Umwelt**
 Produkt **55400 Gewässer- und Naturschutz**

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	53.000	7.000	18.577,82
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	53.000	7.000	18.577,82
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-260.610	-248.000	-236.911,86
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-40.300	-47.880	-47.151,29
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.520	-12.100	-9.616,10
14.	66	Abschreibungen	0	0	-708,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-19.000	-14.220	-9.041,89
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-57.000	-51.261,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-394.430	-379.200	-354.690,14
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-341.430	-372.200	-336.112,32
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-341.430	-372.200	-336.112,32
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-341.430	-372.200	-336.112,32
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-341.430	-372.200	-336.112,32

55400 Gewässer- und Naturschutz

Verantwortlich:	Herr Günther Bastian
Beschreibung:	Naturschutz und Landschaftspflege Räumliche Planung und Entwicklung Eingriffsgenehmigungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Prüfverfahren und Beurteilungen Gestaltung der Umwelt Wasserbehörde a) Aufsicht über Gewässer b) Aufsicht über Abwasseranlagen c) Überwachung von VAWS-Lagerstätten d) Sanierung von Grundwasser- und Bodenschäden e) Erheben Abwasserabgabe
Grundlage:	Bundesnaturschutzgesetz, Hess. Naturschutzgesetz, Verordnungen, EU-Verordnungen und Richtlinien, Raumordnungsgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz Beschlüsse der Kreisgremien Für Wasserschutz: WHG, HWG, BbodSchG
Ziele:	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft Artenschutz Ressourcenschutz Ausweisung und Unterhaltung der Naturdenkmale Beratung von Gemeinden und Bürgern Förderung des Naturschutzes Wasserbehörde: Umsetzung der Pflichtaufgaben zum Schutz der Gewässer und des Bodens
Kennzahlen:	Fallzahlen zu - Stellungnahmen und Genehmigungen - Beratung - Projekte - Naturdenkmäler - Wasserbehörde: Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben

	2009	2010	2011
Stellungnahmen und Genehmigungen	392	521	530
Projekte	23	21	19
Naturdenkmäler	117	117	117

Art und Anzahl der Maßnahmen Wasserbehörde	2009	2010	2011
zu a: Bescheide, Stellungnahmen, Beratungen	108	213	217
zu b: Prüfungen, Beratungen, Bescheide	111	164	174
zu c: Mängelbeseitigungsmaßnahmen ohne Verwaltungsakt, Bescheide	598	725	547
zu d: Beratungen, Kontrollen, Bescheide	15	13	46
zu e: Bescheide, Beratungen	113	188	203

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
Es wurden Gebühren für naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Genehmigungen sowie 2.000 € für die Erhebung der Ausgleichsabgabe veranschlagt. In gleicher Höhe wurde die Weiterleitung der Ausgleichsabgabe unter Pos. 16 etatisiert. Der Ansatz umfasst zudem ab dem Jahr 2013 die Erträge aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern des Bereiches Wasserrecht.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Zur Sicherung und Pflege von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen werden im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht für Baumgutachten sowie Baumpflegekosten 10.000 € in Ansatz gebracht. Daneben enthält die Position noch Geschäftsaufwendungen für den Naturschutzbeirat, den Aufwand für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vogelschutzbeauftragten sowie ab 2013 Gerichts- und Gutachterkosten und Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**
Etatisiert sind Aufwendungen für gesetzlich vorgegebene Nachsorgemaßnahmen der stillgelegten Deponie Bilsuppe in Lauterbach-Maar und die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen sowie Mitgliedsbeiträge z.B. an die Schutzgemeinschaft Vogelsberg.
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Es handelt sich um die Zuweisung an den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg. Daneben ist die Weiterleitung der mit 2.000 € etatisierten Ausgleichsabgabe veranschlagt (s. Erl. Pos. 2).

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		2011	Gesamtauszahlungsbedarf
					EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	400.300	0	1.053.050	1.090.357,50	8.654.593	2.824.793
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	324,00	324	324
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	400.300	0	1.053.050	1.090.681,50	8.654.917	2.825.117
2.	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	-4.285,00	-26.075	-26.075
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-550.300	-801.700	-1.500.450	-1.695.248,26	-13.647.872	-5.070.972
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.720	0	-8.930	-8.080,20	-61.364	-30.484
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-558.020	-801.700	-1.509.380	-1.707.613,46	-13.735.311	-5.127.531
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-157.720	-801.700	-456.330	-616.931,96	-5.080.394	-2.302.414

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 51100 Immissionsschutz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-30	0	-40	-29,86	-249	-129
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-30	0	-40	-29,86	-249	-129
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-30	0	-40	-29,86	-249	-129

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.110	0	-7.250	-6.513,26	-49.093	-24.653
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-6.110	0	-7.250	-6.513,26	-49.093	-24.653
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-6.110	0	-7.250	-6.513,26	-49.093	-24.653

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-60	0	-70	-59,84	-488	-248
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-60	0	-70	-59,84	-488	-248
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-60	0	-70	-59,84	-488	-248

Teilhaushalt/Budget **63 Bauen und Umwelt**
 Produkt **54200 Verwaltung der Kreisstraßen**

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresab-schlusses	Investitions- und Investitionsförde-rungsmaßnahmen	
			Verpflich-tungser-mächti-gungen			Gesamt-auszah-lungs-bedarf	davon bisher bereit gestellt
		2013		2012	2011		
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	400.300	0	1.053.050	1.090.357,50	8.654.593	2.824.793
2.	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	324,00	324	324
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	400.300	0	1.053.050	1.090.681,50	8.654.917	2.825.117
2.	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	-4.285,00	-26.075	-26.075
3.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-550.300	-801.700	-1.500.450	-1.695.248,26	-13.647.872	-5.070.972
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-230	0	-230	-225,68	-1.822	-902
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-550.530	-801.700	-1.500.680	-1.699.758,94	-13.675.769	-5.097.949
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-150.230	-801.700	-447.630	-609.077,44	-5.020.852	-2.272.832
	Auszahlungen)						

54200 Projekte Kreisstraßen:

Zur Vorbereitung des Haushaltsplans 2013 wurde alle Kreisstraßenmaßnahmen durch Hessen Mobil Schotten in Abstimmung mit der Kreisverwaltung einer Neubetrachtung unterzogen. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen des Investitionsprogramms wurde überprüft.

Berücksichtigt bei der Veranschlagung und der Fortschreibung des Investitionsprogramms wurden auch die Wünsche der Städte und Gemeinden zum Ausbau von Ortsdurchfahrten (in Kombination mit gemeindlichen Infrastrukturmaßnahmen, Dorferneuerungsprojekten als auch im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Ausbau von Landesstraßen) sowie die Ergebnisse der im Jahr 2006 durchgeführten Zustandserfassung. Vorhandene Kostenberechnungen wurden aktualisiert.

Die Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 sind im GVFG Kompensationsmittel-Programm des Landes enthalten bzw. wurden angemeldet. Die Realisierung der jeweiligen Maßnahme ist abhängig von der Gewährung von Landeszuwendungen sowie, soweit bei dem Bau von Ortsdurchfahrten auch Gehweganlagen betroffen sind, von der Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen durch die Städte und Gemeinden. Weitere Voraussetzung ist beim Ausbau von Ortsdurchfahrten die Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Planungs- und Bauausführungskosten durch die Städte und Gemeinden.

GVFG Kompensationsmittel-Programm

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände. Ab 2014 entfällt die Zweckbindung für diese Mittel, sie können dann von den Ländern für investive Zwecke jeder Art eingesetzt werden. Bisher hat der Vogelsbergkreis Zuwendungen in Höhe von 70% der zuwendungsfähigen Kosten für seine Projekte im Kreisstraßenbau erhalten. Mit diesem Fördersatz sind auch die Zuwendungen für die Jahre 2013 bis 2016 veranschlagt. Trotz Initiativen des Kreises und des Hessischen Landkreistages ist eine entsprechende hessische Regelung immer noch nicht abzusehen. Vor diesem Hintergrund stehen die nachstehenden Projekte unter dem Vorbehalt der vollständigen Finanzierung.

Planungs- und Bauaufgaben

Das Land Hessen hat die Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen zum 31.12.2012 gekündigt und den Kreisen einen neuen Vertragsentwurf vorgelegt. Der neue Vertragsentwurf sah eine erhebliche Steigerung der Honorare vor. Eine beim Hessischen Landkreistag gebildete Arbeitsgruppe konnte zwischenzeitlich eine Reduzierung der Kosten erreichen. Allerdings liegen die neuen Konditionen noch immer deutlich über den HOAI Sätzen. Weiter wurden maßgebliche Leistungen vom Land gestrichen (z. B. Grunderwerb). Geprüft wird deshalb zurzeit, ob wirklich alle Leistungen von Hessen Mobil in dem im Vertrag vorgesehen Umfang erforderlich sind oder ob nicht gegebenenfalls im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit oder im Wege der Beauftragung von Ing. Büros in der Gesamtbetrachtung ein anderes Kostenniveau erreicht werden kann. Aufgrund der Komplexität der Verhandlungen und der wenigen Zeit bis zum Jahresende haben wir das Land Anfang Juli das Ministerium gebeten den Vertrag zunächst nach den alten Konditionen um 1 Jahr zu verlängern. Neben weiteren Landkreisen hat auch der Hessische Landkreistag diesen Vorschlag dem Land unterbreitet. Eine Entscheidung durch das Land ist bisher nicht erfolgt.

Position Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

K.047.1 Ortsdurchfahrt Gemünden, Ortsteil Elpenrod

Für die im September 2011 beantragte Maßnahme wurde im April 2012 der endgültige Bewilligungsbescheid erteilt. Die Baumaßnahme wurde am 13.06.2012 begonnen und wird noch in diesem Jahr fertig gestellt. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung wird Anfang 2013 erfolgen. Der Ansatz beinhaltet die notwendigen Planungskosten sowie die erforderlichen Baukosten. Die Gemeinde erstattet dem Kreis die Planungskosten für Fahrbahn und Gehwegplanung.

K.048.1 Hainbachbrücke, Gemünden

Die Maßnahme wurde in 2009 fertig gestellt. Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B konnte erst am 31.08.2010 durchgeführt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung erfolgte im Hj. 2010.

K.050.1 – Krebsbachbrücke in Büßfeld

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der Krebsbachbrücke ab dem Hj. 2016 möglich .

K.051.1 - Deckenbach-Schadenbach KRC – Verfahren

Der Ausbau der freien Strecke ist im Recycling Verfahren geplant. Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Projektes für das Hj. 2015 geplant.

K.059.1 Gleenbachbrücke, Kirtorf, Ortsteil Ober-Gleen

Der Bewilligungsbescheid wurde am 07.12.2010 durch das Land ausgestellt. Die Maßnahme wurde am 28.02 begonnen und am 15.08.2011 beendet. Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B konnte am 23.08.2011 durchgeführt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung sind zwischenzeitlich erfolgt

K.071.1 Eudorf-Elbenrod

Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B wurde am 30.07.2010 durchgeführt. Der Verwendungsnachweis wurde im Januar 2011 vorgelegt und die Maßnahme endabgerechnet.

K.073.1 Ortsdurchfahrt Grebenau Stadtteil Udenhausen

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Grebenau, Stadtteil Udenhausen soll voraussichtlich im Hj. 2016 erfolgen. Abhängig ist der Baubeginn von dem geplanten Ausbau der Landesstraße 3161. Die Planung des Ausbaues der Kreisstraße erfolgt durch die Stadt Grebenau. Die Bauausführung erfolgt durch Hessen-Mobil, Schotten. Die entstehenden Kosten werden dem Kreis durch die Stadt Grebenau erstattet. Die rechtsverbindliche Erklärung der Gemeinde zur Übernahme dieser Kosten liegt vor.

K.080.1 Ortsdurchfahrt Schlitz, Stadtteil Pfordt

Für die bereits in 2008 beantragte Maßnahme wurde im Mai 2010 der endgültige Bewilligungsbescheid erteilt. Die Baumaßnahme wurde am 09.08.2010 begonnen und am 01.07. 2011 fertig gestellt. Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B konnte am 13.07.2011 durchgeführt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung sind zwischenzeitlich erfolgt.

K.080.2 Fuldabrücke, Schlitz-Pfordt (Denkmal)

Für die Fuldabrücke war zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse eine Verbreiterung der Brücke für den Radfahrverkehr des Fernradwegs R 1 geplant. Die Denkmalpflege lehnt allerdings bisher eine Veränderung des Brückenbauwerks ab. Als Alternative wird zurzeit eine Sanierung des Bauwerks geprüft. Realisierung ab 2016 möglich.

K.084.1 Ortsdurchfahrt Wartenberg-Angersbach

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Angersbach ist für das Jahr 2012 geplant. Die Gemeinde übernimmt die Planung und die Baudurchführung in Eigenregie, dem Kreis entstehen keine Planungskosten. Mit einer Förderzusage noch im Jahr 2012 wird gerechnet. Ausschreibung und Vergabe sollen noch in 2012 erfolgen. Dadurch wäre zeitiger Baubeginn in 2013 möglich, ein Abschluss der Maßnahme wäre dann noch vor dem Winter 2013/2014 realisierbar. Die Mittel stehen im Hj. 2012 zur Verfügung und müssen in das 2013 übertragen werden.

K.091.1 – Bannerod-Crainfeld (L 3178)

Für die Kreisstraßen 90 und 91 ist eine Machbarkeitsstudie für die Kreisstraßenverbindungen zwischen den Orten Crainfeld, Bannerod und Nösberts – Weidmoos erstellt worden. Favorisiert wird eine direkte Verbindung zur Bundesstraße 275. Eine Vorstellung des Konzeptes erfolgte bereits in einer Sitzung der Gemeindevertretung Grebenhain. Weitere Gespräche mit der Gemeinde Grebenhain stehen an. Eine Realisierung wird ab dem Hj. 2016 angestrebt.

K.096.1 OD Freiensteinau

Für diese Maßnahme wurde zum 30.09.2009 ein Förderantrag beim Land Hessen eingereicht. Der Bewilligungsbescheid wurde am 30.11.2010 durch das Land ausgestellt. Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B konnte am 17.11.2011 durchgeführt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung sind zwischenzeitlich erfolgt.

K.111.2 Ausbaurkosten Lauterbach, Stadtteil Blitzenrod- Stadtteil Frischborn (KRC Verfahren)

Der Bewilligungsbescheid wurde am 14.12.2010 durch das Land ausgestellt. Die Maßnahme wurde am 09.05. begonnen und am 08.07.2011 beendet. Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B konnte am 29.07.2011 durchgeführt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung sind zwischenzeitlich erfolgt.

K.114.1 – Anteil Umbaukosten Landesstraße 31040 (Lauterbach/Knöppsack)

Das Land Hessen beabsichtigt die Kreuzung L 3140 L 3144/ K 114 im Hj. 2014 zur einem Kreisverkehrsplatz umzubauen. Nach den Bestimmungen des Straßengesetzes ist der Vogelsbergkreis kostenbeteiligt.

K.122.1 Ausbaurkosten OD Alsfeld, Stadtteil Altenburg

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt ist in Abstimmung mit der Stadt Alsfeld für das Hj. 2015 geplant. Die rechtsverbindliche Erklärung zur Übernahme der Planungs- und Bauausführungskosten liegt vor.

K.123.1 - OD Alsfeld

Die Abnahmeverhandlung gemäß § 12 VOB/B wurde am 30.09.2010 durchgeführt. Der Verwendungsnachweis wurde im März 2011 vorgelegt und die Maßnahme endabgerechnet.

K.125.1 Ausbaurkosten Feldatal - B 49

Der Ausbau der freien Strecke ist im Recycling-Verfahren (KRC) geplant. Vorbehaltlich der Genehmigung von Fördermittel ist das Projekt für das Hj. 2014 geplant.

K.130.1 Baukosten Katharinenbachbrücke, Feldatal, Ortsteil Köddingen

Der Neubau Katharinenbachbrücke war ursprünglich für das Hj. 2011 geplant. Der Förderantrag wurde am 14.09. 2010 gestellt. Der Bewilligungsbescheid wurde am 01.11.2011 durch das Land ausgestellt. Die Auftragserteilung erfolgte am 21.12.2011. Das Projekt kann noch in diesem Jahr fertig gestellt werden. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung wird Anfang 2013 erfolgen.

K.133.1 Ausbaurkosten OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt ist vorbehaltlich der Gewährung einer Landesbeihilfe für das Hj. 2013 geplant. Die rechtsverbindliche Erklärung der Stadt Ulrichstein zur Übernahme der Planungs- und Bauausführungskosten liegt vor.

K.141.1 Ausbaurkosten OD Schotten, Stadtteil Sichenhausen

Für die im September 2011 beantragte Maßnahme wurde am 22.11. 2011 der endgültige Bewilligungsbescheid erteilt. Die Baumaßnahme wurde am 16.05.2012 begonnen und wird noch in die-

sem Jahr fertig gestellt. Die Erstellung des Verwendungsnachweises und die Abrechnung der Landeszuwendung wird Anfang 2013 erfolgen. Der Ansatz beinhaltet die notwendigen Planungskosten sowie die erforderlichen Baukosten. Die Gemeinde erstattet dem Kreis die Planungskosten für Fahrbahn und Gehwegplanung.

K.141.3 OD Kaulstoß

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Kaulstoß ab dem Hj. 2016 möglich

K.250.3 Neubau UF Moosbach, OD Grebenhain Metzlos

Der Neubau der Brücke mit der aktuellen Zustandsnote 3,0 ist nunmehr für das Hj. 2014 geplant.

K.250.4 Ausbau der OD Grebenhain, Ortsteil Metzlos-Gehaag

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt ist für das Hj. 2015 geplant. Die rechtsverbindliche Erklärung zur Übernahme der Planungs- und Bauausführungskosten liegt noch nicht vor.

Für die neuen Maßnahmen gilt für die Haushaltsjahre 2012 und 2014 nachstehende Priorität:

1. **K.084.1, Ortsdurchfahrt Wartenberg-Angersbach**
2. **K.133.1 Ausbau OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld**
3. **K.125.1 Ausbaurkosten Feldatal - B 49**
4. **K.250.3 Neubau UF Moosbach, OD Grebenhain Metzlos**
5. **K.122.1 Ausbaurkosten OD Alsfeld, Stadtteil Altenburg**

Die Finanzierung der Maßnahme K.084.1, Ortsdurchfahrt Wartenberg-Angersbach erfolgt aus Mitteln des Hj. 2012.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 55400 Gewässer- und Naturschutz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereit gestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.290	0	-1.340	-1.251,56	-9.712	-4.552
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.290	0	-1.340	-1.251,56	-9.712	-4.552
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.290	0	-1.340	-1.251,56	-9.712	-4.552

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Budgetverantwortung

Dr. Maria Litmeyer

Produkte

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

41480 Fleischbeschau

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	240.000	280.000	291.218,47
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.134.800	1.174.800	1.186.008,43
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-1.072.780	-1.083.790	-1.065.557,38
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-9.160	-19.580	-8.955,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-75.000	-79.000	-56.482,83
14.	66	Abschreibungen	0	0	-9.735,89
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-1.156.940	-1.182.370	-1.140.731,10
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-22.140	-7.570	45.277,33
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-22.140	-7.570	45.277,33
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-22.140	-7.570	45.277,33
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-22.140	-7.570	45.277,33

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
Produkt 12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78.000	78.000	90.770,22
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	972.800	972.800	985.560,18
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-851.030	-861.420	-860.729,40
	-65				
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-9.160	-19.580	-8.955,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-28.000	-28.000	-10.677,40
14.	66	Abschreibungen	0	0	-5.893,08
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-888.190	-909.000	-886.254,88
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	84.610	63.800	99.305,30
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	84.610	63.800	99.305,30
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	84.610	63.800	99.305,30
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	84.610	63.800	99.305,30

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Verantwortlich: Frau Dr. Maria Litmeyer	
Beschreibung:	<p><u>Lebensmittel:</u> Überwachung des Herstellens, des Behandeln und des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Tabakwaren, Wein, Fleisch, Geflügel, Fisch, Wild, Milch sowie Milcherzeugnissen.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Bevölkerung und der Tiere werden durch sofortige und angemessene Maßnahmen zur Abwehr von Seuchen gewährleistet.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Überwachung der Tierhaltungen, Tiertransporte und des Umgangs mit den Tieren während der Schlachtung.</p>
Grundlage:	<p><u>Lebensmittel:</u> Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Lebensmittelhygiene-Verordnung, EU-VO 178/2002; 852/2004; 853/2004; 854/2004 sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung, Tierseuchengesetz und die entsprechenden Verordnungen, VO (EG) 1069/2009 und 142/2011, Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und Verordnungen, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Tierschutzgesetz, Tierschutz-Hundeverordnung, Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Tierschutztransportverordnung, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p>
Ziele:	<p><u>Lebensmittel:</u> Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Lebensmitteln, Wein, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln und vor Täuschung geschützt.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Nutz-, Haus- und Wildtiere wird sichergestellt und es wird für einen umfassenden Schutz vor gesundheitlichen Gefahren für die Menschen gesorgt.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Die Tierhaltungen, der Transport, die Tötung von Tieren und der Umgang von Tieren erfolgt tierschutzgerecht.</p>
Kennzahlen bis 2012:	<p><u>Lebensmittel:</u> Anzahl der zulassungspflichtigen Schlachtbetriebe und fleischverarbeitenden Betriebe/Überprüfung der Zulassungsbedingungen bei den Schlachtbetrieben und Fleischverarbeitungsbetrieben entsprechend den Anforderungen = 100 %.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Anzahl der rinderhaltenden Betriebe/Anzahl der BHV 1-freien rinderhaltenden Betriebe = Erhöhung um 2 % gegenüber 2008.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Anzahl der Anzeigen private Tierhaltungen/Anzahl der Kontrollen = 95 %.</p>
Kennzahlen ab 2013:	<p><u>Lebensmittel:</u> Kontrolle der EU-zugelassenen Betriebe im Bereich Lebensmittel incl. Fleischhygiene 100 %.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Betriebsbesuch und Beratung bei Neuauftreten von BVDV-Virämiker im Rinderbestand = 90 %. Ziel ist es, durch Hygienemaßnahmen weitere Virämiker zu vermeiden und die Unverdächtigkeit des Bestandes zu erreichen.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Ziel ist grundsätzlich 100 % der eingehenden Anzeigen zeitnah zu bearbeiten. Es erfolgt eine Klassifizierung der Anzeigen nach Dringlichkeit.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Anzeigen bei denen erhebliche Mängel aufgezeigt werden, die eine akute Gefahr für die betroffenen Tiere darstellen, werden in einer Frist von maximal 36 Stunden bearbeitet. 2. Anzeigen bei denen auf Mängel im Tierschutz hingewiesen wird, die keine akuten und erheblichen Auswirkungen auf das Tierwohl haben, werden innerhalb von 5 Arbeitstagen bearbeitet.

Lebensmittel:

Anzahl	2009	2010	2011
Zulassungspflichtige Schlachtbetriebe	25	26	27
davon: überprüfte Schlachtbetriebe	25	26	27

Tierseuchen:

Anzahl	2009	2010	2011
rinderhaltende Betriebe	993	968	949
davon: BHV -1 frei	900	884	878
Quote:	90,63 %	91,32 %	92,52 %

Tierschutz:

Anzahl	2009	2010	2011
Anzeigen zu privaten Tierhaltungen	206	211	202
hierzu erfolgte Kontrollen	206	211	202

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten die Gebühren für amtstierärztliche Bescheinigungen, Auktionsüberwachungen, Exportabfertigungen, Erlaubnisse, Nachkontrollen, Schulungen und die Bußgelder in den Gebieten Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004, sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten Vorsorgeaufwendungen für Tierseuchen, besondere Sach- und Betriebskosten für Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung, Unterbringung von Tieren. Die Seuchensituation hat sich entspannt. Für unvorhersehbare Seuchen- bzw. Krisensituationen sind für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung 6.800,00 € und für die Lebensmittelüberwachung 1.000,00 € eingeplant.

Aufgliederung:Tierseuchen/Tierschutz

Verbrauchsmaterial	2.000 €
Grippeimpfung	1.200 €
Probentransport	3.000 €
Geräteausstattung	2.000 €
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>6.800 €</u>
Summe	15.000€

Lebensmittel

Verbrauchsmaterial	1.000 €
Probentransport	3.000 €
Geräteausstattung	1.000 €
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>1.000 €</u>
Summe	6.000 €

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
 Produkt 41480 Fleischbeschau

Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	162.000	202.000	200.448,25
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	162.000	202.000	200.448,25
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-221.750	-222.370	-204.827,98
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-47.000	-51.000	-45.805,43
14.	66	Abschreibungen	0	0	-3.842,81
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-268.750	-273.370	-254.476,22
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-106.750	-71.370	-54.027,97
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-106.750	-71.370	-54.027,97
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-106.750	-71.370	-54.027,97
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-106.750	-71.370	-54.027,97

41480 Fleischbeschau

Verantwortlich:	Frau Dr. Maria Litmeyer
Beschreibung:	Untersuchung und Überwachung der Schlachtier- und Fleischhygiene auf die Genusstauglichkeit von Fleisch
Grundlage:	EU-Vorschriften und nationale Rechtsvorschriften. EU-VO 853/2004, 854/2004, 2075/2005 (Trichinen), 999/2001 (TSE), Tierische Lebensmittelhygiene-Verordnung, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften
Ziele:	Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Fleisch und Fleischerzeugnissen geschützt.
Kennzahlen:	Anzahl der Schlachtier- und Fleischuntersuchungen / Anzahl der untauglichen Tiere = unter 1 %

Anzahl	2009	2010	2011
Schlachttiere	20.359	19.727	19.922
Fleischuntersuchungen	20.359	19.727	19.922
davon: untaugliche Tiere	13	25	23
Quote:	0,0639 %	0,1267 %	0,1155 %

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**

Es handelt sich um die Gebühren für Fleisch-, BSE-Untersuchung und Hygieneüberwachung. Die Festsetzung der Gebührenhöhe erfolgt noch in der Verwaltungskostenordnung durch das HMUELV. Die letzte Anpassung ist zum 21.04.2001 erfolgt. Eine Änderung der Verwaltungskostenordnung durch das HMUELV soll erfolgen, der Zeitpunkt steht noch nicht fest. Daher können die Einnahmen nicht erhöht werden, sondern reduzieren sich wegen sinkender Schlachtzahlen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst BSE-Untersuchungskosten des Landesbetrieb Hessisches Landeslabor (LHL) und besondere Sach- und Betriebskosten. Durch den Rückgang der Schlachtzahlen und der Wegfall der Schlachtieruntersuchung bei Hausschlachtungen, reduzieren sich die Reisekosten. Die BSE-Untersuchungskosten sinken, weil das Testalter bei Rindern auf 72 Monate ab 19.07.2011 erhöht wurde und die Gebührenhöhe reduziert wurde.

BSE-Untersuchungskosten LHL	1.000 €
Akkreditierungskosten LHL, Trichinenlabor LAT	1.200 €
Sach- u. Betriebskosten, Verbrauchsmittel (Pepsin, Salzsäure, Wildmarken, u. ä.)	2.800 €
Schutzbekleidungs- und Gerätepauschale	4.000 €
Geräteausstattung (Messgeräte u. ä.)	2.500 €
Reisekosten	36.000 €
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>3.500 €</u>
Summe	47.000 €

Teilhaushalt/Budget

80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Pos.	Investitionszuweisungen	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen	
		2013	Verpflichtungsermächtigungen	2012		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
5.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-380	0	-370	-360,13	-2.963	-1.443
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-380	0	-370	-360,13	-2.963	-1.443
	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-380	0	-370	-360,13	-2.963	-1.443

Teilhaushalt/Budget 90 Land- und Forstwirtschaft

Budgetverantwortung		Produkte			
Karl-Peter Mütze		55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes			
Pos.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des JA
			2013	2012	2011
			EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.000	2.000	2.378,40
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	1.889.200	1.889.171,40
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 bis 9)	1.891.200	1.891.200	1.891.549,80
11.	62,63,640-643,647	Personalaufwendungen	-1.889.250	-1.735.360	-1.820.262,94
	-65				
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-49.100	-44.100	-32.716,04
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-177.000	-152.500	-143.101,88
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 bis 18)	-2.115.350	-1.931.960	-1.996.080,86
20.	=	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos. 19)	-224.150	-40.760	-104.531,06
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 und Pos. 23)	-224.150	-40.760	-104.531,06
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Pos. 24 und Pos. 27)	-224.150	-40.760	-104.531,06
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-224.150	-40.760	-104.531,06

55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums

Verantwortlich:	Herr Karl-Peter Mütze
Beschreibung:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung zur Einkommenssicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe - Umsetzung der Europäischen Agrarreform im Vogelsbergkreis - Einzelbetriebliches landwirtschaftliches Förderwesen - Überwachung bzw. Verwaltung der einzelbetrieblichen Milchquoten - Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsressourcen sowie der Kreislaufwirtschaft - Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete und von umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden landwirtschaftlichen Produktionsverfahren - Koordination und Prüfung von Umweltauflagen (auch im Rahmen der gemeinsamen Marktordnung der EU) - Minderung von Wettbewerbsverzerrungen - Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Planungen und Genehmigungsverfahren - landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, Landpachtrecht - Vertragsnaturschutz im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen - Gebietsmanagement für Schutzgebiete - Landschaftspflege- und Agrarumweltkonzepte - forsthoheitliche Aufgaben - Dorfentwicklung incl. Verfahrenssteuerung, Beratung und Förderung kommunaler und privater Maßnahmen - Beratung, Organisation und Durchführung im Rahmen des Wettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“ - Beratung und Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen (Regionalentwicklung, Landtourismus) - Beratung und Umsetzung von gebietsbezogenen regionalen Entwicklungsstrategien nach LEADER - Finanzmittelmanagement Dorf- und Regionalentwicklung - Projektmanagement: Bioenergieregion Mittelhessen, Geopark Vulkan Vogelsberg; Demografie
Grundlage:	<ul style="list-style-type: none"> - EU-Gesetze und -Verordnungen (Rat und Kommission) - ELER- Entwicklungsplan 2007 bis 2013 - Betriebsprämien- und Direktzahlungengesetz - Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Daten-Gesetz - Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation und der Direktzahlungen (inkl. Cross Compliance) - Berufsstandsmitwirkungsgesetz, Reichssiedlungsgesetz - Förderrichtlinien Bund/Land (BP, EFP, AGZ, HEKUL, HIAP, HELP, RL des Landes Hessen zur regionalen Entwicklung) - Dienstanweisung Europäischer Ausgleichs- und Garantiefond Landwirtschaft - Dienstanweisung des Landes Hessen Dorf- und Regionalentwicklung - Milchquotenverordnung - Düngemittelgesetz, Düngeverordnung, Pflanzenschutzgesetz - Klärschlammverordnung, Bioabfallverordnung - Grundstücksverkehrsgesetz, Gesetz über Gerichtsverfahren in Landwirtschaftssachen - Gesetz über Agrarstatistiken, Strahlenschutzvorsorgegesetz - Baugesetzbuch, Hessische Bauordnung, Denkmalschutzgesetz - WHG, HWG, BGB, LHO, HVwVfG, Hess. Landesplanungsg, Raumordnungsgesetz - Bundes- und Hessisches Naturschutz- und Forstgesetz

Ziele:	<p><u>Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhalt einer geeigneten Betriebsstruktur und der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (AFP) 2. Umsetzung der landwirtschaftlichen Förderprogramme als Vergütung gesellschaftlich erwünschter, landwirtschaftlicher Leistungen 3. Erarbeitung von Managementplänen für die Natura 2000-Gebiete inkl. Lebensraumsicherung, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen durch Vertragsnaturschutz 4. Walderhaltung durch Waldneuanlage und Waldrodung mit Ersatzaufforstung 5. Stärkung der dörflichen Strukturen und Funktionen in den Ortskernen 6. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Verbesserung der Zukunftsperspektiven, Erhaltung der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Erhaltung des Natur- und Kulturerbes im ländlichen Raum, Verbesserung des Erholungswertes 6. Koordinierung, Förderung und Umsetzung regionaler Entwicklungsvorhaben als Katalysatoren für weitere Projekte und Investitionsvorhaben mit entsprechender Finanz- und Verfahrenssteuerung
--------	--

Die nachfolgenden Kennzahlen spiegeln folgende Kategorien wider:
<ul style="list-style-type: none"> • Antragsflächen • Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe/ Milcherzeugung • Anzahl von Fördermaßnahmen mit Bewilligungs- und Investitionssummen sowie Auszahlungen aus bereits zugesagten Fördermitteln (Nicht erfasst sind alle Änderungsbescheide aufgrund von Finanzmittelumstellungen u. inhaltlichen Änderungen von Fördermaßnahmen) • Anzahl der Vorgänge hoheitlicher Maßnahmen • Die Steuerung/ das Management regionaler Projekte und von Verfahren.

Kreisfläche insgesamt in ha	146.000		
davon Antragsflächen (in ha)	2009	2010	2011
Landwirtschaft	65.885	66.335	66.107
Natura 2000	55.000	55.000	55.000
davon Vogelschutzgebiete	50.000	50.000	50.000
davon FFH-Offenland	6.600	6.600	6.600
Vertragsnaturschutz	3.309	4.393	4.600

Anzahl	2009	2010	2011
Landwirtsch. Betriebe	1.800	1.716	1.663
Milcherzeugung in kg	126.000.000	126.000.000	126.600.000

Fördermaßnahmen	2010		2011	
	Bewilligungen	Fördersumme	Bewilligungen	Fördersumme
Betriebsprämien	1.711	17.032.000	1.638	17.184.055
Milchsonderprogramme	1.331	1.556.083	789	1.155.974
Ausgleichszulage benachteiligte Gebiete (AGZ)	1.211	3.178.918	1.185	2.336.783
Agrarumweltmaßnahmen	-	-	-	-
HIAP-Grünland (inkl. HELP 2008)	436	928.588	458	934.989
HIAP-Öko	134	1.242.028	174	1.567.440
HIAP-Sonstige /RP-Verträge	60	65.800	183	301.115
HEKUL	37	228.390	-	-
Summe:	4.920	24.231.807	4.427	23.480.356

Fördermaßnahmen	2009			2010		
	Bewilligungen	Förder-summe	Invest.-summe	Bewilligungen	Förder-summe	Invest.-summe
Einzelbetr. Investitionsförderung	12	1.538.264	7.856.926	9	103.1192	6.434.547
Dorferneuerungsprogramm						
Dorferneuerung privat	89	548.000	1.840.000	84	899.000	3.252.000
Dorferneuerung kommunal	33	616.000	919.800	50	843.000	1.343.000
LEADER - Regionalentwicklung	15	378.000	900.000	10	236.533	651.000
Summe:	149	3.080.264	11.516.726	153	3.009.725	11.680.547

Hoheitliche Aufgaben (Vorgänge)	2009	2010	2011
TÖB-Stellungnahmen	226	198	186
Grundstücksverkehrsgesetz	617	639	726
Klärschlamm- und Biorohstoff-VO	797	1.413	1.350
Anträge nach Milchquotenverordnung	298	243	248
Cross-Compliance Vor-Ort-Kontrollen	36	30	30
Aufforstungs- und Waldrodungsgenehmigungen	29	19	66
Summe:	2.003	2.542	2.606

Projekte und Verfahren	2009	2010	2011
Förderschwerpunkte in der Dorferneuerung	21	22	18***
Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"	2 TN-Orte*	**	14 TN-Orte****
Erstellung von FFH-Managementplänen	4 (mit 1.830ha)	6 (mit 2.830ha)	7 (mit 3.300ha)
Projektmanagement in den Jahren (x)	2009	2010	2011
Bioenergieregion Mittelhessen	x	x	x
Bio-Regio Holz	x	x	
Naturschutzgroßprojekt	x	x	x
Transnationales Kooperationsprojekt "Prograss"	x	x	x
MORO / Demografie-Projektgruppe	x	x	x
LEADER-Region (Beratung des Regionalforums)	x	x	x
Geopark Vulkan Vogelsberg		x	x

* Vorbereitung Landesentscheid

** Regionalentscheid 2011

*** 18 FSP entsprechen 24 Dörfer in der DE

**** Federführung für 4 teilnehmende Landkreise

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Verwaltungsgebühren, insbesondere für Sachkunde- und Pflanzenschutzlehrgänge.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Es handelt sich um die Kostenerstattung des Landes im Rahmen der Kommunalisierung.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet u. a. eine Position von 33.000 € die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von 167 Ortslandwirten und den Mitgliedern des Gebietsagraraussschusses. Die Aufwendungen hierfür werden durch das Land Hessen erstattet (Pos. 3). Für das Projekt MORO wurden 15.000 € berücksichtigt. Weiter noch 1.000 € für Gerichts- und Gutachterkosten sowie 100 € für besondere Sach- und Betriebskosten.

15

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt die Zuweisung zur Tierseuchenkasse mit 120.000 € sowie Mittel für das Naturschutzgroßprojekt i.H. von 29.339 €, Bio-Energie Region Mittelhessen mit 27.309 € sowie 205 € für die Mitgliedsbeiträge für Vereine. Gesamtbetrag gerundet auf 177.000 €.

- Beträge in 1.000 Euro -

Pos.	KVKR	Arten der Erträge und Aufwendungen	Planungszeitraum				
			2012	2013	2014	2015	2016
Erträge							
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	713	694	694	694	694
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.332	3.410	3.410	3.410	3.410
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.204	4.190	4.274	4.359	4.446
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
11.	5559	Andere Steuern	162	162	162	162	162
12.	558	Erträge aus Umlagen	53.122	56.077	59.161	62.119	64.915
13.	55...	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0
14.	547	Erträge aus Transferleistungen	37.207	35.022	36.073	37.155	38.269
15.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	32.983	34.919	36.569	37.512	38.503
16.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.615	5.213	5.213	5.213	5.213
17.	53	Sonstige ordentliche Erträge	534	562	562	562	562
18.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Position 1 bis 17)	136.872	140.249	146.117	151.186	156.173
Aufwendungen							
19.	62,63,640-64 3,647-65	Personalaufwendungen	-26.591	-27.717	-28.410	-29.120	-29.848
20.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.392	-2.700	-2.768	-2.837	-2.908
21.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.794	-21.505	-22.745	-23.168	-23.600
22.	66	Abschreibungen	-6.301	-6.491	-6.279	-6.045	-6.045
23.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-877	-5.564	-2.924	-1.924	-1.424
24.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-17.883	-18.880	-19.432	-19.993	-20.574
25.	72	Transferaufwendungen	-68.928	-68.632	-70.691	-72.812	-74.996
26.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-3	0	0	0
27.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Position 19 bis 26)	-143.766	-151.493	-153.248	-155.899	-159.395
28.	=	Verwaltungsergebnis (Position 18 ./ Position 27)	-6.895	-11.244	-7.131	-4.713	-3.222
29.	56,57	Finanzerträge	275	213	213	213	213
30.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.791	-2.965	-3.106	-3.379	-3.891
31.	=	Finanzergebnis (Position 29 ./ Position 30)	-3.516	-2.752	-2.894	-3.167	-3.679
32.	=	Ordentliches Ergebnis (Position 28 und Position 31)	-10.410	-13.996	-10.024	-7.880	-6.900
33.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
34.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
35.	=	Außerordentliches Ergebnis (Position 33 ./ Position 34)	0	0	0	0	0
36.	=	Jahresergebnis (Position 32 und Position 35)	-10.410	-13.996	-10.024	-7.880	-6.900

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	+ Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushaltes	-12.919.414,09	-10.410.100	-13.996.107	-10.024.439	-7.879.589	-6.900.449
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.005.814,24	6.301.400	6.491.192	6.279.000	6.045.000	6.045.000
3.	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-4.750.546,27	-4.615.100	-5.213.108	-5.213.000	-5.213.000	-5.213.000
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	139.242,96	434.680	535.910	0	0	0
5.	-/+ Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0
6.	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	1.009.353,71	475.000	480.500	504.400	510.200	494.100
7.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-528.600,00	-470.800	-316.800	-166.800	-166.800	-166.800
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-59.107,36	-38.000	-59.000	-141.300	-95.400	-75.000
9.	= Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Pos. 1 bis 8)	-11.103.256,81	-8.322.920	-12.077.413	-8.762.139	-6.799.589	-5.816.149
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	8.217.638,15	3.768.050	3.181.300	3.753.900	3.966.400	5.448.900
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	9.609,00	5.000	10.000	5.000	5.000	5.000
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-12.622.727,70	-7.498.450	-6.915.800	-7.714.200	-7.790.900	-9.075.100
	davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-2.085.000,00	-50.000	-800.000	-700.000	-850.000	-850.000
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	735,65	0	0	0	0	0
	davon: Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten	735,65	0	0	0	0	0
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-53.897,80	-59.210	-467.550	-57.550	-57.550	-57.550
	davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0,00	0	0	0	0	0
15.	= Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-4.448.642,70	-3.784.610	-4.192.050	-4.012.850	-3.877.050	-3.678.750
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	126.831.750,00	3.784.610	4.192.050	4.012.850	3.877.050	3.678.750
16a	(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	125.350.000,00	0	0	0	0	0
17.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-112.158.274,98	-4.400.400	-4.424.200	-4.426.300	-4.272.300	-4.219.800
17a	(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	-107.350.000,00	0	0	0	0	0
18.	= Finanzmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Pos.16 und Pos.17)	14.673.475,02	-615.790	-232.150	-413.450	-395.250	-541.050
19.	+ Einzahlungen aus fremden Mitteln	9.613,72	0	0	0	0	0

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
20.	+ Auszahlungen aus fremden Mitteln	-5.540,61	0	0	0	0	0
21.	= Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19./20)	4.073,11	0	0	0	0	0
22.	= Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Positionen 9, 15, 18 und 21)	-874.351,38	-12.723.320	-16.501.613	-13.188.439	-11.071.889	-10.035.949
23.	+ Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	0,00	-19.177.528	-12.491.856	-28.993.469	-42.181.908	-53.253.797
24.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Position 19 und Position 20)	-874.351,38	-31.900.848	-28.993.469	-42.181.908	-53.253.797	-63.289.746

*** Ende der Liste "Mittelfristige Finanzplanung" ***

Teilhaushalt/Budget

10 Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	4.185,00	5.000	10.000	0	5.000	5.000	5.000	0	24.306	49.306	0
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	735,65	0	0	0	0	0	0	0	4.763	4.763	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	4.920,65	5.000	10.000	0	5.000	5.000	5.000	0	29.620	54.620	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-306.503,93	-426.000	-556.000	0	-316.000	-335.000	-299.000	0	-1.640.299	-3.146.299	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-10.000,97	-11.260	-12.040	0	-12.040	-12.040	-12.040	0	-38.931	-87.091	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	316.504,90	437.260	568.040	0	328.040	347.040	311.040	0	1.679.230	3.233.390	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-311.584,25	-432.260	-558.040	0	-323.040	-342.040	-306.040	0	-1.649.610	-3.178.770	0
Ohne Projektzuordnung												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-3.343,98	0	0	0	0	0	0	0	-6.554	-6.554	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.218,58	-5.770	-7.080	0	-7.080	-7.080	-7.080	0	-20.002	-48.322	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	8.562,56	5.770	7.080	0	7.080	7.080	7.080	0	26.556	54.876	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-8.562,56	-5.770	-7.080	0	-7.080	-7.080	-7.080	0	-26.556	-54.876	0

Teilhaushalt/Budget

16 Wirtschaftsförderung und Revision

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	-600.000	0	-600.000	-750.000	-750.000	0	0	-2.700.000	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-10.634,76	-11.800	-422.540	0	-12.540	-12.540	-12.540	0	-41.240	-501.400	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	10.634,76	11.800	1.022.540	0	612.540	762.540	762.540	0	41.240	3.201.400	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-10.634,76	-11.800	-1.022.540	0	-612.540	-762.540	-762.540	0	-41.240	-3.201.400	0

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	6.977.673,62	2.515.000	2.681.000	0	2.681.000	2.681.000	2.681.000	0	26.311.132	37.035.132	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	6.977.673,62	2.515.000	2.681.000	0	2.681.000	2.681.000	2.681.000	0	26.311.132	37.035.132	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-1.800.000,00	0	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-1.800.000	-2.000.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.478.872,94	0	0	0	0	0	0	0	-19.459.414	-19.459.414	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-77.846,35	0	0	0	0	0	0	0	-6.267.194	-6.267.194	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.426,06	-3.450	-3.310	0	-3.310	-3.310	-3.310	0	-13.000	-26.240	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	5.360.145,35	3.450	53.310	0	53.310	53.310	53.310	0	27.539.608	27.752.848	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.617.528,27	2.511.550	2.627.690	0	2.627.690	2.627.690	2.627.690	0	-1.228.476	9.282.284	0
Ohne Projektzuordnung												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.259.673,62	0	0	0	0	0	0	0	16.518.240	16.518.240	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	4.259.673,62	0	0	0	0	0	0	0	16.518.240	16.518.240	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-15.792,48	0	0	0	0	0	0	0	-6.205.140	-6.205.140	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	15.792,48	0	0	0	0	0	0	0	6.205.140	6.205.140	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	4.243.881,14	0	0	0	0	0	0	0	10.313.100	10.313.100	0
1.01 Landesmittel SVA - Päd. Mittagsbetreuung Gerhart-Hauptmann-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.652,88	0	0	0	0	0	0	0	-306.496	-306.496	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.652,88	0	0	0	0	0	0	0	306.496	306.496	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.652,88	0	0	0	0	0	0	0	-306.496	-306.496	0
1.15 Landesmittel SVA - Päd. Mittagsbetreuung Gudrun-Pausewang-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.798,57	0	0	0	0	0	0	0	-159.258	-159.258	0

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.798,57	0	0	0	0	0	0	0	159.258	159.258	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.798,57	0	0	0	0	0	0	0	-159.258	-159.258	0
2.01 Landesmittel AfG - Gerhart-Hauptmann-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-243.872,46	0	0	0	0	0	0	0	-1.054.656	-1.054.656	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	243.872,46	0	0	0	0	0	0	0	1.054.656	1.054.656	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-243.872,46	0	0	0	0	0	0	0	-1.054.656	-1.054.656	0
2.02 Landesmittel AfG - Geschwister-Scholl-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-665.920,15	0	0	0	0	0	0	0	-3.101.054	-3.101.054	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	665.920,15	0	0	0	0	0	0	0	3.101.054	3.101.054	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-665.920,15	0	0	0	0	0	0	0	-3.101.054	-3.101.054	0
2.07 Landesmittel AfG - Pestalozzischule Gemünden												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-121.155,27	0	0	0	0	0	0	0	-311.995	-311.995	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	121.155,27	0	0	0	0	0	0	0	311.995	311.995	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-121.155,27	0	0	0	0	0	0	0	-311.995	-311.995	0
2.08 Landesmittel AfG - Astrid-Lindgren-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-366.584,18	0	0	0	0	0	0	0	-741.741	-741.741	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	366.584,18	0	0	0	0	0	0	0	741.741	741.741	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-366.584,18	0	0	0	0	0	0	0	-741.741	-741.741	0
2.09 Landesmittel AfG - Grundschule Groß-Felda												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.703,79	0	0	0	0	0	0	0	-353.798	-353.798	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	20.703,79	0	0	0	0	0	0	0	353.798	353.798	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-20.703,79	0	0	0	0	0	0	0	-353.798	-353.798	0

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2.10 Landesmittel AfG - Freiherr-vom-Stein-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-52.637,30	0	0	0	0	0	0	0	-159.468	-159.468	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	52.637,30	0	159.468	159.468	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-52.637,30	0	-159.468	-159.468	0						
2.11 Landesmittel AfG - Grundschule Homberg												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-55.465,62	0	0	0	0	0	0	0	-287.576	-287.576	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	55.465,62	0	287.576	287.576	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-55.465,62	0	-287.576	-287.576	0						
2.13 Landesmittel AfG - Eichbergschule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-147.338,56	0	0	0	0	0	0	0	-641.442	-641.442	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	147.338,56	0	641.442	641.442	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-147.338,56	0	-641.442	-641.442	0						
2.30 Landesmittel AfG - Max-Eyth-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-22.748,77	0	0	0	0	0	0	0	-1.042.943	-1.042.943	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	22.748,77	0	1.042.943	1.042.943	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-22.748,77	0	-1.042.943	-1.042.943	0						
2.32 Landesmittel AfG - Oberwaldschule Grebenhain												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-32.754,74	0	0	0	0	0	0	0	-675.500	-675.500	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	32.754,74	0	675.500	675.500	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-32.754,74	0	-675.500	-675.500	0						
2.33 Landesmittel AfG - Ohmtalschule Homberg												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-352.065,24	0	0	0	0	0	0	0	-563.278	-563.278	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	352.065,24	0	563.278	563.278	0						

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-352.065,24	0	0	0	0	0	0	0	0	-563.278	-563.278	0
2.36 Landesmittel AfG - Vogelsbergschule Schotten													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-24.744,04	0	0	0	0	0	0	0	0	-706.757	-706.757	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	24.744,04	0	0	0	0	0	0	0	0	706.757	706.757	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-24.744,04	0	0	0	0	0	0	0	0	-706.757	-706.757	0
2.37 Landesmittel AfG - Albert-Schweitzer-Schule													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-13.742,05	0	0	0	0	0	0	0	0	-517.887	-517.887	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	13.742,05	0	0	0	0	0	0	0	0	517.887	517.887	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-13.742,05	0	0	0	0	0	0	0	0	-517.887	-517.887	0
3 Bundesmittel - Stadtschule Alsfeld													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-323.689,95	0	0	0	0	0	0	0	0	-818.951	-818.951	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	323.689,95	0	0	0	0	0	0	0	0	818.951	818.951	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-323.689,95	0	0	0	0	0	0	0	0	-818.951	-818.951	0
4 Bundesmittel - Grundschule u. Digmudisschule Schotten													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-72.075,39	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.864.028	-1.864.028	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	72.075,39	0	0	0	0	0	0	0	0	1.864.028	1.864.028	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-72.075,39	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.864.028	-1.864.028	0
5 Bundesmittel - Gymnasium Lauterbach													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-959.923,98	0	0	0	0	0	0	0	0	-6.055.332	-6.055.332	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	959.923,98	0	0	0	0	0	0	0	0	6.055.332	6.055.332	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-959.923,98	0	0	0	0	0	0	0	0	-6.055.332	-6.055.332	0
6 Bundesmittel - Turnhalle Gesamtschule Mücke													
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-1.800.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.800.000	-1.800.000	0

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-62.053,87	0	0	0	0	0	0	0	0	-62.054	-62.054	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	1.862.053,87	0	0	0	0	0	0	0	0	1.862.054	1.862.054	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-1.862.053,87	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.862.054	-1.862.054	0
	Auszahlungen)												

Teilhaushalt/Budget

35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	100.000	0	0	0	0	0	0	100.000	100.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	100.000	0	0	0	0	0	0	219.000	219.000	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-285.000,00	-50.000	-60.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-418.100	-628.100	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-120.000	-40.000	0	-20.000	-20.000	-20.000	0	-266.166	-366.166	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-473,18	-500	-520	0	-520	-520	-520	0	-1.802	-3.882	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	285.473,18	170.500	100.520	0	70.520	70.520	70.520	0	692.435	1.004.515	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-285.473,18	-70.500	-100.520	0	-70.520	-70.520	-70.520	0	-473.435	-785.515	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	149.607,03	100.000	100.000	0	50.000	50.000	50.000	0	1.747.031	1.997.031	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	3.000,00	0	0	0	0	0	0	0	3.000	3.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	152.607,03	100.000	100.000	0	50.000	50.000	50.000	0	1.827.979	2.077.979	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	-90.000	0	0	0	0	0	-14.885	-104.885	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-85,50	0	0	0	0	0	0	0	-24.268	-24.268	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.898.507,53	-4.842.000	-4.119.000	-120.000	-4.671.000	-4.200.000	-3.500.000	-11.713.541	-12.650.663	-40.854.204	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.062.038,64	-550.000	-819.700	0	-525.000	-575.000	-425.000	-150.000	-3.447.357	-5.942.057	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.832,96	-1.950	-1.520	0	-1.520	-1.520	-1.520	0	-7.200	-13.280	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	4.962.464,63	5.393.950	5.030.220	120.000	5.197.520	4.776.520	3.926.520	11.863.541	16.144.373	46.938.694	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.809.857,60	-5.293.950	-4.930.220	-120.000	-5.147.520	-4.726.520	-3.876.520	-11.863.541	-14.316.394	-44.860.715	0
Ohne Projektzuordnung												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	3.000,00	0	0	0	0	0	0	0	3.000	3.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	3.000,00	0	0	0	0	0	0	0	77.948	77.948	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-85,50	0	0	0	0	0	0	0	-24.268	-24.268	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-10.218,86	0	0	0	0	0	0	0	-81.137	-81.137	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-86.069,27	0	-274.700	0	0	0	0	0	-448.959	-723.659	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.764,93	-1.880	-1.450	0	-1.450	-1.450	-1.450	0	-6.927	-12.727	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	98.138,56	1.880	276.150	0	1.450	1.450	1.450	0	576.176	856.676	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-95.138,56	-1.880	-276.150	0	-1.450	-1.450	-1.450	0	-498.228	-778.728	0
F.01.1 Jugendheim Landenhausen												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-700.000	-700.000	0	0	0	-1.400.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	700.000	700.000	0	0	0	1.400.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	-700.000	-700.000	0	0	0	-1.400.000	0
S.01.1 Baukosten Gerhart-Hauptmann-Schule Fortsetzung SIP												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-200.000	0	0	0	0	0	0	-200.000	-200.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	200.000	0	0	0	0	0	0	200.000	200.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-200.000	0	0	0	0	0	0	-200.000	-200.000	0
S.02.1 Baukosten Geschwister-Scholl-Schule, Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-695.715,89	-720.000	-700.000	0	-900.000	0	0	-5.894.264	-2.325.036	-9.819.300	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	695.715,89	720.000	700.000	0	900.000	0	0	5.894.264	2.325.036	9.819.300	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-695.715,89	-720.000	-700.000	0	-900.000	0	0	-5.894.264	-2.325.036	-9.819.300	0
S.03.1 Sanierungs- und Einrichtungskosten Junkergarten												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-238.466,05	0	0	0	0	0	0	0	-250.917	-250.917	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	238.466,05	0	0	0	0	0	0	0	250.917	250.917	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-238.466,05	0	0	0	0	0	0	0	-250.917	-250.917	0
S.03.2 Heizungsanlage Stadtschule Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-440.219,85	0	0	0	0	0	0	0	-440.220	-440.220	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	440.219,85	0	0	0	0	0	0	0	440.220	440.220	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-440.219,85	0	0	0	0	0	0	0	-440.220	-440.220	0
S.08.1 Baukosten Astrid-Lindgren-Schule Grebenau												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-80.779,29	-105.000	-60.000	0	0	0	0	0	-185.779	-245.779	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	80.779,29	105.000	60.000	0	0	0	0	0	185.779	245.779	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-80.779,29	-105.000	-60.000	0	0	0	0	0	-185.779	-245.779	0
S.09.1 Baukosten Grundschule Groß-Felda Fortsetzung SIP												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-100.000	0	0	0	0	0	0	-100.000	-100.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	100.000	0	0	0	0	0	0	100.000	100.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-100.000	0	0	0	0	0	0	-100.000	-100.000	0
S.13.1 Baukosten Eichbergschule - Turnhalle												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-153.695,92	-345.000	-115.000	0	0	0	0	0	-498.696	-613.696	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	153.695,92	345.000	115.000	0	0	0	0	0	498.696	613.696	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-153.695,92	-345.000	-115.000	0	0	0	0	0	-498.696	-613.696	0
S.14.1 Einrichtungskosten Schule an der Wascherde, Lauterbach												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-150.000	0	0	0	0	0	-150.000	-150.000	-300.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	150.000	0	0	0	0	0	150.000	860.163	1.010.163	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-150.000	0	0	0	0	0	-150.000	-860.163	-1.010.163	0
S.200.99 Schulbudget investiv												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0	0	-800.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	200.000	0	200.000	200.000	200.000	0	0	800.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0	0	-800.000	0
S.23.1 Ersatzneubau Wirtschaftsgebäude Schlossbergschule Ulrichstein												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-10.000	0	0	0	0	0	0	-10.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	10.000	0	0	0	0	0	0	10.000	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-10.000	0	0	0	0	0	0	-10.000	0
S.24.1 Bauliche Erweiterung Brüder-Grimm-Schule Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-650.000	-950.000	0	0	0	-1.600.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	-50.000	0	0	0	-50.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	650.000	1.000.000	0	0	0	1.650.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	-650.000	-1.000.000	0	0	0	-1.650.000	0
S.243.11 Vernetzte Bücherei Homberg												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.165,00	0	0	0	0	0	0	0	4.166	4.166	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	4.165,00	0	0	0	0	0	0	0	4.166	4.166	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-5.161,03	0	0	0	0	0	0	0	-5.161	-5.161	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	5.161,03	0	0	0	0	0	0	0	5.161	5.161	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-996,03	0	0	0	0	0	0	0	-995	-995	0
S.243.12 Investitionsprogramm Fachräume												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-144.277,83	0	0	0	0	0	0	0	-144.278	-144.278	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	144.277,83	0	0	0	0	0	0	0	144.278	144.278	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-144.277,83	0	0	0	0	0	0	0	-144.278	-144.278	0
S.243.13 Grundschulbetreuung												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-333,00	0	0	0	0	0	0	0	-333	-333	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	333,00	0	0	0	0	0	0	0	333	333	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-333,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-333	-333	0
	Auszahlungen)												
S.243.14 Jugendverkehrsschule													
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-419,01	0	0	0	0	0	0	0	0	-419	-419	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	419,01	0	0	0	0	0	0	0	0	419	419	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-419,01	0	0	0	0	0	0	0	0	-419	-419	0
	Auszahlungen)												
S.243.15 Zufahrt Grundschule Oberes Ohmtal - Mücke													
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	-90.000	0	0	0	0	0	0	0	-90.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	90.000	0	0	0	0	0	0	90.000	0	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-90.000	0	0	0	0	0	0	-90.000	0	0
	Auszahlungen)												
S.243.2 Ganztagsprogramm (Ausbau)													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-100.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-100.000	-300.000	0	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-15.348,18	0	0	0	0	0	0	0	-29.115	-29.115	0	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	15.348,18	100.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	129.115	329.115	0	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-15.348,18	-100.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-129.115	-329.115	0	0
	Auszahlungen)												
S.243.3 Sonderprogramm Schule@Zukunft													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	51.313,00	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	217.161	417.161	0	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	51.313,00	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	217.161	417.161	0	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-163.373,19	-200.000	-145.000	0	-125.000	-125.000	-125.000	0	-693.134	-1.213.134	0	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	163.373,19	200.000	145.000	0	125.000	125.000	125.000	0	693.134	1.213.134	0	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-112.060,19	-150.000	-95.000	0	-75.000	-75.000	-75.000	0	-475.973	-795.973	0	0
	Auszahlungen)												

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
S.243.4 Förderprogramme Berufsschulen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	32.464,54	50.000	50.000	0	0	0	0	0	270.774	320.774	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	32.464,54	50.000	50.000	0	0	0	0	0	270.774	320.774	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-97.348,72	-100.000	-100.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-557.820	-807.820	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	97.348,72	100.000	100.000	0	50.000	50.000	50.000	0	557.820	807.820	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-64.884,18	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-287.046	-487.046	0
S.243.5 Ganztagsbetreuung												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-30.917,03	0	0	0	0	0	0	0	-58.502	-58.502	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	30.917,03	0	0	0	0	0	0	0	58.502	58.502	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-30.917,03	0	0	0	0	0	0	0	-58.502	-58.502	0
S.243.6 Sonderprogramm Activeboards												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-277.667,01	-100.000	-100.000	0	-150.000	-150.000	-50.000	0	-643.093	-1.093.093	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	277.667,01	100.000	100.000	0	150.000	150.000	50.000	0	643.093	1.093.093	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-277.667,01	-100.000	-100.000	0	-150.000	-150.000	-50.000	0	-643.093	-1.093.093	0
S.243.8 Ganztagsausbau												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-63.427,42	0	0	0	0	0	0	0	-99.924	-99.924	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	63.427,42	0	0	0	0	0	0	0	99.924	99.924	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-63.427,42	0	0	0	0	0	0	0	-99.924	-99.924	0
S.243.9 Adolf-Spiess-Sportanlage												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	50.000,00	0	0	0	0	0	0	0	50.000	50.000	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	50.000,00	0	0	0	0	0	0	0	50.000	50.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-328.286,51	0	0	0	0	0	0	0	-330.839	-330.839	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	328.286,51	0	0	0	0	0	0	0	330.839	330.839	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-278.286,51	0	0	0	0	0	0	0	-280.839	-280.839	0
	Auszahlungen)											
S.25.1 Erweiterung Umkleide Turnhalle Erich-Kästner-Schule, Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-125.984,90	0	-329.000	0	0	0	0	0	-126.651	-455.651	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	125.984,90	0	329.000	0	0	0	0	0	126.651	455.651	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-125.984,90	0	-329.000	0	0	0	0	0	-126.651	-455.651	0
	Auszahlungen)											
S.30.1 Baukosten Max-Eyth-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-91.777,19	-45.000	0	0	0	0	0	-83.223	-136.777	-220.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	91.777,19	45.000	0	0	0	0	0	83.223	136.777	220.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-91.777,19	-45.000	0	0	0	0	0	-83.223	-136.777	-220.000	0
	Auszahlungen)											
S.30.3 Max-Eyth-Schule Vorplanung Landesfachklasse												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-45.000	-600.000	-120.000	-120.000	0	0	0	-45.000	-765.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	45.000	600.000	120.000	120.000	0	0	0	45.000	765.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	-45.000	-600.000	-120.000	-120.000	0	0	0	-45.000	-765.000	0
	Auszahlungen)											
S.31.1 Komplettsanierung und Erweiterung Vogelsbergschule Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-1.500.000	-1.800.000	-2.600.000	0	0	-5.900.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	1.500.000	1.800.000	2.600.000	0	0	5.900.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	-1.500.000	-1.800.000	-2.600.000	0	0	-5.900.000	0
	Auszahlungen)											
S.32.1 Baukosten Oberwaldschule Grebenhain												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-10.098,90	-130.000	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	10.098,90	130.000	0	0	0	0	0	0	155.000	155.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-10.098,90	-130.000	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0
S.35.1 Baukosten Gesamtschule Schlitz												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-52.797,51	-50.000	-250.000	0	0	0	0	-893.202	-102.798	-1.246.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	52.797,51	50.000	250.000	0	0	0	0	893.202	102.798	1.246.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-52.797,51	-50.000	-250.000	0	0	0	0	-893.202	-102.798	-1.246.000	0
S.35.2 Planungskosten Hallenbad Schlitz												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-250.000	0	0	0	0	0	-2.750.000	-250.000	-3.000.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	250.000	0	0	0	0	0	2.750.000	250.000	3.000.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-250.000	0	0	0	0	0	-2.750.000	-250.000	-3.000.000	0
S.36.1 Baukosten Vogelsbergschule Schotten												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-350.000	0	0	0	0	0	0	-350.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	350.000	0	0	0	0	0	0	350.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-350.000	0	0	0	0	0	0	-350.000	0
S.37.1 Baukosten Albert-Schweitzer-Schule, Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-928,15	0	0	0	0	0	0	0	-5.941	-5.941	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	928,15	0	0	0	0	0	0	0	5.941	5.941	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-928,15	0	0	0	0	0	0	0	-5.941	-5.941	0
S.37.2 Baukosten Albert-Schweitzer-Schule (Fortsetzung SIP)												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-359.519,77	0	0	0	0	0	0	0	-944.097	-944.097	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	359.519,77	0	0	0	0	0	0	0	944.097	944.097	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-359.519,77	0	0	0	0	0	0	0	-944.097	-944.097	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
S.38.1 Bauliche Erweiterung 1 B Alexander-von-Humboldt-Schule, Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-983.351,38	-1.000.000	-1.000.000	0	0	0	0	-911.955	-2.088.045	-4.000.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	983.351,38	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	911.955	2.088.045	4.000.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-983.351,38	-1.000.000	-1.000.000	0	0	0	0	-911.955	-2.088.045	-4.000.000	0
S.38.2 Baukosten Turnhalle Gymnasium Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-1.100.000	0	0	0	0	0	-1.099.897	-1.100.103	-2.200.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	1.100.000	0	0	0	0	0	1.099.897	1.100.103	2.200.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-1.100.000	0	0	0	0	0	-1.099.897	-1.100.103	-2.200.000	0
S.38.3 Bauliche Erweiterung 1 C Alexander-von-Humboldt-Schule, Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	-500.000	-650.000	0	0	-1.150.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	500.000	650.000	0	0	1.150.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-500.000	-650.000	0	0	-1.150.000	0
V.11.1 Sanierung Bahnhofstraße 49, Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-326.667,36	0	0	0	-316.000	0	0	0	-673.512	-989.512	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	326.667,36	0	0	0	316.000	0	0	0	673.512	989.512	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-326.667,36	0	0	0	-316.000	0	0	0	-673.512	-989.512	0
V.11.2 Sanierung Goldhelg 20, Gebäude C (Jugendamt)												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-81.000	0	0	0	0	0	-81.000	-155.000	-236.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	81.000	0	0	0	0	0	81.000	155.000	236.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-81.000	0	0	0	0	0	-81.000	-155.000	-236.000	0
V.11.3 Sanierung Bahnhofstraße 51												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-380.000	-235.000	0	0	0	0	0	-380.000	-615.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	380.000	235.000	0	0	0	0	0	380.000	615.000	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-380.000	-235.000	0	0	0	0	0	-380.000	-615.000	0
V.11.4 Sanierung Goldhelg 20, Gebäude A (Altbau)												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-191.000	-420.000	0	-435.000	-200.000	-200.000	0	-191.000	-1.446.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	191.000	420.000	0	435.000	200.000	200.000	0	191.000	1.446.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-191.000	-420.000	0	-435.000	-200.000	-200.000	0	-191.000	-1.446.000	0

Teilhaushalt/Budget

43 Volkshochschule

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	10.980	10.980	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-14.339,55	-10.000	-23.800	0	0	0	0	0	-42.560	-66.360	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-272,13	-280	-290	0	-290	-290	-290	0	-1.046	-2.206	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	14.611,68	10.280	24.090	0	290	290	290	0	43.606	68.566	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-14.611,68	-10.280	-24.090	0	-290	-290	-290	0	-32.626	-57.586	0

Teilhaushalt/Budget

50 Soziale Sicherung

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	29.504	29.504	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-11.225,58	-12.180	-11.210	0	-11.210	-11.210	-11.210	0	-43.594	-88.434	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	11.225,58	12.180	11.210	0	11.210	11.210	11.210	0	67.635	112.475	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-11.225,58	-12.180	-11.210	0	-11.210	-11.210	-11.210	0	-38.131	-82.971	0

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.717,57	-5.280	-5.100	0	-5.100	-5.100	-5.100	0	-18.657	-39.057	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	4.717,57	5.280	5.100	0	5.100	5.100	5.100	0	18.657	39.057	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.717,57	-5.280	-5.100	0	-5.100	-5.100	-5.100	0	-18.657	-39.057	0

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	2.100,00	0	0	0	0	0	0	0	2.100	2.100	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	2.100,00	0	0	0	0	0	0	0	2.100	2.100	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	-7.000	0	0	0	0	0	0	-7.000	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.874,26	-3.210	-2.920	0	-2.920	-2.920	-2.920	0	-10.830	-22.510	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.874,26	3.210	9.920	0	2.920	2.920	2.920	0	10.830	29.510	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-774,26	-3.210	-9.920	0	-2.920	-2.920	-2.920	0	-8.730	-27.410	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.090.357,50	1.053.050	400.300	0	1.022.900	1.235.400	2.717.900	453.300	2.824.793	8.654.593	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	324,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	1.090.681,50	1.053.050	400.300	0	1.022.900	1.235.400	2.717.900	453.300	2.825.117	8.654.917	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-4.285,00	0	0	0	0	0	0	0	-26.075	-26.075	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.695.248,26	-1.500.450	-550.300	-801.700	-1.482.200	-1.810.900	-3.981.100	-752.400	-5.070.972	-13.647.872	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-8.080,20	-8.930	-7.720	0	-7.720	-7.720	-7.720	0	-30.484	-61.364	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.707.613,46	1.509.380	558.020	801.700	1.489.920	1.818.620	3.988.820	752.400	5.127.531	13.735.311	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-616.931,96	-456.330	-157.720	-801.700	-467.020	-583.220	-1.270.920	-299.100	-2.302.414	-5.080.394	0
	Auszahlungen)											
Ohne Projektzuordnung												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	324,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	324,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-4.285,00	0	0	0	0	0	0	0	-26.075	-26.075	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-225,68	-230	-230	0	-230	-230	-230	0	-902	-1.822	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	4.510,68	230	230	0	230	230	230	0	26.977	27.897	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-4.186,68	-230	-230	0	-230	-230	-230	0	-26.653	-27.573	0
	Auszahlungen)											
K.047.1 Ausbaukosten OD Gemüden, Ortsteil Elpenrod - L3073												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	22.500,00	287.100	0	0	0	0	0	0	309.600	309.600	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	22.500,00	287.100	0	0	0	0	0	0	309.600	309.600	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-22.500,00	-395.100	0	0	0	0	0	0	-417.600	-417.600	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	22.500,00	395.100	0	0	0	0	0	0	417.600	417.600	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	-108.000	0	0	0	0	0	0	-108.000	-108.000	0
K.048.1 Baukosten Hainbachbrücke, Gemünden												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	100.000	100.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.588,74	0	0	0	0	0	0	0	-202.006	-202.006	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	4.588,74	0	0	0	0	0	0	0	202.006	202.006	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.588,74	0	0	0	0	0	0	0	-102.006	-102.006	0
K.050.1 UF Krebsbach in Büßfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	238.000	0	0	238.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	238.000	0	0	238.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-385.000	0	0	-385.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	385.000	0	0	385.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-147.000	0	0	-147.000	0
K.051.1 KRC Deckenbach-Schadenbach												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	427.000	0	0	0	427.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	427.000	0	0	0	427.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	-695.000	0	0	0	-695.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	695.000	0	0	0	695.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-268.000	0	0	0	-268.000	0
K.059.1 Baukosten Gleenbachbrücke, Ober-Gleen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	195.000,00	0	0	0	0	0	0	0	195.000	195.000	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	195.000,00	0	0	0	0	0	0	0	195.000	195.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-325.484,98	0	0	0	0	0	0	0	-355.056	-355.056	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	325.484,98	0	0	0	0	0	0	0	355.056	355.056	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-130.484,98	0	0	0	0	0	0	0	-160.056	-160.056	0
	Auszahlungen)											
K.071.1	Ausbaukosten Alsfeld, Stadtteil Elbenrod - Stadtteil Eudorf											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	39.200,00	0	0	0	0	0	0	0	459.200	459.200	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	39.200,00	0	0	0	0	0	0	0	459.200	459.200	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.084,78	0	0	0	0	0	0	0	-692.219	-692.219	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	7.084,78	0	0	0	0	0	0	0	692.219	692.219	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	32.115,22	0	0	0	0	0	0	0	-233.019	-233.019	0
	Auszahlungen)											
K.073.1	Baukosten OD Grebenau/Udenhausen											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	0	0	0	0	203.800	0	0	203.800	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	203.800	0	0	203.800	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-288.100	0	0	-288.100	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	288.100	0	0	288.100	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	-84.300	0	0	-84.300	0
	Auszahlungen)											
K.080.1	Ausbaukosten OD Schlitz, Stadtteil Pfordt											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	238.342,32	0	0	0	0	0	0	0	293.342	293.342	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	238.342,32	0	0	0	0	0	0	0	293.342	293.342	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-372.974,48	0	0	0	0	0	0	0	-507.932	-507.932	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	372.974,48	0	0	0	0	0	0	0	507.932	507.932	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-134.632,16	0	0	0	0	0	0	0	-214.590	-214.590	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
K.080.2 Baukosten UF Fulda, Schlitz-Pfordt												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	266.000	0	0	266.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	266.000	0	0	266.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-412.000	0	0	-412.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	412.000	0	0	412.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-146.000	0	0	-146.000	0
K.084.1 Ausbaukosten OD Wartenberg-Angersbach												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	500.500	0	0	0	0	0	0	500.500	500.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	500.500	0	0	0	0	0	0	500.500	500.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-715.000	0	0	0	0	0	0	-715.000	-715.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	715.000	0	0	0	0	0	0	715.000	715.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	-214.500	0	0	0	0	0	0	-214.500	-214.500	0
K.091.1 Bannerod - Crainfeld (L 3178)												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	1.400.000	0	0	1.400.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	1.400.000	0	0	1.400.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-2.000.000	-210.000	0	-2.210.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	2.000.000	210.000	0	2.210.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-600.000	-210.000	0	-810.000	0
K.096.1 Ausbaukosten OD Freiensteinau												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	321.750,00	0	0	0	0	0	0	0	371.750	371.750	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	321.750,00	0	0	0	0	0	0	0	371.750	371.750	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-401.192,94	0	0	0	0	0	0	0	-467.133	-467.133	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	401.192,94	0	0	0	0	0	0	0	467.133	467.133	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-79.442,94	0	0	0	0	0	0	0	-95.383	-95.383	0
K.111.2 Ausbaukosten Lauterbach, Stadtteil Blitzenrod- Stadtteil Frischborn												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	220.000,00	0	0	0	0	0	0	0	220.000	220.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	220.000,00	0	0	0	0	0	0	0	220.000	220.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-489.570,35	0	0	0	0	0	0	0	-492.893	-492.893	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	489.570,35	0	0	0	0	0	0	0	492.893	492.893	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-269.570,35	0	0	0	0	0	0	0	-272.893	-272.893	0
K.114.1 Anteil Umbaukosten L 3140 (Lauterbach/Knöppsack)												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	105.000	0	0	0	0	105.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	105.000	0	0	0	0	105.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-150.000	0	0	0	0	-150.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	150.000	0	0	0	0	150.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	-45.000	0	0	0	0	-45.000	0
K.122.1 Ausbaukosten OD Alsfeld, Stadtteil Altenburg												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	3.450	0	0	21.900	484.400	0	0	3.450	509.750	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	3.450	0	0	21.900	484.400	0	0	3.450	509.750	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-3.450	0	0	-21.900	-680.900	0	0	-3.450	-706.250	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	3.450	0	0	21.900	680.900	0	0	3.450	706.250	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-196.500	0	0	0	-196.500	0
K.123.1 Ausbaukosten OD Alsfeld												

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	34.815,18	0	0	0	0	0	0	0	64.815	64.815	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	34.815,18	0	0	0	0	0	0	0	64.815	64.815	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-28.349,72	0	0	0	0	0	0	0	-593.756	-593.756	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	28.349,72	0	0	0	0	0	0	0	593.756	593.756	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.465,46	0	0	0	0	0	0	0	-528.941	-528.941	0
K.124.1 Baukosten Antreffbrücke, Romrod-Strebendorf												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	245.000	0	0	245.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	245.000	0	0	245.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-383.000	0	0	-383.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	383.000	0	0	383.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-138.000	0	0	-138.000	0
K.125.1 Baukosten Groß-Felda- B 49												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	539.000	0	0	0	0	539.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	539.000	0	0	0	0	539.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-750,00	0	0	-801.700	-801.700	0	0	0	-750	-802.450	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	750,00	0	0	801.700	801.700	0	0	0	750	802.450	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-750,00	0	0	-801.700	-262.700	0	0	0	-750	-263.450	0
K.130.1 Baukosten Katharinenbachbrücke, Feldatal-Köddingen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	56.000	0	0	0	0	0	0	56.000	56.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	56.000	0	0	0	0	0	0	56.000	56.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-16.801,00	-86.000	0	0	0	0	0	0	-112.801	-112.801	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	16.801,00	86.000	0	0	0	0	0	0	112.801	112.801	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-16.801,00	-30.000	0	0	0	0	0	0	-56.801	-56.801	0
K.133.1 Ausbaukosten OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	18.900	390.300	0	0	0	0	0	18.900	409.200	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	18.900	390.300	0	0	0	0	0	18.900	409.200	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-542,52	-18.900	-540.300	0	0	0	0	0	-19.443	-559.743	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	542,52	18.900	540.300	0	0	0	0	0	19.443	559.743	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-542,52	0	-150.000	0	0	0	0	0	-543	-150.543	0
K.141.1 Ausbaukosten OD Sichenhausen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	18.750,00	187.100	0	0	0	0	0	0	205.850	205.850	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	18.750,00	187.100	0	0	0	0	0	0	205.850	205.850	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-25.408,75	-247.000	0	0	0	0	0	0	-272.639	-272.639	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	25.408,75	247.000	0	0	0	0	0	0	272.639	272.639	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-6.658,75	-59.900	0	0	0	0	0	0	-66.789	-66.789	0
K.141.3 OD Schotten/Kaulstoß												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	15.000	25.000	365.100	147.900	0	553.000	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	15.000	25.000	365.100	147.900	0	553.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-15.000	-25.000	-513.000	-132.000	0	-685.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	15.000	25.000	513.000	132.000	0	685.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-147.900	0	0	-132.000	0
K.250.3 Baukosten UF Moosbach-Metzlos												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	322.000	0	0	0	0	322.000	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	322.000	0	0	0	0	322.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-35.000	0	0	-473.600	0	0	0	-35.000	-508.600	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	35.000	0	0	473.600	0	0	0	35.000	508.600	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-35.000	0	0	-151.600	0	0	0	-35.000	-186.600	0
K.250.4	OD Grebenhain/Metzlos-Gehaag											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	10.000	0	20.000	299.000	0	0	0	329.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	10.000	0	20.000	299.000	0	0	0	329.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-10.000	0	-20.000	-410.000	0	0	0	-440.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	10.000	0	20.000	410.000	0	0	0	440.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-111.000	0	0	0	-111.000	0

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2011	2012	2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-360,13	-370	-380	0	-380	-380	-380	0	-1.443	-2.963	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	360,13	370	380	0	380	380	380	0	1.443	2.963	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-360,13	-370	-380	0	-380	-380	-380	0	-1.443	-2.963	0

*** Ende der Liste "Investitionsübersicht" ***

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2013				voraussichtlich fällige Auszahlungen		
Produkt Projekt				2014	2015	2016
11160	S.30.3	Max-Eyth-Schule Landesfachklasse Karosserie	120.000 €	120.000 €		
54200	K.125.1	Baukosten Groß-Felda- B 49	801.700 €	801.700 €		
Summe			921.700 €	921.700 €	0 €	0 €

Nachrichtlich:

In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen

4.012.850 €

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten
zur Finanzierung der Investitionstätigkeit

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2012	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2013	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2013
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen			
2. Verbindlichkeiten aus Krediten von			
2.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen			
2.2 Land	41.724.713 €	40.863.026 €	41.691.326 €
2.3 Gemeinden und Gemeindeverbänden			
2.4 Zweckverbänden und dgl.			
2.5 Sonstiger öffentlicher Bereich			
2.6 Kreditmarkt *)	15.713.777 €	16.411.654 €	16.652.063 €
2.7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen			
Summe	57.438.490 €	57.274.680 €	58.343.389 €
3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kredit- aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
3.1 Leasing			
3.2 Sonstige			
Summe	0 €	0 €	0 €
4. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung			
4.1 Aus Krediten			
4.2 Aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
5. Vorübergehende Inanspruchnahme von flüssigen Mitteln aus zweckgebundenen Rücklagen und Sonderrücklagen für andere Zwecke			
6. Anteilige Schulden ⁽¹⁾ im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden	nicht bekannt		
7. Anteilige Schulden ⁽¹⁾ im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen	nicht bekannt		
8. Langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen	1.634.382 €	28.872.257 €	28.315.812 €

⁽¹⁾ Verbindlichkeiten aus Krediten und Vorgängen, die diesen wirtschaftlich gleichkommen

*) nachrichtl.: voraussichtl. noch nicht aufgenommene (mögl.) HER | 6.885.300 € | 6.015.910 € | 4.220.550 €

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Art	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2013	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2013
1. Rücklagen und Sonderrücklagen		
1.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
1.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		
1.3 Zweckgebundene Rücklagen		
1.4 Sonderrücklagen		
1.4.1 Stiftungskapital		
1.4.2 Sonstige Sonderrücklagen		
Summe der Rücklagen	0 €	0 €
2- Rückstellungen		
2.1 Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen auf Grund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach HVersRücklIG gedeckt)	24.396.984 €	25.247.176 €
	544.276 €	601.826 €
2.2 Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern, Beamten und Arbeitnehmern	5.925.273 €	6.090.541 €
2.3 Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	1.026.388 €	604.389 €
2.4 Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden		
2.5 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		
2.6 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
2.7 Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen		
2.8 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	613.267 €	613.267 €
2.9 Sonstige Rückstellungen		
Summe der Rückstellungen	31.961.912 €	32.555.373 €

Stand: 10.10.12

Übersicht über die den Fraktionen nach § 26a Abs. 4 HKO zur Verfügung gestellten Mittel

Art	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechn. 2011
	2013	2012	
1. Gesamtbetrag der Mittel nach § 26a Abs. 4 HKO	35.236,00 €	35.236,00 €	34.898,00 €
1.1 Sockelbetrag gestaffelt nach Fraktionsstärke	18.400,00 €	18.400 €	18.200,00 €
ab 2 Mitglieder jährlich 800,00 €			
3 - 9 Mitglieder jährlich 3.200,00 €			
ab 10 Mitglieder jährlich 4.000,00 €			
1.2 Restbetrag nach Fraktionsstärke (276 € jährlich/Fraktionsmitglied)	16.836,00 €	16.836 €	16.698,00 €
2. Aufteilung des Betrages unter 1. auf die einzelnen Fraktionen:			
2.1 Für die Fraktion CDU insgesamt	9.796,00 €	9.796 €	10.072,00 €
2.2 Für die Fraktion SPD insgesamt	9.796,00 €	9.796 €	9.934,00 €
2.3 Für die Fraktion FW insgesamt	4.856,00 €	4.856 €	4.787,00 €
2.4 Für die Fraktion FDP insgesamt	4.028,00 €	4.028 €	4.028,00 €
2.5 Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne insgesamt	5.408,00 €	5.408 €	5.063,00 €
2.6 Für die Fraktion Republikaner insgesamt	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.7 Für die Fraktion Die Linke.WASG insgesamt	1.352,00 €	1.352 €	1.014,00 €
Eine Aufteilung der den Fraktionen gewährten Mittel nach			
- Personalkosten			
- Sachkosten (ohne Öffentlichkeitsarbeit)			
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit			
ist nicht vorgesehen			
3 Zusätzlich an die einzelnen Fraktionen gewährte geldwerte Leitungen:	keine		

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013
Beamte/Beamtinnen

Teil- haushalt	Bezeichnung	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz																				Zahl der Stellen		Vermerke Erläuterungen
		Höherer Dienst					Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst					nach dem Stellenplan		tatsächlich besetzt am 30.06.2012					
		B 6	B 4	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10/9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Anw.	DO-A		2013	2012			
10	Organisation und Personal	1,00	1,00				1,00				1,00	2,00	2,00	1,00	4,00	0,38					11,38	11,38	10,00	
14	Revision					1,00						2,00	2,00								5,00	5,00	5,00	1 A 14 kw
16	CFWN					1,00					2,00	2,00	3,00	1,00							7,00	7,00	6,00	1 A 11 ku
20	Finanzen									1,00				2,00							3,00	3,00	2,00	
21	Zahlungsverkehr										1,00			1,00	1,00	1,00					4,00	4,00	4,00	1 A 13, 1 A 10 ku
25	Liegenschaftsverwaltung														1,00						1,00	1,00	1,00	
30	Rechtsangelegenheiten																				1,00	1,00	1,00	
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.										1,00	5,00	4,00	9,00	2,00	2,00	1,00				23,00	23,00	20,00	1 A 13+ 1 A 11ku, 1 A 9mDmZ
40	Schulverwaltung									1,00		1,00	1,00	1,00							4,00	4,00	3,00	
43	Volkshochschule													1,00							1,00	1,00	1,00	
50	Soziale Sicherung										1,00	3,00	10,00	20,00	1,62						36,62	36,62	38,62	
51	Jugend, Familie, Sport													4,00	5,00	1,00					11,00	10,00	12,00	
53	Gesundheitsdienste																				0,00	0,00	0,00	
63	Bauordnung, Denkmalpflege													1,00							2,00	2,00	1,00	
80	Veterinärwesen													1,00							6,00	6,00	4,00	
90	Land- und Forstwirtschaft													2,00	4,00	2,00	1,00				15,00	15,00	13,00	
	Kreisrankenhaus																				2,00	2,00	2,00	
	OPNV																				1,00	1,00	1,00	
	Stellenplan 2013	1,00	1,00	3,00	4,00	9,00	2,00	3,00	19,00	33,00	46,00	8,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	134,00			
	Stellenplan 2012	1,00	0,00	3,00	6,00	9,00	0,00	4,00	16,00	35,00	46,00	6,00	3,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			133,00	
	besetzte Stellen 30.06.2012	1,00	0,00	2,00	5,00	7,00	0,00	3,00	14,00	34,00	41,00	5,62	5,00	0,00	0,00	0,00	4,00	3,00					124,62	

„Der Kreisausschuss kann Prämien/Zulagen gemäß der Hessischen Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistungen (HL-PZVO) bis max. 0,4 % des Gesamtansatzes Dienstbezüge (max. 20.800€) gewähren.“

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 Tarifbeschäftigte

Teil- haus- halt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach TVöD für den öffentlichen Dienst																Zahl der Stellen nach dem Stellenplan		tatsächlich besetzt am 30.06.2012	Vermerke Erläuterungen						
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	2013	2012									
10	Organisation und Personal		1,00							2,00	9,10	11,75				7,35	1,94	1,50					45,46	45,46	39,45	1 EG8 ku,	
14	Revision									2,78	2,17	1,00											5,95	5,95	5,81		
16	CFWN			2,00						2,00	2,00					0,65							4,65	4,65	4,65	1 EG13 ku	
20	Finanzen									2,00	2,00					1,00							3,00	3,00	4,00		
21	Zahlungsverkehr										1,00	5,00											6,00	6,00	6,00		
25	Liegenschaftsverwaltung		1,00	1,00						2,00	2,00	2,00				0,65	1,00						14,65	14,65	13,65	1 EG 14 kw	
30	Rechtsangelegenheiten											0,58											0,58	0,58	0,58		
35	Aufsichts- u. Ordh. Angel.									1,00		6,00	3,00			12,12	0,00						22,12	22,12	22,64	1 EG9, 1 EG6, 1 EG5 ku	
40	Schulverwaltung									1,00		1,00				41,18	21,87						121,83	122,83	113,52		
43	Volkshochschule		1,00	2,00								3,50				1,50							8,00	8,00	6,48		
50	Soziale Sicherung									1,00	3,00	81,24				2,95	4,00						92,19	92,19	79,97	1,78 EG9, 1 EG10 ku	
51	Jugend, Familie, Sport		1,69							4,43	0,78	13,97	1,00			1,52	0,47					3,00	26,86	27,86	24,62	0,73 EG9, 1 EG11 ku	
53	Gesundheitsdienste		2,75	1,32						3,00	2,52	4,43				3,98							18,00	18,00	16,88	1,30 EG6 ku	
63	Bauordnung, Denkmalpflege									2,00	4,00	0,50	0,48	2,52									9,50	9,00	10,50	2 EG12, 2,52 EG8 ku	
80	Veterinärwesen											7,65	1,00			1,60	0,50						10,75	10,75	11,65		
90	Land- und Forstwirtschaft									1,00	4,70	2,00	3,00	8,50		0,70	6,50	1,00					28,72	28,72	23,40	1 EG12, 1 EG9 ku	
TVöD	Stellenplan 2013		2,75	6,01	5,00	3,00	23,70	16,06	134,71	43,70	0,00	75,20	36,28	2,50	3,00	66,35	0,00					418,26					
	Stellenplan 2012		3,75	5,01	5,00	3,00	24,70	11,78	125,96	32,95	0,00	84,05	36,80	1,75	3,75	69,35	0,00						419,76				
	besetzte Stellen 30.06.2012		3,75	5,01	4,00	2,50	14,21	21,77	117,20	43,31	0,00	70,74	36,91	1,30	2,01	61,09	0,00								383,8		
		Entgeltgruppen nach TVöD für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst																Stellenplan		besetzt am		Vermerke					
	51	Jugend, Familie, Sport	S 17	S 16Ü	S 16	S 15	S 14	S 13Ü	S 13	S 12Ü	S 12	S 11Ü	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7						18,50	18,00	17,28		
		Stellenplan 2013																					18,50				
		Stellenplan 2012																						18,00			
		besetzte Stellen 30.06.2012																							17,28		
Tarifpersonal Stellenplan 2013																		436,76									
Tarifpersonal Stellenplan 2012																											
TP besetzte Stellen 30.06.2012																								401,08			

Neben den o. a. Tarifstellen können im TH 40 bis zu 18,22 Stellen als Dauerarbeitsverhältnisse besetzt werden mit Pauschalbeschäftigten für

- Betreute Grundschulen
- Mittagessenversorgung
- Mediotheken

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013

Stellenübersicht

Teil- haushalt	Bezeichnung	Zahl der Stellen								
		nach dem Stellenplan						tatsächlich besetzt am 30.06.2012		
		2013			2012					
Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.		
10	Organisation und Personal	11,38	45,46	56,84	11,38	45,46	56,84	10,00	39,45	49,45
14	Revision	5,00	5,95	10,95	5,00	5,95	10,95	5,00	5,81	10,81
16	CFWN	7,00	4,65	11,65	7,00	4,65	11,65	6,00	4,65	10,65
20	Finanzen	3,00	3,00	6,00	3,00	3,00	6,00	2,00	4,00	6,00
21	Zahlungsverkehr	4,00	6,00	10,00	4,00	6,00	10,00	4,00	6,00	10,00
25	Liegenschaftsverwaltung	1,00	14,65	15,65	1,00	14,65	15,65	1,00	13,65	14,65
30	Rechtsangelegenheiten	1,00	0,58	1,58	1,00	0,58	1,58	1,00	0,58	1,58
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.	23,00	22,12	45,12	23,00	22,12	45,12	20,00	22,64	42,64
40	Schulverwaltung	4,00	121,83	125,83	4,00	122,83	126,83	3,00	113,52	116,52
43	Volkshochschule	1,00	8,00	9,00	1,00	8,00	9,00	1,00	6,48	7,48
50	Soziale Sicherung	36,62	92,19	128,81	36,62	92,19	128,81	38,62	79,97	118,59
51	Jugend, Familie, Sport	11,00	45,36	56,36	10,00	45,86	55,86	12,00	41,90	53,90
53	Gesundheitsdienste	0,00	18,00	18,00	0,00	18,00	18,00	0,00	16,88	16,88
63	Bauordnung, Denkmalpflege	2,00	9,50	11,50	2,00	9,00	11,00	1,00	10,50	11,50
80	Veterinärwesen	6,00	10,75	16,75	6,00	10,75	16,75	4,00	11,65	15,65
90	Land- und Forstwirtschaft	15,00	28,72	43,72	15,00	28,72	43,72	13,00	23,40	36,40
	Kreiskrankenhaus	2,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00
	ÖPNV	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00
10-90	Summe	134,00	436,76	570,76	133,00	437,76	570,76	124,62	401,08	525,70

Übersicht

über die vorgesehene Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst, Auszubildenden und Praktikanten
(§ 5 Abs. 3 Ziffer 2 GemHVO-Doppik)

Status	Laufbahn/Berufsfeld	Ausbildungs- jahr	voraussichtlich Stellen im Hj. 2013
Beamte/Beamtinnen im Vorbereitungsdienst	gehobener Dienst bis 08/21013	3.	3
	ab 09/2013	3	1
	ab 09/2013	1	4
			8
Auszubildende	Verwaltungsfachangestellte	3.	5
		2.	5
		1.	4
			14
	Fachinformatiker medizinische Fachangestellte	2 ab 08/2013	1 1
Praktikanten/Praktikantinnen	Dipl. Sozialpädagogen		2
Summe der Beamten im Vorbereitungsdienst, Auszubildenden, Praktikanten:			25

letzter Tag Hj. 31.12.

**Kreiskrankenhaus
des Vogelsbergkreises
in Alsfeld GmbH**
- Der Geschäftsführer -

***Übersicht als Anlage zum Vorbericht der Haushaltssatzung des
Vogelsbergkreises für das Jahr 2013 zur wirtschaftlichen Entwicklung der
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH***

Gemäß § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes (HKHG) gewährleisten das Land, die Landkreise und die kreisfreien Städte die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser als öffentliche Aufgabe. Zur Erfüllung seines Sicherstellungsauftrages betreibt der Vogelsbergkreis ein Krankenhaus, das seit dem 01. 01. 1999 in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt wird.

Die Gesellschaft ihrerseits betreibt drei Tochtergesellschaften. Es handelt sich dabei um die *Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KAD GmbH)*, um die *Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (AMANDUS)* sowie um die *Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)*, die zum 01.01.2012 die Geschäftstätigkeit aufnahm. Seit dem Geschäftsjahr 2007 ist die Firma *Gies Dienstleistungen GmbH* als Minderheitsgesellschafter an der KAD beteiligt. AMANDUS und GuPA sind vollständig im Besitz der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH.

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist weiterhin kritisch zu sehen. Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH unter Einbeziehung der beiden Tochtergesellschaften KAD und AMANDUS hat das Geschäftsjahr 2011 mit einem erheblichen Verlust abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Instandhaltungskosten erheblich angestiegen und Pensionsrückstellungen mussten neu bewertet werden. Die Fallzahl ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken, so dass im Rahmen der Entgeltverhandlung für das Jahr 2011 eine Reduzierung der Leistungsmenge akzeptiert werden musste. Im Ergebnis führte dies nun zu einem Mehrerlösausgleich mit den Krankenkassen, der ebenfalls das Jahresergebnis erheblich belastet.

Durch die Bürgschaft des Kreises im Januar 2011 konnte der Rahmen für einen Kontokorrentkredit ausgeweitet und somit die Liquidität des Krankenhauses bis heute sichergestellt werden. Um die Liquidität auch weiterhin sicherzustellen, liegt dem Gesellschafter ein Beschluss des Aufsichtsrates vor, wonach der Aufsichtsrat dem Kreisausschuss/Kreistag empfiehlt die Bürgschaft von 8,0 Mio € auf 12,0 Mio € zu erhöhen und im Haushaltsjahr 2013 den Verlustausgleich als Gesellschafter in Höhe von 4.640.510,98 € für die Jahre 2009 (894.391,32 €); 2010 (1.047.928,53 €) und 2011 (2.698.191,13 €) vorzunehmen.

Eine verlässliche Aussage für das laufende und kommende Budgetjahr 2013 ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, weil sich die Auswirkung der ohnehin unzureichenden Finanzaufwendung sowie die Auswirkung der eingeleiteten Maßnahmen zur Belegungssteigerung sowie zur Kostensenkung noch nicht übersehen lässt. Von besonderer Bedeutung ist auch die Frage der gesellschaftsrechtlichen Verflechtung mit weiteren kommunalen Häusern, zu denen es mit heutigem Stand noch keine Entscheidung gibt.

Fazit:

Aus der heutigen Sicht lässt sich eine verlässliche Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreiskrankenhauses nicht machen. Eine Belastung des Haushaltes des Vogelsbergkreises im Haushaltsjahr 2013 über den vorgeschlagenen Verlustausgleich hinaus ist nicht zu erwarten, falls der durch die Bürgerschaft abgedeckte Kontokorrentrahmen entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates erhöht wird.

gez.

Assmus
Geschäftsführer

Alsfeld, den 12. September 2012